

Urs Schwarz

Vom Sturm umbrandet

Der Preis der Unabhängigkeit
der Schweiz im
Zweiten Weltkrieg

Verlag Huber

Urs Schwarz, außenpolitischer Redakteur der «Neuen Zürcher Zeitung» und zuvor Korrespondent seines Blattes in Berlin, versucht, aus zeitlicher Entfernung ein Bild des bewegten Schicksals der Schweiz in jener kritischen Zeit zu geben. Schwarz läßt keinen wunden Punkt aus. Er verhehlt nicht, daß eine Minderheit der Schweizer Regierung 1940 «appeasement»-gewillt war, voran der Bundespräsident und Außenminister Marcel Pilet-Golaz und der Finanzminister Ernst Wetter. Er verschweigt nicht den Eindruck, den Hitlers (Pseudo-) Antikapitalismus vorübergehend auf Schweizer Sozialisten machte. Er beschönigt nicht das zwiespältige Verhalten gegenüber Flüchtlingen.

Schwarz befaßt sich mit der umstrittenen Tätigkeit von Schweizer Ärzten an der deutschen Ostfront. Er setzt sich auch mit der antidemokratischen «Bittschrift der Zweihundert» auseinander, in der 1940/41 die Regierung zur Kollaboration mit Deutschland aufgerufen wurde.

Andererseits wird in den Kapiteln über die Kriegswirtschaft deutlich, unter welch starkem ökonomischem Druck das Land stand.

Schutzumschlag von Ruedi Becker

Urs Schwarz (geboren 1905), Studium der Rechtswissenschaft in Zürich, Berlin und Harvard. 1935 bis 1941 Redakteur und Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» (1940/41 in Berlin); Mitgründer des Internationalen Presseinstituts Zürich, 1958 bis 1960 dessen Präsident; 1964 Research Associate am Center for International Affairs der Harvard University bei Professor Henry Kissinger; 1968 bis 1974 Institut universitaire des hautes études internationales, Genf; 1958 bis 1969 Mitglied des Exekutivkomitees des International Institute for Strategic Studies, London; 1965 bis 1974 Mitglied des Gouverneursrats des Atlantic Institute, Paris, Institut des hautes études internationales, Genf, Präsident des Direktionskomitees, West European Advisory Committee RFE/RL, München, seit 1980 Präsident. Verfasser zahlreicher Bücher. Kommentator am Schweizer Radio («Weltchronik») 1950 bis 1970.

Huber

Frauenfeld · Stuttgart

Huber

Frauenfeld · Stuttgart

Urs Schwarz

Vom Sturm umbrandet

Wie die Schweiz den Zweiten Weltkrieg überlebte

Verlag Huber
Frauenfeld • Stuttgart

Aus dem Englischen übersetzt von
Margot Schwarz

Wie hiess denn der Originaltitel?

© 1981 Verlag Huber, Frauenfeld
Satz: IBV Lichtsatz KG, Berlin
Druck und Einband: May + Co., Darmstadt
ISBN 3-7193-0793-X

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	9
Kapitel 1	
Der General wird gewählt	
<i>Die Streitkräfte.....</i>	14
<i>Der Geist von 1939.....</i>	19
<i>Prodeutsche Bewegungen und Subversion.....</i>	22
<i>Im Angesicht des Blitzkrieges.....</i>	26
Kapitel 2	
Geheimabkommen zum Überleben	
<i>Militärische Notwendigkeit gegen absolute Neutralität</i>	34
<i>Kontakte mit Frankreich</i>	39
<i>Dokumente in der Hand der Deutschen</i>	46
Kapitel 3	
Der Sturm bricht los	
<i>Heute Nacht kommt der Angriff.....</i>	52
<i>Die Niederlage Frankreichs.....</i>	55
<i>Luftkrieg.....</i>	62
<i>Eingeschlossen und entmutigt.....</i>	73
Kapitel 4	
Festung Schweiz	
<i>Die Geburt einer Idee</i>	88
<i>Guisan auf dem Rütli</i>	94
<i>Das nationale Réduit.....</i>	102

Kapitel 5

Die Kriegswirtschaft

<i>Frühzeitige Vorbereitungen</i>	120
<i>Lebensmittel werden rationiert</i>	123
<i>Gemüsebeete im Hintergärtchen</i>	126
<i>Kohle, Eisen, Öl</i>	129
<i>Transportprobleme</i>	135

Kapitel 6

Die doppelte Blockade

<i>Zwei konzentrische Ringe</i>	144
<i>Unter deutschem Druck</i>	149
<i>Verhandlungen mit den Alliierten</i>	159
<i>Die Mission Currie</i>	168

Kapitel 7

Spione in der Festung

<i>Internationales Spionagezentrum</i>	180
<i>Spione im Dienste der Schweiz</i>	187
<i>Zu Tisch mit den Schnüfflern</i>	195
<i>Spione gegen die Schweiz</i>	201
<i>Tod den Verrätern</i>	207

Kapitel 8

Licht und Schatten über der Neutralität

<i>Die Neutralitätserklärung</i>	212
<i>Eine neutrale Presse?</i>	214
<i>Ein tragisches Dilemma – die Flüchtlinge</i>	218

Kapitel 9

Zuflucht der Kriegsoffer

<i>Das Rote Kreuz</i>	230
-----------------------------	-----

Kapitel 10

Kapitulation der Deutschen in Italien

<i>Italiener versuchen ihr Land zu retten</i>	254
<i>Ein Schweizer Vermittler</i>	257
<i>Zorn auf höchster Ebene</i>	261
<i>Der Krieg wird abgekürzt</i>	264

Kapitel 11

Abschreckung gelungen

<i>Kritische Tage</i>	270
<i>Das Ende</i>	274
<i>Churchill und Stalin haben das letzte Wort</i>	275

Anmerkungen.....	280
------------------	-----

Literaturverzeichnis	296
----------------------------	-----

Vorwort

Vielleicht möchte der Leser, sofern er zu denen gehört, die Vorworten einen Blick gönnen, gerne erfahren, warum ein neues Buch über die Schweiz im Zweiten Weltkrieg erscheint. Die Zahl der Schriften über die schwierigen Jahre von 1939 bis 1945, die vor uns liegen, ist ja gross.

Zwei sich entgegenstehende Gründe können für die Entstehung dieses Buches aufgeführt werden – Gründe der Ferne und der Nähe.

Der eine Grund liegt in der wachsenden Entfernung von den Ereignissen. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist ein Menschenalter verflossen, und darum ist die Zeit gekommen, in der jüngere Leute, die weder aus persönlicher Anschauung schöpfen können noch eine oft von einem vorbestimmten politischen Standpunkt aus betrachtende und urteilende Literatur durchpflügen wollen, sich zu fragen beginnen, wie es denn eigentlich gewesen sei.

Der andere Grund könnte etwa so beschrieben werden: Der Verfasser sah sich plötzlich wieder in die Nähe längst verflossener und vermeintlich vergessener Ereignisse und Menschen versetzt. Über seine Erinnerungen befragt, entdeckte er, wie vieles aus jener Zeit lebendig geblieben war.

Ich sah mich selber, als Soldat oder als Journalist oder einfach als Zeitgenosse, an den Ereignissen teilnehmend. Gesichter, die ich gekannt, begannen aufzutau-chen: Die Bundesräte Pilez-Golaz, Minger, Kobelt, dann General Guisan, Generalstabschef Huber, Korpskommandant Wille, die – damaligen – Obersten Däniker, Barbey, Gonard, Masson, der berühmte Dr. Husmann; dann, im deutschen Lager, Ribbentrop, von Weizsäcker, Köcher, Rahn; bei den Amerikanern Dulles, Acheson, um nur einige von vielen zu nennen.

Es entstand der Plan eines Buches für Leser, die von der Schweiz und der Geschichte ihres Überlebens mitten im Weltensturm wenig oder nichts wussten. Weil mir die ersten Fragen von amerikanischer Seite gestellt worden waren, ergab es sich, dass das Buch zuerst in englischer Sprache erschien.

Der Bericht stützt sich auf die Literatur über jene Zeit, auf Erinnerungsberichte, mündliche Befragungen, auf Dokumente, vor allem aber auch auf eigene Eindrücke und die Erfahrungen als Augenzeuge, der zwar nicht in wichtiger Stellung, aber oft auf bevorzugtem Zuschauerplatz dabeigewesen war. Michel de Montaignes Rat-schlag war mir stets gegenwärtig:

«Wer gesund und sicher urteilen will, soll sich nicht scheuen, seine eigenen Erfahrungen heranzuziehen ebenso wie die von anderen; und er soll offen von sich selber reden, wie wenn es um eine dritte Person ginge¹.»

Nur einige der Autoren, aus deren Werken ich schöpfte, und nur die, denen ich besonders für ihre Tatsachenbe-

richte und ihre Urteile zu Dank verpflichtet bin, seien hier genannt: Edgar Bonjour und seine monumentale *Geschichte der schweizerischen Neutralität*, Bernard Barbey mit seinen eleganten und indiskreten Büchern *P. C. du Général* und *Aller et retour*, Hans Rudolf Kurz, unter dessen vielen Werken hier seine Darstellungen *Operationsplanung Schweiz* und *Nachrichtenzentrum Schweiz* hervorgehoben seien, René-Henri Wüst mit dem packenden Büchlein *Alerte en pays neutre*. Viele andere Autoren, die zum Teil weder hier noch im Literaturverzeichnis genannt werden, trugen in unschätzbare Weise zu meinem Wissen und Verstehen bei².

Die Entstehung des Buches, das sich ursprünglich in erster Linie an eine nichtschweizerische Leserschaft richten wollte, erklärt, dass Dinge erläutert werden, die dem schweizerischen Leser bekannt sind³. Dies erklärt auch, dass Probleme, die in der Schweiz eifrig erörtert wurden oder noch erörtert werden, als für das Gesamtbild nicht bedeutsam unerwähnt bleiben. Das wurde für die deutsche Ausgabe nicht wesentlich verändert, weil ich hoffe, das Buch werde auch in dieser neuen Fassung über die Grenzen der Schweiz hinaus wirken. Es möchte dazu beitragen, gerade in unseren Nachbarländern deutscher Zunge vertieftes Verständnis für die Lage unseres Landes zu wecken, von dem sie in der Zeit, über die hier berichtet wird, durch einen Abgrund getrennt waren⁴.

Zürich, 1981

Urs Schwarz

Kapitel 1

Der General wird gewählt

Die Streitkräfte

Am späten Nachmittag des 30. August 1939 wählte die Bundesversammlung, die zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengetretenen beiden Kammern des schweizerischen Parlaments, mit 202 von 229 abgegebenen Stimmen Henri Guisan zum Oberbefehlshaber der Armee. Nach der Wahl hatte es der Vorsitzende des Nationalrats, dessen Muttersprache Französisch war, so eilig, den eben gewählten General hereinzubitten, dass er den Ratsweibern befahl, «den General zu suchen». Er hatte damit den französischen Ausdruck *chercher* wörtlich übersetzt, der im Französischen «holen, hereinbitten» heisst, im Deutschen aber bedeutet, jemanden an einem unbekanntem Ort suchen. Dies löste in einem sonst feierlichen und gespannten Augenblick einige Heiterkeit aus.

Der Oberbefehlshaber, auf den sich der Bundesrat und die politischen Führer des Parlaments kurz nach der Münchner Krise von 1938 bereits geeinigt hatten, wartete natürlich schon im Vorzimmer. Er betrat sogleich, ohne Begleitung, den Ratssaal und leistete auf französisch den traditionellen Amtseid. Im selben Augenblick wurde er vom Rang eines Korpskommandanten in

denjenigen eines 4-Sterne-Generals erhoben. (Das schweizerische Militärsystem kennt nur einen General, und zwar nur in Kriegszeiten oder bei äusserster Gefahr. In Friedenszeiten ist der höchste Rang der eines Korpskommandanten, was einem 3-Sterne-General entspricht.)

Henri Guisan, 1874 als Sohn eines Landarztes in der gesund-bäuerlichen Ländlichkeit des Kantons Waadt geboren, hatte sich zuerst für Jurisprudenz und Theologie interessiert, wählte dann aber das Studium der Agronomie. Er bewirtschaftete ein eigenes Bauerngut, doch blieb ihm daneben genügend Zeit, sich militärischen Studien zu widmen. Er hatte als Milizoffizier in der Feldartillerie gedient, später im Generalstab, und das mit solchem Erfolg, dass er 1926 zum Divisionär befördert wurde und das Kommando einer Division übernahm. Das bedeutete gleichzeitig seinen Übertritt in das Korps der Berufsoffiziere.

Die Wahl Guisans zum General löste bei den Parlamentariern eine Welle der Begeisterung aus. Ausserhalb der Mauern des Bundeshauses ging die gleiche Welle der Begeisterung über das ganze Land. Man hatte die Wahl dieses hohen Offiziers gewünscht und sie auch erwartet. Er war die Verkörperung bester militärischer Tradition; seine elegante Reitergestalt war überall bekannt. Tausende, die unter ihm gedient hatten oder ihm sonst begegnet waren, kannten seine einfache Art, seine Festigkeit und seine Güte.

Der Augenblick war von grosser Feierlichkeit. Verfassung und Gesetz verleihen dem General im Augenblick

seiner Wahl in diesen einmaligen Rang und diese einmalige Stellung sozusagen unbeschränkte militärische Gewalt. Sie ist so weitreichend, dass sie von allen früheren Generälen wie Henri Dufour 1847, 1849, 1856 und 1859, Hans Herzog 1870/71 oder Ulrich Wille 1914/18 nie voll ausgeschöpft wurde. Sie übten ihre Befugnisse immer innerhalb von Grenzen aus, die sie sich selbst setzten¹. Das Gleichgewicht zwischen Bundesrat und Oberbefehlshaber wurde in den kommenden Jahren, oft mit Hilfe mühsam erarbeiteter Kompromisse, leidlich aufrechterhalten. Grundsätzlich war indessen die Unterordnung der militärischen Gewalt unter die zivile immer als selbstverständlich betrachtet und nie in Frage gestellt worden. An diesem Nachmittag hatten die beiden Kammern des Parlaments zugleich einen Beschluss gefasst, welcher der Regierung bedeutende Vollmachten übertrug, die sie in den Stand setzten, für die Sicherheit, die Unabhängigkeit und die Neutralität der Schweiz zu sorgen, die wirtschaftlichen Interessen des Landes zu wahren und das wirtschaftliche Überleben sicherzustellen².

Aber die Wahl eines Generals brachte vor allem eine einfache Botschaft zu jedem Schweizer und jeder Schweizerin, auch zu jenen, die vielleicht die volle konstitutionelle und legale Bedeutung des Ereignisses nicht erfassen konnten: «Wir treten in eine Zeit der Krisen ein, vielleicht sogar des Krieges. Die ganze Armee wird mobilisiert werden. Das gewohnte Leben ist zu Ende. Wir gehen Zeiten von Prüfungen entgegen, von Opfern und unbekanntem Gefahren.»

Am Tag zuvor hatte der Bundesrat die Mobilmachung von Truppen zur sofortigen Sicherung der Grenzen und des Luftraums angeordnet. Die Einheiten des Grenzschutzes waren aus Männern, die in der Nähe der Grenze lebten, zusammengesetzt; sie waren Soldaten der regulären Armee, mit voller militärischer Ausbildung und Instruktion. In wenigen Stunden hatten sie die leichtbewaffneten Befestigungen bezogen, die den Zugang zum Landesinneren sperrten, hatten den nötigen Sprengstoff an den zur Zerstörung bestimmten Orten angebracht, um Brücken und schmale Durchgänge, die für einen Angreifer von strategischer Wichtigkeit waren, zu zerstören. An kritischen Stellen hatten sie Stacheldrahthindernisse gebaut und Minenfelder gelegt. Zur selben Zeit war das gesamte Personal der Flieger und der Fliegerabwehr eingerückt. Die Fliegereinheiten, zwar schwach an Zahl, waren innert weniger Stunden kampfbereit. Sie verfügten damals über 150 in der Schweiz gebaute Flugzeuge von zweifelhaftem militärischem Wert und 50 ausgezeichnete Jagdflugzeuge des Typs Messerschmitt Me 109.

Am 1. September 1939, als bekannt wurde, dass die Deutschen Polen ohne Kriegserklärung überfallen hatten, trat der neue Oberbefehlshaber vor den Bundesrat und verlangte die Generalmobilmachung der Armee. Diese wurde am gleichen Tage angeordnet. Als um die Mittagszeit des 3. September 1939 das Vereinigte Königreich und Frankreich dem Deutschen Reich den Krieg erklärten, womit der Zweite Weltkrieg seinen Anfang nahm, war die Armee in den ihr zugeteilten

Sektoren bereit: 435'000 Mann, eingeteilt in drei Armeekorps und dazugehörige Spezialtruppen, standen bereit, um eine Ausgangsstellung zu beziehen, die der Gefährdung der Schweiz durch den jenseits der Grenzen sich entfaltenden Krieg entsprach. Es war eine eindrucksvolle Macht im Vergleich zu der kleinen, damals 4,2 Millionen zählenden Bevölkerung³.

Die traditionelle Neutralitätspolitik verlangte absolutes militärisches Vorbereitetsein. Dementsprechend wurden die einmal mobilisierten Kräfte so verteilt, dass sie allen Gefahren, von welcher Seite sie auch kommen mochten, begegnen konnten. Die Abwehr richtete sich aber vor allem nach Nordosten und Nordwesten. Dort war das Land besonders verwundbar und die militärische Bedrohung im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich besonders ernst. Die Aufgabe der in diesen Sektoren aufgestellten Truppen war, das Eindringen sowohl von deutschen als auch von französischen Armeen zu verhindern, die versuchen könnten, die von beiden Seiten längs des Rheins nördlich von Basel errichteten Befestigungen zu umgehen, indem sie durch die Schweiz vorstiessen. Ausserdem wurden drei befestigte Gebiete besetzt, die den Zugang zu den strategisch wichtigen Alpenpässen verriegelten. Andere Truppen machten nach Westen, Süden und Osten Front.

Der Geist von 1939

Der Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland war vom grössten Teil der Schweizer als ein Unglück betrachtet worden, sowohl für Deutschland wie für die Welt. Die Ereignisse von 1934, als Hitler die Ermordung seiner wichtigsten Gegner anordnete, ob sie nun rechts oder links von ihm standen, hatte den kriminellen Charakter seines Regimes offenbart. Es wurde auch von der Schweizer Presse offen in diesem Sinne verurteilt. Im deutschsprachigen Teil der Schweiz, wo die Leute am Radio den unglaublich heftigen Sonntagsreden des «Führers» folgen konnten – und es meist auch taten, wurde er als ruchloser Demagoge, ebenso gefährlich wie lächerlich, erkannt. Die nationalsozialistischen Monstertreffen erschienen dem nüchternen, durch und durch demokratischen Schweizer grotesk und widerlich. Die uralte und eingefleischte schweizerische Abneigung gegen die Deutschen, gegen ihre Sprache, ihre Wortgewalt, die oft als Arroganz ausgelegt wurde, war trotz enger Geschäftsverbindungen, trotz den kulturellen und durch Familienbande geknüpften Beziehungen nie tief unter die Oberfläche gesunken. Dies alles brach nun auf und wurde sichtbar. Die Abneigung verwandelte sich in Anbetracht dieser Schau deutscher Ruchlosigkeit und der Auftritte der nationalsozialistischen Führer und ihrer braunen Horden Schritt für Schritt in tiefen Hass.

Es war nicht erstaunlich, dass es im französischsprachigen Teil des Landes, wo die meisten Leute den neuger-

manischen Jargon nicht verstehen konnten, viel länger dauerte, bis den Menschen die Augen für den eigentlichen Charakter des Nationalsozialismus aufgingen. In dieser Region der Eidgenossenschaft wendet sich das Interesse vor allem Frankreich zu – in der Genfer Presse sowie derjenigen von Lausanne und Neuchâtel werden z.B. lokale Ereignisse aus Paris etwa gleich behandelt wie diejenigen in der eigenen Stadt. Es werden kaum Familien- oder Geschäftsverbindungen mit dem nördlichen, als barbarisch empfundenen Nachbarn gepflegt. Das neue politische System Deutschlands interessierte niemanden sonderlich. Lange betrachteten manche *Suisses romands* Hitler als eine konservative Kraft der Ordnung und als ein Bollwerk gegen den Kommunismus.

Antinationalsozialistische und antideutsche Gefühle der überwiegenden Mehrzahl der Schweizer fanden kräftigen Ausdruck in der Presse – und auf den winzigen Bühnen volkstümlicher Kabaretts. Die staatlich kontrollierte deutsche Presse reagierte heftig und wurde nie müde, sich über die Schweiz wegen ihrer Kleinheit und politischen Rückständigkeit, wegen ihres Mangels an Verständnis für wahre Grösse, wie sie das Deutsche Reich und sein Führer verkörperten, wegen ihres fehlenden Interesses an der neuen glanzvollen Ordnung, die Hitler für ganz Europa vorbereitete usw., lustig zu machen.

Die Invasion und Annexion Österreichs am 11. März 1938, dieses unrühmliche Ende der Unabhängigkeit eines Nachbarlandes, bedeutete für die Schweizer einen

tiefen Schock. Sie begriffen, dass Österreich von der nationalsozialistischen Propaganda unterhöhlt worden war, so dass das Land, ohne einen Schuss abzufeuern, ohne das geringste Zeichen von Widerstand, einfach dem Eroberer anheimfiel. Sie begriffen, dass die antidemokratischen Bewegungen der letzten Jahre in der Schweiz ihrem Lande dasselbe Schicksal zu bereiten suchten. Diese Bewegungen, von Italien und Deutschland gesteuert, wie jedermann wusste, waren klein an Umfang, doch gross in ihrer Arroganz.

Die Selbstauflösung der Tschechoslowakei im März 1939, herbeigeführt durch die deutschen Drohungen, durch eine weit fortgeschrittene Unterwühlung und die feige Passivität der europäischen Mächte, weckte in weiten Kreisen des Schweizervolkes böse Vorahnungen, aber auch den Entschluss, sich einem gleichen Schicksal zu widersetzen.

Der militärische Überfall auf Polen im September 1939 und die Niederlage eines Volkes, das traditionsgemäss in der Schweiz viel Sympathie genoss und als Muster militärischer Stärke gegolten hatte, war ein neuer Schlag. Konnte jemand nach diesen Ereignissen noch daran zweifeln, dass sich die deutsche Kriegsmaschine bald auf andere Nachbarstaaten stürzen werde, und ganz besonders auf ein Land, das sich gegen den deutschen Tyrannen und seine Helfer so herausfordernd benahm, das demokratisch war und klein, zum Teil deutschsprachig, und das in seiner Presse nie ein Hehl aus seiner Abneigung gegen das neue Deutschland und aus seinem Hass gegen den Nationalsozialismus ge-

macht hatte und sogar den grossen «Führer» selber ins Lächerliche zog? Einige deutsche Zeitungen hatten offen den «Anschluss» wenigstens des deutschsprachigen Teils der Schweiz ans Grossdeutsche Reich befürwortet – der Rest mochte Italien und Frankreich zufallen. Wie wir sehen werden, waren subversive Gruppen in der Schweiz für ein ähnliches Programm offen eingetreten.

Prodeutsche Bewegungen und Subversion

Bereits im Jahre 1923 hatten antidemokratische Bewegungen unter dem Einfluss des Faschismus in Italien auch in der Schweiz aufzutauchen begonnen. Sie waren eine Mischung verschiedenster Tendenzen, hatten auseinandergehende Ideologien und entsprangen vielerlei Wurzeln. Vor allem ist die Sucht nachzuahmen in der Schweiz immer lebendig, vielleicht weil sie so klein ist und weil in einem Land, das sich seiner Kleinheit wegen benachteiligt fühlen mag, die Sehnsucht nach nationalem Glanz besteht. Es gibt konservative Elemente, die den liberalen, freimaurerischen und antiklerikalen Wurzeln der Schweizerischen Eidgenossenschaft, wie sie 1848 gegründet worden war, gemeinsam mit den katholischen Befürwortern des Ständestaates und mit einem versteckt schwelenden Antisemitismus, kritisch gegenüberstehen. Dazu bestand der Hass auf alles Bürgerliche und auf die Wirtschaftsmächte, der Ruf nach grösserer sozialer Gleichheit, wie er vor allem von den Sozialisten erhoben wurde, und gleichzeitig eine tiefe

Abneigung gegen den Kommunismus, wie er in Russland herrschte. Es gab Leute, naiv genug, im Nationalsozialismus ein Bollwerk gegen den Kommunismus zu sehen, und es gab auch jene romantischen Bewunderer der heroischen militärischen Tradition der Schweizer, die nicht an Neutralität glaubten. Geistesgestörte Aussenseiter reichten irreführenden Patrioten die Hand, gutmeinende Kritiker der nationalen Schwächen taten sich mit frustrierten, erfolglosen Leuten zusammen, welche die eng geschlossene, traditionsgebundene Gesellschaft der Schweiz nicht integriert. Die wirtschaftliche Krise der dreissiger Jahre mit ihren vielen Arbeitslosen und Unterbezahlten vermehrte die Zahl der Unzufriedenen in der Arbeiterklasse.

Es wurden wenigstens ein Dutzend Organisationen gegründet – alle sich mischend, wieder auseinanderstrebend und sich im Laufe der Jahre ständig bekämpfend, die Namen ändernd, um sich von Neuem zusammenzutun. Alle aufzuzählen wäre sinnlos. Die erste und grösste war die Nationale Front, in Kleidung, Ausdruck und Verhalten eine treue Nachahmung des deutschen Vorbildes. Auch die Kommunistische Partei, eng an Moskau gebunden, entwickelte eine frenetische Propaganda und gewann viele Anhänger.

Ein typisches Beispiel des beinahe psychopathischen Charakters solcher Bewegungen findet sich im tragischen Schicksal eines jungen Schweizers, Maurice Bavaud, der am 9. November 1938 Hitler in München zu ermorden suchte, von einem deutschen Gericht zum Tode verurteilt und 1941 in Berlin hingerichtet wurde.

Der junge Mann, obschon gläubiger Katholik und leidenschaftlicher Antikommunist und im Grunde antidemokratisch, hatte sich von Freunden dazu überreden lassen zu versuchen, Hitler, der ihnen weder genügend antikommunistisch noch genügend antisemitisch war, umzubringen⁴.

Nach Schätzungen des Führers einer dieser Gruppen, die sich Eidgenössische Soziale Arbeiterpartei nannte, betrug 1939 die Zahl der Anhänger totalitärer Systeme verschiedener Färbung etwa 40'000. In Wirklichkeit waren es wahrscheinlich weniger. Der Lärm, den sie machten, ihre Demonstrationen und Zänkereien und ihre eigenen Zeitungen projizierten aber das Bild einer mächtigen Bewegung. Die meisten später erschienenen Publikationen übertrieben den Einfluss dieser Splittergruppen. Da aber die überwältigende Mehrheit, die unerschütterlich patriotisch und demokratisch war, bei weitem nicht so viel Aufsehen von sich machte, sind die meisten Schriftsteller von heute – Historiker, Feuilletonisten, Fernsehleute und Filmemacher – der Faszination dieser arroganten Bewegungen erlegen.

Diese nazifreundlichen Organisationen waren nicht gross, doch gefährlich; nicht weil sie etwa einen wichtigen Teil des Schweizervolkes erfassten, aber weil sie Brutstätten für deutsche Propaganda und Spionage waren, in denen die Unterwühlung gedeihen konnte. Subversion war ausdrücklich geplant. In Deutschland wurden Studenten angeheuert mit der Aufgabe, in die Schweiz zu fahren und unter ihren Kommilitonen Sympathisanten zu werben. Die in der Schweiz leben-

den Deutschen wurden mit offener Drohung, mit Druck und Propaganda gezwungen, sich zu einer Organisation, die ihr Vorbild in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) hatte, zusammenzuschliessen.

In der Schweiz leitete Wilhelm Gustloff diese Vereinigung und betrachtete sich als ihr unumschränkter Führer. Am 5. Februar 1936 jedoch wurde er in Davos von einem Medizinstudenten der Universität Bern ermordet, einem jungen Mann jugoslawischer Herkunft, David Frankfurter, welcher aussagte, dass er es als Sühne für die in Deutschland gequälten Juden getan habe. Im Dezember des gleichen Jahres wurde Frankfurter in Chur wegen Mord zu achtzehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Der Bundesrat verweigerte nun der deutschen Parteiorganisation die Erlaubnis, Gustloff zu ersetzen. So übernahm die deutsche Botschaft in Bern, unter diplomatischem Deckmantel und vielleicht etwas diskreter, seine Funktionen. Für die schweizerische Polizei, die Armee und die Öffentlichkeit bestand kein Zweifel, dass die Deutschen ein Netz von Agenten unterhielten, die im Falle eines Krieges mit Hilfe der Mitglieder pronationalsozialistischer Gruppen wie die Nationale Front Sabotageakte ausführen würden.

Diese Organisationen wurden, wie wir sehen werden, in Zeiten grösster Gefahr und tiefster Entmutigung nach der Niederlage Frankreichs 1940 überaus aktiv. Überzeugt, dass das «Neue Europa» Hitlers in greifbare Nähe rückte, schlossen sie sich zu einer einzigen Partei,

der Nationalen Bewegung der Schweiz (NBS), zusammen. Der Bundesrat hatte aus Angst vor Deutschland ihr beinahe landesverräterisches Treiben viel zu lange geduldet.

Am 17. November 1940 sandte der General an die Regierung einen Bericht des Nachrichtendienstes der Armee, welcher die NBS als eine Gefahr für die Staatssicherheit darstellte. Im Begleitbrief fügte Guisan hinzu: «Diese Aktivitäten müssen tiefe Besorgnis auslösen, wenn nicht entsprechende Massnahmen gegen sie ergriffen werden, bevor es zu spät ist⁵.» Zwei Tage später nahm der Bundesrat sein Herz in beide Hände, löste die Nationale Bewegung auf und verbot alle etwaigen Nachfolgeorganisationen sowie ihre Zeitung. Am 26. November verbot die Regierung auch die Kommunistische Partei, die, was nun ans Licht kam, in engem Kontakt mit den Rechtsextremisten stand. Ein Aufatmen ging durch das ganze Land, und das Vertrauen in die Regierung blühte wieder auf, nachdem es während der tragischen Jahre 1939 und 1940 durch ihre vielen Anfälle von Schwäche weitgehend erschüttert worden war.

Im Angesicht des Blitzkrieges

Als im September 1939 der Zweite Weltkrieg ausbrach, der General ernannt und die Armee mobilisiert war, fand sich das Schweizervolk – trotz antidemokratischen Bewegungen – in seinem Willen geeint, neutral zu blei-

ben und bei einem Überfall für seine Freiheit und seine demokratischen Einrichtungen zu kämpfen. Die Landesausstellung, eine höchst farbige Angelegenheit, «Landi» genannt, fand jenes Jahr in Zürich statt. In diesen angespannten Monaten bedeutete sie für das ganze Volk eine willkommene und kraftvolle Mahnung, dass es sich lohne, für sein Land zu kämpfen, das dank seinen freien demokratischen Einrichtungen zu hohem Wohlstand gelangt war und als ein Vorbild von Fortschritt und Ordnung gelten konnte.

Polen wurde in knapp zwanzig Tagen von der deutschen Wehrmacht überwunden, worauf sich die Sowjetunion auch noch ihren Anteil an der Beute holte. Die nächste Bewegung der deutschen Kriegsmaschine und ihres Kriegsherrn musste sich, trunken vom leichten Erfolg im Osten Europas, dem Westen zuwenden. General Guisan und sein Stab, sich die jüngsten Kriegserfahrungen in Polen zunutze machend, leitete sofort die nötigen Schritte ein, um die Vorbereitungen zur Abwehr eines deutschen Angriffs der neuen Kampfführung anzupassen.

Da die Schweiz zu jener Zeit über keine mechanisierten Truppen verfügte, Artillerie und Flugwaffe noch im Anfangsstadium einer dringend nötigen Modernisierung steckten, konnte einzig das entschlossene Ausharren in einem an sich gut zu verteidigenden Gelände Rettung bedeuten. Ganze Teile des Landes mussten dabei von Vornherein aufgegeben werden. Es sollte aber um jeden Preis verhindert werden, dass die Panzer ihren bekannten Durchbruch und ihre Einkreisungsmanöver

ausführen konnten. Die Schweizer Armee wusste, dass sie Panzern nach ihrem Durchbruch in freies Gelände nichts mehr entgegenzusetzen hatte.

Die von Guisan und seinem Generalstabschef, Korpskommandant Jakob Labhart, gewählte Lösung war in einem Befehl vom 4. Oktober 1939, dem Operationsplan 4, festgehalten. Der Plan bestand darin, eine Hauptwiderstandslinie mit dem Gros der gut bewaffneten Infanterie und mit der zum Teil als Panzerabwehrwaffe in Stellung gebrachten Artillerie zu halten. Die Linie folgte Flüssen, Seen und Bergketten, die günstig gelegen, etwa parallel zur deutschen Grenze verliefen. Um das fatale Fehlen moderner Artillerie aufzufangen, wurden die 120-mm-Positionsgeschütze von 1882, die damals gerade durch moderne Waffen ersetzt wurden, wieder eingesetzt. 84-mm-Geschütze aus dem letzten Jahrhundert wurden aus den Zeughäusern geholt, wo sie seit 1918 friedlich geschlafen hatten. Nur eine verschwindend kleine und kaum bewegliche Armeereserve verblieb hinter dieser Stellung. Alles wurde zusammengefasst, um die eine Position zu stärken. Es gab nur zwei Möglichkeiten: entweder sie hielt stand, oder sie brach zusammen. Geschah das zweite, dann bedeutete dies wahrscheinlich das Ende des organisierten militärischen Widerstandes – es sei denn, er könnte in einigen Alpentälern oder mit Hilfe der Franzosen aufrechterhalten werden⁶.

Die Hauptposition war durch eine vorgelagerte Linie von bereits bestehenden Verteidigungsanlagen, die dem Verlauf der Grenze folgten, geschützt. Diese wa-

ren zwischen 1934 und 1939 geplant und errichtet worden und bestanden aus einem System von mit Maschinengewehren ausgerüsteten Bunkern, die durch Panzerhindernisse und Minenfelder untereinander verbunden waren. Die vorgeschobene Linie war auch durch einige mit etwas Artillerie bewaffnete Befestigungen verstärkt. Diese dünne, wegen des günstigen Geländes jedoch naturbedingt starke Linie sollte einen Überraschungsangriff auffangen und den Feind hinhalten. Sie folgte den Alpen im Süden und Osten, dann dem Rhein, dem Jura entlang nach Westen bis gegen Genf, die Stadt selber ausschliessend.

Die weiter zurück liegende Hauptzone des Widerstandes, seit Anfang Oktober 1939 bemannt und organisiert, war gekennzeichnet durch eine Reihe von Flüssen, Seen, Bergketten oder steilen Waldhängen, die, so hoffte man, ein starkes Hindernis für die deutschen Panzer sein würden. Diese Verteidigungsfront begann bei der Festung Sargans (damals noch im Bau), folgte dem Walen- und Zürichsee, der Limmat, dann der Jura-Kette und endete auf dem Gempfen, welcher die Stadt Basel von Süden her überblickt. Eine besondere strategische Wichtigkeit wurde diesem Höhenzug zugeordnet, wie es in der Geschichte so oft mit Orten von an sich geringer Bedeutung geschieht. Ein Beispiel solcher Art war die während des Dreissigjährigen Krieges der Stadt Breisach zugeschriebene Wichtigkeit, einer Festung, die nördlich von Basel am Rhein liegt.

Während Basel vor der Verteidigungslinie blieb und nur durch eine befestigte vorgeschobene Stellung gesi-

chert wurde, lag die grosse Stadt Zürich sozusagen im Hauptverteidigungsgürtel selbst. Mit ihren Brücken, welche die Limmat überqueren, sollte sie zu einer riesigen Festung werden – ein Stalingrad *avant la lettre*.

Die Armeestellung wurde durch sechs Divisionen besetzt, während ein besonders gebildeter Verband Dietikon, einen wichtigen Punkt westlich von Zürich, hielt. Eine vorgeschobene Leichte Brigade hatte eine für den Feind günstige Vormarschachse im Osten zu sperren. Die Ost- und Südgrenzen wurden von einer Gebirgsdivision und einer Gebirgsbrigade geschützt. Eine Gebirgsdivision und eine Gebirgsbrigade bildeten eine Art beweglicher Reserve für das Ganze.

Die Arbeit an der Hauptverteidigungslinie, sinnigerweise Armeestellung genannt, weil sich fast die ganze Armee darin befand, wurde während des ganzen Winters 1939/40, während der ganzen «*drôle de guerre*», eifrig betrieben. Der sowjetische Angriff auf Finnland, am 30. November 1939 ausgelöst, und der hartnäckige Widerstand der Finnen in ihrer Mannerheimlinie und in ihren nordischen Wäldern gegen die russischen gepanzerten Divisionen ermutigte die Schweizer und bestärkte ihr Vertrauen in die Befestigungen, die sie bauten. Harte Arbeit – Gräben und Unterstände ausheben und Barrikaden errichten –, harte Ausbildung für den Kampf unter starker Führerschaft sowie eiserne Disziplin verhinderten, dass die Armee sich langweilte und demoralisiert wurde, wie es beim französischen Heer in der Maginotlinie und nördlich davon der Fall gewesen war.

Trotzdem ergaben sich mit so viel Männern im Aktivdienst Probleme, sowohl für die Volkswirtschaft als Ganzes als auch für jeden einzelnen Offizier und Soldaten – Probleme, die sich während des ersten kalten und trüben Kriegswinters fühlbar machten. Der Druck der politischen Parteien und der Gewerkschaften, um die Männer ihren Familien und ihrer Arbeit zurückzugeben, war durch die ganze Zeit der «drôle de guerre» stark. Schritt für Schritt wurden Truppen entlassen. Am 31. Dezember 1939 war die Zahl der im Dienst stehenden Wehrmänner auf 175'000 gesunken. Ein Ablösungsplan erlaubte den Soldaten in regelmässigen Abständen nach Hause zu gehen. Am 20. Dezember 1939 rief die Regierung ein System ins Leben, das den Wehrmann für den Verdienstausschlag, der ihm durch den Aktivdienst erwuchs, entschädigte. Er erhielt nun eine Entschädigung, entsprechend der Grösse seiner Familie und seines Einkommens im Zivilleben. Die Kosten wurden zwischen dem Staat, den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern, die im Produktionsprozess standen, aufgeteilt. Wer arbeitete, zahlte 2% seines Lohnes an die Ausgleichskasse. Das ganze System wurde zu einer erfolgreichen, ja segensreichen sozialen Einrichtung.

Als Deutschland am 9. April 1940 Dänemark und Norwegen in einer typischen Blitzkriegsoperation angriff, war das Schweizervolk und die Armee bereit, einem Überfall zu begegnen. Nur wenige bezweifelten, dass er kommen würde. Man erwartete einen brutalen Angriff ohne Kriegserklärung, wie ihn die Deutschen mit Erfolg gegen Skandinavien geführt hatten. Um diesen

Gefahren entgegenzutreten, vereinbarte die Regierung mit dem General, dass er bei einem Überfall, sofern er nicht mehr ihr Einverständnis einholen könnte, von sich aus die Totalmobilisation befehlen würde.

Am 18. April 1940 liessen Regierung und Oberbefehlshaber eine gemeinsame Weisung an alle Wehrpflichtigen ergehen, was zu tun sei, im Falle sie bei einem Kriegsausbruch zu Hause überrascht würden. Diese Weisung konnte sich auf die Tatsache stützen, dass jeder Schweizer Wehrmann seine gesamte persönliche Ausrüstung, mit Gewehr und 48 Schuss Munition, griffbereit zu Hause hat. Jeder Offizier und jeder Unteroffizier bekam nun den Befehl, alle Soldaten in erreichbarer Nähe zu sammeln und sie dem Feinde entgegenzuführen. In Abwesenheit eines Offiziers hatte jeder Soldat die Pflicht, auf eigene Faust zu kämpfen. Der Befehl enthielt auch einen Abschnitt, der sich nicht nur an den Soldaten wandte, sondern an das ganze Volk, was einen starken Eindruck machte. Er war wunderbar in seiner Einfachheit. Der Abschnitt lautete folgendermassen: «Wenn durch Radio, Flugblätter und andere Mittel Nachrichten verbreitet werden sollten, die den Widerstandswillen von Bundesrat und Armeeleitung anzweifeln, so sind solche Nachrichten als Erfindung der feindlichen Propaganda zu betrachten. Unser Land wird sich gegen jeden Angreifer mit allen Mitteln bis aufs Äusserste verteidigen⁷.»

Kapitel 2

Geheimabkommen zum Überleben

Militärische Notwendigkeit gegen absolute Neutralität

Wir haben gesehen, dass der Oberbefehlshaber und der Generalstab, so gut wie jeder denkende Bürger, von der Möglichkeit, ja sogar von der Gewissheit eines deutschen Angriffs überzeugt waren. Es gehörte zu ihrer Aufgabe, sich für jede mögliche Notlage vorzusehen. Nach Abwägung aller zu erwartenden Bedrohungen der Sicherheit des Landes galt es in erster Linie für den wahrscheinlichen Angriff, nämlich den aus Nordosten, gewappnet zu sein.

Am 10. Mai 1940 war die Verteidigungslinie gegen Norden, wie schon erwähnt, bereit. Der westlichste Punkt der Linie, nahe der Grenze gegen Frankreich, war eine in den festen Fels des Jura gesprengte Festung, deren Feuer sich mit demjenigen des südlichsten Forts der Maginotlinie kreuzen konnte, das auf dem nahen Glaserberg im Elsass gelegen war. Die Lage der schweizerischen Festung war durch die Geographie und durch elementare strategische Überlegungen gegeben. Sie gehörte als ein winziger Teil in das allgemeine Festungsprogramm, das 1934 in Angriff genommen worden war. Die strategische Lage jedoch, wie sie sich nach dem

März 1935 zeigte, als Deutschland den Vertrag von Versailles kündigte und aufzurüsten begann, machte neue Überlegungen und Planungen notwendig.

Im Falle eines deutschen Angriffs gegen Westen, gegen Frankreich als den traditionellen Feind und als den Alliierten und Beschützer der osteuropäischen Staaten, stand fest, dass Deutschland die französischen Befestigungen im Norden oder im Süden oder auch an beiden Enden zu umgehen suchen werde. Der südliche Stoss würde dann durch die Schweiz führen. Für die schweizerischen Planer war diese Entwicklung sehr wahrscheinlich, ja beinahe zur Gewissheit geworden. Darum schien es ihnen wichtig, sich gegen diese naheliegende Gefahr zu schützen, indem sie ein gewisses Zusammengehen mit der französischen Armee vorzubereiten suchten.

Für ein neutrales Land war allein schon der Gedanke an ein solches Zusammengehen eine gewagte Sache. Jede Art von Kontakt, Verhandlung oder Einigung konnte von den Deutschen, sollten sie davon erfahren, als unneutral und darum als willkommener Vorwand für einen militärischen Angriff gelten. Trotzdem war eine solche vorsorgliche Planung an sich nichts Neues und galt nach schweizerischer Auffassung als durchaus vereinbar mit den Rechten und Pflichten eines neutralen Staates. Kontakte dieser Art hatte es schon in früheren kritischen Perioden der Geschichte der Schweiz gegeben. Ein kurzer Rückblick zeigt das¹.

Bereits 1907 hatte der Chef des Generalstabs, Oberst Theophil von Sprecher, mit dem Deutschen Reich, und

zwar mit dem kaiserlichen Generalstab, Briefe ausgetauscht. Er war in Berlin von General Moltke und von Kaiser Wilhelm II. empfangen worden. Gleichzeitig fanden auch Gespräche mit dem österreichischen Nachrichtendienst statt. Ihr Ergebnis wurde in «Punktationen» zusammengefasst, einer Liste der Fragen, die im Falle eines Angriffs der Alliierten gegen die Schweiz gemeinsam gelöst werden müssten. Immer wurde der Wille der Schweiz, neutral zu bleiben und jedem Angriff zu widerstehen, betont. Militärische Unterstützung durch die Macht, die mit der die Schweiz angreifenden Nation im Kriege lag, sollte nur auf Verlangen der Schweiz gewährt werden.

Was die Zeit des Ersten Weltkrieges anbelangt, ist über die Kontakte mit Deutschland und Österreich und über Pläne für den Fall einer französischen oder italienischen Verletzung der schweizerischen Neutralität wenig bekannt. Man weiss, dass General Erich Ludendorff, der deutsche Generalquartiermeister, von einem Schweizer Emissär interpelliert, einfach antwortete, dass es weder Besprechungen noch Vereinbarungen brauche, da Deutschland in einem solchen Falle die nötigen Schritte selber unternahme und die nötigen Befehle an die Schweizer Armee gebe. Als aber 1917 die Niederlage Russlands bevorstand, was für die deutschen Armeen eine Entlastung an der Ostfront bedeutete und sie für Operationen im Westen frei machte, fürchteten sowohl die Alliierten wie auch die Schweizer, Ludendorff könnte, um den Krieg abzukürzen, in die Schweiz einzudringen suchen. Der Angriff könnte über die Alpen

Richtung Italien oder durch das Mittelland und über den Jura, zur Umgehung der rechten Flanke der französischen Armee, erfolgen. Frankreich schlug darum einen Meinungs austausch über zu ergreifende Massnahmen vor, da die Interessen gleichgelagert waren. Bei der Heftigkeit und Schnelligkeit aller deutschen Operationen jener Zeit schien ein frühzeitiges Einvernehmen über ein eventuelles Zusammengehen nötig. Dies war die Meinung des französischen Oberkommandos, die als höchst geheime Botschaft der entsprechenden schweizerischen Stelle mitgeteilt wurde. Die Schweizer Regierung, von dem Vorschlag unterrichtet, stimmte ihm zu.

Der damalige Brigadegeneral Maxime Weygand, Stabschef von General Foch, wurde im April 1917 vom Generalstabschef der Schweizer Armee, Korpskommandant Theophil von Sprecher, in Bern im geheimen empfangen. Eine ungeschrieben gebliebene Abmachung wurde getroffen. Die Schweizer legten dar, wo sie ihre Abwehrfront zu errichten planten. Gleichzeitig wurden die Aufmarschwege festgelegt, auf denen französische Truppen in die Schweiz einmarschieren würden, um die schweizerische Abwehrstellung zu verstärken. Die nötigen Arbeiten zur Verbesserung von Strassen und Bahnen für die Bewegungen der französischen Truppen wurden genehmigt und später durch die Schweiz tatsächlich ausgeführt².

Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg war von französischer Seite in formlosen Gesprächen zwischen hohen Offizieren eine Vereinbarung, ähnlich der von 1917, zur

Koordination der Operationen bei der Abwehr eines möglichen deutschen Angriffs auf die Schweiz angeregt worden. Henri Guisan, damals erst Kommandant des 1. Armeekorps, hatte diese Anregungen entgegengenommen und wahrscheinlich schon früh mit Bundesrat Rudolf Minger, Chef des Militärdepartements, mit dem ihn ein besonderes Vertrauensverhältnis verband, besprochen. Ohne weitere Mitglieder des Bundesrats zu informieren, beschlossen sie, Guisan werde seine guten Beziehungen zu hohen Offizieren der französischen Armee spielen lassen, um einen vertraulichen Gedankenaustausch zu führen.

Minger, ein echter Landwirt, der sein eigenes Bauerngut unweit der schweizerischen Hauptstadt bewirtschaftete, war Mitglied des Parlaments gewesen, wurde 1929 in die Regierung gewählt und leitete seit 1931 das Militärdepartement. Er wurde sehr bald populär. Ich sehe ihn noch deutlich vor mir, wie er Truppen inspizierte: hoch zu Ross, in Zivilkleidung – gelbe Reithosen, schwarzer Cutaway und schwarze Melone – begeisterten Applaus bei der zuschauenden Zivilbevölkerung auslösend. Seine Popularität verdankte er seiner bäuerlichen Herkunft, seiner einfachen Art, sich zu geben, und auch seinem Mut, für eine moderne Armee einzutreten, und zwar als das noch nicht populär war. Hunderte von komischen Anekdoten über seine Einfachheit machten die Runde. Unter diesen Äusserlichkeiten verbarg sich aber ein harter Politiker, dem es gelang, für die Modernisierung der Armee kräftige Unterstützung zu erhalten, was in der damals herrschenden Atmo-

sphäre der beginnenden dreissiger Jahre kein leichtes war. In dieser Zeit wurde Guisan sein vertrauter Berater. Als es im Jahre 1939 den Oberkommandierenden zu wählen galt, gab es zum Glück für das Land und dank Mingers weiser politischer Vorarbeit kein Zögern über die zu treffende Wahl.

Kontakte mit Frankreich

Guisan nahm die Dinge in die Hand, aber als kluger und vorsichtiger Waadtländer von bäuerlicher Schlaueit engagierte er sich nicht persönlich. Er übertrug die Aufgabe, erste Kontakte herzustellen, einem Freund, Oberstleutnant Albert von Tscharnier, der in der französischen Fremdenlegion gedient und ein Held aus dem Ersten Weltkrieg war und jetzt zurückgezogen am Genfer See lebte. Ein Offizier seines Stabs, Major Samuel Gonard, der ein glänzender Student der Ecole de Guerre in Paris gewesen war, sollte Kontakt mit den Generälen Gamelin und Georges aufnehmen. Für juristische Fragen des Völkerrechts und der Neutralität berief er Claude du Pasquier, Professor an der Universität Neuchâtel und ebenfalls Oberst im Generalstab, als Berater³.

In Paris und an verschiedenen Orten der Schweiz begannen Gespräche. Während Manövern in Frankreich und Italien traf Guisan mit Gamelin und Georges zusammen und während Manövern in der Schweiz mit Pétain. Im Oktober 1938 wurde Guisan von General de

Lattre de Tassigny zu einem geheimen Inspektionsgang in die Maginotlinie zwischen der Schweizer Grenze und Strassburg eingeladen. Der Chef des Militärdepartements billigte diesen Besuch ausdrücklich. Gekleidet wie ein Tourist, unbegleitet und unter vollkommener Geheimhaltung verliess Guisan Bern mit einem späten Zug Richtung Strassburg. Zufällig bestieg der niederländische Militärattaché den gleichen Zug. Glücklicherweise fand er in solch guter Gesellschaft zu finden, fragte er Guisan, ob er sich ihm anschliessen dürfe. Es war eine komische und heikle Situation. Guisan konnte dem Holländer nicht sagen, wohin er ging und wozu, und seine einzige Hoffnung war, dass Lattre de Tassigny werde in Strassburg nicht den roten Teppich für ihn auslegen lassen. Er war sehr erleichtert, den französischen General ganz allein auf dem Bahnsteig vorzufinden. Wahrscheinlich hatte der niederländische Offizier erraten, worum es ging, war aber gescheit genug, das Geheimnis zu wahren.

Kurz vor Kriegsausbruch begegnete Guisans Stabschef im 1. Armeekorps, Oberst Edouard Petitpierre, den Generälen Gamelin und Georges in Paris, und gemeinsam besprachen sie das Projekt einer militärischen Verständigung, jedoch ohne den Gedanken an eine formelle Vereinbarung.

Als die Schweizer Armee am 2. September 1939 mobilisiert wurde, kehrte Bernard Barbey, ein erfolgreicher Schweizer Schriftsteller, der in Paris lebte und der Kavallerieoffizier und Major im Generalstab war, getreu nach Hause zurück, zog seine Uniform an und meldete

sich zum Dienst. Wegen seiner interessanten und vielfältigen Beziehungen in Frankreich wurde er sofort dem Nachrichtendienst unter Oberst Roger Masson zugeteilt.

Während Barbey in Paris lebte, hatte er einen Ingenieur namens André Garteiser kennengelernt, der zugleich Journalist und Schriftsteller war. Garteiser hatte für die *Revue Hebdomadaire*, deren Redaktor Barbey war, Artikel geschrieben. Barbey, beeindruckt von der Intelligenz, von der Persönlichkeit und den Erfahrungen Garteisers, führte ihn in der Schweiz beim Stabschef des 1. Armeekorps ein, der ihn wiederum seinem Kommandanten Guisan vorstellte. Der Zufall wollte es, dass Garteiser am 30. August 1939, am Tage der Wahl des Generals, in Guisans Haus «Verte Rive» in Pully unweit von Lausanne weilte. Bei Kriegsausbruch wurde Garteiser, der französischer Reserveoffizier war, dem Stab von General Georges zugeteilt und mit der Verbindung zwischen dem französischen Oberkommando und der französischen Achten Armee, die sich in der Nähe der Schweizer Grenze befand, betraut. Diese Stellung ebnete den Weg für eine ständige Verbindung mit dem französischen Oberkommando, die keinerlei Verdacht wecken konnte.

Barbey seinerseits konnte unter dem Deckmantel seiner Arbeit für den Verlag Fayard, dessen literarischer Leiter er war, und als Redaktor seiner Zeitschrift leicht und unauffällig nach Paris und wieder zurückreisen.

Am 24. September 1939 wurde Barbey zu General Guisan gerufen, der ihn über die früheren Besprechungen

mit den Franzosen orientierte. Er wurde nach Paris geschickt, um herauszufinden, inwieweit die Beziehung Garteisers genutzt werden konnte, und um eine unformelle, jedoch greifbare Verständigung über eventuelle dringliche Massnahmen zu erzielen. Detaillierte Instruktionen wurden durch Oberstleutnant Gonard gegeben, der Chef des persönlichen Stabs des Generals geworden war⁴.

Barbey besuchte zusammen mit Garteiser Paris und die Frontlinie nördlich von Basel. Garteiser kam in die Schweiz, wo ihm das Gelände gezeigt wurde, auf welchem der Abwehrkampf geführt werden könnte. Am 2. Dezember 1939 wurde Major Barbey im Schloss Vincennes vom französischen Generalissimus Gamelin empfangen; am 6. Dezember sah er in La Ferté den Oberkommandierenden der französischen Ostfront, General Georges, und in Dole den Kommandanten der Achten Armee, General Besson. Letzterer erklärte seinen Plan, sollte die Schweiz es verlangen, die Anhöhen südlich von Basel, den Gempfen, zu besetzen, wo sich die beiden Armeen die Hand reichen würden. Besson glaubte, dass die ersten Truppenbewegungen, um dorthin zu gelangen, nicht länger als vier Stunden dauern würden. Alle französischen Generäle billigten als ausdrückliche *conditio sine qua non* jeglicher Zusammenarbeit, nie schweizerischen Boden zu betreten, es sei denn, es werde vom Schweizer Oberkommando verlangt.

Das Gempfenplateau südlich von Basel rückte in den Mittelpunkt des Interesses, weil die Verbindung der

beiden Armeen dort stattfinden sollte. Während seiner wiederholten Besuche in der Schweiz, und von Gonard dazu aufgefordert, brachte Oberstleutnant Garteiser auch Baupläne der Unterstände für die französische Artillerie mit, die auf dem Gempen installiert werden sollte. Mit dem Bau solcher Unterstände wurde tatsächlich begonnen.

Um eine gewisse Symmetrie anzustreben, die für die Pflichten eines Neutralen nötig war, und für den Fall, dass die Deutschen von den Kontakten mit Frankreich Wind bekämen, wurde eine ähnliche Mission wie diejenige Barbey als Verbindung zum deutschen Oberkommando erwogen. Studien für eine solche Fühlungnahme wurden Major Hans Berli anvertraut, der als Hauptmann von 1933 bis 1935 Stabskurse in Deutschland besucht hatte und mit den führenden Männern der Wehrmacht bekannt war. Sein Auftrag beschränkte sich aber vorerst auf Generalstabsstudien, und zu einer Besprechung in Berlin oder zu irgendwelchen Vereinbarungen kam es nicht. Es ist kein besonderer Bericht Berlis über seinen Auftrag bekannt, und er hat sich auch kaum darüber geäußert. Hans Berli starb während einer militärischen Übung im Jahre 1952, als er Divisionskommandant war⁵.

Im März 1940 traf Barbey von Neuem mit den Generälen Gamelin und Georges zusammen. Beide wiederholten, wie sehr sie es bedauerten, nicht die gleichen Kontakte mit dem belgischen Oberkommando zu haben wie mit dem schweizerischen. Sie fürchteten, dass dieser Mangel – gegeben durch das Zögern der Belgier und

ihre Abneigung gegen Verhandlungen – die Abwehr einer deutschen Operation im Norden ernstlich in Frage stellen könnte.

Im April wurde eine schweizerische Militärmission zur Besichtigung der Maginotlinie eingeladen. Ihr Leiter, Oberst Montfort, wusste nichts von den geheimen Besprechungen mit Frankreich, Oberstleutnant Gonard hingegen, der im Mittelpunkt der Verhandlungen stand, ging als schweigsamer Beobachter mit. Beide kehrten mit bösen Vorahnungen zurück, als sie Geist und Stand der Bereitschaft der französischen Armeen aus eigener Anschauung kennengelernt hatten.

Sechs Wochen später, am 9. Juni, als die französischen Armeen bereits unter den Schlägen ihrer entsetzlichen Niederlagen in Auflösung begriffen waren, wurde Barbey in Vincennes, nahe bei Paris, vom neuen Oberkommandierenden, General Weygand, empfangen.

Der General erwähnte wehmütig seine Mission in der Schweiz von 1917 und bemerkte traurig, dass die Unterstützung, welche die Schweiz im Falle eines Angriffs erwarten konnte, höchstens eine Division umfassen werde, statt wie geplant, eine ganze Armeegruppe⁶.

Die Schweizer bewegten sich auf dünnem Eis. Ein Missverständnis konnte sich ohne Weiteres bei den Offizieren ereignen, die den Befehl hatten, die Verbindung mit bestimmten französischen Einheiten herzustellen. Zum Beispiel: Während der Nacht vom 14. auf den 15. Mai wurde Oberst Borel, ein Fliegeroffizier, der den Befehl hatte, sich im Falle eines Angriffs zu einem französischen Fliegerverband nahe der Schweizer Grenze zu

begeben, in seinem Quartier in Zofingen durch einen Telefonanruf geweckt. Er machte sich sofort bereit, um die bewusste Stelle in Frankreich zu erreichen. Im Augenblick, als er mit seinem Wagen wegfahren wollte, wurde er angehalten – und es zeigte sich, dass die falsche Telefonnummer angerufen worden war. In der gleichen Nacht – der Nacht, da nach allen Meldungen des Nachrichtendienstes die deutsche Offensive gegen die Schweiz ausgelöst werden sollte – tauchte ein französisches Bataillon an der Schweizer Grenze aus dem Dunkel auf, etwa da, wo die Maginotlinie endete. Der Kommandant meldete dem diensttuenden Schweizer Offizier, der die Verteidigung der Strassenbarrikade unter sich hatte, die Deutschen seien in Basel eingedrungen, die Schweiz befinde sich demnach im Krieg mit Deutschland, und sie selber, als Vorhut einer Armee, müssten den ihnen bezeichneten Sektor in der Schweiz besetzen. Der Hauptmann an der Grenze erklärte seinem frühen Besucher ruhig, dass seine Information nicht stimme, dass kein deutscher Angriff gemeldet und keine französische Intervention verlangt worden sei. Aus diesem Grunde könne er ihn mit seinen Leuten nicht einmarschieren lassen. Nach einigem Zögern wandte sich der Franzose um und verschwand im frühen Morgendunst⁷.

Ohne Zweifel hätte ein falscher Entschluss, auf dieser wie auf jener Seite, weitreichende Folgen gehabt. Die französischen 240-mm-Geschütze, auf die Brücken von Basel gerichtet, hätten das Feuer eröffnen, die Deutschen hätten versuchen können, den Rhein zu überque-

ren, und die Schweiz wäre im Krieg gewesen – auf welcher Seite?

Dokumente in der Hand der Deutschen

Am 17. Juni 1940 ersuchte Frankreich um einen Waffenstillstand, der am 22. Juni in Rethondes unterzeichnet wurde. Für die Schweiz stellte sich nun die Frage, ob in der neuen Lage das Geheimnis ihrer Besprechungen und Vereinbarungen mit Paris wohl gewahrt bleiben könne. General Guisan befahl, die Dokumente, die Frankreich betrafen und die im Tresor eines mittelalterlichen Schlosses irgendwo in der Schweiz versteckt waren, ins Hauptquartier zu bringen. Auf Befehl des Generalstabschefs wurden sie im September 1940 zerstört. Er wusste nicht, dass die Deutschen am 16. Juni in La Charité-sur-Loire einen verlassenen Güterwagen gefunden hatten, der angefüllt war mit Dokumenten aus Paris, darunter auch jene Papiere und Landkarten, welche die Verhandlungen mit den Schweizern spiegelten⁸.

Es mutete beinahe wie ein Wunder an, dass dieses Geheimnis bis dahin gewahrt oder doch fast gewahrt geblieben war. Barbey war elfmal in Paris gewesen, Gartheiser zehnmal in der Schweiz und sechsmal an der Grenze. Ein Dutzend Schweizer Offiziere hatten Befehl erhalten, nach einem deutschen Angriff Verbindung mit gewissen französischen Einheiten aufzunehmen. Die französische Achte Armee hatte einen stehenden

Befehl ausgegeben, in dem der Fall einer Hilfeleistung an die Schweiz geregelt wurde⁹.

War das Geheimnis wirklich gewahrt worden? Zu viele Leute wussten in Frankreich um die Befehle für einen etwaigen Einmarsch in die Schweiz. Und nach Vorfällen wie jenem vom 15. Mai war es höchst unwahrscheinlich, dass der deutsche Geheimdienst, der seine Ohren überall hatte, nicht wenigstens um einen Teil der Wahrheit wusste.

Wie klug Guisan gehandelt hatte, die Regierung nicht zu informieren (ausser Bundesrat Minger), wurde im März 1940 klar. Der deutsche Botschafter in Bern, Otto Carl Köcher, hatte von gewissen geheimen Unterhandlungen Wind bekommen und den Aussenminister und damaligen Bundespräsidenten Pilet-Golaz um Auskunft über diese «Gerüchte» ersucht. Pilet-Golaz konnte in guten Treuen die Behauptung bestreiten.

Die von der deutschen Armee im Bahnhof von La Charité-sur-Loire gefundenen Papiere wurden ins deutsche Oberkommando gebracht. Es scheint, dass militärische Stellen bereits am 29. Juli 1940 eine Liste der Dokumente und eine Zusammenfassung ihres Inhalts an Hitler sandten. Dann wurde das gesamte Material einer speziellen Studiengruppe in Berlin, die Hans Adolf von Moltke unterstand, übergeben. Diese hatte die Aufgabe, den sensationellen Fund zu untersuchen. Er enthielt natürlich viel mehr als nur die dünne Mappe, welche die Schweiz betraf. Im November wurde ein Bericht über die geheimen Abkommen zwischen Guisan und Gamelin an den Aussenminister Joachim von

Ribbentrop gesandt, der Hitlers Aufmerksamkeit darauf lenkte.

Die Schweizer Regierung wurde von verschiedener Seite auf den gefährlichen Fund aufmerksam gemacht, unter anderem wahrscheinlich auch vom Kreis um den Leiter des deutschen Nachrichtendienstes, Admiral Wilhelm Canaris. Auch Mitglieder des Auswärtigen Amtes wussten davon. Am 6. Oktober erfuhr die schweizerische Gesandtschaft in Berlin bereits, dass die Dokumente aus dem französischen Original ins Deutsche übersetzt wurden. Es schien nun fast sicher, dass Hitler sie gegen die Schweiz ausspielen wollte, indem er Zweifel an der Echtheit ihrer Neutralität austreuen und sie des Einverständnisses mit Deutschlands Feinden beschuldigen konnte. Berichte über die Dokumente wurden auch schweizerischen Besuchern in Berlin zugespült – unter ihnen Divisionär Eugen Bircher und Oberst Gustav Däniker-, die als deutschfreundlich galten und die, wie man hoffte, einmal in die Schweiz zurückgekehrt, diese Information gegen General Guisan und seine Umgebung verwenden würden¹⁰.

Es steht fest, dass die SS und Ribbentrop die Papiere von La Charité als ein gewichtiges Dokument betrachteten, mit dem sie Hitler zu bewegen hofften, die «Liquidation» der Schweiz, die sie wärmstens empfahlen, anzuordnen. Da aber ihrer Ansicht nach ein günstiger Moment zur Erfüllung ihres Wunsches abgewartet werden musste, wurden Instruktionen ausgegeben, die Dokumente, als ob sie nicht existierten, nicht zu erwähnen, sondern als eine geheime Waffe zurückzubehalten. Sie

waren bis zu einem späteren Zeitpunkt zum Gebrauch aufzubewahren. Ihre plötzliche und schonungslose Veröffentlichung würde daraufhin, so dachte man, den Sturz General Guisans herbeiführen und das Schweizervolk mit Zweifeln erfüllen. Dann würden unter dem Schock eines Überraschungsangriffs die Schweizer eine leichte Beute des Nationalsozialismus werden.

General Guisan, vom Bundesrat über seine Verhandlungen mit Frankreich zur Rechenschaft gezogen, sagte einfach, dass er keine verpflichtenden Bindungen unterzeichnet habe, was der Form nach zwar der Wahrheit entsprach, aber doch nicht die ganze Wahrheit war. Er fügte bei, er habe bereits im Jahre 1939 dem Generalstab den Befehl gegeben, parallele Studien für eine eventuelle Zusammenarbeit mit der einen und mit der anderen der Kriegsparteien zu machen für den Fall eines Angriffs der Gegenseite auf die Schweiz, wie es bereits im Ersten Weltkrieg geschehen war.

In seinem tiefsten Innern jedoch brütete Guisan offenbar während der folgenden Kriegsjahre oft über der Frage, wie und wann die Dokumente von La Charité-sur-Loire gegen die Schweiz verwendet werden könnten. Er fragte sich, ob das geplante Zusammengehen mit Frankreich im Falle eines deutschen Angriffs in Berlin nicht so ausgelegt würde, dass es einen deutschen Präventiv- oder Präemptivangriff schon in dem Augenblick auslösen könnte, in welchem ein alliierter Angriff gegen die Schweiz auch nur befürchtet wurde. Ende 1942 und Anfang 1943, nach der Landung der Alliierten in Nordafrika, wurde in Deutschland nach Be-

richten des schweizerischen militärischen Nachrichtendienstes die Gefahr eines alliierten Vorstosses durch Italien und die Schweiz als ernst zu nehmende Bedrohung gewertet. Es war klar, dass in Anbetracht der ausgesprochenen Sympathie, welche die alliierte Sache in der Schweiz genoss, und mit den Dokumenten einer Zusammenarbeit mit Frankreich im Hintergrund Deutschland daran zweifelte, ob General Guisan einem alliierten Einfall Widerstand leisten würde. Guisan setzte – wie wir später sehen werden – aus diesem Grunde alles daran, die deutschen Zweifel zu zerstreuen. In der Hoffnung, dies zu erreichen, erlaubte er ungewöhnliche Kontakte zwischen dem schweizerischen und dem deutschen Nachrichtendienst. Der Befehl W 42 vom 1. September 1942, der den gleichzeitigen Widerstand gegen eine alliierte *und* eine deutsche Invasion vorsah, stand ganz deutlich in Beziehung zum Trauma von La Charité.

Kapitel 3

Der Sturm bricht los

Heute Nacht kommt der Angriff

Am 10. Mai 1940 ging ich zu Fuss in früher Morgenstunde zu der Fliegerabwehrbatterie, deren Kommandant ich damals war. Die Batterie stand am Rande der kleinen Stadt Olten, wo zwei Hauptbahnlinsen aus Italien zusammenlaufen. Einige Tage zuvor war der Befehl ausgegeben worden, bei Tagesanbruch immer in voller Schussbereitschaft zu sein. Ich traf den diensttuenden Offizier beim Eingang zur Stellung. Er wusste schon, dass die Niederlande und Belgien von den Deutschen überfallen worden waren und dass ein deutscher Angriff an der Westfront im Gange sei. Hoch oben und weit im Norden, weit ausserhalb der Reichweite unserer 75-mm-Vickers-Geschütze, sahen wir Flugzeuge, kleine, glänzende Punkte, die im blauen Himmel aufblitzten.

Während wir den Luftraum über dem strategisch wichtigen Bahnzentrum überwachten, das wir gegen Bomber und Fallschirmabspringer zu schützen hatten, und während in anderen Sektoren Zehntausende von Augen über den Rhein oder von Berggipfeln und Pässen hinab nach dem benachbarten Land blickten, wo man die deutschen Armeen zum Angriff bereit wähnte, hatte die

Totalmobilmachung der Schweizer Armee bereits begonnen. Nach nur 24 Stunden standen 780'000 Mann unter den Waffen, jetzt gut ausgebildet und viele in vorbereiteten befestigten Stellungen. Von der westlichen Grenze des Landes wurden weitere Divisionen in vorbestimmte Sektoren der Armeestellung verschoben. Am Tage zuvor hatte die Militärpolizei erfahren, es sei ein Handstreich von Saboteuren gegen General Guisans Hauptquartier geplant. Guisan fuhr ruhig in ein in der Nähe gelegenes Schloss, wo ihn der Chef des Generalstabs erwartete und wo sie die Nacht zubrachten, gut beschirmt von starken Infanterieverbänden und mit ihren respektiven Stäben durch Radio sowie in der Eile gelegte Telefonkabel in Verbindung. Die Militärpolizei, die rund um das Hauptquartier auf die Saboteure lauerte, wartete umsonst.

Als gegen Mitte Mai die deutsche Offensive in Nordfrankreich an Schwung einzubüssen schien, rechnete das alliierte Oberkommando damit, dass als nächstes ein massiver Angriff auf die Schweiz folgen würde, mit dem Ziel, eine umfassende Bewegung um den südlichen Flügel der Maginotlinie auszuführen. Die Schweizer Regierung und der Generalstab wurden von Paris aus vor dieser bevorstehenden Gefahr gewarnt. In Rom wurde der schweizerische Militärattaché vertraulich von einem italienischen «Freund» in hoher Stellung gewarnt. Der militärische Nachrichtendienst meldete massive Ansammlungen – dreissig deutsche Divisionen – nördlich des Rheins, wo er die Grenze zwischen Deutschland und der Schweiz bildet. Material zum Bau

von Brücken wurde sichtbar am Nordufer des Flusses auf gestapelt¹.

Die Schweizer Armee befand sich nun in höchster Alarmbereitschaft. Die Befehle besagten, der deutsche Angriff sei mit aller Gewissheit in den ersten Stunden des 15. Mai zu erwarten. General Guisan, der sich mit seinem Stab einen ausführlichen Bericht des Leiters des Nachrichtendienstes angehört hatte, der dahin lautete, der Angriff werde am folgenden Tage stattfinden, zog sich, vollkommen ungerührt, in sein Zimmer zurück, mit den Worten: «Bis morgen – gute Nacht.»

Soweit ich beim Betrachten der Offiziere und Soldaten, die unter meinem Kommando standen, feststellen konnte, verbarg sich unter ihrem ruhigen Äusseren eine Art erregter Erwartung, gepaart mit Unglauben. Das war in einer Armee, die immer nur geübt und geübt, jedoch nie einen Krieg gesehen hatte, nur zu verständlich. Einige der Leute schienen dem Kampf voller Erwartung entgegenzuschauen, andere schienen zu glauben, dass uns so etwas nicht widerfahren könne, doch niemand zeigte Furcht.

Wir wissen heute, dass kein Angriff geplant war, sondern nur überall falsche Informationen ausgestreut worden waren, damit die französischen Armeen aus dem Süden nicht nach Norden verschoben würden, wo sie an der zerbröckelnden Front dringend gebraucht worden wären. Rückblickend ist es klar, dass die deutschen Vorbereitungen jenseits der Schweizer Grenze viel zu auffällig betrieben wurden, um wahr zu sein.

Der 15. Mai ging vorüber. Die dramatische Wendung

des Geschehens in Frankreich schaffte bald eine völlig neue, unerwartete Lage. Die schweizerische Armee musste sich ihr anpassen und tat es auch rasch und gründlich. Wie sich die Zivilbevölkerung in diesen kritischen Tagen verhielt, ist eine andere Geschichte.

Die Niederlage Frankreichs

Die Ereignisse, wie sie sich Mitte Mai entwickelten, waren für die Schweizer ein Alptraum. Nur wenige gut informierte Männer im Armeekommando oder im Nachrichtendienst hatten den traurigen Zustand, in dem sich die französische Armee befand, voll erkannt – ihre Moral, ihre Ausbildung, ihre Ausrüstung und die Unfähigkeit ihres Oberkommandos. Man hatte immer noch die siegreiche Armee von 1918 und die uneinnehmbare Maginotlinie vor Augen. Das Volk folgte besorgt den Kriegsnachrichten am Radio und in den Zeitungen und natürlich ganz besonders dem Verlauf des Kampfes im Westen. Als am 17. Mai gemeldet wurde, die deutsche Armee habe den Fluss Oise erreicht, verloren alle die wussten, was dies bedeutete, die Hoffnung². Ich werde den Augenblick nie vergessen, als in den 12.30-Uhr-Nachrichten der französische Heeresbericht verlesen wurde, der mit den Worten endete: «Wir sind nun zum Bewegungskrieg übergegangen.» Wir schauten uns an, und einer unter uns sagte: «Das bedeutet: *sauve qui peut.*»

Nach dem Abschluss der Schlacht um Dünkirchen am 5. Juni wandte sich die deutsche Armeegruppe A (Rundstedt) nach Süden, um östlich an Paris vorbei die französischen Armeen von hinten zu fassen. Vier Panzerdivisionen unter General Heinz Guderian bildeten die Spitze dieser Umfassungsoperation; sie brach am 12. Juni den starken Widerstand, den die Franzosen an der Marne leisteten, und stiess dann nach Süden vor.

Am 17. Juni erreichten General Guderians Panzer, wie erwartet, die Schweizer Grenze nahe der französischen Stadt Pontarlier, wendeten dort nach Nordost und nahmen die Maginotlinie von hinten. Das französische 45. Armeekorps – bestehend aus einer französischen Division, einer polnischen Division und einer Brigade von Spahis – wurde von Westen gegen die Schweizer Grenze abgedrängt. Am 19. Juni bat sein Kommandant mit seinen Truppen in die Schweiz eingelassen und interniert zu werden. 42'000 Mann strömten jetzt auf zwei schmalen Strassen über die Grenze, warfen die Waffen zu Füssen der Schweizer Soldaten und marschierten, ohne ihr Tempo zu verringern, dem Landesinnern zu. Es stellte sich ein schwieriges Verkehrsproblem, da zur gleichen Zeit Material und Verstärkungen für die Schweizer Armee in der Gegenrichtung transportiert werden mussten.

Ein neues Abwehrdispositiv mit der Front gegen Nordwesten war errichtet worden und stand nun den geballten deutschen Kräften, die sich im eroberten Frankreich sammelten, gegenüber. Hätten Guderians Panzer im gleichen Moment zugeschlagen, so wäre ein

Chaos wahrscheinlich unvermeidlich gewesen. Jedenfalls aber hatten die Deutschen damals andere Ziele im Kopf. Wollten sie die Schweiz wirklich angreifen, dann konnten sie es später zu einem günstigeren Zeitpunkt tun.

Gleich nach dem 10. Mai und während des Kampfes in Frankreich und der rasch um sich greifenden Katastrophe für die französischen Armeen trug auch in der Schweiz ein Jahr der psychologischen Kriegsführung und der Subversion seine Früchte. In Belgien und den Niederlanden, wie vordem in Norwegen, hatten nach Berichten, die jedermann hören und lesen konnte, Saboteure und Fallschirmtruppen überall angegriffen. Man vermutete an allen Ecken und Enden Spione und Agenten. Die Massenflucht des belgischen und des französischen Volkes hatte eingesetzt und verbreitete überall Panik. Schweizer Offiziere und Soldaten, denen es nie in den Sinn gekommen wäre, ihre Posten an der Grenze zu verlassen, und die gewiss nicht feige waren, riefen nun ihre Familien an und drängten sie, ihre Heime zu verlassen und im Westen des Landes oder in den Bergen Zuflucht zu suchen. Psychologisch gesehen war es vielleicht ganz einfach eine Mischung aus Angst und aus dem Bedürfnis, in den Augen ihrer Lieben als wichtig und gut informiert zu erscheinen.

Als im Herbst 1939 mit dem Ausbau der Armeestellung begonnen wurde und jedermann mit eigenen Augen sehen konnte, wo sich die hauptsächlichsten Kämpfe abspielen und sich demnach die grössten Verwüstungen ergeben würden, fingen gewisse Leute an, entspre-

chende Massnahmen zu ergreifen. Firmen, gut situierte Familien und Leute, die für Kulturschätze verantwortlich waren, begannen Unterkünfte vorzubereiten, die sie – in naiver Weise – als sicher betrachteten. Gesellschaften verlegten ihre Archive – manche sogar ihren Hauptsitz – in den Westen des Landes. Eine Verordnung wurde erlassen, die solche Verlegungen erleichterte. Die Ufer des Genfer Sees genossen im Laufe dieser Bewegung eine besondere Anziehungskraft. Familien mieteten in hübschen Berggegenden Chalets, wohin Frauen und Kinder im Falle der Gefahr fliehen konnten. Die wichtigsten Schätze aus den Museen wurden in unterirdischen Schutzräumen untergebracht, mittelalterliche Glasfenster aus Kirchen und Rathäusern entfernt und an sichere Orte gesandt³.

Die lokalen Behörden, unschlüssig darüber, was sie in gefährdeten Grenzgebieten der Bevölkerung raten sollten, baten die Bundesbehörden um Anweisung, ohne jedoch eine klare Antwort zu erhalten. Die Befragten gaben vage zu verstehen, es könnte eine Zeit kommen, da es für die Bevölkerung ratsam wäre, in das Innere des Landes zu ziehen. Nichts jedoch war geplant oder befohlen – die Wirklichkeit eines Krieges lag einfach ausserhalb des Denk- und Vorstellungsvermögens jener braven Männer.

Aus diesem Grunde stand die Masse psychologisch gar nicht oder falsch vorbereitet den Ereignissen vom Mai gegenüber. Viele Leute dachten, der Augenblick sei nun gekommen, die Gefahrenzone zu verlassen. Ein trauriger Strom von Flüchtlingen setzte sich westwärts durch

das Land in Bewegung. Viele von ihnen waren reiche Leute mit Wagen und einem Zufluchtsort, der für sie bereitstand. Die überwiegende Mehrheit des Volkes und nicht nur die Armen, wie so viele Historiker und Pseudohistoriker glaubhaft machen wollen, blieb fatalistisch zu Hause. Einige Schulen von Zürich, unter ihnen das Gymnasium, in welchem damals die Söhne der Elite zur Schule gingen, wurden am n. Mai für eine Woche geschlossen, jedoch aus ganz anderen Gründen: fünfzig Prozent der Lehrer waren in der Armee eingezogen, manche unter den übrigen leisteten Dienst als Luftschutzwart; einige der älteren Schüler hatten bei der Fliegertruppe auf Beobachtungsposten zu dienen. Damit war ein geordneter Schulbetrieb unmöglich geworden. Der Rest der Schüler wurde zum Helfen auf die Bauernhöfe geschickt, deren Männer ebenfalls Militärdienst leisteten. Wie wir sehen, kann es also nicht zutreffen, dass so viele Familien geflohen waren, wie man später meinte.

Niemand weiss, was sich ereignet hätte, wäre der Krieg wirklich ausgebrochen – vielleicht eine Panik gleich derjenigen, die über Frankreich hinwegfegte. Das Schauspiel aber, das ein kleiner Teil der Bevölkerung darbot, war peinlich genug. Während dieser kritischen Nacht stand ich mit einigen Soldaten vor meinem Kommandoposten. Das Gebäude, ein altes Schulhaus, befand sich an einer wichtigen, wenn auch zweitklassigen Ost-West-Verbindung. Eine lange, fast ununterbrochene Kolonne von Autos rollte vorbei, die meisten voll von Frauen und Kindern, manche mit einer Ma-

tratze über das Dach gebunden, von der die Insassen offenbar meinten, sie sei ein guter Schutz gegen Tiefangriffe von Fliegern. Die Soldaten verfolgten dieses Schauspiel, halb belustigt, halb ungläubig. Es schien so weit weg von uns zu sein, nichts, das uns anging; wir hatten kein Gefühl für diese Leute, die für uns Fremde waren.

Die Evakuierung und Flucht eines Teils unserer Bevölkerung war in Wirklichkeit nicht ganz so beschämend, wie sie vielen heutigen Beobachtern erscheinen mag. Sie könnte mit der Haltung des englischen Volkes verglichen werden, das sich später, während der massiven Luftangriffe, so heroisch verhielt. Denn am Anfang des Konflikts zeigten sich die Engländer ebenso unvorbereitet auf eine Begegnung mit den Schrecken des modernen Krieges und nicht minder unrealistisch, und was sie unternahmen, um sich in Sicherheit zu bringen, war ebenso töricht.

Erst als die Verwüstung von Rotterdam und die Ausdehnung der Zerstörungen in anderen Städten voll bekannt wurden, begannen die Regierungen der schweizerischen Städte und Kantone das Problem etwas ernsthafter zu betrachten. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte man sich nie konkrete Vorstellungen von den Auswirkungen der Verteidigung einer Stadt wie etwa Zürich gemacht. Jedermann schien die Idee der totalen Zerstörung einer Agglomeration von solcher Grösse und Wichtigkeit in Kauf zu nehmen. In Wirklichkeit war das aber nicht heroische Opferbereitschaft der Bürger und Stadtväter, sondern eher Mangel an Einbildungskraft

und Information. Niemand hatte die Möglichkeit ernst genommen – sie lag einfach ausserhalb der Vorstellungskraft eines Volkes, das in Ordnung und Frieden aufgewachsen war.

Am 3. Juni 1940 sandte die Regierung des Kantons Zürich endlich per Post einen Brief an die Adresse des Bundesrates – sie hielt es nicht für nötig, ein Telegramm oder eine Delegation nach Bern zu schicken. Im Brief hiess es, sie halte am Entschluss fest, Zürich zu verteidigen. Hatte aber der Bundesrat oder das Militärkommando je über das Schicksal von 350'000 Bewohnern nachgedacht, für die es keinerlei Schutz gab? Eine Verteidigung der Stadt ohne vorhergehende Evakuierung ihrer Bewohner schien den Regierungsräten nun unvereinbar mit ihrer Pflicht gegenüber der Bevölkerung⁴.

Solche Fragen mussten beantwortet werden, und die Zivilbehörden wussten nicht, was sagen. So war es an den Militärbehörden zu antworten. Sie antworteten auf schonungslose Weise, aber es blieb ihnen keine andere Wahl: Am 20. Juni 1940 erliess General Guisan einen Befehl, mit seiner eigenen Unterschrift versehen, an das Volk: «Unter allen Umständen habe jedermann an seinem Wohnort zu bleiben, es sei denn, ein militärischer Befehl ordne etwas anderes an.»

Die Krise ging vorbei, zum Glück ohne die katastrophalen Folgen, die das vollkommene Unvorbereitetsein für Hunderttausende von Menschen mit sich gebracht hätte. Langsam und leise kehrten jene, die geflüchtet waren, wieder an ihre Wohnorte zurück. Man meint je-

doch, dass 2'000 Bewohner von Basel, die sich schämten oder zu verängstigt waren, dort blieben, wohin sie geflohen waren: am Genfer See, in einem Bergdorf oder in Amerika.

Luftkrieg

Die Entwicklung der Luftkriegsmittel und die entsprechenden Aussichten auf einen Luftkrieg brachten den neutralen Staaten neue Probleme. Die verschiedenen Aspekte der Rechte und Pflichten eines Neutralen waren durch das Völkerrecht festgelegt. Es stand im grossen und ganzen fest, dass jedes Eindringen der Landstreitkräfte einer kriegführenden Macht in das Territorium eines Neutralen als ein militärischer Angriff betrachtet und darum vom Neutralen verhindert werden konnte und musste – sei diese Verletzung irrtümlich geschehen oder weil der Neutrale das Ziel des Angriffs bildete oder aber weil eine im Kampf befindliche Nation im Laufe ihrer Operationen gegen den Feind in das neutrale Land eindrang. In einer solchen Situation fällt die Neutralität dahin – wie es in Dänemark, Norwegen, den Niederlanden und Belgien der Fall gewesen war. Bewaffnetes Eindringen in den Luftraum neutraler Länder hingegen wurde stillschweigend als eine vollkommen andere Sache bewertet. Während dem Neutralen das absolute Recht und die Pflicht zustanden, solches Eindringen zu verhindern, wurde die Tat des Durchfliegens des Luftraums und andererseits der Ver-

such, diese Flüge mit Waffengewalt zu verhindern, nicht als Kriegshandlung betrachtet, die der Neutralität ein Ende setzte oder den Neutralen in einen Krieg verwickelte.

So zögerten die Schweizer nicht, Jagdflieger und Fliegerabwehrartillerie einzusetzen, um das Eindringen in ihren Luftraum zu verhindern, und die deutschen Flieger zögerten nicht, zurückzuschossen. Trotzdem änderten die daraus entstehenden Zwischenfälle nichts an der Tatsache, dass die betroffenen Länder durchaus miteinander im Friedenszustand blieben. Hätten die Deutschen hingegen in diesen Auseinandersetzungen einen Angriff unternommen, an dem sich Truppen am Boden beteiligt hätten – eine sehr naheliegende Möglichkeit, wie wir sehen werden –, dann wäre der Fall völlig anders gewesen und hätte zum offenen Krieg zwischen den Achsenmächten und der Schweiz geführt.

Wie wir in jenen frühen Stunden des 10. Mai sahen, standen deutsche und französische Flugzeuge gegeneinander im Kampf über französischem Boden. Hin und wieder drangen sie auch für kurze Zeit, wohl irrtümlich, in den schweizerischen Luftraum ein.

Von diesem Zeitpunkt an bis Ende Mai 1940 verletzten 113 fremde Flugzeuge den neutralen Luftraum; im Juni waren es 84. In den allerersten Tagen wurden zwei deutsche Bomber über schweizerischem Boden von Schweizer Fliegerpatrouillen verfolgt und angegriffen. Einer von ihnen, schwer getroffen, machte eine Notlandung, der andere entkam brennend und eine schwarze Rauchfahne hinter sich herziehend über die

Grenze. Am 1. Juni wurde ein deutscher Bomber von einem schweizerischen Jagdflieger in der Nähe von Neuchâtel abgeschossen; ein anderer, der nahe der Grenze beschossen worden war, zerschellte auf französischem Boden. Am folgenden Tag wurde ein weiterer Bomber, der beschädigt war, zur Landung in der Schweiz gezwungen. Von diesem Zeitpunkt an begleiteten Me-iiio-Jagdflugzeuge die deutschen Bomber beim Durchfliegen des schweizerischen Luftraumes, mit dem Befehl, die schweizerischen Me 109 zu stellen.

Drei Schweizer Flugzeuge, unter ihnen ein langsames Beobachtungsflugzeug, wurden über der Schweiz von den Deutschen abgeschossen. Im Laufe solcher Begegnungen schossen drei Schweizer Jagdflieger zwei deutsche Flugzeuge ab. Nachts fielen auch Bomben, meist in Grenzgebieten⁵.

Die Schweizer Piloten hatten in diesen Kämpfen ausnehmend viel Mut und Können gezeigt. Die Deutschen waren ausser sich, besonders weil die Schweizer Flugzeuge benützten, die in Deutschland gekauft worden waren. In diplomatischen Noten beschuldigte Berlin die Schweizer, die deutschen Flugzeuge bis in den französischen Luftraum hinein zu verfolgen. Als Vergeltung entsandte Göring eine Gruppe Saboteure mit dem Befehl, schweizerische Flugbasen in die Luft zu sprengen; wie wir später sehen werden, wurde die Gruppe am 16. Juni, bevor sie irgendetwas hätte ausrichten können, verhaftet.

Die Verteidigung des neutralen Luftraumes gegen eindringende Luftstreitkräfte, die in den Krieg verwickelt

waren, stellte schwierige Probleme. Weder das schweizerische Kommando der Jagdflieger noch die Flabartillerie waren auf den Kampf bei Nacht vorbereitet. Die paar Dutzend in Deutschland gebauten Scheinwerfer mit Horchgeräten, die kurz vor dem Krieg gekauft waren, erwiesen sich als nutzlos. Als die Royal Air Force im Sommer 1940 mit ihren Bombenangriffen gegen Italien und Süddeutschland begann, respektierte sie natürlich auch den schweizerischen Luftraum nicht. Die Schweizer Flabbatterien mit ihren Scheinwerfern wurden versuchsweise an beherrschende Stellen verlegt, die unter den Luftstrassen lagen, welche von den Engländern am wahrscheinlichsten benützt wurden. Als Stellen wählte man auch, wenn immer möglich, erhöhte Bergkuppen, damit sich die Reichweite der Geschütze vergrösserte. Einige Batterien dagegen waren in der Nähe von Bern in Stellung gebracht. So konnten die Diplomaten der Achsenmächte jede Nacht zusammen mit dem Dröhnen der Motoren englischer Bomber auch das Donnern der Flabbatterien hören und die Explosionen der Granaten am Nachthimmel sehen. Es war ein eindruckliches Schauspiel; ohne Radar jedoch und mit einer ungenügenden Zahl von Scheinwerfern waren Treffer nicht zu erzielen. Wie erwartet, beschuldigten die Deutschen mit dem Ausdruck der Empörung die Schweizer Luftwaffe, nichts zu versuchen, um diese Flüge zu verhindern. Es zirkulierten um jene Zeit manche komischen Anekdoten über dieses Thema. In Wahrheit genügten jedoch weder die vorhandene Ausrüstung noch die Bewaffnung, um in der

Dunkelheit etwas ausrichten zu können. Auf einen deutschen Protest hin antwortete der Bundesrat mit der Frage, warum die Deutschen nicht selber die englischen Bomber aufhielten, welche Hunderte von Kilometern deutschen Gebiets oder von Deutschen besetztes französisches Land überflogen⁶⁷?

Etwas reizte die Deutschen und die Italiener noch viel mehr als das Versagen der Schweizer Luftwaffe bei der Abwehr der britischen Bomber. Die Schweiz mit all ihren hell beleuchteten Städten und Dörfern war ein mächtiges Leuchtfeuer inmitten eines sonst vollkommen verdunkelten Kontinents. So kam es, dass Berlin anfang von der Schweiz die Verdunkelung nach dem Muster Deutschlands zu verlangen. Es war dem Bundesrat jedoch bewusst, dass ein Eingehen darauf von den Alliierten als feige Konzession betrachtet würde, und er wies das Ansinnen zurück. Er brachte dabei alle möglichen Argumente vor. Unter anderem, die Verdunkelung würde den Bahnverkehr, an dem die Achsenmächte so interessiert waren, gefährden.

Auch der General war gegen die Massnahme, da er mit Recht befürchtete, sie würde die Möglichkeit von irrtümlichen Bombardierungen erhöhen. Nach einigen besonders massiven Überfliegungen durch britische Bomber im Oktober und November 1940 gab der General, der bereits im September von den Zivilbehörden dazu ermächtigt worden war, dem Druck nach, der von den Achsenmächten auf die Regierung ausgeübt wurde, und ordnete am 6. November 1940 die totale Verdunkelung an. Sie dauerte bis zum 12. September 1944, als

sich mit den Kämpfen entlang der Schweizer Grenze das Eindringen fremder Flugzeuge wieder mehrte. Die Verdunkelung war nicht nur lästig, sie hatte eine tiefe moralische Wirkung; sie zeigte, wie sehr die Schweiz in dem von den Achsenmächten beherrschten Europa umzingelt und gefangen war.

Genau wie es die Flugwaffe vorausgesagt hatte, erhöhte die Verdunkelung die Gefahr irrtümlicher Bombardierungen. Im Dezember 1940 fielen Bomben auf Basel und Zürich; im Oktober 1941 auf ein Grenzdorf; im Mai 1943 auf Zürich und den Rheinhafen von Basel. Im Februar 1941 übersandte der britische Aussenminister, Anthony Eden, eine in bewegten Worten abgefasste Entschuldigung der königlichen Regierung für gewisse Bombardierungen. Gleichzeitig war sie aber auch als eine Mahnung an den neutralen Staat gedacht, der den Briten so viel zu verdanken hatte. Eden sagte unter anderem:

«Seiner Majestät Regierung hat Verständnis für die Besorgnis, welche diese Zwischenfälle in der schweizerischen Bevölkerung, mit der sie unter allen Umständen die alten freundschaftlichen Beziehungen aufrechterhalten möchte, verursacht haben. Aber in ihrem Kampf für die Tradition der Freiheit und des Widerstandes gegen Tyrannei, für welche in früheren Zeiten der Geschichte Europas die Schweizerische Eidgenossenschaft der Vorkämpfer gewesen war, fühlt sich Seiner Majestät Regierung berechtigt, auf die volle Zusammenarbeit mit den Schweizer Behörden rechnen zu dürfen, damit, während die Zwischenfälle gründlich untersucht

werden, den Begründungen zur Erklärung der Irrtümer Verständnis entgegengebracht werde, und auch Zurückhaltung des Schweizervolkes zu erwarten bei der Beurteilung von zwei tragischen Vorkommnissen, welche niemand tiefer bedauert als diejenigen, welche die Verantwortung dafür übernommen haben⁷.»

Anfang 1943 verlangten die Engländer von der Schweiz, die Verdunkelung aufzuheben, mit dem Hinweis, nur das könne die Schweiz vor der Gefahr zufälliger Bombardierungen schützen.

Am 27. Januar 1943 setzten die Tagesangriffe der amerikanischen Luftwaffe gegen Deutschland, Italien und die besetzten Gebiete ein. Verletzungen des Luftraums wurden immer häufiger. Die folgenreichste ereignete sich am 1. April 1944, als 20 amerikanische Bomber irrtümlicherweise 400 Bomben über der Stadt Schaffhausen abwarfen. Das Versehen des Kommandanten des Verbandes liess sich aus der Lage der Stadt leicht erklären, denn sie liegt auf dem Nordufer des Rheins, während sonst dieser Fluss auf weite Strecken hin die Grenze zwischen Deutschland und der Schweiz bildet, so dass das nördliche Ufer meistens deutsches Gebiet ist. An dieser Stelle jedoch dehnt sich das Schweizer Territorium weit über das Nordufer des Stromes aus. 150 Menschen wurden getötet oder verletzt und etwa 50 Gebäude zerstört. Im Februar 1945 wurden zwei weitere, kleinere Ortschaften, Rafz und Stein, nördlich des Rheins versehentlich bombardiert und mit Bordwaffen angegriffen. Hier waren 44 Opfer zu verzeichnen⁸. Die Fehler wurden sofort anerkannt, eine Entschädi-

gung versprochen, ebenso wo möglich Ersatz für wertvolle Kunstwerke, die zerstört worden waren. Im Jahre 1949 bezahlte Washington 62 Millionen Dollar.

Einige hässliche Auseinandersetzungen, für welche die Schweizer verantwortlich waren, gingen der Regelung voraus. Bern hatte sich nämlich einfallen lassen, auf der Zahlung von Zinsen vom Tage der Bombardierung an zu bestehen! Die Frage der Verzinsung löste im amerikanischen Kongress eine hitzige Debatte aus, welche die amerikanischen Ansichten über die schweizerische Neutralität in grellem Lichte zeigte. Ein Mitglied des Repräsentantenhauses aus Ohio meinte, die Schweizer seien «unverschämt», sie hätten sich ja doch nur während zweier Weltkriege bereichert, und dazwischen sei die Schweiz der Treffpunkt faschistischer Kriegshetzer gewesen. Ein anderes Mitglied des Repräsentantenhauses aus Missouri meinte, die schweizerische Neutralität sei eine «Scheinneutralität» gewesen, weil die amerikanischen Flieger interniert worden waren, anstatt zurückgeschickt zu werden, um weiter am Kriege teilzunehmen⁹.

Obschon das Schweizervolk die Opfer bedauerte, die es im Laufe dieser Ereignisse gegeben hatte, stand seine Meinung im Grossen Ganzen doch im Gegensatz zu den Erklärungen seiner Regierung und zeigte grosses Verständnis für die den Fliegern der Alliierten unterlaufenen Fehler. Es war sich voll bewusst, dass jene auch für die Schweiz kämpften.

Als die Landung der Alliierten in Frankreich näher heranrückte und der Krieg immer näher kam, nahmen die

Verletzungen des Luftraums zu. Um Beispiele zu geben: im Februar 1944 waren es 500 Einflüge, im April des gleichen Jahres 650.

An einem Sommermorgen glitt, langsam an Höhe verlierend, eine Fliegende Festung, deren Besatzung sich mit Fallschirmen aus dem beschädigten und steuerlosen Flugzeug gerettet hatte, über die nördliche Schweiz. Sie stiess dabei gegen den Turm eines mittelalterlichen Schlosses, dem Sommersitz von Max Huber, zu jener Zeit Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz. Das Flugzeug fing Feuer, brennendes Benzin und explodierende Munition gelangten in das Innere des Turmes, in dem sich die kostbare Bibliothek Max Hubers mit ihren Büchern über internationale Friedensfragen befand. Wenige Tage zuvor hatte eine Zürcher Maschinenfabrik aus Sicherheitsgründen, und um eventuellen Bombardierungen auszuweichen, ihr Archiv in denselben Turm gebracht. Kinder, die gerade im Schlosshof spielten, konnten sich noch in Sicherheit bringen, und beherzte Männer retteten einige Archivkisten aus dem brennenden Gebäude. Zwar wurde niemand verletzt, doch die Bibliothek vollständig zerstört. Huber, der sich im Hauptquartier des Roten Kreuzes in Genf befand, wurde telefonisch von dem Unglück informiert. Er antwortete: «Machen Sie sich keine Sorgen. Es ist nichts, verglichen mit dem, was ich jeden Tag sehe.» *(Ironie des Schicksals über das verlogene agierende «Rote Kreuz»...)*

General Carl Spaatz, Kommandant der amerikanischen Luftwaffe in Europa, besuchte Bern am 3. März 1945, um Massnahmen zur Vermeidung weiterer Verletzun-

gen des neutralen Luftraums zu besprechen. Die meisten Einflüge erfolgten natürlich nicht vorsätzlich, sondern betrafen in vielen Fällen Flugzeuge, die über Deutschland oder Italien beschossen und schwer beschädigt worden waren und Tote und Verwundete an Bord hatten. Die Schweizer Flugwaffe und die Flabbatterien erhielten nun den Befehl, Flugzeuge, die in den schweizerischen Luftraum einflogen, mit Radio, Leuchtraketen oder Warnschüssen zur Landung aufzufordern. Nur wenn diese Warnungen nicht befolgt wurden, war es erlaubt, ein Flugzeug zu beschiessen.

Im Laufe des ganzen Krieges landeten oder zerschellten 250 Flugzeuge der Kriegführenden in der Schweiz, von denen 15 von der Schweizer Flugwaffe und 9 von Flabbatterien abgeschossen worden waren. Allein 40 Liberators und Fliegende Festungen landeten in Dübendorf, der Militärflugbasis in der Nähe von Zürich. Es gab Tage, an denen bis zu zwölf Maschinen landeten, weil sie Verwundete an Bord hatten oder beschädigt und sonst in Not waren.

Ein interessanter Fall ereignete sich am 28. April 1944. Eine in Not geratene deutsche Me 110 wurde zur Landung auf dem Militärflugplatz Dübendorf aufgefordert und kam den Anweisungen nach. Bei ihrer Überprüfung wurde entdeckt, dass sie mit der modernsten und geheimsten Radareinrichtung und Bewaffnung, welche die Deutschen entwickelt hatten, ausgestattet war. Berlin verlangte die umgehende Zurückerstattung der Maschine. Die Schweizer weigerten sich. Daraufhin plante Berlin, das Flugzeug am Boden durch Saboteure oder

durch einen Handstreich mit Hilfe von Fallschirmjägern zerstören zu lassen. Die geheime Ausrüstung war aber schon in einen Unterstand in den Alpen gebracht worden. Die von Görings Leuten geplante Zerstörung des Flugzeugs auf einem schweizerischen Militärflugplatz hätte Krieg mit der Schweiz bedeutet und wäre vollkommen unnütz gewesen, da die geheimen Einrichtungen ja bereits entfernt worden waren. Eine Kompromisslösung wurde daher gesucht und gefunden, und der Krieg wurde vermieden. Die Schweizer Luftwaffe erklärte sich einverstanden, die strengstens geheime Radarausrüstung in das Flugzeug zurückzubringen und dieses in Gegenwart des deutschen Militärattachés und anderer Zeugen zu verbrennen. Die Deutschen dagegen kamen nicht ohne eine Gegenleistung davon: sie mussten zwölf der neuesten Me-106G-Jagdflugzeuge, voll ausgerüstet mit Waffen und Munition, an die Schweiz verkaufen; Flugzeuge, welche die Schweizer als Ersatz für verlorene Maschinen bitter benötigten¹⁰.

Es gab aber auch komische und heitere Zwischenfälle. Eines Nachmittags – es war im November – beobachtete ich eine amerikanische Fliegende Festung, die sich der Flugbasis von Magadino, südlich der Alpen, näherte und zum Landen ansetzte. Das riesige Flugzeug war von zwei Schweizer Jagdmaschinen geleitet, die sich neben ihm wie kleine Mücken ausnahmen, beide mit dem weissen Kreuz im roten Feld gekennzeichnet, das in der Abendsonne leuchtete. Offenbar hatten sie dem amerikanischen Piloten zu verstehen gegeben, dass

er sich in neutralem Luftraum befinde und er sich unter ihrer Führung zur Landung bereitmachen müsse. Am folgenden Tag erzählte mir der Kommandant der Flugbasis, er habe den amerikanischen Kommandanten des Flugzeugs, das völlig intakt und kampffähig war, gefragt, warum er nicht das Feuer auf die schweizerischen Jagdflugzeuge eröffnet und zu fliehen versucht habe. Die Antwort lautete: «Wieso, es käme mir doch nie in den Sinn, auf ein Rotkreuzflugzeug zu schießen!»

Dieser Bericht vom kleinen Luftkrieg über der Schweiz eilt den Ereignissen voraus, indem er von der gefährlichsten Zeit im Jahre 1940 zu der etwas entspannteren Endphase überspringt. Dazwischen lag die lange Zeit, in der es immer wieder galt, Krisen und Bedrohungen zu überwinden.

Eingeschlossen und entmutigt

Die Kapitulation Frankreichs am 22. Juni 1940 kam als ein schwerer Schock für die Schweizer. Sie hatten fest an die militärische Macht Frankreichs geglaubt – weil sie daran glauben wollten. Nun griff bei den neutralen Zuschauern Entmutigung wie ein Waldbrand um sich. Für den französischsprachigen Teil der Schweiz, wo die Menschen in ihrem Denken und Fühlen Frankreich so nahe sind, war die Niederlage der als unbesiegbar geltenden französischen Armee ein furchtbarer Schlag. Entmutigung breitete sich aus. Weil der Krieg für Frankreich vorüber war, hatten viele Leute das Gefühl,

er sei nun auch für die Schweiz vorbei. Viele meinten, die sofortige Demobilisierung der Armee stehe nun bevor. Unter den meisten der Bewohner des deutschsprachigen Landesteils, bei denen der Hass gegen das nationalsozialistische Deutschland tief sass, gingen die Meinungen auseinander. Manche – wahrscheinlich die Mehrzahl – waren wild entschlossen, den Deutschen um jeden Preis Widerstand zu leisten, sollten sie sich nun der Schweiz zuwenden. Andere – eine kleine Minderheit, die sich aber durch Lautstärke bemerkbar machte – befürwortete einen Kurs, der vor allem die Deutschen beschwichtigen sollte; sie glaubten, Frieden und dauernde Unabhängigkeit mit politischen Konzessionen an die siegreichen Achsenmächte erkaufen zu können.

Das Bild ihrer Stärke, die sie mit der Niederwerfung Frankreichs so eindrucksvoll bewiesen hatten, wurde durch die Tatsache, dass die Sowjetunion zu jener Zeit Hitlers Allierter war, noch bedrohlicher gemacht, und ihr riesiges Gewicht zusammen mit Deutschlands Macht verführte manchen Beobachter zu der Annahme, die Drohung, welche über den noch freien Nationen hing, sei nun unwiderstehlich. Die von Berlin ausgegebene Parole, ein «Neues Europa» sei im Werden, gefiel natürlich all jenen, die immer auf der Suche nach der neuesten Mode sind und die es ja in allen Schichten des Volkes gibt.

Eine Minderheit in der Schweizer Regierung, unter der sich Bundespräsident Pilet-Golaz – zugleich Aussenminister – und Bundesrat Ernst Wetter – damals Finanz-

minister – befanden, teilten diese Meinung. Vielleicht glaubten sie nicht ernstlich an ein «Neues Europa», aber sie dachten, die Achsenmächte, von den Sowjets unterstützt, würden gewiss während einer langen Zeit Westeuropa beherrschen, und es sei darum ihre Pflicht, die Beziehungen zu den Deutschen so normal wie möglich zu gestalten. Sie befürworteten eine Teilmobilisierung der Armee – der Aussenminister in der Hoffnung, die Deutschen damit zu besänftigen, der Finanzminister, weil er dem Druck von Industrie und Gewerkschaften nachgeben wollte. Am 7. Juli 1940 waren die im Dienst stehenden Verbände der Armee tatsächlich auf ein Drittel vermindert worden.

Der Bundesrat sah nun ein, jedoch zu spät, dass einer zwischen Entschlossenheit und Niedergeschlagenheit hin- und hergerissenen Bevölkerung der nun zu beschreitende Weg gezeigt werden musste. Nach einer Besprechung zwischen drei Mitgliedern des Bundesrats und einem Parlamentsmitglied, dem die Pflege der Pressebeziehungen zwischen Armee und Regierung anvertraut war, wandte sich der Bundespräsident Marcel Pilet-Golaz am 25. Juni 1940 über das Radio in französischer Sprache an das Volk. Nur zwei Mitglieder des Bundesrats, welche die Rede des Bundespräsidenten in deutscher und italienischer Übersetzung am Mikrophon zu verlesen hatten, sahen vorher das Manuskript, und zwar nur Minuten, bevor sie sprechen mussten. Pilets Rede tönte, als habe die Schweiz eine Niederlage erlitten; sie rief das Volk auf, sich voll und ganz hinter die Regierung zu stellen, welche nun mit Autorität handeln

wolle. Die autoritäre Tendenz, auffallende Anklänge an Marschall Pétains Stil und die Bemerkung, das schöne und freie Leben sei nun zu Ende, tönnten hohl. Die Schweizer Armee wurde nur mit einem einzigen Satz erwähnt, nämlich dass sie nun nach und nach demobilisiert werde. Kein Wort des Dankes an die Soldaten; kein Wort in dem Sinne, einem Angreifer werde unbedingt Widerstand geleistet. Es war eine Rede, die besser auf eine im Krieg bereits besiegte Nation gepasst hätte als auf die immerhin noch intakte, wenn auch bedrohte Schweiz¹¹.

Seither ist Pilet-Golaz eine umstrittene Figur geblieben. Sein Fall ist über die engen Grenzen der Schweiz hinaus interessant, weil Pilet zu der Gruppe von Staatsmännern gehörte, deren Schicksal es war, zu versuchen, mit dem nationalsozialistischen und dem faschistischen System, die aus Gewalt und Gesetzlosigkeit bestanden, zu koexistieren. Zu dieser Gruppe von Politikern und Staatsoberhäuptern, die in einer der bewegtesten Zeiten der modernen Geschichte schwerste Verantwortung tragen mussten, gehörten Männer wie Neville Chamberlain, Marschall Stalin, Marschall Pétain, Papst Pius XII., König Leopold III. der Belgier, Joseph Beck, Eduard Benesch. Ihre Geschichte müsste erst noch geschrieben und das ihnen allen gemeinsame psychologische Problem ausgeleuchtet werden.

Marcel Pilet-Golaz war ein Intellektueller von grosser Intelligenz, fest überzeugt, alles besser zu wissen als andere. Seine Hauptsünde war die Eitelkeit. Er glaubte, niemand sei besser als er fähig, die Schweiz vom Kriege

fernzuhalten¹². Seine Persönlichkeit war eng mit dem geistigen Leben seiner Heimatstadt Lausanne verbunden. Lausanne bildete als Hauptstadt des Kantons Waadt, der zur Zeit von Pilet-Golaz noch durch und durch landwirtschaftlichen Charakter trug, einen starken Gegensatz zum Lande. Lausanne hatte ein lebhaftes, interessantes, nach Paris orientiertes und von Paris beeinflusstes intellektuelles Leben. Igor Strawinsky, Ernest Ansermet und Charles-Ferdinand Ramuz sind glänzende Namen, die eng damit verbunden waren.

Der Lausanner Intellektuelle fühlt sich durch seine Bildung erhaben über seine engsten Landsleute. Dies gibt ihm ein allgemeines Gefühl der Überlegenheit und lässt ihn nicht erkennen, dass er an einem anderen und grösseren Ort vielleicht nicht so glänzen würde. Zu diesen Intellektuellen gehörte Pilet-Golaz. Aus diesem Grunde hatte er mit seinem waadtländischen Landsmann General Guisan keinen wirklichen Kontakt¹³.

Die Reaktion auf die Rede des Bundespräsidenten vom 25. Juni kam nur langsam. Viele Leute, unter ihnen auch die meisten Mitglieder des Bundesrats, hatten im ersten Augenblick Mühe, sich in der eleganten, schön formulierten, aber undurchsichtigen Rede Pilets zurechtzufinden. Die Bevölkerung war unsicher, was sie denken sollte, die Alliierten waren erstaunt, und die Deutschen, welche die Rede als eine Erklärung zugunsten eines autoritären «Neuen Europas» auslegten, das sie aufzubauen vorgaben, waren glücklich. Vielen schien es, als plane der Bundesrat einen autoritären Kurs – niemand wusste zu jenem Zeitpunkt, dass die Rede geschrieben

und verlesen worden war, ohne dass der Bundesrat davon Kenntnis hatte und seine Meinung zu ihrem Inhalt hatte äussern können. Die Deutschen und die deutschfreundlichen Organisationen in der Schweiz spendeten Beifall. Nach einigen Tagen des Zögerns wurden jedoch Stimmen der Kritik laut und weiteten sich bald zu einem Chor aus. Unter den Bedingungen, unter welchen die Presse damals zu arbeiten hatte, blieb die Lautstärke der Kritik allerdings gering.

In Wirklichkeit aber geschah nichts, die Rede hatte keine Folgen. Nichts änderte sich; Armee und Regierung taten weiter ihre Pflicht. Viele Einheiten der Streitkräfte wurden nach Hause entlassen; der Rest stand an den Grenzen und setzte die Ausbildung zur Steigerung der Kampfkraft fort. Die Beschäftigung mit der Rede von Pilet, die heute noch, nach mehr als 40 Jahren, weitergeht, steht in einem tiefen Missverhältnis zu ihrer Bedeutung und damaligen Wirkung.

Das Oberkommando war über die neue Lage in Europa besorgt, doch keineswegs entmutigt. Es wusste, dass es nun galt, den Deutschen einfach kalte Entschlossenheit zu zeigen. Oberst Iwan von Ilseman, der deutsche Militärattaché, besuchte nach dem Waffenstillstand mit Frankreich den schweizerischen Generalstabschef Jakob Huber in seinem Hauptquartier. Er trug ihm eine glühende Schilderung der deutschen Waffentaten während des Krieges gegen Frankreich vor, während der Generalstabschef schweigend zuhörte und an seiner Zigarre, einem Stumpen, kaute. Als von Ilseman fertig war, schaute er voller Erwartung auf Hubers Gesicht. Er war

überzeugt, darauf nun den tiefen Eindruck lesen zu können, den er mit seiner Schilderung gemacht hatte. Huber sass einen Augenblick reglos und schweigend da, legte dann langsam seine Zigarre auf den Tisch und sagte: «Bei uns kommt keiner durch.»

Guisan hatte auf den 1. Januar 1940 Huber an Stelle von Korpskommandant Jakob Labhart zum Generalstabschef vorgeschlagen. Labhart hatte diesen Posten während vieler Jahre innegehabt. Guisan fand, Labhart habe in seiner Stellung vor dem Kriege eine vorausschauende Planung vernachlässigt; es lagen keine fertigen Aufmarschpläne für die verschiedenen Möglichkeiten vor. Er hatte deshalb kein volles Vertrauen in ihn, und er mochte ihn auch wegen seiner prodeutschen Neigungen nicht. So suchte er jemanden, mit dem er gut zusammenarbeiten konnte, was Guisan nicht hinderte, Labhart das Kommando eines Armeekorps zu übertragen. Es war eine typisch schweizerische Entscheidung. In der Schweiz werden nämlich Irrtümer, wenn an hohen Stellen begangen, leicht verziehen und Sanktionen sozusagen nie ergriffen. Auch hier wurde eine Kompromisslösung gefunden, nachdem sich Bundespräsident Pilet-Golaz für Labhart eingesetzt hatte. Unter der nachdrücklichen Befürwortung von Bundesrat Minger stimmte die Regierung aber dem vom General gewünschten Wechsel zu. Sie musste dies tun, wollte sie den Rücktritt des Generals vermeiden. Aber man gab Labhart ein hohes Kommando und das Versprechen für die Zukunft, ihn nach dem Krieg wieder an die Spitze der Generalstabsdienste zu berufen.

Guisan schätzte den neuen Chef Jakob Huber – einen Ingenieur und Berufsmilitär –, weil er so verschieden war von ihm. Huber hatte früher neue Verfahren der Beobachtung, der Feuerleitung und der Übermittlung bei der Artillerie eingeführt. Er war ein von seiner Aufgabe erfüllter militärischer Lehrer. Gut erinnere ich mich an ein Wochenende, als Huber meinem Vater, der damals Hauptmann war – ich selber war noch ein Bub –, ein Privatissimum über das indirekte Schiessen der Artillerie gab. Ausser wenn er lehrte oder befahl, blieb Huber schweigsam. Er war mit der Tochter eines Gasthofbesitzers verheiratet, dessen altväterisches Hotel an einer der Alpenpassstrassen liegt und noch heute in Betrieb ist. Sie war eine elegante, witzige Frau, die gerne redete, was Huber erlaubte, sich in Schweigen zu hüllen. Bei militärischen Besprechungen hatte er die Gewohnheit zuzuhören, ohne ein Wort zu sagen. Am Ende aber wusste er die richtige Lösung und sprach sie in einem kurzen, trefflich formulierten Satze aus.

In dieser äusserst kritischen Zeit des Krieges fand sich eine kleine Gruppe von Offizieren, die fast alle dem Nachrichtendienst oder dem Generalstab angehörten, zu einer Art Verschwörung zusammen. In den Stellungen, die sie innehatten, empfanden sie den Defaitismus, der sich einiger hoher Offiziere und einflussreicher Politiker bemächtigt hatte, besonders stark. Wahrscheinlich entging ihnen dagegen der tief verwurzelte und hartnäckige Wille der überwiegenden Mehrheit der Offiziere und Soldaten, um jeden Preis Widerstand zu leisten. Diese Einstellung war weit entfernt von der

Haltung gewisser Politiker und der Neigung zum Nachgeben, um den Feind zu versöhnen, wie sie auch von Patrioten vertreten wurde. Der Gedanke, eine Verschwörergruppe zu bilden, war gegen Ende Juni 1940 aufgetaucht. Geschah es unter dem Einfluss von de Gaulles berühmter Rede vom 18. Juni 1940, die zum Widerstand aufrief? Die Gruppe wurde gegen Mitte Juli an einem Treffen in Luzern in aller Form gegründet. Die Mitglieder beschlossen, sich jedem Befehl zu widersetzen, der sie zwingen würde, sich dem Feinde zu ergeben. Sie versprachen, Kommandanten daran zu hindern, solche Befehle zu erteilen.

Die Bewegung, von der bereits zu viele wussten, wurde aufgedeckt, bevor sie ihr Netz in der Armee richtig hatte ausbreiten können. Am 3. August wurden ihre Mitglieder verhaftet, da man zunächst vermutete, es handle sich um eine prodeutsche Verschwörung. Die Wahrheit, dass sie ein absolut ehrlich gemeintes patriotisches Ziel verfolgte, kam jedoch bald an den Tag. Trotzdem mussten die Verschwörer wegen versuchter Insubordination mit Arrest disziplinarisch bestraft werden, doch dies geschah eher symbolisch und in einer eleganten Weise. Die fünfzehn Anführer wurden vor den General befohlen, der ihnen die nötige Lektion erteilte, sie aber gleichzeitig seines Vertrauens versicherte und ihnen am Schluss die Hand schüttelte¹⁴.

Der «Aufstand» war damit erledigt und flackerte nie mehr auf. So endete eine Sache, die nur kurz gedauert hatte und die auch unnötig gewesen war, weil es ausserhalb jeder Wahrscheinlichkeit lag, dass ein Schweizer

Offizier, auch mit prodeutscher Neigung, seine Pflicht nicht getan hätte. Die Tradition disziplinierten Verhaltens ist zu tief in ihm verwurzelt. Divisionskommandant Eugen Bircher, eine der meistumstrittenen Persönlichkeiten, sagte während eines seiner Besuche in Berlin zu mir: «Wenn man uns angreift, dann werden wir grosse Waffentaten vollbringen. Am Ende aber werden wir doch besiegt.»

Nach der etwas rätselhaften und ominös klingenden Rede des Bundespräsidenten kam General Guisan als nächster zum Zug. Er fragte den Bundesrat in aller Form, ob seine Aufgabe, das Land zu beschützen, in einer strategisch veränderten Lage noch weiter bestehe. Dies wurde vom Bundesrat einstimmig bestätigt. Trotzdem beharrte die Regierung auf dem früher gefassten Entschluss einer teilweisen Demobilisation der Armee. Am 7. Juli standen noch 200'000 Mann unter den Waffen, etwas später nur noch 150'000. Diese aber mussten wissen, warum sie weiter im Dienst zu bleiben hatten, und für sie gab der General am 2. Juli einen Tagesbefehl heraus, in dem es hiess: «Ein Waffenstillstand ist noch kein Frieden. Der Krieg zwischen Deutschland, Italien und England geht weiter ... Auch wenn wir wenig Aussicht haben, einen Krieg zu gewinnen, werden wir kämpfen¹⁵.»

Für das Volk als Ganzes wurde noch immer keine offizielle Wegleitung ausgegeben, so dass der Zustand der Unsicherheit fort dauerte, in dem viele zwischen Defaitismus und Entschlossenheit hin und her schwankten. Die Anhänger Deutschlands unter den Schweizern

hielten ihre Chance nun für gekommen. Sie hatten verschiedene Gründe, beim «Neuen Europa» dabei sein zu wollen. Manche hatten einfach Angst und wollten den deutschen Koloss besänftigen, andere fanden, dass es für die schweizerische Wirtschaft gut wäre, wenn sich das Land ganz in die Zwangsjacke der deutschen Kriegswirtschaft einfügte, welche die Deutschen mit der irreführenden Etikette «Neues Europa» versahen. Manche wieder hatten immer eine Abneigung gegen freiheitliche Institutionen und eine freie Presse gehabt und sahen nun eine Möglichkeit, diese Freiheiten zu beseitigen. Andere waren ganz einfach aus Tradition deutschfreundlich und bewunderten alles, was von jenseits des Rheins kam. Einige sahen die Gelegenheit für gekommen, eine Regierung, die ihnen zu demokratisch schien, durch ein autoritäres System zu ersetzen – wie es zu jener Zeit Mode war. Manche «Anpasser» gehörten in die Klasse der psychisch Unstabilen. Alle diese Leute wurden durch geschickt in die Schweiz geschleuste Agenten ermutigt. Unter diesen befand sich ein gewisser Klaus Hügel, der sich als Vorsitzender der Handelskammer in Stuttgart ausgab und in dieser Verkleidung besonders erfolgreich war. In Wirklichkeit war er ein hoher Offizier im Spionagedienst der Gestapo, unterstand SS-General Schellenberg und hielt engen Kontakt mit Goebbels' Propagandaministerium in Berlin. Hügel gelang es, Konferenzen mit führenden Schweizer Geschäftsleuten abzuhalten, Konferenzen, die sogar von Beamten rund um Pilet-Golaz herum willkommen geheissen wurden. Er sprach offen mit kirchlichen Krei-

sen, mit Presseleuten und führenden Geschäftsmännern. Zwischen 1940 und 1942 wurden mindestens vier solcher Treffen registriert, und mancher Schweizer, der daran teilnahm, glaubte seinem Land zu dienen, wenn er versuchte, die einflussreichen deutschen Kreise zu besänftigen.

Die nationalsozialistische Unterwühlung der Arbeiterschaft, verbunden mit der Propaganda der Linkssozialisten und der Kommunisten – Stalins Sowjetunion war noch immer Deutschlands Verbündeter – begann nun ihre Früchte zu tragen. Wie wir gesehen haben, hatten sich auch kleine bürgerliche Gruppen – manche aus Deutschfreundlichkeit, andere wegen ihrer wirtschaftlichen Interessen oder aus antiliberaler Gesinnung – von Hitlers und Goebbels' Propaganda einfangen lassen. Das Schlagwort, Hitlers Deutschland habe den Kapitalismus abgeschafft, fand bei vielen Arbeitern Glauben. Verschiedene sozialdemokratische Zeitungen, welche sich bisher dem Nationalsozialismus heftig widersetzt hatten, entdeckten plötzlich die Errungenschaften der Nazis im Interesse der sogenannten Arbeiterklasse. Die Behauptung, Arbeit und hohe Löhne seien von nun an gesichert, machte auf die manuell Arbeitenden Eindruck. Viele glaubten sogar, die Sozialfürsorge für den Soldaten sei unter der Diktatur in besseren Händen als unter den demokratischen Einrichtungen der Schweiz. Den Bauern wurde erzählt, der Zins auf Grundpfanddarlehen sei in Deutschland abgeschafft, was viele in ihrer Bewunderung für Deutschland bestärkte, ebenso wie die

gross angekündigten Bemühungen, den Bauernstand als den Grundpfeiler nationaler Gesundheit zu fördern¹⁶.

Die bezeichnendste – wenn auch nicht wirklich erfolgreiche – Ausgeburt des Defaitismus und der Entmutigung, die nach der Niederlage Frankreichs und dem Rückzug der Engländer auf ihre Inseln um sich griff, war die Idee einer kleinen Gruppe von Männern, es sei nun ihre Aufgabe, eine neue Politik zu fordern. Sie schickten dem Bundesrat eine Petition, in welcher sie in acht Punkten eine Politik der Versöhnung und der Zusammenarbeit mit Deutschland vorschlugen. Am Anfang war die Petition von einem Historiker, einem protestantischen Pfarrer, einem Privatbankier, einem pensionierten Berufsoffizier, einem Industriellen, einem Schullehrer und einem führenden Versicherungsmann unterzeichnet. Nach diesen unterschrieben noch 98 Männer aus allen möglichen Berufen. Am 15. November 1940 wurde das Manifest der Regierung zugeschickt. Bis zum April 1941 unterzeichneten es noch weitere, so dass die Zahl am Schluss auf 173 stieg.

Das Dokument wurde später unter dem Namen «Erklärung der Zweihundert» berühmt – oder berüchtigt. Die Hauptpunkte des Dokumentes waren Vorschläge, welche die Aufhebung der Pressefreiheit verlangten, Sanktionen gegen Zeitungsredaktoren und die Annullierung von bereits gefällten rechtsgültigen Gerichtsurteilen gegen Leute, die wegen verräterischer Handlungen zugunsten Deutschlands verurteilt worden waren¹⁷.

Das Dokument mit seinen illegalen Forderungen wurde vom Bundesrat natürlich zurückgewiesen und

eine Strafverfolgung gegen die Urheber eingeleitet, jedoch bald fallengelassen. Der volle Wortlaut wurde damals nicht veröffentlicht, aber das wenige, das bekannt wurde, hatte eine völlig gegenteilige als die von den Initianten erhoffte Wirkung: die Presse und die überwältigende Mehrheit der Schweizer waren empört. In einer Zeitung erschien eine typische Karikatur, die einen Mann zeigte, der sich am Kopf kratzt und fragt: «Bin ich nun ein Dummkopf oder bin ich ein Schurke?» Der Wille, sich der deutschen Infiltration und der deutschen Anmassung zu widersetzen, war gestärkt.

Kapitel 4

Festung Schweiz

Die Geburt einer Idee

Die Armeestellung, während des Winters 1939/40 besetzt und verstärkt, war bestimmt, einem Angriff von Norden her zwischen der österreichischen Grenze und der Maginotlinie Widerstand zu leisten. Die militärische Planung musste aber auch Unvorhergesehenes in Betracht ziehen, und der Generalstab studierte unter anderem die Lage, die sich ergeben würde, sollten die Deutschen in einen oder andern Abschnitt mit ihren Panzern die schweizerische Abwehr durchbrechen.

Diese Möglichkeit war während der strengstens geheimen Besprechungen mit dem französischen Oberkommando auch schon in Betracht gezogen worden. So wurde mit seinem Vertreter, Oberstleutnant Garteiser, während seiner vielen Besuche die Frage über die Möglichkeit von Operationen im Raum zwischen Alpen und Jura erörtert. Lange vor der deutschen Offensive vom Mai 1940 schien damals für den Fall eines Durchbruchs eine starke französische Stellung, irgendwo quer durch die Schweiz gegen Osten gewandt, die beste Lösung zu sein. Was in einem solchen Falle von der Schweizer Armee noch übriggeblieben wäre, hätte sich dann auf diese Stellung zurückgezogen¹.

Eine andere Möglichkeit, die in Frage kam, sah man darin, die schweizerischen Streitkräfte, sollten sie in ihrer Armeestellung geschlagen werden, gegen Süden in Richtung Alpen ausweichen zu lassen, um sich dann in den Bergen zu halten². Aus diesem Grunde beschäftigten sich Stabsstudien, die vom General und vom Generalstabschef veranlasst worden waren, auch mit dem Problem eines Rückzugs in das Alpenmassiv.

Die zur Hauptsache mit diesen Studien betrauten Offiziere waren Oberst Alfred Strüby, im Zivilleben Agraringenieur; Oberst Oscar A. Germann, Professor der Rechtswissenschaft; und Oberstleutnant Samuel Gonard, ein Berufsoffizier der Artillerie. Ihre Vorschläge hatten insofern viel Gemeinsames, als sie alle eine zentrale Stellung rund um das Gotthard-Massiv herum befürworteten, das ja die strategisch wichtigen Alpenübergänge beherrscht. Einzig in der Ausdehnung und in der Umgrenzung des zu haltenden Gebietes gingen ihre Vorschläge etwas auseinander³.

Nach einer Niederlage in der Armeestellung würde gemäss diesen Plänen der übriggebliebenen Armee die Rolle der Verteidigung einer reduzierten Stellung zukommen, in welcher die Regierung auf nationalem Boden als Symbol nationaler Einheit überleben könnte. Die Planer hatten wohl das Beispiel der Belgier und ihres Königs vor Augen, die von 1914 bis 1918 in der nordwestlichen Ecke ihres Landes aushielten. Von der Alpenstellung aus sollten die Deutschen, die im westlichen Teil des Landes auf die Franzosen stossen würden, bedrängt und bedroht werden. Aber diese ganze Pla-

nung war durch die Annahme eines Krieges in der Form, wie er sich 1914-18 zwischen Deutschland und Frankreich abgespielt hatte, und ohne die Beteiligung Italiens bestimmt. Nach dem Zusammenbruch Frankreichs, und als Italien an der Seite Deutschlands in den Krieg eingetreten war, erschien alles in einem vollkommen neuen Licht. Der Plan einer zentralen Stellung in den Alpen, eines nationalen Réduits, der bereits schon als Skizze bestand, gewann nun erneut an Bedeutung.

In der Nacht vom 24. auf den 25. Juni 1940, in derselben Nacht, da der Waffenstillstand zwischen Deutschland und Frankreich in Kraft trat, traf General Guisan mit dem Generalstabschef Korpskommandant Jakob Huber und einigen Generalstabsoffizieren, die mit der Planung betraut waren, zusammen. Der General hatte bereits den Entschluss gefasst, die Hauptmacht der Armee zur Verteidigung eines nationalen Réduits zu verwenden; es galt nun, die Umgrenzung und die genaue Lage zu bestimmen. Auf einer Landkarte zeigte Huber in einer summarischen Skizze die mögliche Verteilung der Streitkräfte. Diese Skizze, mit einigen Verbesserungen, die der General anbrachte, und mit einigen speziellen Befehlen über gewisse Einzelheiten, diente nun als Basis für eine gründliche Generalstabsarbeit. Ihr entsprang der Operationsbefehl Nr. 12, der am 20. Juli in die Hände der Korpskommandanten gelangte. Auf Grund von schon vorher ausgegebenen Befehlen war ein Teil der Streitkräfte bereits in die zu haltende neue Stellung unterwegs⁴.

Der Plan war einfach. Die Armee hatte Stellungen am Fusse der Bergketten zu beziehen, die von der Festung Sargans im Osten bis zur Festung St-Maurice im Westen reichten. Es ist die Linie, an der die Alpen aus dem Flachland, «Plateau» oder «Mittelland» genannt, aufzusteigen beginnen. Eine nach Süden orientierte Linie musste gleichzeitig gehalten werden, so dass sich aus der südlichen und der nördlichen Linie eine elliptische Form ergab, die das ganze Zentralalpenmassiv umfasste. Die südliche Stellung folgte der sehr hohen Bergkette – inklusive Matterhorn –, die gleichzeitig auch die Grenze gegen Italien bildet. Im Zentrum der Ellipse befand sich die befestigte Zone um den Gotthardpass, lagen wilde und tief eingeschnittene Täler mit kleinen Industrieorten und einer Anzahl schon existierender unterirdischer Vorratslager für Treibstoff und Munition. Ungefähr ein Viertel der ganzen Bevölkerung der Schweiz lebte in diesem Gebiet. Im Norden des Ovals sollte eine vorgeschobene Linie gehalten werden, zu welcher die bereits bestehende Armeestellung, die unterdessen bis weit nach Westen ausgedehnt worden war, gehörte. Diese vorgeschobene Stellung bildete einen weiten, stark befestigten, jedoch nur spärlich bemannten Bogen. Ihre Aufgabe bestand darin, einen eventuellen Vorstoss der Deutschen in Richtung Réduit zu verlangsamen⁵.

Die politischen und psychologischen Auswirkungen dieses Planes waren ungeheuer weitreichend. Er bedeutete die Preisgabe von nicht weniger als der Hälfte des ganzen Landes an den Feind, von drei Vierteln der Be-

völkerung und allen grossen Städten – die Hauptstadt miteingeschlossen. Erst einige Jahre später, als Oberstleutnant Gonard schon Korpskommandant geworden und ich seinem Stab zugeteilt war, erfuhr ich in Gesprächen, die wir führten, dass er den Peloponnesischen Krieg von Thukydides aufmerksam gelesen hatte.

Darum kannte er natürlich die Rede des Perikies an die Athener, in der er ausrief, als Attika in Gefahr war, von den Spartanern verwüstet zu werden:

«Ja, wenn ich glauben könnte, euch zu überreden, ich hiesse euch selber ausziehen und alles verwüsten, um den Peloponnesiern zu zeigen, dass ihr euch solcher Dinge wegen nicht demütigt⁶.»

Die militärischen Planer schienen keinen Augenblick daran gezweifelt zu haben, dass ihr tragischer Entscheid vom Volk gebilligt würde. Sie waren überzeugt, dass jetzt nur noch sichtbare Beweise der Entschlossenheit und Stärke das ganze Volk vor Invasion und Krieg bewahren konnten. In Anbetracht der weitreichenden Bedeutung seines Entschlusses schickte der General am 12. Juli 1940 einen langen Bericht an den Vorsteher des Militärdepartements, Bundesrat Rudolf Minger, in dem er seinen neuen Verteidigungsplan darstellte und die Motive erklärte, die ihn und seine Ratgeber zu dieser Strategie geführt hatten.

Die in diesem Dokument umrissene Strategie ist ein klassisches Beispiel von Abschreckung und wurde von General Guisan folgendermassen formuliert:

«Wenn Deutschland und Italien, solange sie den englischen Widerstand nicht überwunden haben, einerseits auch kein Interesse daran haben, neue Konflikte heraufzubeschwören, so sind doch andererseits die direkten Verbindungswege über unsere Alpen, zum mindesten für die erstgenannte Macht, von unbestreitbarer Wichtigkeit. Diese könnte dementsprechend versucht sein, auf die Schweiz einen wirtschaftlichen, politischen und sogar militärischen Druck auszuüben, um freie Verfügung über diese Verbindungswege zu erlangen.

Die deutschen Forderungen könnten unter diesen Umständen früher oder später derart werden, dass sie mit unserer Unabhängigkeit und mit unserer nationalen Ehre nicht mehr vereinbar wären. Die Schweiz kann sich dieser Drohung eines direkten deutschen Angriffs nur dann entziehen, wenn das deutsche Oberkommando bei seinen Vorbereitungen zur Überzeugung gelangt, dass ein Krieg gegen uns lang und kostspielig wäre und dass es dadurch in unnützer und gefährlicher Weise im Herzen Europas einen Kampfherd schaffen und die Ausführung seiner Pläne beeinträchtigen würde.

Ziel und Grundsatz unserer Landesverteidigung müssen deshalb von nun ab sein, unseren Nachbarn zu zeigen, dass dieser Krieg ein langwieriges und kostspieliges Unternehmen wäre. Sollten wir in den Kampf verwickelt werden, so wird es sich darum handeln, unsere Haut so teuer als möglich zu verkaufen⁷.»

Es gab und gibt natürlich immer noch Leute, welche die Bedeutung dieser Strategie nicht begreifen konnten und auch heute noch nicht verstehen. Sie protestierten. Der Bundesrat aber stimmte dem General zu. Volk und Armee, die sich nur langsam, Schritt für Schritt mit dem Sinn und den Folgen des neuen Abwehrplans vertraut machten, fanden ihn richtig. Einfache Menschen, deren innerstes Fühlen noch in alter Tradition wurzelte, spürten, dass ein nationales Réduit ihre einzige Hoffnung auf Rettung sein konnte⁸.

Guisan auf dem Rütli

Sobald die Entscheidung gefällt war, gab der General seinem Stab den Befehl, einen geheimen Rapport zu organisieren, der ohne Ausnahme alle Kommandanten, vom Korpskommandanten bis hinunter zu den Bataillonskommandanten, seien sie nun im Dienst oder zu Hause vereinigen sollte. Am 18. Juli erhielten alle den Befehl, sich eine Woche später an einem bestimmten Punkt in Luzern einzufinden⁹.

Am Landungssteg, dem Bahnhof gegenüber, lag ein Vierwaldstättersee-Dampfer bereit, der von bewaffneten Motorbooten auf der Seeseite und einem Bataillon Gebirgsinfanterie auf der Landseite umringt war. Alle aufgebotenen Offiziere waren zugegen und bestiegen das Schiff. Einige von ihnen dachten, und manche sprachen es später aus, dass es höchst unvorsichtig war, alle Truppenkommandanten in ein Boot zu verfrachten. Die Mitarbeiter des Generals jedoch hatten das Risiko bedacht und wussten, was sie taten. Bald erreichte das Schiff die engste Stelle des Sees, wo er wie ein norwegischer Fjord aussieht und von beinahe senkrecht abfallenden Felsen begrenzt wird. Dort wo die Rütliwiese liegt, am Fusse der Felsen und umgeben von dichtem Walde, legte der Dampfer an.

Auf der historischen Stätte, wo am 1. August 1291 die Schweizerische Eidgenossenschaft gegründet worden war, scharten sich die 650 Offiziere um den General. In seinem vom Französischen stark geprägten Deutsch sprach er zu ihnen. Er hatte nur einen mit Bleistift be-

schriebenen Zettel bei sich. (Dieser ist verlorengegangen.) In seiner Hand hielt er einige an ihn gerichtete Briefe von einfachen Bürgern und von Schulkindern, aus denen er kurze Stellen vorlas. Als Mittelpunkt der Rede, von der es keine wörtliche Wiedergabe gibt, sondern nur eine spätere in der Presse verbreitete Zusammenfassung, sagte der General:

«Am 29. August 1939 rief der Bundesrat die Grenztruppen unter die Waffen, wenige Tage darauf folgte die Generalmobilmachung. Er übertrug der Armee die Aufgabe, unsere jahrhundertalte *Unabhängigkeit* zu schützen. Diese Unabhängigkeit ist von unseren Nachbarn bis heute geachtet worden, und wir werden ihr bis zum Schlüsse Achtung zu verschaffen wissen. Solange in Europa Millionen Bewaffneter stehen und solange bedeutende Kräfte jederzeit gegen uns zum Angriff schreiten können, hat die Armee auf ihrem Posten zu stehen. Komme was wolle, die Befestigungen, die ihr erstellt habt, behalten ihren Wert, unsere Opfer waren nicht vergeblich, denn noch halten wir unser Schicksal in unserer Hand.

Leiht euer Ohr nicht denjenigen, die aus Unwissenheit oder böser Absicht defaitistische Nachrichten verbreiten und Zweifel säen. Glaubt nicht nur an unser gutes Recht, sondern auch an unsere Kraft, mit der wir, wenn jeder von eisernem Willen erfüllt ist, erfolgreichen Widerstand leisten werden.»

Nach der Ansprache wurde an die Offiziere ein Tagesbefehl verteilt, der von den Truppenkommandanten ihren Leuten verlesen werden musste.

Die Bevölkerung erfuhr erst am folgenden Sonntagabend durch das Radio vom Treffen, und in der Presse erschien ein knappes Communiqué von 17 Zeilen (120 Wörtern), welches die Rede des Generals, so wie sie oben wiedergegeben ist, umriss¹⁰.

Die Nachricht vom Rütli war bald in aller Mund. Einzelheiten wurden bekannt, und die Wirkung war augenblicklich und befeuernd. Pilet-Golaz' ungeschickte Rede versank im Schatten.

Die Bewegungen der Armee in ihre neuen Stellungen waren in vollem Gang; im Innern des Landes war mit dem Bau von Befestigungen begonnen worden. Jeder konnte sehen, dass ein neues Kapitel begonnen hatte. Die Hoffnung, auch verstärktem Druck durch die Achsenmächte Widerstand leisten zu können, breitete sich aus.

Als die Deutschen vom Appell des Generals und seinem Tagesbefehl hörten, waren sie wütend. Wollte er mit seiner Bemerkung, dass bedeutende Kräfte jederzeit die Schweiz angreifen könnten, andeuten, Deutschland plane einen Angriff? Die Hoffnung, die Schweiz werde den gleichen Weg gehen wie Österreich als ein fügsames Glied im sogenannten «Neuen Europa», was Berlin bereits angekündigt hatte und als eine Tatsache betrachtete, war plötzlich erschüttert, und die Nationalsozialisten waren bitter enttäuscht.

Die moralische Krise, die das Land heimgesucht hatte, war nun vorbei. Was der General zu ihrer Überwindung getan hatte, trug ihn jetzt auf die Höhe seiner Popularität. Sogar ein tief demokratisches Land braucht in Krisenzeiten eine Gestalt, die seine Hoffnungen und seinen Willen verkörpert. Denken wir nur an die mythologische Figur Wilhelm Teils! Der Bundesrat konnte wegen seiner von der Verfassung gewollten Schwäche und wegen der geringen Bereitschaft der

meisten seiner sieben Mitglieder, irgendwo Entschlossenheit zu zeigen, diesem tiefen Bedürfnis nie entsprechen. Die politische Tendenz jener Jahre, die so manchen Diktator in schwindelnde Höhen hat aufsteigen lassen, trug zu dem Wunsche bei, das Streben des Volkes in einem einzelnen Manne verkörpert zu sehen. Aus diesem Grunde war General Guisan vom Tage seiner Ernennung an zum Symbol geworden, für viele sogar zu einer Vaterfigur. Nach dem Rütli, wo es ihm gelungen war, die Armee um eine neue Aufgabe herum zu scharen und das Vertrauen ihrer Kommandanten neu zu stärken, wurde Guisan für viele die Verkörperung der Hoffnungen der Nation. Das war die Stimmung jener Jahre; sie besagt nichts über Guisan selber, der ja auch seine Schwächen hatte.

Die aussergewöhnliche Stellung des Generals, eine Anerkennung, die in der Schweiz selten einem Einzelnen entgegengebracht wird, weil sie ganz der Tradition zuwiderläuft, musste tiefe Konflikte mit der politischen Führung hervorrufen, deren Ego sich durch die Vorzugstellung des Generals verletzt fühlte. Kurz nach dem Aufruf vom Rütli ging der Bundesrat sogar so weit, die Möglichkeit einer Demobilisierung der Armee im Rechtsinn, also die Beendigung des Aktivdienstes zu erwägen – ein Schritt, der automatisch die Aufgabe des Oberkommandierenden beendet hätte. Dieser Plan wurde jedoch bald fallengelassen, da er der Stimmung im Lande zu sehr entgegenlief.

Die Last der Verantwortung war für General Guisan während der letzten Monate des Jahres 1940 fast uner-

träglich geworden. Vom Bundesrat, seinem direkten Vorgesetzten, erhielt er keine Ermunterung. Er spürte vielmehr die eigensinnige Abneigung der meisten Mitglieder, die ihm kritisch gegenüberstanden. Er wusste auch, dass sein bester Freund in der Regierung, Rudolf Minger, entschlossen war, im Dezember zurückzutreten. Wahrscheinlich stand dieser unerwartete Rücktritt im Zusammenhang mit den heimlichen Abmachungen, die auf Veranlassung Mingers 1939 mit dem französischen Oberkommando getroffen worden waren.

Er mochte fürchten, seine Beteiligung daran könnte der Heimat gefährlich werden. Wie weit Guisan diese Befürchtungen teilte, ist schwer zu sagen, aber jedenfalls erleichterten sie die Last, die auf ihm lag, keineswegs. Der General war sich der Tatsache tief bewusst, dass er eine Strategie gewählt hatte, der im Falle eines deutschen Angriffs ein grosser Teil des Landes zum Opfer fallen würde und die mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Herrschaft des nationalsozialistischen Terrors auslieferte. Gleichzeitig spürte er aber auch das überwältigende Vertrauen, welches das Volk ihm entgegenbrachte. Es glaubte an den Schutz durch die Armee. Bedeutete jedoch das kaum begonnene Werk des nationalen Réduits eine genügende Garantie? Er wusste, dass dies nicht der Fall war. Das Land war jetzt von den Achsenmächten und ihren Armeen eingeschlossen. Stalins Sowjetunion war Deutschlands Verbündeter. Mit der Sowjetunion an seiner Seite konnte Hitler ganz Europa beherrschen. Die einzige Macht, die dieser Übermacht Widerstand leistete, war Grossbritannien,

das so fern von der Schweiz auf seinen Inseln die deutschen Bombenangriffe zu erleiden hatte. Für Guisan war es, da sich alles gegen die Schweiz zu verschwören schien, die Hauptsache, den Krieg zu vermeiden. Guisan erfuhr nun von in der Schweiz ausgeheckten Plänen, die sich am Beispiel des berühmten schwedischen Forschers und Bewunderers des deutschen Imperialismus Sven Hedin inspirierten, einen Besucher zu Hitler zu schicken, um sein Wohlwollen zu gewinnen. Die Schweiz möge – so schlugen die Planer weiter vor – eine diplomatische Offensive in die Wege leiten, welche Verständnis und Nachsicht erzeugen sollte. Auch der Wunsch nach regeren kulturellen Kontakten sollte betont werden. Die Urheber dieser Pläne meinten, gewisse Schweizer Persönlichkeiten seien fähig, Hitler durch persönlichen Kontakt zu besänftigen und Wege zu finden, im «Neuen Europa» mit Deutschland zu koexistieren, ohne die eigene nationale Unabhängigkeit aufzugeben. Solche in prodeutschen Kreisen der Armee oder von einflussreichen Opportunisten der Wirtschaft, von Intellektuellen, von Politikern und sogar von Mitgliedern des Bundesrats gehegten Ideen wurden in kleinem Kreise eifrig besprochen. Pilet-Golaz, der Chef des Politischen Departements, widersetzte sich ihnen mit Festigkeit. Er fand, niemand ausser ihm selbst sollte und könne mit den gefürchteten Deutschen verhandeln. Einige dachten, ein früherer Bundespräsident, Edmund Schulthess, der während vierundzwanzig Jahren (von 1912 bis 1935) Chef des Finanzdepartements gewesen war – eine Art Salazar und ein Germanophile – wäre der

richtige Mann für solche Verhandlungen. Andere wieder schlugen Carl J. Burckhardt vor, Hochkommissar des Völkerbundes in Danzig von 1937 bis 1939 und zur Zeit eine leitende Persönlichkeit im Internationalen Komitee vom Roten Kreuz. Burckhardt selber wusste nichts von diesem Plan und wäre sicherlich auch nicht damit einverstanden gewesen. Schon das zeigt, wie unrealistisch alle diese Pläne waren. Unrealistisch auch insofern, als Hitler zu jener Zeit einen Schweizer Abgesandten nicht empfangen, geschweige denn angehört hätte. In Wirklichkeit wurde keine dieser geplanten Missionen ausgeführt.

In dieser gespannten Atmosphäre-da manche aus Vorsicht schwiegen, andere sich in Selbstbeschuldigung gefielen, wieder andere Pläne schmiedeten, welche die Deutschen beschwichtigen sollten, ohne dass man selber die nationale Unabhängigkeit aufzugeben brauchte, und nur wenige Stimmen laut wurden, die eine kühle Distanz zum sogenannten «Neuen Europa» befürworteten, tat General Guisan einen Schritt, den er später bereute. Unter dem Einfluss von Personen seiner Umgebung und unter dem schweren Druck, der auf ihm lastete, sandte er am 14. August 1940 Bundesrat Minger einen langen Brief.

Dieses geradezu ungläubliche Dokument schlug vor, eine «Gesandtschaft» nach Berlin zu entsenden, einen «neuen Mann», und zwar empfahl er dafür wärmstens Carl J. Burckhardt. Allein schon die Wahl Burckhardts und ihre Begründung zeigte sofort, dass die Idee nicht Guisans eigene gewesen war. Seine Berater hatten ihn

davon überzeugt, als Suisse romand könne er die neue deutsche Zivilisation und die neue, vom Dritten Reich propagierte kulturelle Richtung – und das Gute daran – nicht voll würdigen und dass darum ein Mann von «ausgesprochen deutscher Kultur» (Burckhardt) eine «neue Politik von Prestige und Propaganda» für die Schweiz einleiten müsste. Carl J. Burckhardt war Professor für Geschichte an der Universität Zürich und am Universitätsinstitut für Internationale Studien in Genf gewesen. Er war der Autor von Werken über französische – nicht deutsche – Geschichte. Während seiner schwierigen Aufgabe als Hochkommissar in Danzig war er von Hitler am n. August 1939 empfangen worden. Ein weiterer unter den naiven und widersinnigen Vorschlägen im Briefe des Generals war jener, die Unterstützung des Grafen Volpi di Misurata, des früheren faschistischen Finanzministers, zu gewinnen, um, via Italien, engere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten anzuknüpfen. Der Brief enthielt ebenfalls ominöse Wörter wie «Beschwichtigung» und «Kollaboration»¹¹.

Man sieht, dass ein solcher Brief dem Denken des Generals, wie wir es sonst kennen, nicht entsprach. Er hatte es immer vermieden, sich in diplomatische und politische Angelegenheiten einzumischen, und nun trat er plötzlich mit einem Dutzend verschiedener Ideen für eine diplomatische Offensive hervor! Er war immer für Entschlossenheit und militärischen Widerstand gewesen, und nun empfahl er Beschwichtigung!

Als der alte Rudolf Minger diesen Brief erhielt, machte er das einzig Vernünftige: er liess ihn in einer Schublade verschwinden und erwähnte ihn gegenüber keinem Menschen. Durch das Schweigen Mingers liess sich Guisan aber nicht abhalten, die diplomatische Initiative weiter zu verfolgen. Er wandte sich am 9. November 1940 an Bundespräsident Pilet-Golaz. Aber auch dieser hatte die Klugheit, das Schreiben überhaupt nicht zu beantworten. Heute weiss man, dass Major Barbey den Brief geschrieben hatte¹². Er war kaum das Ergebnis irgendwelcher tieferer Überlegungen des Generals, sondern spiegelte eher unverbindliche Meinungen, wie sie bei Biertischgesprächen gewisser Kreise in jenen Tagen ausgetauscht werden mochten.

Als der Brief dann viel später veröffentlicht wurde, trübte er wohl das Bild des Generals, richtete aber sonst keinen Schaden mehr an.

Das nationale Réduit

Obschon das nationale Réduit, die Festung Schweiz, zu einer immer imposanteren Wirklichkeit wurde, mussten viele taktische und operative Verbesserungen, die auf neuen Erfahrungen und Studien beruhten, dem ursprünglichen Plan beigefügt werden. Anfänglich war die Zentralstellung nur von vier Divisionen besetzt; schrittweise wurde sie ausgebaut und die Besatzung verstärkt. Die erste Verteidigungslinie, die auf allen Seiten der Landesgrenze folgte, blieb unverändert. Bis

zum Ende des Krieges war sie aus manchen Gründen von strategischem Wert: sie stützte sich auf eine Kette von permanenten Befestigungen, auf natürliche und künstliche Hindernisse und wurde von Soldaten besetzt, die an Ort und Stelle wohnten. Sie hatte die Aufgabe, der Bevölkerung ein gewisses Gefühl der Sicherheit zu geben und einen Angreifer so lange hinzuhalten, bis die geplanten Zerstörungen an Verkehrswegen ausgeführt und die im Urlaub befindlichen Truppen mobilisiert waren.

Die zweite, bereits erwähnte vorgeschobene Linie, ein Halbkreis, der sich zum Teil auf die nach Westen ausgehende Armeestellung stützte, wurde im Laufe des Jahres 1941 aufgegeben. Die Erfahrung der kriegführenden Länder hatte gezeigt, dass eine solche vorgeschobene Stellung mit den schwachen Kräften, wie sie da zur Verfügung standen, nicht lange gehalten werden konnte. Der Krieg in Russland bewies die ungeheuer gesteigerte Feuerkraft der modernen Waffen; die Zersplitterung der Kräfte in zwei verschiedene Stellungen würde den Widerstand von vornherein zum Scheitern verurteilen; so erschien die Zusammenballung aller verfügbaren Kräfte im Alpenréduit als die sicherste Lösung. Den Divisionen, die durch die Preisgabe des vorgeschobenen Halbkreises frei geworden waren, wurden in der nationalen Festung neue Aufgaben zugewiesen.

Wie wir gesehen haben, war die zentrale Stellung der hohen Bergketten wegen, die sie umgaben, gewählt worden. Sie waren und sind mit Panzerfahrzeugen nicht zu bezwingen. Diese Bergketten sind jedoch an

mindestens sieben Punkten von tiefen Tälern – als «Tore zum Réduit» bezeichnet – durchschnitten. Die verfügbaren Streitkräfte wurden nun hauptsächlich auf diese Punkte verteilt. Befestigungen mit Artillerie sperrten diese «Tore». Im Innern des Réduits erforderten die Eisenbahnlinien besondere Sicherheitsmassnahmen. In den Tälern, in denen Luftlandetruppen niedergehen konnten, wurden spezielle Abwehrmassnahmen getroffen, mit Feldartillerie, Fliegerabwehrgeschützen und motorisierter Infanterie.

Das nationale Réduit war eine richtige Festung geworden- unter einer Bedingung: dass die Truppen, die jetzt noch nicht im Dienst standen, in nützlicher Frist und frühzeitig genug mobilisiert und in ihre vorbereiteten Stellungen in den Alpen gebracht werden konnten, bevor der Angriff begann.

Im Verlauf des Krieges wurde die Abwehr den wechselnden Situationen elastisch angepasst. Nachdem ein Angriff von allen Seiten, ungefähr vom Sommer 1942 an, weniger in Frage kam, konnte eine Verteidigung des ganzen Landes wieder ins Auge gefasst werden. Die Truppen begannen sich wieder über das Mittelland auf die Grenzen hin zu bewegen und gewannen damit ihre Beweglichkeit und ihren Unternehmungsgeist zurück.

Die Réduit-Aufstellung der Armee war nun in dieser Lage überholt; als eine Möglichkeit, als Ultima ratio hätte sie jederzeit wiederbelebt werden können. Am 1. September 1942 wurde der Operationsbefehl Nr. 42 ausgegeben, der mit einer Umfassungsbewegung der

Alliierten durch Frankreich und die Schweiz gegen Süd-deutschland rechnete und diese verhindern sollte¹³.

Nach der amerikanisch-britisch-kanadischen Landung in der Normandie am 6. Juli 1944 erschien es durchaus möglich, dass die Alliierten versuchen könnten, die deutsche Abwehr in der Siegfriedlinie mit einer Umfassungsbewegung durch die Schweiz zu umgehen. Die Möglichkeit einer derartigen Operation rückte nach der amerikanisch-französischen Landung an der Mittelmeerküste Frankreichs noch näher. Wir wissen auch, dass Marschall Stalin, der die Widerstandskraft der deutschen Siegfriedlinie sehr hoch einschätzte, einen Stoss der Alliierten über schweizerisches Gebiet lebhaft befürwortete.

In der Schweiz war man über solche Möglichkeiten ernstlich besorgt. Ein Angriff von Seiten der Alliierten hätte die Schweiz in eine tragische Lage gebracht. Das schweizerische Oberkommando war entschlossen, einem solchen Angriff Widerstand zu leisten, wie es zu den Pflichten der Neutralität gehörte. Gleichzeitig bereitete es sich auch vor, eine deutsche Intervention abzuwehren. Politisch wäre es unmöglich und undenkbar gewesen, deutsche Hilfe anzunehmen und auf der verhassten nationalsozialistischen Seite gegen die Alliierten zu kämpfen. Es wurden Pläne ausgearbeitet, um einem Eindringen der Deutschen auf Schweizer Boden Widerstand zu leisten, sollten sie es unter dem Vorwand versuchen, einem alliierten Vorstoss durch die Schweiz zu begegnen. Das hätte für die Schweiz Krieg an zwei Fronten bedeutet oder eher zwei voneinander verschiedene Kriege,

einen gegen die Alliierten und einen gegen Deutschland.

Ein deutsch-italienischer Angriff?

Aus wirtschaftlichen und politischen Gründen war es nicht möglich, im Mittel mehr als etwa ein Viertel der Armee ständig unter den Waffen zu halten. Das Oberkommando musste jedoch sicher sein, das Gros in kürzester Zeit ebenfalls mobilisieren zu können. Diese rasche Mobilmachung war umsichtig vorbereitet und immer wieder geprobt worden. Das wichtigste war, zu wissen, wann mobilisiert werden musste, um sich nicht von einem Angriff überraschen zu lassen. Aus diesem Grunde gehörte der militärische Nachrichtendienst zu einem der wichtigsten Elemente der schweizerischen Abwehrstrategie. Von ihm hing die rechtzeitige Besetzung der Alpenstellungen ab. Unter diesem Druck entwickelte sich der Nachrichtendienst langsam zu einem höchst sensiblen Instrument, das manchmal sogar Gefahren registrierte, die es gar nicht gab. Es dauerte nicht lange, bis die Deutschen und die Alliierten dies entdeckt hatten. Indem sie falsche Berichte durchsickern liessen, konnten sie die Schweiz veranlassen, ihre Abwehrmassnahmen zu verstärken, und beide Seiten machten davon Gebrauch. Alle militärischen Gefährdungen, die während des Krieges verzeichnet wurden, müssen auch unter dem Gesichtspunkt der verantwortungsvollen Aufgabe des Nachrichtendienstes betrachtet werden.

Die Frage «Bestand während des Krieges irgendeinmal die Gefahr eines deutsch-italienischen Überfalls?» muss gestellt und beantwortet werden. Die Schweizer hatten zu verschiedenen Zeitpunkten daran geglaubt. Nachdem eine erfolgreiche Verteidigung die frühzeitige Warnung vor einer bestehenden Gefahr voraussetzte, musste schon der kleinste Hinweis auf eine solche ernst genommen werden. Es galt, stets nach bedrohlichen Zeichen Ausschau zu halten. Im August 1942 zum Beispiel gab es ein kaum erkennbares, jedoch böses Zeichen, als die Deutschen während ihres Feldzuges im Innern Russlands mit schweren Transportproblemen zu kämpfen hatten. Berlin befahl dem Militärattaché in Bern, festzustellen und zu melden, über wie viele schwere Lastwagen die Schweiz verfüge¹⁴. Diese an sich nebensächlich scheinende Anfrage machte gewiss keine besonderen Gegenmassnahmen nötig, aber sie war eines der vielen beunruhigenden Symptome, welche jene Zeit kennzeichneten. Es war ja die Zeit der deutschen Sommeroffensive in Russland, die am 23. August 1942 die Wolga erreichte, und der Offensive Rommels in Nordafrika, die ihn bis nach Ägypten führte.

Wir haben den Alarm vom Mai 1940 ausführlich beschrieben und wissen, dass die damals vermeintliche Bedrohung nur eine Kriegslist der Deutschen war. Dies schliesst natürlich die Möglichkeit nicht aus, dass ein Überfall auf die Schweiz jederzeit hätte ausgelöst werden können, besonders nach dem Zusammenbruch Frankreichs. Die Deutschen standen nahe der Grenzen, und es hing jetzt einzig von Hitlers strategischer Inspi-

ration ab, wie seine folgsame Kriegsmaschine benützt werden sollte.

Nicht nur waren die deutschen Truppen verfügbar, sondern die operativen Pläne lagen auch bereit. Man kennt sie heute bis in alle Einzelheiten. Am Tag des Waffenstillstands zwischen Deutschland und Frankreich wurde in Berlin mit der Planung begonnen, die unter dem Code-Namen «Operation Tannenbaum» lief. Die Studie wurde durch die deutsche Armee-gruppe C ausgeführt und am 7. Oktober 1940 an den Wehrmachtsführungsstab gesandt. Sie sah Operationen mit 21 Divisionen, eingeschlossen einige italienische, vor. Der Wehrmachtsführungsstab fand die Vorschläge unrealistisch und gab den Befehl, eine neue Studie mit nur einer halb so grossen Zahl von Divisionen auszuarbeiten. Heute ist klar, dass die ganze Planung vom Militär nur unternommen worden war, um etwas vorlegen zu können, im Falle, dass der oberste Kriegsherr plötzlich einen Angriff auf die Schweiz gewünscht hätte¹⁵.

Im Dezember 1943 wurde von einem früheren österreichischen Offizier, damals in der SS, einem gewissen Oberst Boehme, ein neuer Plan entworfen, der im Sommer 1944 zur Ausführung hätte kommen sollen. Seine Idee war, die Schweiz mit 15 Divisionen von allen vier Seiten überraschend anzugreifen. Boehmes Plan war, wenn möglich, noch amateurhafter als der frühere «Tannenbaum»-Plan; keines von diesen Projekten wurde von den verantwortlichen Stellen ernst genommen; sie blieben daher im Schubfach liegen¹⁶.

Viel interessanter war eine Notiz, die von einem ernst-

zunehmenden Militär stammte, von General Franz Halder, bis September 1942 Chef des deutschen Generalstabs. Während er von Deutschland nach Frankreich der Schweizer Grenze entlang fuhr, notierte er am 6. Oktober 1940 in sein Tagebuch: «Das Grenzgebiet bildet keine günstige Basis für einen Angriff. Das Gelände der Schweiz erhebt sich in aufeinanderfolgenden Höhenzügen, die quer zu einer möglichen Angriffsrichtung verlaufen. Die Flussübergänge über den Doubs sind dünn gesät. Die schweizerische Abwehr an der Grenze ist stark¹⁷.»

Am 19. März 1943, zur gleichen Zeit, da die Deutschen die Landung der Alliierten in Italien erwarteten, informierte die sogenannte Wikinglinie des schweizerischen Nachrichtendienstes, welche direkt zum deutschen Oberkommando führte, Bern, dass die Deutschen einen Angriff gegen die Schweiz planten. Eine ähnliche Information wurde auch in Stockholm ausgestreut. Aus München kam die Nachricht über Konzentrationen von Gebirgstruppen in Bayern unter der Führung von General Eduard Dietl, einem berühmten Spezialisten des Gebirgskriegs. (In Wirklichkeit befand sich Dietl zu jener Zeit in Finnland.) Eine Woche nach dieser alarmierenden Information, die von verschiedenen Quellen bestätigt worden war, erfuhr man aus denselben Quellen, die Gefahr sei nun vorüber. Die Gefahr war nicht nur vorüber, sie hatte gar nie existiert; die Signale waren ausgegeben worden, um sicher zu sein, dass die Schweiz ihre mobilisierten Truppenbestände, die sich ungefähr auf 170'000 Mann beliefen, zu jenem Zeit-

punkt nicht verminderte. In Berlin glaubte man, dieses Minimum an Streitkräften sei nötig, um die Alliierten davon zu überzeugen, dass es falsch wäre, im Zuge ihres Vorstosses durch Italien, ein Vorgehen durch die Schweiz gegen den «weichen Unterleib» Deutschlands zu erwägen¹⁸.

Zur gleichen Zeit wurden 1943 die Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland in einer Atmosphäre besonderer Bitterkeit geführt. Durch die militärischen Erfolge der Alliierten ermutigt, hatten die Schweizer begonnen, ihre Ausfuhr nach Deutschland einzuschränken und die Kredite zu limitieren. Es ist nicht ganz ausgeschlossen, dass die angebliche militärische Bedrohung vom März, an die man während einer Woche geglaubt hatte, von irgendeiner Stelle in Berlin als Druckmittel zur Förderung der Wirtschaftsverhandlungen mit der Schweiz ausgedacht worden war.

Wenn wir heute wissen, dass die Furcht vor einem deutsch-italienischen Angriff übertrieben oder sogar unbegründet war, wissen wir auch, dass die Lage vollkommen verschieden gewesen wäre, hätte die Schweiz nicht ihre Entschlossenheit zu kämpfen gezeigt. Hitler, damals eingesponnen in seine weltbewegenden strategischen Phantasiegebilde, hatte sich gewiss nur ganz nebenbei mit der Schweiz beschäftigt. Und erst die Italiener: sie hätten nicht einmal die Grenzbefestigungen ohne deutsche Hilfe überwinden können – von den gross angelegten Festungen in den Alpen nicht zu reden – und sie wussten das auch.

Die Eisenbahnlinien durch die Alpen

Die Hauptachsen, welche West- und Zentraleuropa mit Italien verbinden, sind die folgenden internationalen Bahnlinien: Mont Cenis (Frankreich-Italien), Simplon (Schweiz-Italien), St. Gotthard (Schweiz-Italien) und Brenner (Deutschland-Österreich-Italien).

Als sich Italien 1940 mit dem Deutschen Reich verbündet hatte, um gemeinsam mit ihm am Abenteuer der Welteroberung teilzuhaben, gewannen die Bahnlinien durch die Alpen grösste strategische Bedeutung. Die britische Seeblockade machte Schiffstransporte zwischen den beiden Achsenmächten unmöglich. Der Mont Cenis, welcher das französische Eisenbahnnetz mit Norditalien verband, war zu abgelegen, um von grossem Nutzen zu sein. Simplon und St. Gotthard kamen für militärische Transporte nicht in Frage, da sie über neutrales Territorium führten. So blieb neben der Tauern-Linie, welche Salzburg mit Triest und Venedig verband, nur die Bahnverbindung über den Brenner, um deutsche Truppen und Waffen nach Italien zu befördern und eventuell italienische Truppen und Kriegs Vorräte nach Deutschland.

Um die in den Händen der Achsenmächte befindlichen Bahnlinien voll für die Beförderung von strategischem Material auszunützen, war es für Deutsche und Italiener wichtig, alles, was nicht gerade als strategisches Material galt, wie Kohle, Eisen, Öl, Holz, Getreide für Italien und Agrarprodukte für Deutschland durch den Simplon und den St. Gotthard zu befördern. Dieser

Durchgangsverkehr war am 13. Oktober 1909 mit Italien und Deutschland in einem internationalen Abkommen geregelt worden, das die Schweiz verpflichtete, ihre Eisenbahnlinien für den Transit aller Waren ausser Kriegsmaterial jederzeit zur Verfügung zu stellen. Jedemal wenn die Alliierten eine Reduktion des Transitverkehrs verlangten, konnte die Schweiz auf jenes Abkommen hinweisen.

Die elektrifizierten und mit hochmodernem Material ausgerüsteten schweizerischen Eisenbahnen konnten den enormen Gütertausch ohne Weiteres bewältigen. Für die Alliierten jedoch war dies eine ihren Feinden erwiesene Hilfe und ein Grund zu leidenschaftlichen Protesten. Der Gütertransit blieb eine Quelle ständiger Konflikte, besonders zwischen Bern und Washington. Für die Deutschen hingegen war diese schnelle und intakte Verbindung, die durch ein neutrales Land führte, von grösstem, wenn auch indirektem strategischem Wert. Sie erlaubte ihnen, die eigenen und in ihrer Hand befindlichen Linien über den Mont Cenis und den Brenner ausschliesslich für militärische Transporte zu benützen und dafür alle nichtmilitärischen Güter durch die Schweiz zu schicken. Damit wurden die Achsenmächte aber zugleich für ihre Transportbedürfnisse von der Schweiz abhängig, was ihnen sehr missfiel. Theoretisch konnte die Schweiz ja den Durchgangsverkehr jederzeit unterbrechen. In den Verhandlungen mit Deutschland und Italien über die Versorgung mit lebenswichtigen Gütern, von welchen die Schweiz völlig abhing, bedeuteten die Bahnverbindungen durch die

Alpen eine gewichtige Waffe. Nicht die Befürchtung, Deutschland könnte sich eines Tages der Bahnlinien mit Gewalt bemächtigen, hinderte Bern daran, den Durchgangsverkehr zu unterbrechen, sondern das Wissen, dass die Schweiz seiner als Druckmittel bedurfte, um von Deutschland Konzessionen zu erhalten, die sonst nicht gemacht worden wären. In den nächsten Kapiteln wollen wir zeigen, wie dramatisch sich das Problem der Versorgung von aussen für die Schweiz gestaltete und wie wenig Spielraum ihr in der Wahl ihrer Beziehungen zu den kriegführenden Mächten blieb.

Die Bahnverbindungen durch die Alpen waren also ganz als Waffe in die neue Strategie der Festung Schweiz, die Anfang Juli 1940 erstanden war, eingebaut. Der Simplon-Tunnel (20 Kilometer lang) und der St. Gotthard-Tunnel (15 Kilometer lang) waren schon bei ihrem Bau zur Sprengung vorbereitet worden. Gewaltige Sprengladungen konnten in Kammern, die in den Fels gehauen waren, angebracht werden. Die Zufahrten zu den Tunneln und alle Stellen längs der Geleise, die ebenfalls zur Sprengung vorbereitet waren, wurden von ständigen Befestigungen verteidigt, die zum Teil schon beim Bau der Eisenbahnen angelegt worden waren.

Jetzt, im Jahre 1940, wurden an den Zubringerlinien zahlreiche weitere Vorbereitungen für ihre Zerstörung getroffen.

Die Gefahr, die Deutschen könnten mit einer plötzlichen Invasion versuchen, sich der lebenswichtigen

Bahnlinien zu bemächtigen, um ihre Zerstörung zu verhindern, durfte nicht übersehen werden. Auf der anderen Seite bestand auch die Gefahr, dass die Alliierten durch Fliegerangriffe oder Sabotage diese Arterien, die ihrem Feinde so lebenswichtig waren, zu zerstören suchten. Darum war es nötig, taktische Vorkehrungen zu treffen, um im Notfall sowohl die Eisenbahnstrecken als auch ihre vorbereitete Zerstörung zu schützen. Die ganzen Bahnstrecken und besonders die Kunstbauten, die unzähligen Brücken und Tunnels, dazu die Hochspannungsleitungen wurden streng bewacht und durch vorgeschobene Abwehrstellungen geschützt. Den Bahnlinien entlang waren Fliegerabwehrgeschütze in Stellung. Das nationale Réduit war so angelegt, dass es auch die lebenswichtigen Alpenübergänge und alle Zugänge dazu beherrschte. Auf diese Weise kam zu den nach aussen gerichteten Abwehrmassnahmen der Schweiz die sehr starke Abschreckungswirkung einer Drohung mit der Sprengung des Eisenbahnnetzes hinzu, das nach der Zerstörung auf Jahre hinaus unbrauchbar geblieben wäre.

Sollte dieses Mittel der Abschreckung glaubhaft sein, musste die Tatsache weitherum bekannt gemacht werden, dass die Eisenbahnlinien eher gesprengt würden, als dass man sie in die Hände eines Angreifers fallen liesse. General Guisan ergriff jede mögliche Gelegenheit, diese Strategie nachdrücklich zu erwähnen. Als er am 3. März 1943 mit dem Leiter des deutschen Spionagedienstes gegen die Schweiz, General Walter Schellenberg, zusammentraf (ein Treffen, von dem in einem

späteren Kapitel die Rede sein wird), gab er seiner Entschlossenheit, die Transitlinien durch die Alpen bei einem deutschen Angriff zu zerstören, in unmissverständlicher Weise Ausdruck.

So spielten die Bahnlinsen durch die Alpen während des ganzen Krieges eine doppelte Rolle – einerseits waren sie Teil der strategischen Abschreckung, andererseits waren sie eine Waffe in den schwierigen Wirtschaftsverhandlungen mit den Achsenmächten.

Der Schweizer Regierung gelang es, allen deutschen Versuchen, die Bahnen auch für den Transport militärischer Güter und von Kriegsbeute zu benutzen, Widerstand zu leisten, während in Schweden sogar Truppen, allerdings ohne Waffen, das neutrale Land durchqueren durften. Bei der genauen Untersuchung der Güterwagen durch die Zollorgane und ihrer womöglich noch genaueren Überprüfung durch ein Netz von Spionen – meist italienische Flüchtlinge, die in der Schweiz lebten und der amerikanischen Gesandtschaft in Bern unterstanden – wäre es unmöglich gewesen, heimlich militärische Güter durch die Schweiz zu schmuggeln.

Im Grunde waren ja auch «zivile» Transporte strategisch, besonders in den Augen der Amerikaner, was eigentlich ganz verständlich war. Sie waren insofern «strategisch», als sie den deutschen Bahnen eine Masse schwerer Transporte abnahmen, und es ist schwierig, zu behaupten, Güter wie Öl und Eisen seien nicht von strategischer Wichtigkeit. Im Juni 1943 verlangten die britische und die amerikanische Regierung, dass die

Schweiz zwischen Deutschland und Italien keine Öltransporte mehr zulasse. Die Antwort lautete, die Schweiz, nachdem die Alliierten ihr jede Ölzufuhr gesperrt hatten, sei nun auf das Öl aus Rumänien angewiesen, welches nur von Deutschland geliefert werden konnte und auch das nur, solange Deutschland den Ölanteil für Italien durch die Schweiz transportieren durfte. Im August 1944 wiederholten die Alliierten diese Forderung und dehnten sie auf alle Arten von Gütern aus, obschon die Schweizer bereits im März 1944 von sich aus die beförderten Mengen auf das Mass der vor dem Kriege ausgeführten Transporte herabgesetzt hatten.

Die Amerikaner anerkannten die Unterscheidung zwischen strategischen und zivilen Gütern nie, eine Unterscheidung, die im modernen, totalen Krieg gewiss veraltet und bedeutungslos ist. Sie waren auch unfähig, das strategische Problem der Schweiz zu verstehen. Sie sahen nur die eine Seite, nämlich dass ein neutrales Land «dem Feinde half». Die andere Seite aber sahen sie nicht, nämlich dass ein neutrales Land eben diesem Feind Konzessionen abringen musste, um zu überleben, und dass jede zur Verfügung stehende Gelegenheit genutzt werden musste, um sie zu erzwingen. Die Amerikaner haben die Tatsache nie anerkannt, dass die Schweiz während der vier Jahre, da sie völlig von den Achsenmächten eingeschlossen war, den Achsenmächten nur in den absolut nötigen Fällen und nur in denkbar geringstem Umfang nachgegeben hat¹⁹.

Die Engländer bewiesen mehr Verständnis; sie hatten

im Verhängen von Blockaden und im Führen eines Wirtschaftskrieges mit politischen Zielen grosse Erfahrung, während es für Washington um den totalen Krieg ging – und um das allein.

Kapitel 5

Die Kriegswirtschaft

Frühzeitige Vorbereitungen

Die Schweiz ist ein kleines und dichtbevölkertes Land – Oberfläche 41'300 Quadratkilometer, Bevölkerung (zu der Zeit, über die wir berichten) 4,2 Millionen, was etwas mehr als 100 Menschen auf den Quadratkilometer entspricht. Sie hängt für ihr nacktes Überleben von der Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen ab, die sie mit der Ausfuhr von Industrieprodukten bezahlt sowie mit der Dienstleistung ihrer Banken und Versicherungsgesellschaften und mit den Naturschönheiten ihrer Landschaften, welche Touristen anziehen. In den dreissiger Jahren erreichten die Importe von industriellen Rohstoffen und Lebensmitteln 7,5 Millionen Tonnen jährlich, miteingeschlossen 1,2 Millionen Tonnen aus Übersee.

In den Jahren wachsender Spannung, die dem Zweiten Weltkrieg vorangingen, wurde es vollkommen klar, wie verletzlich ein Land, das so sehr vom Aussenhandel abhängt, im Falle eines neuen europäischen Krieges sein würde. Um solchen Schwierigkeiten entgegenzutreten, begannen bereits im Jahre 1937 die Vorbereitungen zur Organisation der Kriegswirtschaft. Am 1. April 1938 wurde ein Gesetz erlassen, das die Produktion und die

Einfuhr lebenswichtiger Güter sichern sollte. Von diesem Zeitpunkt an erhielten nur noch Firmen, die versprechen konnten, Waren für wenigstens sechs Monate auf Vorrat zu halten, die Erlaubnis für die Einfuhr gewisser Güter. Die Bundesregierung selber erwarb riesige Mengen Getreide und Zucker zur Versorgung der Armee. Später, als die Gefahr einer Invasion wuchs, wurden diese Güter in die Alpentäler im Inneren des Landes verlagert.

Die Landwirtschaft bevorzugte zu jener Zeit die Produktion von Milch und Milchprodukten und von Fleisch, den traditionellen Erzeugnissen des Landes.

Nur eine kleine Fläche wurde mit Getreide bebaut. 60 Prozent des benötigten Getreides, 85 Prozent des Zuckers, 50 Prozent der Fette und Öle und natürlich aller Kaffee, Tee und Kakao mussten eingeführt werden. Was die Ernährung des Landes anbelangte, reichten einzig Kartoffeln und Gemüse zur Selbstversorgung aus.

Anfang April 1939 wurde eine ganze Reihe von Gesetzen erlassen, die sich in den folgenden Jahren als nützlich erweisen sollten. Die Bauern mussten ihre Anbaufläche für Getreide von 1'000 auf 3'000 Quadratkilometer verdreifachen. Um den Bedürfnissen des Landes zu genügen, wären jedoch 5'000 Quadratkilometer nötig gewesen.

Zur Organisation und Leitung der Kriegswirtschaft des Landes wurde eine Schattenorganisation ins Leben gerufen. Diese stützte sich wenn immer möglich auf Bestehendes. Sie zog jede einzelne Gemeinde und jeden Kanton zur Mitarbeit heran, wie auch die erfahrenen

und spezialisierten privaten Organisationen, die für besondere Aufgaben in Frage kamen. Das Ganze wurde von hohen Beamten aus der eidgenössischen Verwaltung geleitet und von Männern und Frauen, die aus der privaten Wirtschaft kamen und die nun auf einer Milizbasis dienten – die meiste Zeit ohne jegliche Besoldung.¹ Die Aufgabe dieser neuen Organisation bestand darin, den Verbrauch aller Rohmaterialien zu kontrollieren und sie unter die einzelnen Firmen, je nach ihrer Wichtigkeit für die Kriegswirtschaft und für die Versorgung der Bevölkerung, zu verteilen.

In den Rahmen der neuen Organisation für die Sicherstellung der Wirtschaft im Kriegsfall gehörte auch die Sorge, die Seewege offenzuhalten, um die 1,2 Millionen Tonnen jährlich benötigter Lebensmittel einzubringen. Fünfzehn griechische Schiffe wurden in London gechartert. Dazu kaufte die Schweiz noch einige kleinere Frachter mit insgesamt 60'000 Tonnen Laderaum.

Ein Generalagent mit der besonderen Aufgabe, die Bewegungen der gekauften und der gecharterten Schiffe zu überwachen, wurde in London eingesetzt. Für Genua, Lissabon und Marseille wurden Hafekommissare ernannt, die vor allem für das rasche Entladen der Schiffe, welche Güter für die Schweiz brachten, zu sorgen hatten, hindernden Bürokratismus an Ort und Stelle bekämpften und die Weitersendung auf dem Landweg nach der Schweiz organisierten. Besondere Vertreter waren in New York (später auch in Baltimore und Philadelphia), Madrid, Cerbère, wo die Güter aus den spanischen Eisenbahnwagen in französische Nor-

malspurwaggonen umgeladen werden mussten, und in Istanbul, wo sie die vielen Formalitäten beim Verladen, Umladen und Weiterleiten der Waren in die Schweiz zu überwachen hatten. Ein weiterer Vertreter wurde nach Berlin geschickt, um die Probleme, die sich aus der deutschen Gegenblockade und dem Unterseebootkrieg ergaben, zu behandeln.

Zwei Jahre nach Kriegsausbruch hatte das Binnenland Schweiz – merkwürdigerweise – ein eigenes Seeschiffahrtsgesetz erlassen. Basel wurde schweizerische Hafenstadt; Meerschiffe wurden dort registriert, und die Schiffskapitäne auf hoher See durften nun unter der roten Flagge mit dem weissen Kreuz fahren.

Lebensmittel werden rationiert

Kurz vor Ausbruch des Krieges wurden die Vorbereitungen einer kriegswirtschaftlichen Organisation jedem Einzelnen sichtbar. Am 4. April 1939 war an das ganze Volk ein Appell ergangen, Vorräte für wenigstens zwei Monate anzulegen. Es wurde bekanntgemacht, dass im Kriegsfall ausser Brot, Milch und Gemüse während zwei Monaten keine Nahrungsmittel mehr verkauft würden. Für diejenigen, die es sich nicht leisten konnten, Vorräte anzulegen, wurde die «blaue Karte» ausgegeben, die ihnen ihre täglichen Einkäufe weiterhin erlaubte.

Am 28. August 1939, als der Krieg unvermeidlich schien, wurde der Verkauf einer langen Reihe von

Nahrungsmitteln einschliesslich Zucker und Öl für zwei Monate gesperrt, und zwar für alle, mit Ausnahme der Inhaber der «blauen Karte». Nach dieser zweimonatigen Sperre wurde am 30. Oktober 1939 die Rationierung der wichtigsten Nahrungsmittel eingeführt. Jeder Haushalt hatte in der Zwischenzeit seine Rationierungskarten erhalten.

Nach der Niederlage Frankreichs, als das Land von den Achsenmächten völlig eingeschlossen war, wurde die Ernährungslage ernst, und eine neue zweimonatige Sperre trat in Kraft. Anfang Oktober 1940 wurden alle Speisefette rationiert, und als die Lage immer gefährlicher wurde, unterstanden allmählich Kaffee, Tee, Kakao, Käse, Eier, Fleisch und (vom 16. Oktober 1942 an) auch Brot der Rationierung. Milch, Schokolade und sogar Hundefutter wurden bald auch nur noch gegen Karten abgegeben. Von 1944 an fiel selbst Kartoffelmehl – als Brotersatz – unter die Rationierung. Überdies war an zwei Tagen in der Woche der Fleischkonsum verboten.²

Das System war so organisiert, dass es den Bedürfnissen aller sozialen Gruppen soweit als möglich entgegenkam. Es richtete sich nach den in Grossbritannien gemachten Untersuchungen, die 3'246 Kalorien pro Tag als genügend befunden hatten. Die schweizerischen Planer setzten ihre Rationen etwas niedriger, auf 3'000 Kalorien pro Tag, an. Im Jahre 1941 wurden sie sogar auf 2'400 Kalorien herabgesetzt, was zur Folge hatte, dass die Menschen sichtbar schlanker wurden. Schwerarbeiter wie Holzfäller, Stahlarbeiter usw. erhielten zu-

sätzliche Rationierungsmarken. Kinder, die es nötig hatten, bekamen besondere Zuteilungen, Kranke mit Arztzeugnissen (die natürlich nicht schwer zu erhalten waren) erhielten Zulagen für Lebensmittel, deren sie besonders bedurften. Marken konnten auch gegen blaue Coupons eingetauscht werden, die für Mahlzeiten in einem Restaurant gültig waren. Um die Wirkung der niedrigen Ernährungsbasis auf den menschlichen Körper zu kontrollieren, wurde das Personal einiger ausgewählter Industrieunternehmen mit den Familien regelmässig medizinisch untersucht, damit festgestellt werden konnte, ob sie nicht an Unterernährung litten.

Eine besondere Ordnung galt für die Landwirte und alle anderen Berufe, die Nahrungsmittel erzeugten. Sie waren gegenüber der übrigen Bevölkerung bevorzugt. Der Grund für diese Begünstigung war, dass diese Produzenten zu der besonderen Anstrengung aufgemuntert werden mussten, die man von ihnen verlangte – und überhaupt wäre in ihrem Falle eine wirkliche Kontrolle ohnehin unmöglich gewesen.

Das ganze System bewährte sich, wenn auch nur eine eher ungenügende Menge von Nahrungsmitteln verteilt werden konnte. Die Bevölkerung begriff die Notwendigkeit der Einschränkung sofort und fand sich damit ab, solange sie sicher war, dass jedermann gleich behandelt wurde, und beklagte sich nie ernstlich. Die Schweizer verstehen und anerkennen eine alle treffende Massnahme, würden dagegen auf eine wirkliche oder vermutete Ungerechtigkeit böse reagieren.

Obschon Leute mit einem grossen Mass an psychologischer Einsicht das System der Rationierung überwachten, begingen sie einen psychologischen Fehler. Ausländischen Besuchern in Bern, meistens Beamte, die von ihren Regierungen gesandt waren, um die Blockade noch enger zu schnüren, wurde manchmal das Beste aufgetischt, was überhaupt noch zu finden war. Darauf beurteilten die deutschen, englischen und amerikanischen Delegierten die Lage der Schweiz als nicht so schlecht und meinten sogar, dass nach dem zu schliessen, was sie genossen hatten, den Schweizern offensichtlich nichts mangelte.

Gemüsebeete im Hintergärtchen

Es war klar, dass die Anhäufung von Reserven und die Rationierung des wenigen, das die Schweiz zu produzieren imstande war, das Problem des Überlebens in einer Welt voll Krieg – einem Krieg, der wahrscheinlich lange dauern würde – nicht löste. Das Land musste für alle jene Nahrungsmittel, die auf dem zur Verfügung stehenden Boden angebaut und unter den bestehenden klimatischen Bedingungen erzeugt werden konnten, selbsttragend werden. Das grosse Hindernis für die Ausdehnung der Anpflanzung lag in der Natur des Landes: ein Viertel Ackerland, ein Viertel Weideland, ein Viertel Wald und ein Viertel für jegliche landwirtschaftliche Nutzung unbrauchbare Gletscher, Seen und Felsen.

Ein Komitee von Wissenschaftlern, die Pläne zur Verbesserung der Ernährungslage ausarbeiten sollten, wurde gegründet. Im November 1940 veröffentlichte es einen nationalen Anbauplan, der hauptsächlich von Friedrich Traugott Wahlen, Professor an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich, ersonnen und ausgearbeitet worden war; der Vorschlag erhielt bald den Namen «Wahlen-Plan». Er kam sofort zur Ausführung, und in den vier Jahren seines Bestehens wurde die bebaute Fläche fast verdoppelt. Die Anbaufläche für Kartoffeln wurde um 100 Prozent vergrössert, für Getreide um 46 Prozent und für Gemüse um 80 Prozent. Dies war nur möglich, indem man den Viehbestand drastisch reduzierte und – mit einem grossen Aufgebot an Arbeitskräften und Geld – Sumpfland urbar machte (480 Quadratkilometer) und Wald (90 Quadratkilometer) rodete.³

Es fehlte natürlich an Arbeitskräften, um das Land urbar zu machen und um es nachher als Ackerland zu bebauen, da sich ja stets über 100'000 Männer im Militärdienst befanden. So musste die Landwirtschaft aufs Schnellste mechanisiert werden, was wiederum bei dem stark zerstückelten und oft unebenen Land nicht leicht war. Schüler und Hochschüler wurden den Landwirten als Helfer zugeteilt. Die meisten, hauptsächlich die jüngeren, übernahmen diese Arbeit gutwillig, ausser jenen Studenten, die Studentenverbindungen angehörten, welche es für nötig hielten, gegen eine Dienstleistung zu protestieren, die sie unter ihrer Würde fanden.

Auf diese Weise wurde der landwirtschaftliche Ertrag bis zum Äussersten gesteigert. Trotzdem waren die Möglichkeiten nicht sehr gross, einmal wegen des Mangels an Arbeitskräften, dann wegen der Kleinheit des Landes und dem hohen Prozentsatz von unbebaubarem Land in den Alpen und im Jura. Eine zusätzliche Quelle wurde jedoch gefunden. Der Wahlen-Plan forderte, jeden Quadratmeter von bebaubarem und nicht benötigtem Land durch Amateurgärtner mit Gemüse zu bepflanzen. Bald waren 400'000 Familien zu jeder freien Stunde mit Gartenarbeit beschäftigt. Auf Fussballplätzen, in Parkanlagen, an Strassenrändern, längs den Eisenbahnlinien und auf den kleinsten Rasenflächen der Gärten blühten jetzt Kartoffelstauden, standen Bohnenstangen und Tomatenpflanzen, und nach Feierabend schwärmten Männer, Frauen und Kinder zwischen den Beeten umher, waren glücklich, eine patriotische Tat zu leisten, und hatten dazu ihren Spass und ihre Freude. Die Leute konnten mit der Ernte die Zahl der Kalorien ihrer Rationen etwas erhöhen und manchen hungrigen Magen füllen.

Industriefirmen wurden gezwungen, Land zu kaufen oder zu mieten, um es ihren Angestellten zur eigenen Bebauung zu überlassen. Manche Firmen stellten ihnen dann auch Werkzeuge, Sämereien und Dünger zur Verfügung und förderten dadurch dieses nützliche Unternehmen. Es brachte nicht nur einen Zuwachs an Nahrung mit sich, sondern auch ein herzliches Einvernehmen zwischen Arbeitern aller Stufen – vom Direktor bis zum Lehrling –, wenn sie sich auf ihren Landparzel-

len trafen und das Ergebnis ihrer Mühen verglichen. Das Anbauen von Gemüse im Gärtchen und die dabei gemachte Erfahrung, was es heisst, den Boden zu bearbeiten, wenn auch in kleinem Massstab und als Amateur, half Konflikte zwischen dem Stadtbewohner und dem Bauern vermeiden – ein Konflikt, der bei der Vorzugsstellung des Bauern in der Nahrungsversorgung leicht hätte aufflackern können.

Viele sind der Meinung, der Wahlen-Plan habe sehr zu dem gesunden Sozialklima beigetragen, das den ganzen Krieg über andauerte und das in scharfem Gegensatz zu den sozialen Spannungen stand, die gegen Ende des Ersten Weltkriegs herrschten und zuletzt in der revolutionären Bewegung von 1918 gipfelten. Friedrich Wahlen wurde vom ganzen Volk verehrt und später vom Parlament in den Bundesrat gewählt.

Kohle, Eisen, Öl

Die schweizerische Industrie, die hauptsächlich Präzisionsmaschinen, Uhren, Textilien von höchster Qualität und Chemikalien herstellte, musste alle Rohstoffe, die sie verarbeitete, aus dem Ausland einführen. Der Hauptlieferant war von jeher Deutschland gewesen. Vor dem Krieg importierte die Schweiz jährlich 1,8 Millionen Tonnen Kohle und 100'000 Tonnen Eisen aus Deutschland; die Zahlen erhöhten sich während des Krieges im Jahre 1941 auf 2 Millionen Tonnen Kohle und 1942 auf 200'000 Tonnen Eisen. Sie fielen 1945 auf

Null zurück. Andere traditionell wichtige Einfuhren von Kohle, Eisen und Stahl – einst 300'000 Tonnen Kohle jährlich aus England, dazu Stahl aus Amerika und Frankreich – brachen bald zusammen oder kamen nach Ausbruch des Krieges nur noch in ganz unbedeutenden Mengen herein.

Die Maschinenindustrie stand jetzt im Dienste eines ausgedehnten Rüstungsprogramms für die Schweizer Armee. Nach Jahren der Versuche und Misserfolge wurden jetzt die für die dringende Modernisierung der Artillerie benötigten Geschützrohre von den staatlichen Waffenfabriken hergestellt. Diese Werke waren jedoch stark auf Zulieferungen der Privatindustrie angewiesen. Während Jahren hatte die weltweit bekannte Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon in Zürich, ein privates Unternehmen, seine Fliegerabwehrgeschütze und seine zur Bewaffnung von Jagdflugzeugen benötigten Geschütze ins Ausland geliefert, da sie von den Schweizer Rüstungsbehörden ignoriert worden war, die nur an ihre eigenen staatlichen Waffenfabriken glaubten. Nun wurden die in Örlikon zum Export bereiten Geschütze beschlagnahmt. Das Unternehmen wurde aufgefordert, sowohl die Produktion wie auch die Lieferungen für die Schweizer Armee zu beschleunigen.

Munition aller Arten und Kaliber musste nun in grossen Mengen hergestellt werden. Für das ausgedehnte neue Befestigungsprogramm brauchte es Stahlplatten und Armierungsstahl. Bald stellte auch der Mangel an Eisenbahngüterwagen neue Forderungen an die Maschinenindustrie. Auch die Kriegführenden wollten

jetzt Kriegsmaterial aus der Schweiz beziehen. Als Gegenlieferungen für die dringend benötigten Rohstoffe mussten solche Aufträge angenommen werden.

Eine riesige Anstrengung war nötig. Im Jahre 1944 hatte sich die nationale Stahlproduktion verdreifacht. Sie beruhte hauptsächlich auf der Verarbeitung von Alteisen. Hunderttausende von Tonnen Schrott waren bisher jährlich nach Italien ausgeführt worden. Diese Ausfuhren hörten nun vollkommen auf. Nur der Vatikan, der traditionell und nicht nur wegen seiner Schweizergarde in einem besonderen Verhältnis zur Schweiz steht, erhielt 1943 noch 500 Tonnen Alteisen. Schmiede und Mechaniker des Vatikans benützten es mit Geschick, um Aufzüge, Heizungen, Fenstergitter und Kreuze auf alten italienischen Kirchendächern zu reparieren.

Alteisen wurde in den bestehenden schweizerischen Stahlwerken in Elektroöfen zu Stahl verarbeitet. Da das für diesen Prozess benötigte Mangan von der alliierten Seeblockade nicht durchgelassen wurde, musste die Suche nach diesem Mineral im eigenen Land mit doppeltem Eifer aufgenommen werden. Es war beinahe sicher, dass es in den eisenerzführenden Schichten am Gonzen, also am oberen Lauf des Rheins, auch Schichten von Mangan gab. Zwei Stollen wurden in die Tiefe des Berges getrieben, und nach neun Monaten gelang ein glücklicher Fund. Es war auch bekannt, dass im nahegelegenen Oberhalbstein auf 2100 Meter über Meer ein verlassenes Bergwerk existierte. Die Armee baute eine Drahtseilbahn, damit die Mine wieder geöffnet werden

könne. Lawinen verschütteten jedoch den Eingang. Ein zweiter Versuch verlief erfolgreicher. Aus dem alten Bergwerk wurde Mangan von guter Qualität gewonnen, so dass die 24'000 benötigten Tonnen in eigener Produktion erzeugt werden konnten.⁵

Neben der Steigerung der Produktion wurden Sparmassnahmen befohlen und jeder unnötige Verbrauch von Eisen und Stahl verboten. Auf der Liste der unwichtigen Dinge figurierten sogar Sachen wie Wegweiser, Brunnenstöcke, Musikpavillons, Wetterfahnen usw. Wie die Leiter der Kriegswirtschaft genau wussten, hatte dieses Verbot keinen praktischen Wert, da das so gesparte Eisen nicht ins Gewicht fiel, aber es war ein Symbol, das die Leute auf den Ernst der Lage aufmerksam machen sollte.

Trotzdem galt es, weiterhin grosse Mengen Stahl aus Deutschland zu bekommen, und Stahl war einer der wichtigsten Punkte in den Wirtschaftsverhandlungen mit Berlin. Es war ein Glück für die Schweiz, dass es am Gonzen im Rheintal und bei Frick in der Nähe von Basel einige kleine Vorkommen von eher minderwertigem Eisenerz gab, das im Austausch gegen Stahl an Deutschland geliefert werden konnte. Etwa 220'000 Tonnen Eisenerz wurden jährlich ausgeführt, eine an sich winzige Quantität, die aber in den Augen der Alliierten so riesig schien, dass sie eines Tages behaupteten, sie versetze die Deutschen in die Lage, den Krieg zu gewinnen.

Keine noch so grosse Anstrengung konnte aber im eigenen Lande Kohle beschaffen. Einige wenige Kohlenmi-

nen in den Alpen, die im Ersten Weltkrieg etwas Anthrazit hergegeben hatten, wurden wieder geöffnet, aber der Ertrag von an sich schlechtem Material war unbedeutend. Der Ausweg bestand darin, Deutschland in hartnäckigen Verhandlungen dazu zu bringen, seine Ausfuhren in die Schweiz zu vergrössern.

Andererseits war es dringend nötig, Brennmaterial zu sparen. Heizungen waren als erstes betroffen; nur 25 Prozent des bisher benötigten Heizmaterials wurde nun bewilligt. Die Schweizer mussten einige kalte Winter erdulden, doch viele fanden das ganz lustig und jedenfalls gut für ihre Gesundheit. Zum Glück gehörten die Bahnen nicht mehr zu den gefrässigen Verbrauchern von Kohle wie in den meisten anderen Ländern. Die Schweiz hatte ihre Bahnen gleich nach dem Ersten Weltkrieg elektrifiziert, da sie über reichliche Wasserkräfte verfügte und weil sie aus den Erfahrungen der Jahre 1914-19 gelernt hatte, als die Bahnen wegen Kohlenmangels fast zum Stillstand gekommen waren. Im Jahre 1939 war das Eisenbahnnetz – 3'000 Kilometer, ungefähr gleichgross wie dasjenige der Niederlande – zu 99 Prozent elektrifiziert. Der Strom wurde in Wasserkraftwerken erzeugt. So gab es für Bahntransporte weiter keine Probleme, ausser dass Eisenbahnschienen, Eisenbahnschwellen und Schmieröl schwer zu beschaffen waren.

Dieselöl und Benzin waren natürlich für die Armee lebenswichtig, obwohl man sich damals noch weitgehend mit Pferdezug behalf. Flüssiger Treibstoff wurde auch für die wachsende Mechanisierung der Landwirt-

schaft benötigt und um überhaupt die Wirtschaft in Gang zu halten. Die Schweiz hing und hängt immer noch für die Ölversorgung zu 100 Prozent von der Einfuhr ab. Nachdem der Seeweg durch die alliierte Blockade abgeschnitten war, blieben Deutschland und Rumänien die einzigen Lieferanten. In den Verhandlungen mit den Nationalsozialisten kam diesen Importen eine grundlegende Bedeutung zu.

Am 28. August 1939 trat die Rationierung von flüssigem Treibstoff in Kraft. Im Jahre 1940 wurde der Konsum im Vergleich zum Vorkriegsverbrauch für Personenwagen um 57 Prozent herabgesetzt, 1944 um 94 Prozent. Am 22. April 1941 mussten so gut wie alle Privatwagen stillgelegt werden. Ausnahmen gab es nur für Ärzte und für jene Wagenbesitzer, die an ihrem Auto ein Gerät anbringen konnten, das ein Treibgas aus Holzkohle gewann und so den Wagen mühsam antrieb. Da es jedoch zu dieser Art Vergaser Stahl brauchte, wurden sogar diese unvollkommenen Basteleien nur in besonderen Fällen bewilligt, und zwar nur dann, wenn der Besitzer die dringende Notwendigkeit, einen Wagen zu fahren, und die Nützlichkeit seines Fahrzeuges für Kriegszwecke beweisen konnte.⁶

Eine chemische Fabrik, die während der Wirtschaftskrise der dreissiger Jahre gebaut worden war, um das Abfallholz des verhältnismässig armen Bergkanton Graubünden zu verwerten, produzierte nun mit staatlicher Hilfe einen Treibstoff, der auf Alkohol basierte und mit richtigem Benzin vermischt verwendet werden konnte. Die Luftwaffe griff diese Möglichkeit für sich

auf, und ein chemischer Treibstoff für Flugzeuge wurde ebenfalls entwickelt. Eine andere Firma stellte eine Art flüssigen Treibstoffs aus Kohle und Kalkstein her. Im Ganzen gesehen blieben die Quantitäten gering, sie erreichten nicht einmal ganz 100'000 Tonnen während der letzten zwei oder drei Jahre des Krieges, aber sie waren doch wichtig, wenn man bedenkt, wie verzweifelt die Armee flüssigen Treibstoff benötigte und wie wenig es zu jener Zeit davon gab.

Transportprobleme

Zu den künstlichen Hindernissen der beiden konzentrischen Ringe von Blockade und Gegenblockade, welche die Alpenrepublik umgaben, kam das Versagen des europäischen Transportsystems hinzu. In Kriegszeiten werden Eisenbahnwagen, Schiffe und Motorlastwagen zu einer äusserst seltenen Ware. Häfen und Lagerhäuser sind dann entweder überfüllt oder zerstört. Rangierbahnhöfe werden bombardiert, Brücken in die Luft gesprengt, die Strassen sind nicht mehr benützbar, und die Telefon Verbindungen brechen zusammen.

Wir haben gehört, dass die Schweiz ihre eigenen Schiffe gekauft oder gechartert hatte. Sie musste oft auch eigene Güterwagen in fremde Häfen schicken, an die spanische Grenze oder nach Rumänien, wenn sie erfuhr, dass bitter benötigte Güter dort abgeholt werden konnten. Von 1941 bis 1944 wurden jährlich zwischen 50'000 und 70'000 Güterwagen nach Deutschland oder in die von

Deutschen besetzten Gebiete gesandt, um solch nötige Waren abzuholen.⁷

1940 hatten die Engländer, gestützt auf den Kriegshandelsvertrag, für 500'000 Tonnen verschiedenster Güter aus Übersee Navicerts (von den britischen Behörden während des Krieges ausgestellte Frachtbescheinigungen für neutrale Schiffe zum Schutz vor Beschlagnahme) freigegeben. Solche Güter waren jeweils auf gecharterte griechische Schiffe verladen worden, doch nach dem Angriff Italiens auf Griechenland am 28. Oktober 1940 konnten keine griechischen Schiffe mehr das Mittelmeer befahren. Dementsprechend mussten die 500'000 Tonnen Waren in den atlantischen Häfen der Iberischen Halbinsel gelöscht werden, aber die völlig veralteten portugiesischen und spanischen Bahnen – die letzteren noch vom Bürgerkrieg her beschädigt – waren nicht fähig, solche Quantitäten zu befördern. Dazu kam noch, dass die Waren an der spanisch-französischen Grenze von den breitspurigen Güterwagen Spaniens auf die normalspurigen französischen hätten umgeladen werden müssen – ein Unternehmen, das niemand auszuführen gewillt war. Zum Glück konnten spanische, portugiesische und jugoslawische Küstendampfer aufgetrieben werden, die zwischen den iberischen Häfen und Genua, wo die Fracht dann gelöscht wurde, den Pendelverkehr aufnahmen. Als die Deutschen im April 1941 Jugoslawien überfielen und das Land besetzten, nützten die jugoslawischen Schiffe nichts mehr. Sie wurden nun von den Engländern als Schiffe des Feindes behandelt, die weder das Mittelmeer befahren noch die

für die Versorgung der Schweiz bezeichneten italienischen Häfen anlaufen durften.⁸

Am 18. März 1940 eröffnete die Swissair mit DC-3-Flugzeugen eine Fluglinie zwischen Locarno und Barcelona. Die Hoffnung, damit eine Verbindung zu der neutralen Welt zu gewinnen, wurde bald zunichte. Als Italien am 10. Juni des gleichen Jahres in den Krieg eintrat, wurde das westliche Mittelmeer Kriegszone. Der Flugverkehr musste eingestellt werden.

Da die Alliierten im Dezember 1943 Navicerts für weitere 500'000 Tonnen freigaben, erhob sich die Frage, wo solche Quantitäten überhaupt zu beschaffen waren. Der nordamerikanische Markt war für die am meisten benötigten Nahrungsmittel, besonders Weizen, für alle Neutralen geschlossen worden. So mussten sich die Käufer an die Märkte in Zentral- und Südamerika wenden. Die Kapitäne der schweizerischen Schiffe hätten in mittel- und südamerikanischen Häfen aber niemals die für die Heimfahrt benötigte Kohle einkaufen können. Um Abhilfe zu schaffen, legte die Schweiz auf Madeira und den Kapverdischen Inseln Kohlenstationen an. Die benötigte Kohle wurde mit Schweizer Schiffen dorthin gebracht. Dank dieser Zwischenstationen konnten nun die Frachter Zentral- und Südamerika erreichen und mit ihren Ladungen auch wieder zurückfahren.

Ein Beispiel sei hier zur Beleuchtung der enormen Schwierigkeiten, mit denen die Schifffahrt während der Kriegszeit zu kämpfen hatte, erwähnt: die Geschichte betrifft eine Sendung von 6'000 Tonnen Erdnüssen, die im April 1940 in Indien gekauft worden war. Es war

eine kleine aber dringend benötigte Ladung. Die Erdnüsse verliessen einen indischen Hafen auf dem britischen Schiff «Aenos» unter dem Kommando des griechischen Kapitäns Panaiotis Papadopoulos mit Bestimmung Genua. Italien trat unterdessen am 10. Juni in den Krieg ein; das ganze Mittelmeer wurde damit zur Kriegszone und ein britisches Schiff konnte keinen italienischen Hafen anlaufen. Die «Aenos», die noch als eines der letzten Frachtschiffe durch den Suezkanal gekommen war, wurde nach Marseille umgeleitet, wo sie glücklich eintraf. Die britischen Blockadebeamten, die damals noch in Marseille wirkten, weigerten sich jedoch, die Erlaubnis zum Ausladen zu geben. Die Schweiz wurde deswegen in London vorstellig, hatte Erfolg, das Löschen konnte beginnen, und 2'500 Tonnen der Erdnüsse wurden von Marseille per Bahn in die Schweiz gesandt. Aber das Ausladen brauchte Zeit und war noch nicht beendet, als Frankreich am 17. Juni um einen Waffenstillstand nachsuchte. Alle britischen Schiffe mussten jetzt in grosser Eile die französischen Häfen verlassen.

Der Kapitän der «Aenos» wurde von der Royal Navy nach Gibraltar dirigiert, denn man befürchtete, dass die Ladung des Frachters, die – aus Indien kommend – britischen Ursprungs war, in einem spanischen Hafen von den Deutschen beschlagnahmt würde. Die «Aenos» traf richtig in Gibraltar ein. Dort erkundigten sich die britischen Behörden argwöhnisch, wo denn die fehlenden 2'500 Tonnen Erdnüsse – die in Marseille gelöscht worden waren – hingekommen seien. Schweizerische

Vorstellungen in London zur Aufklärung der Sache hatten Erfolg – die Erlaubnis, den Frachter in Spanien auszuladen, wurde nun von England aus erteilt. So kam das Schiff nach Cadiz. Dort jedoch herrschte das von spanischer Seite erlassene, absolute Verbot, Erdnüsse einzuführen. Nachdem der griechische Kapitän einen Monat lang gewartet hatte, wurde ihm die Sache zu dumm, und er entschloss sich, den Hafen zu verlassen. Die Schweizer konnten in Madrid einen Befehl der Hafenbehörden an den Kapitän erwirken, der ihn mit Gewalt zum Bleiben zwang. Nachdem am 16. August in Madrid dank guten diplomatischen Beziehungen eine Ausnahmegewilligung erteilt war, konnte die Ladung in ein Lagerhaus im Hafen von Cadiz gebracht werden. In der Zwischenzeit wurden Transportmöglichkeiten mit den spanischen und den französischen Bahnen besprochen und organisiert. Der Güterzug mit den Erdnüssen war bereits in der Nähe von Genf angekommen, jedoch immer noch auf französischem Boden, als eine Eisenbahnbrücke von den Partisanen in die Luft gesprengt wurde. Nun musste von Genf aus eine Flotte von Lastwagen nach Frankreich bis zum steckengebliebenen Zug geschickt werden; die Erdnüsse wurden auf die Lastwagen umgeladen, und am 19. Oktober 1940 gelangten die restlichen 3'500 Tonnen endlich in die Hände des schweizerischen Käufers.⁹

Die Schwierigkeit, Erzeugnisse der schweizerischen Präzisionsindustrie, welche Grossbritannien dringend benötigte, durch die deutsche Gegenblockade hindurchzubringen, veranlasste London im Oktober 1940,

Bern den Vorschlag zu machen, eine britische Luftfrachtverbindung zwischen der Schweiz und Grossbritannien zu eröffnen. Als Gegenleistung wurden eine Lockerung der Blockade und zusätzliche Navicerts angeboten. Die Schweizer Armee setzte diesem Vorschlag ein Nein entgegen, weil in der Schweiz keine Landeerlaubnis für fremde Flugzeuge gegeben werden könne. Zu jener Zeit war der einzige in Frage kommende Flughafen der Schweiz bei Zürich, inmitten des grössten Militärflugplatzes gelegen. Aus diesem Grunde wies der Bundesrat den Vorschlag zurück. London jedoch liess nicht locker und schlug eine Fluglinie der Swissair über Spanien und Portugal vor. Bern war damit einverstanden, erhielt aber in Madrid und Lissabon eine offene oder verschleierte Absage, so dass die Luftverbindung nie zustande kam. Sie wäre ohnehin in Berlin auf Widerstand gestossen. Deutschland hätte diesem direkten und bequemen Kanal in ein neutrales Land hinein, das in der Mitte der sogenannten «Festung Europa» lag, sicher nicht zugestimmt.

Als gegen Ende des Krieges das französische Bahnnetz durch die Bombardierungen der Alliierten und durch die Handstreichs der Widerstandsbewegung aus den Fugen geriet, wurde es für die Schweiz nötig, ganze Flotten von Lastwagen nach Frankreich zu senden, um dort Lebensmittel, die irgendwo auf ihrem Weg nach der Schweiz gestrandet waren, heimzuholen. Vorher mussten aber mit den verschiedensten Stellen Abkommen getroffen werden: mit der Eisenbahngesellschaft, mit der französischen Regierung in Vichy, mit den

deutschen Militärbehörden und den verschiedenen Gruppen des Maquis. Am 8. August 1944 gelang es dem ersten dieser Konvois bis nach Lyon und Grenoble zu kommen, allerdings mit Schwierigkeiten, weil er oft durch örtliche Kampfhandlungen aufgehalten wurde. Es war zu jener Zeit weniger der Mangel an Frachtschiffen, der die Versorgung der Schweiz mit den dringendst benötigten Nahrungsmitteln in Frage stellte, als die Schwierigkeit, den Transport durch das vom Krieg zerstörte und unvorstellbar desorganisierte und erschöpfte Europa zu bringen.¹⁰

Während der entscheidenden Jahre des Krieges erwuchs der Schifffahrt ein grosses Problem: die Gefährdung durch den deutschen Unterseebootkrieg. Als dieser noch erfolgreich war, mussten besondere Massnahmen ergriffen werden, um den Schiffen, welche die Erlaubnis hatten, Güter für die Schweiz zu transportieren, sicheres Geleit zu gewährleisten. In der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin befand sich ein besonderes Büro, dem der Auftrag erteilt war, für die Sicherheit der Schiffe zu sorgen. Dank ihrer eigenen Radiostation mit starker Empfänger- und Senderleistung erhielt die Gesandtschaft Lage und Kurs jedes einzelnen Schiffes und konnte diese Information, zusammen mit einer genauen Beschreibung des Schiffes und seiner Silhouette, an die deutsche Admiralität weitergeben. Darauf gab diese Weisung an die Unterseeboote, die gemeldeten Schiffe sicher passieren zu lassen. Tatsächlich wurde kein einziges schweizerisches Schiff, sei es nun Eigentum der Schweiz oder gechartert, auf seinem Weg in die für die

schweizerische Schifffahrt reservierten offenen Häfen torpediert, mit Ausnahme eines einzigen Rotkreuzschiffes, das sich gerade auf dem Weg nach Griechenland befand.

Vor dem Einfahren in die italienischen Häfen, die sie anzulaufen hatten, mussten die Kapitäne genaue Instruktionen der deutschen und italienischen Flotten befolgen. Diese Instruktionen gaben ihnen den Weg an durch die Minenhindernisse, welche die Hafeneinfahrten sperrten. Man weiss, dass es den Alliierten gelang, von diesen Schiffen, während sie sich durch die sicheren Kanäle den Häfen näherten, Luftaufnahmen zu machen und auf diese Weise zu erfahren, welche Fahrstrassen sie bei ihren Landungsoperationen 1944 im Mittelmeer benutzen konnten.

Den neutralen Schiffen konnte auch Seltsames begegnen. Im November 1942 näherten sich zwei schweizerische Schiffe vom Atlantik her der Strasse von Gibraltar, als sie sich plötzlich inmitten einer Armada von Hunderten von Schiffen befanden, die der Küste von Marokko zusteuerten. Die beiden Schweizer Dampfer durchquerten dieses Geschwader unbehelligt, und Bern erfuhr durch die Radiomitteilungen der Kapitäne, lange bevor es die Deutschen entdeckt hatten, dass die alliierte Landung in Nordafrika kurz bevorstand.

Kapitel 6

Die doppelte Blockade

Zwei konzentrische Ringe

Vom schweizerischen Standpunkt aus gesehen, liessen sich in der wirtschaftlichen Kriegführung der im Konflikt befindlichen Parteien drei Perioden unterscheiden. In jeder dieser Perioden war die Lage der Schweiz als Opfer des Wirtschaftskrieges eine andere.

Die erste Periode war diejenige zwischen dem Sommer 1939 und dem Sommer 1940, die vom Ausbruch der Feindseligkeiten bis zum Eintritt Italiens in den Krieg und dem Zusammenbruch Frankreichs dauerte. In jener Zeitspanne waren Ausfuhr und Einfuhr bis zu einem gewissen Grade frei.

Die zweite Periode dauerte vier ganze Jahre, nämlich von der Unterzeichnung des Waffenstillstands zwischen Frankreich und Deutschland am 22. Juni 1940 bis zum 25. August 1944, als die amerikanischen Armeen von Südwesten her die Schweizer Grenze erreichten und die Einkreisung durch die Achsenmächte zusammenbrach.

Während dieser längsten Periode ergaben sich wichtige Veränderungen: im November 1942, als die Alliierten in Nordafrika landeten und – als Antwort darauf – die Deutschen ganz Frankreich besetzten, und wieder am

8. September 1943, als Italien kapitulierte und-solange es nicht durch die Alliierten befreit war – unter das deutsche Terrorregime fiel. Während dieser vier Jahre war der Druck von beiden Seiten sehr stark, und es war eine Zeit grosser Entbehrungen.

In die dritte Periode gehören die letzten Kämpfe in Europa, die am 8. Mai 1945 mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands zu Ende gingen. Während dieser Zeit verstärkten zwar die siegreichen Mächte ihren Druck auf die Neutralen, aber die Einfuhren kamen leichter herein.

Wie wir sehen werden, verschärfte sich der Wirtschaftskrieg Schritt für Schritt, bis zwei konzentrische Ringe die Schweiz umgaben, nämlich die alliierte Seeblockade einerseits und die deutsche Gegenblockade anderseits. Zuerst hatten es die kriegführenden Mächte nicht auf das neutrale Land abgesehen, sondern nur auf den Feind. Beide Seiten anerkannten die Daseinsberechtigung der neutralen Länder und hatten nicht im Sinne, sie völlig zu zerstören, sondern wollten sie eher in ihre Kriegsanstrengungen einspannen.

Damit die wirtschaftlichen Massnahmen vollkommen wasserdicht blieben und nichts dem Feinde zugute kam, war es natürlich wichtig, dass die dem neutralen Lande verkauften Güter von da aus nicht etwa an den Feind weiterexportiert wurden. Dies war die einfachste, man könnte sogar sagen die legitimste Art des Wirtschaftskrieges beider Parteien. Das neutrale Land litt nicht direkt darunter, ausser dass es Garantien geben musste, die Ware nicht an den Feind des Lieferanten weiterzuge-

ben, was mit komplizierten Formalitäten verbunden war. Neue Probleme erwuchsen dem Neutralen, wenn die Massnahmen im Wirtschaftskrieg nicht den Gegner angingen, sondern gegen das neutrale Land selbst gerichtet waren. Die Alliierten benützten alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel, um die Schweizer daran zu hindern, Kriegsmaterial nach Deutschland und Italien auszuführen oder den Feind mit erweiterten Krediten zu unterstützen. Andererseits beharrten sie darauf, wichtiges Kriegsmaterial aus der Schweiz zu beziehen. Die Alliierten, nur auf ihre Kriegführung bedacht, unterbanden jede Einfuhr nichtkriegswichtiger Waren in ihre Länder, um dadurch Devisen für die Einfuhr kriegswichtiger Güter zu sparen. Unglücklicherweise gehörten manche der traditionellen Exportgüter der Schweiz – das war nicht zu bestreiten – nicht gerade zu den kriegswichtigen Gütern, nämlich Dinge wie Uhren, Schuhe, Stickereien, Strohhüte.

Die Deutschen machten ihrerseits alle Anstrengungen, ihre gewohnten Exporte an die Neutralen zu reduzieren, besonders was Rohmaterialien wie Kohle, Eisen und Öl betraf, da die deutsche Kriegswirtschaft diese Rohstoffe selber dringend benötigte. Sie beharrten andererseits darauf, mehr Fertigwaren eigener Wahl aus der Schweiz zu erhalten – natürlich vor allem Kriegsmaterial. Mit verstärktem Wirtschaftsdruck auf die Schweizer versuchten sie, ähnliche Exporte an die Alliierten und an andere neutrale Länder einzuschränken.

Nachdem Italien an der Seite Deutschlands in den Krieg eingetreten und Frankreich besiegt war, konnte der

Blockadering lückenlos geschlossen werden. An allen Grenzen der Schweiz standen jetzt deutsche und italienische Soldaten und Zöllner. Der Besitz der französischen Häfen begünstigte den deutschen Unterseebootkrieg gegen die Schifffahrtswege. Als Antwort auf die alliierte Blockade war Berlin nun fähig, eine Gegenblockade einzuführen, die sich zeitweise empfindlich auswirkte.

Die Schweiz wurde von der deutschen Gegenblockade auf zwei Arten betroffen: mit der Bedrohung der Importe aus Übersee durch die Unterseeboote und mit der Sperre der Zufuhren zu Land. Von jenem Zeitpunkt an konnte nichts mehr aus den Häfen, die der Schweiz offenstanden – Genua, Savona, Marseille, Cadix, Lissabon – ohne Deutschlands Erlaubnis durch Frankreich und Italien transportiert werden. Und nichts konnte über diese Häfen nach Übersee oder auf dem Landweg durch Europa exportiert werden. Schweizerische Schiffe, die auf hoher See unterwegs waren, oder Schiffe anderer neutraler Staaten, die ebenfalls Waren für die Schweiz transportierten, durften die «schweizerischen» Häfen nur noch mit Bewilligung der deutschen Admiralität, unter ihrem Schutz und von ihr durch die von den Unterseebooten gefährdeten Gewässer geleitet, anlaufen.

Obschon sich die Schweiz mit den sich feindlich gegenüberstehenden und doch gleichlaufenden Interessen der Kriegführenden auseinanderzusetzen hatte – Interessen, die aus der totalen Kriegführung, in die beide verwickelt waren, vollkommen verständlich waren – verfolgte

die Schweiz nur ein Ziel: die beiden Blockaden zu durchbrechen und die für die Ernährung des Volkes nötigen Importe zu ermöglichen. Importe, die ausser für die Ernährung auch für die Industrie nötig waren, um sie in Gang zu halten, Arbeit zu beschaffen, die Armee mit Waffen und Munition zu versorgen und um Exportwaren als Gegenleistung für die Importe herzustellen. Diese Auseinandersetzung mit entgegenlaufenden und sich bekämpfenden Interessen öffnete für alle möglichen Drohungen, Schmeicheleien und Druckversuche ein weites Feld. Sie eröffnete aber auch Möglichkeiten, durch komplizierte Verhandlungen selber Druck auszuüben, worin die Schweizer – man darf es ruhig sagen – bald Meisterschaft erlangten.

Zwei konzentrische Ringe hatten sich also um das kleine Land im Herzen Europas geschlossen. Sein wirtschaftliches Überleben hing jetzt einzig davon ab, wie es die Interessen des einen Blockadestaates gegen jene des anderen ausspielen konnte. Während dieses Gegeneinanderausspielens, das durch die ganzen Kriegsjahre andauerte, hielt die Schweiz an den Grundsätzen fest, die 1907 in den Haager Konventionen 5 und 13 über die Rechte und Pflichten neutraler Staaten in Kriegsjahren festgelegt worden waren, und ganz besonders am Grundsatz der Gleichberechtigung, der allen Kriegführenden das Recht auf gleiche Behandlung gewährleistet.

Während dieser Jahre mussten die Schweizer bei Verhandlungen mit der sie umgebenden Welt oft mit dem Rücken zur Wand kämpfen. Es blieb ihnen wenig

Spielraum zum Markten. Aber sie wussten auch, wie sehr die in den Krieg verwickelten Mächte sie brauchten. Die Tatsache, dass es in der Mitte eines von Krieg heimgesuchten Kontinentes ein neutrales Land gab, war für beide, für die Alliierten wie für die Achsenmächte, von grossem Wert – auch abgesehen von den humanitären und politischen Diensten, die nur ein Neutraler leisten konnte. So durften die Schweizer damit rechnen, dass beide kriegführenden Parteien ein Interesse daran hatten – wenn auch nur ein Randinteresse – Schritte zu vermeiden, welche die Neutralität aufs Spiel setzten und das Leben des Kleinstaates im Auge des Hurrikans unmöglich gemacht hätten. In aussichtslosen Lagen schliesslich pflegten sich die Schweizer auf die im Völkerrecht verankerten Rechte und Pflichten einer neutralen Regierung zu berufen und auf den Grundsatz «*ultra posse nemo tenetur*».

Unter deutschem Druck

Wenige Tage nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten begannen bereits die Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland. Berlin wollte für das Deutsche Reich den Import von kriegsunwichtigen Gütern herabsetzen, dafür aber die Einfuhr von Waren, die es für den Krieg benötigte, erhöhen. Da es Berlin an harten Devisen bitter mangelte, versuchten seine Unterhändler grosse Kredite flüssigzumachen. Die Verhandlungen führten zu einem provisorischen Abkommen. Am 27. Mai 1940

begannen in Berlin neue, formellere Besprechungen genau zu der Zeit, als die deutschen Armeen in ihrem Siegeszug gegen Westen die Niederlande, Belgien und Frankreich überfluteten. Die Nationalsozialisten begannen sich nun den schweizerischen Exporten wichtiger Kriegsgüter nach Frankreich und England zu widersetzen.

Frankreich fiel nach dem Abschluss des Waffenstillstands mit Hitler natürlich als Käufer von Kriegsmaterial aus. Das Problem der Exporte nach England blieb jedoch bestehen. Ferner forderten die Deutschen jetzt, dass alle Waren, die zuvor von Belgien, den Niederlanden und Dänemark bestellt worden waren, nun ihnen zu überlassen seien. Berlin verlangte auch erneute und ausgedehnte Lieferungen von Kriegsmaterial im Rahmen der bereits mit Deutschland bestehenden Politik der Lieferung auf Kredit, jedoch mit erweiterten Krediten und unter günstigeren Darlehensbedingungen.

Es wurde ferner verlangt, die Schweiz solle das Kriegswirtschaftsabkommen mit den alliierten Mächten vom 25. April 1940 einseitig kündigen, das schweizerische Exporte nach Deutschland eng begrenzt hatte. Um den Ernst ihrer Forderungen zu unterstreichen, drohten die Unterhändler Berlins, die Kohlezufuhr nach der Schweiz vollkommen zu sperren, und tatsächlich machte Deutschland die Drohung am 18. Juni 1940 wahr.¹

Die Schweizer sahen sich nun gezwungen, Konzessionen zu machen, wollten sie die Stilllegung ihrer Industrie verhindern und den Ausbau ihrer Verteidigung

nicht unterbrechen. Sie versprachen Deutschland die Lieferung einer grösseren Menge von Zubehör für Waffen und Munition, von Werkzeugmaschinen, den Verkauf von Aluminium, das bereits die Adresse nach England trug, und den Verkauf zusätzlicher Milchprodukte. Die Alliierten wurden pünktlich über diese Konzessionen informiert und reagierten verständlicherweise scharf darauf: ihre Blockadebehörden stellten die Freigabe aller Waren nach der Schweiz fast völlig ein.

Das neue Wirtschaftsabkommen mit dem Deutschen Reich wurde am 9. August 1940 in Berlin unterzeichnet. Es sicherte Deutschland bedeutende Mengen an Waffen, Munition, Aluminium und Milchprodukten zu – im Betrage eines auf 140 Millionen Schweizer Franken limitierten Kredites, dessen Limite jedoch bald, Schritt für Schritt, weiter hinaufzuklettern begann. Als Gegenleistung kamen die Züge mit Kohle und Eisen für die Schweiz bald wieder ins Rollen. Weiterhin beharrten die Schweizer auf ihrem Recht, den Alliierten Kriegsmaterial zu liefern, gemäss dem Grundsatz gleicher Behandlung der beiden kriegführenden Parteien. Sie weigerten sich ebenfalls rundweg, das mit London abgeschlossene Kriegswirtschaftsabkommen zu kündigen. Hier mussten sich die Deutschen fügen.

Zusammen mit den Italienern entwickelten die Deutschen ein ähnliches System wie das des britischen Navicerts. Waren gewisser Kategorien, etwa ein Viertel der ganzen schweizerischen Ausfuhr, durften nur mit einem bestimmten, von der deutschen oder der italieni-

schen Gesandtschaft in Bern ausgestellten Zeugnis die Schweiz verlassen. Für die bleibenden drei Viertel mussten die Schweizer versprechen, nicht mehr zu verkaufen, als was schon vor dem Krieg exportiert worden war, sich also an den «courant normal» zu halten. Mit diesem System war eine Tür für gewisse Exporte über italienische und französische Häfen geöffnet, ebenso nach Schweden und der Sowjetunion quer durch Deutschland. Diese Tür konnte tatsächlich benützt werden.

Indem die Schweiz die versprochenen Kredite erhöhte, brachte sie Berlin dazu, sich mit den sogenannten Kompensationsabkommen einverstanden zu erklären. Kompensationsabkommen bestanden aus erlaubten Exporten von Waren in alliierte Länder, welche diese zur Kriegführung benötigten und die über französische und italienische Häfen ihr Endziel erreichten. Diese Waren wie Präzisionsmaschinen, Werkzeugmaschinen, Maschinen für die Uhrenindustrie, Transformatoren, Elektromotoren und Uhrwerke durften sogar aus in Deutschland gekauften Materialien und Bestandteilen hergestellt werden. Dieses Übereinkommen war von den Deutschen als Ausgleich zu dem von den Alliierten den Schweizern unter dem Wirtschaftsabkommen verliehenen Recht gedacht, das ihnen erlaubte, Waren an Deutschland zu liefern, die aus Materialien hergestellt waren, welche die Alliierten vorher durch die Seeblockade hatten passieren lassen. Das Übereinkommen war für die Schweiz von grösster Wichtigkeit, da es ihr erlaubte, a) ihre Industrie in Gang zu halten und b) das von

Deutschland gelieferte Eisen und die Kohle wie auch andere Importe zu bezahlen.

Die Verhandlungen mit Berlin liefen während des ganzen Krieges. Es war fast immer dasselbe Lied: die Deutschen beharrten für ihre Ankäufe in der Schweiz auf höheren Kreditlimiten, hingegen auf kleineren Lieferungen von Kohle, Stahl, Eisen, Öl, Dünger und Benzin an die Schweiz, während die Schweizer mehr Kohle, Stahl, Eisen, Öl, Dünger und Benzin verlangten, ebenso wie mehr Geleitscheine für Exporte durch die Gegenblockade nach Übersee und für Importe durch die von Unterseebooten verseuchten Ozeane.

Manchmal wurden seltsame und politisch heikle Verhandlungen nötig. Als Berlin nach der Niederlage Frankreichs von der Schweiz die Herausgabe der Waffen, der Vorräte und der Ausrüstung des am 19./20. Juni 1940 internierten französischen 45. Armeekorps Daille verlangte, weigerte sich Bern, dem beschämenden Gesuch zu entsprechen, das von der gedemütigten Regierung Pétain in Vichy überreicht worden war. Die Engländer sandten eine drohende Note, in der es hiess: «Wenn unter den obwaltenden Umständen die Bundesbehörden diese Waffen, Vorräte und Ausrüstungsgegenstände des am 19./20. Juni 1940 internierten französischen 45. Armeekorps Daille der deutschen Regierung aushändigen würden, die sich immer noch im Kriegszustand mit der Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich befindet und die das Material in den Feindseligkeiten gegen Seine Majestät gebrauchen könnte, müsste dies als ein deutlicher Bruch der Neutra-

litätspflichten der Eidgenössischen Regierung betrachtet werden.»²

Die Schweizer, unter doppeltem Drucke stehend, versuchten die Deutschen dazu zu bringen, auf die Übergabe der Ausrüstung zu verzichten, und erreichten nach langem Feilschen eine Kompromisslösung.

Diese wurde von der schweizerischen Öffentlichkeit wütend kritisiert, die sich gegen die Übergabe der Waffen an die verhassten Deutschen auflehnte. In Wirklichkeit bestand die Kompromisslösung darin, dass die Schweizer der französischen Regierung von Vichy einen Teil der internierten Motorfahrzeuge, von denen allerdings manche zum Verschrotten reif waren, zu einem lächerlich hohen Preis abkauften. Der Kaufpreis wurde dann allerdings von der Schweiz nicht bezahlt, sondern gegen die Kosten der Internierung der französischen und polnischen Soldaten verrechnet. So konnten die Motorfahrzeuge in der Schweiz bleiben und mussten nicht den Deutschen ausgeliefert werden. Einige von ihnen dienten noch lange der Schweizer Armee. 4'000 Pferde hatte man nach Frankreich zurückzoteln lassen, wo sie von den Bauern benötigt wurden. Der Rest des Kriegsmaterials wurde nach Deutschland verfrachtet.

Am 18. Juli 1941 wurde ein neues, weitreichendes Wirtschaftsabkommen mit Berlin unterzeichnet, das die von der Schweiz zu gewährende Kreditsumme auf nicht weniger als 850 Millionen Schweizer Franken erhöhte – für die damalige Zeit eine enorme Summe –, wobei der Kredit zinslos gewährt werden musste. Der wirtschaftliche Druck aus Norden hatte jetzt einen Höhe-

punkt erreicht. Die Kohlenvorräte der Schweiz waren sozusagen erschöpft; Schmieröle würden vielleicht noch für drei Wochen reichen, nach deren Ablauf die ganze Industrie und alle Transporte zu einem knirschenden Halt kommen mussten. Unter diesem extremen Druck machten die Schweizer eine weitere Konzession: auf Deutschlands Verlangen hin wurde es verboten, in Briefen oder Postpaketen irgendwelche Waren ins Ausland zu senden. Das war ein gut gezielter Schlag gegen den Export von Präzisionsbestandteilen nach dem Vereinigten Königreich.³

Das neue mit Berlin geschlossene Abkommen quittierten die Engländer mit Wut und moralischer Empörung. Es steigerte die Ausfuhr von Kriegsmaterial aus der Schweiz nach Deutschland. Dabei war es den Schweizern nicht gelungen, als Gegenleistung eine grössere Öffnung der deutschen Gegenblockade für Lieferungen an die Alliierten einzuhandeln. London nannte das Abkommen einen «Schweizer Pakt mit Hitler».⁴

Mit der Zeit und mit dem Fortschreiten der Feindseligkeiten wurden neue Wirtschaftsabkommen getroffen, die periodisch von Berlin wieder gebrochen wurden, indem es sich weigerte, Kohle, Eisen und Benzin in der vereinbarten Quantität zu liefern. Darauf hielten die Schweizer ihre Sendungen von Kugellagern, Uhrwerkzählern und Elektromotoren, Bauholz und Molkereiprodukten zurück, was dann immer neue Verhandlungen nötig machte.

Deutschlands Verschuldung gegenüber der Schweiz in harter Währung wuchs im Sommer 1943 auf 1,25 Mil-

liarden Schweizer Franken an. Die Schweizer beharrten nun energisch darauf, die Ausfuhren nach Deutschland drastisch zu drosseln; dagegen hatten alle Importe aus Deutschland gleichzubleiben, und die Gegenblockade war zu lockern. Berlin stimmte zum Teil zu, denn das Kriegsglück hatte angefangen, sich gegen Hitler zu wenden. In der zweiten Hälfte des Jahres 1943 wurden die Exporte nach Deutschland auf etwa 200 Millionen Schweizer Franken herabgesetzt. Exporte für die Alliierten, mit deutschen Geleitscheinen und der Erlaubnis, die Gegenblockade zu passieren, versehen, erreichten etwa die Höhe von 20 Millionen Schweizer Franken.

Die Ungleichheit springt in die Augen. Trotzdem bedurfte es bei den Unterhändlern ungeheurer Willensanstrengungen und grossen Mutes, um nur diese unbefriedigenden Resultate zu erreichen. Die Deutschen hatten den riesigen Vorteil, in der Lage zu sein, jederzeit die Ausfuhren von Kohle, Eisen und Öl zu unterbinden und alle Exporte aus der Schweiz an ihrer eigenen Grenze aufzuhalten, was für die Schweiz gleichbedeutend war mit Frieren und Hungern und – schlimmer – einer «sozialen» Krise. Die Deutschen konnten auch eine militärische «Lösung» androhen, was sie jedoch selten taten. Kriegsdrohungen kamen eigentlich in den Verhandlungen nicht vor. Aber die ständige Gegenwart der militärischen Übermacht Deutschlands an allen Grenzen und der gefährliche, kriminelle Charakter ihres Oberbefehlshabers lasteten schwer auf den Gemütern der Schweizer.

Um seine Position zu behaupten, konnte Bern die Deutschen immer an die Möglichkeit von Gegenmassnahmen erinnern, die den Alliierten offenstand. Sollten diese nämlich auf die Importe aus der Schweiz verzichten müssen, konnten sie einfach ihre Exporte nach der Schweiz unterbinden. Dies konnte das Zusammenbrechen der ganzen schweizerischen Industrie bedeuten und – dementsprechend – auch aller Lieferungen an Deutschland. Bern besass noch eine weitere Waffe zu seiner Verteidigung, nämlich die Möglichkeit, den ganzen Bahnverkehr durch die Alpen zwischen den beiden Achsenmächten zu unterbinden. Diese Drohung machte den Deutschen noch grösseren Eindruck als ein Unterbruch der schweizerischen Lieferungen von Fertigwaren.

Das letzte Wirtschaftsabkommen mit dem nationalsozialistischen Deutschen Reich wurde am 28. Februar 1945 geschlossen. Es war sozusagen bedeutungslos, da die deutschen Lieferungen von Kohle und Eisen ohnehin zusammengeschrumpft waren und monatlich nur noch dem Gegenwert von 10 Millionen Schweizer Franken entsprachen. Die Schweizer hatten ihrerseits die Exporte nach Deutschland fast völlig eingestellt. Das Ergebnis davon war, dass die Schweiz während der letzten Kriegsmonate an den Punkt gelangte, wo es überhaupt an allem fehlte. Die Spinnereien hatten zum Beispiel nur noch Baumwolle für fünf Tage, der Vorrat an Wolle reichte knapp einen Monat.⁵

Einige Unterhändler waren dank den dauernden Verhandlungen mit den Nationalsozialisten zu gewiegten

Spezialisten geworden. Sie bewältigten eine Aufgabe, die weit über das eigentliche Problem, das Gleichgewicht zwischen dem von zwei Seiten auf die Schweiz einwirkenden Druck zu halten, hinausging. Sie gewöhnten sich daran, unmögliche Zumutungen hartnäckig zurückzuweisen, und hatten keine Bedenken, die Unterhändler der Gegenseite vor den Kopf zu stoßen, wenn sie von diesen zu sehr in die Enge getrieben wurden. Oft hatten die Beamten, die an diese wirtschaftliche Front gestellt waren, weit mehr Rückgrat als die Regierung in Bern. Es ist bekannt, dass die Deutschen von der Haltung dieser Männer beeindruckt waren und auch von ihrem Mut, den sie besonders dann zeigten, wenn sie das Gefühl hatten, Berlin wolle sie einschüchtern. Diese Erfahrung gab den Deutschen auch ein Bild von dem, was ihnen bei einem Angriff auf die Alpenfestung blühen würde, und sie zogen daraus ihre Schlüsse.

Von der Schweiz aus gesehen bestand bis zu den letzten Monaten der Feindseligkeiten immer die Möglichkeit einer Invasion. Erst 1945 legte sich endlich die Gefahr eines militärischen Angriffs, obschon auch da noch die – wenn auch entfernte – Möglichkeit einer irrationalen und aus letzter grimmiger Verzweiflung gewagten Kurzschlussbehandlung Hitlers bestand.

Verhandlungen mit den Alliierten

Die alliierte Blockade begann mit der Kriegserklärung am 3. September 1939. Von da an konnte keine Schiffsladung mehr, die für die Schweiz bestimmt war – befinde sie sich nun auf alliierten oder auf neutralen Schiffen –, die für alle Einfuhren nach der Schweiz vorgesehenen Häfen ohne die entsprechende Erlaubnis, genannt «Navicert», anlaufen. Navicerts konnten nur auf Grund eines speziellen Gesuchs der Exportfirmen ausgestellt werden. Meistens wurde der Hafen von Genua angelaufen, in dem bis 1943 an die 7'000 Tonnen täglich für die Schweiz gelöscht wurden, um dann per Bahn ans Ziel zu gelangen. Auch Triest und Marseille hatten ihren Anteil.

Nach lange sich hinziehenden Verhandlungen in Paris und London konnte am 25. April 1940 ein Kriegswirtschaftsabkommen unterzeichnet werden. Die alliierten Mächte garantierten darin in gewissen Grenzen den Überseeimporten der Schweiz die Durchfahrt durch die Seeblockade und durch ihre Länder, also vor allem durch Frankreich. Sie bestimmten die zu benützenden Häfen und entsprechenden Seewege, und sie setzten die Bedingungen fest, unter denen die Navicerts erteilt werden konnten. Die Schweizer ihrerseits verpflichteten sich, die Menge gewisser nach Deutschland zu exportierender Artikel innerhalb vereinbarter Grenzen zu halten. Sie versprachen, Waren für den ausschliesslichen Gebrauch in der Schweiz nicht wieder zu exportieren. Bern widersetzte sich dem Wunsch der Alliierten, von

gewissen Schweizer Firmen unterzeichnete Dokumente mit dem Versprechen, auf den Wiederelexport zu verzichten, zu erhalten. Die Schweizer Regierung behielt sich das alleinige Recht vor, innerhalb ihres Landes über die richtige Verwendung von eingeführten Gütern zu wachen.

Bern erhielt von den Alliierten ebenfalls die Erlaubnis, an Deutschland Fertigwaren aus Rohstoffen oder Bestandteilen zu liefern, die mit alliierter Bewilligung durch die Blockade gekommen waren. Die Summe dieser Verkäufe durfte indessen jährlich das Total der 1937/38 gemachten Exporte nicht überschreiten. Diese wichtige Erlaubnis wurde dank der Erkenntnis erteilt, dass der Sache der Alliierten besser gedient sei, wenn die Schweiz die von ihr benötigten Waren mit Fertigwaren an Deutschland bezahle anstatt mit harter Währung.⁶ Alles nahm jedoch mit der Niederlage Frankreichs einen ganz anderen Verlauf. Die Blockade wurde durch Grossbritannien verschärft. Hugh Dalton, Leiter des Ministry of Economic Warfare, und Dingle Foot, parlamentarischer Sekretär des Ministeriums, waren der Meinung, dass die Schweiz, wenn sie zu gut versorgt war, ihrem Nachbarn Anreiz für einen militärischen Angriff sein könnte. Sie beharrten deshalb darauf, den neutralen Ländern Vorräte für nur zwei Monate zu bewilligen – eine Zumutung, die das Überleben sowohl der Industrie als auch der Bevölkerung der Schweiz in Frage gestellt hätte.

In London wurde man nun mit dem Argument vorstellig, es könne niemandes Interesse sein, die Schweiz ganz

in die Abhängigkeit von Deutschland zu bringen. Das Ergebnis war die Freigabe von Navicerts für einige hunderttausend Tonnen Importware aus Übersee. Zur gleichen Zeit wurde das System zur Erlangung von Navicerts vereinfacht. Statt private Firmen – die Exporteure – in den alliierten Ländern sich individuell um Navicerts bemühen zu lassen, erhielt die Schweizer Regierung die Erlaubnis, eine Liste der allgemein benötigten Waren einzureichen. An Hand dieser Liste gab die Blockadebehörde, soweit sie damit einverstanden war, die Bewilligung «en bloc» für die Navicerts, welche die benötigte Ware deckten. Das System bezeichnete man als «inverted system».

Während des düstersten Kriegsjahres 1941 hatten die Engländer das Gefühl, Bern mache Deutschland alle Konzessionen, während es alle Bitten Grossbritanniens abschlage. Dies verbitterte sie verständlicherweise, und am 9. September 1941 erliess London ein Verbot für jegliche Durchfuhr von industriellen Rohwaren durch seine Blockade.

Als die Vereinigten Staaten von Amerika durch den japanischen Angriff auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 in den Krieg gestürzt wurden, verhärtete sich die Haltung der alliierten Mächte gegenüber den Neutralen noch mehr. Für Amerika, das so hartnäckig neutral gewesen war, wurde Neutralität, nun da es die seine verloren hatte, zu einer verabscheuungswürdigen Haltung. Die Verhandlungen wurden nun noch schwieriger, weil man nicht mehr nur vom Ministry of Economic Warfare in London abhing, sondern auch noch vom

Office for Economic Warfare in Washington und bald darauf noch vom Combined Food Board der Alliierten.

Die mächtig sich entfaltende Kriegsindustrie der Vereinigten Staaten von Amerika kam nun noch zu der gewaltigen industriellen Anstrengung Grossbritanniens hinzu. Beide zusammen waren jetzt an gewissen schweizerischen Produkten noch mehr interessiert als früher. Auf der Liste der Waren figurierten Werkzeugmaschinen, Maschinen der Uhrenindustrie, Theodolite, Chronographen (Stoppuhren), Kugellager und vor allem Uhrensteine – für deren Herstellung die Schweiz damals das Monopol besass. Viele miniaturisierte Präzisionsstandteile für Uhrwerkzylinder konnten nur von Schweizer Uhrmachern hergestellt werden.

Es wurden Mittel und Wege gefunden, solche Waren durch die deutsche Gegenblockade zu schleusen, und zwar in weit grösseren Mengen als Bern in hartnäckigen Verhandlungen von den Deutschen als «Gegenleistungsexporte» hatte erreichen können.

Einen interessanten Fall bildeten die Chronographen. Sie gehörten nicht zu den von den Deutschen erlaubten Exportwaren, da Stoppuhren für die Royal Air Force und die U.S. Army Air Force bei ihren Bombardierungen von äusserster Wichtigkeit waren. Weil aber gewöhnliche Uhren mit Berlins Bewilligung in grossen Mengen verschickt werden durften, kamen die erfinderrischen Industriellen auf die Idee, Werke für Stoppuhren in gewöhnliche Uhrgehäuse einzubauen, die zur Täuschung mit den üblichen zwei Zeigern versehen

waren. Hatten die Uhren ihren Weg durch die Blockade gefunden, so konnten sie – einmal auseinandergenommen – in die von den Luftwaffen benötigten Chronographen verwandelt werden.

Eine andere Situation, in welcher die Schweiz nur die Rolle eines Vermittlers und die einer Basis für gewisse Transaktionen spielte, ergab sich aus dem Bedürfnis nach Diamantwerkzeugen. Diamantwerkzeuge zur Bearbeitung harten Stahls wurden hauptsächlich von einer hoch spezialisierten Industrie hergestellt, die sich auf viele Kleinstädte Frankreichs verteilte. Weder die französischen Autoritäten (Vichy) noch die Deutschen hätten natürlich Sendungen von Industriediamanten oder fertigen Werkzeugen nach Grossbritannien zugestimmt. Aus diesem Grunde mussten die Industriediamanten und der zur Fabrikation der Werkzeuge nötige Diamantstaub aus England in die Schweiz gebracht werden. Von hier aus brachten schweizerische und französische Kuriere das Rohmaterial nach Frankreich, um dann fertige Produkte wieder in die Schweiz zurückzubringen. Von da wurden sie schliesslich über Frankreich oder Italien nach Grossbritannien, ihrem Endziel, geschmuggelt. Die ganze Operation konnte nur erfolgreich durchgeführt werden, weil die französischen Fabriken nahe der sicheren Basis lagen, welche die Schweiz bot.

Wir haben gehört, dass die Schweizer auf Deutschlands Drängen hin im Sommer 1941 die Brief- und Paketsendungen von Waren nach dem Ausland verboten. Als Antwort darauf organisierten die Engländer eine Un-

tergrundoperation unter dem Code-Namen «Viking». Ein Mitglied der britischen Gesandtschaft in Bern, das nicht eben an Mangel von Skrupellosigkeit litt, John Lomax (heute Sir John), baute ein besonderes Agentennetz auf. Seine Mitarbeiter kauften heimlich die benötigten Maschinenteile – was natürlich nur mit Zustimmung der Hersteller möglich war. Andere Agenten beförderten die Waren im diplomatischen Koffer mit besonderen Kurieren oder hilfsbereiten Neutralen – wie zum Beispiel südamerikanische Diplomaten – nach Spanien und nach Grossbritannien weiter. Ein schweizerischer Zivilluftverkehr nach London oder Lissabon, wie ihn die Engländer so dringend gewünscht hatten, wäre die ideale Lösung gewesen, um das wertvolle Material ans Ziel zu bringen.⁷

Die Schweizer Polizei- und Zollbeamten waren natürlich vollkommen im Bild über dieses heimliche Hin und Her, das oft mit ganz naiven Tricks vor sich ging. Doch sie waren nur zu glücklich, mit den Alliierten zusammenzuarbeiten und der verhassten deutschen Gegenblockade ein Schnippchen zu schlagen.

Obschon diese Operationen, wo immer sie auch bekanntwurden, die grösste Sympathie genossen – sie mussten natürlich so geheim wie möglich gehalten werden, um zu verhindern, dass die deutschen Spionageagenten davon erfuhren –, genügten sie nicht, die Alliierten davon zu überzeugen, dass die Schweizer nicht aus lauter Habgier vielleicht doch auf deutscher Seite standen. Bis zum Ende des Krieges konnte man immer wieder hören, es gehe den Schweizern nur darum,

möglichst grosse Gewinne einzustreichen, und dass die deutsche Gegenblockade letztlich ihre Schuld war, da sie sich nicht energisch genug dagegen gewehrt hatten! Die Alliierten vergassen offenbar gerne, dass sie es gewesen waren, welche mit ihrer Blockade die Schweiz in eine schwierige Lage gebracht hatten, indem sie ihre Abhängigkeit von deutschen Zufuhren erhöhten und die Verhandlungsposition der Schweiz mit Deutschland schwächten. Da es an den lebenswichtigen Importen aus Übersee fehlte, musste sich Bern an Deutschland wenden, und Deutschland setzte die Bedingungen fest, unter welchen es die Schweiz berücksichtigen wollte. Es war natürlich für niemanden ersichtlich, wieviel Festigkeit und Schlaueit es gebraucht hatte, um von Berlin Konzessionen zu erhalten, und es war ein leichtes, zu vergessen, dass die Deutschen die Schlüsselpositionen für alle Einfuhren in die Schweiz und alle Ausfuhren aus der Schweiz in den Händen hielten. Jeden Augenblick konnten sie an den Grenzen alles zum Stillstand bringen. Sogar die allmächtigen Alliierten waren nicht in der Lage, dagegen etwas auszurichten, bevor sie nicht die deutsche Kriegsmaschine überwunden hatten.

In den Verhandlungen der Alliierten mit der Schweiz während der Jahre 1943 bis 1945 kristallisierte sich eine Forderung immer mehr heraus: die Verringerung des Verkaufs von schweizerischem Kriegsmaterial an Deutschland. Die eidgenössischen Behörden wurden besonders wegen der Kredite kritisiert, die sie Berlin für die Bezahlung solcher Lieferungen einräumen mussten. Die wichtigsten Firmen, die Waren nach Deutschland

lieferten, gerieten unter Druck und wurden auf die schwarze Liste gesetzt. Mit Firmen, die auf der schwarzen Liste standen, Geschäfte machen, war natürlich gleichbedeutend wie mit dem Feinde Zusammenarbeiten; Geschäfte mit ihnen wurden verboten, und sie hatten die sich daraus ergebenden Sanktionen zu erdulden.

Im Sommer 1943 erreichte die Spannung ihren Höhepunkt. Die Alliierten stellten nun folgende Forderungen: Reduktion der Exporte von Kriegsmaterial; Sperrung weiterer Kredite an Deutschland und Italien; Druck auf gewisse Firmen, Ausspioniererei durch Geheimagenten und Erpressung von Versprechen, gewisse Waren, die von Deutschland bestellt worden waren, nicht auszuliefern – all das ging nebeneinander her und hatte sich bereits eingespielt. Am 4. November 1943 wurde es dem Bundesrat endlich zuviel. Er verbot den einzelnen Firmen, mit fremden Gesandtschaften und ihren Wirtschaftsabteilungen direkt zu verhandeln. Als Antwort darauf und als Sanktion ihrerseits setzten die Alliierten alle die Firmen, die nun direkte Verhandlungen ablehnen mussten, auf die schwarze Liste.

Im Juni 1943 hatten auf amerikanisches Betreiben alle Importe durch die alliierte Blockade aufgehört. Während des gleichen Monats wurden von britischen Flugzeugen einige nicht sehr schwere Bomben auf eine Stelle nahe einer Kugellagerfabrik in Zürich abgeworfen. Der Wink wurde verstanden – es war eine letzte Warnung, dass keine Lieferungen an die deutschen Arsenale mehr geduldet wurden.

Bezeichnend für die Einstellung amerikanischer Behörden zu den Versorgungsproblemen der Schweiz in jenen Tagen ist ein Schreiben, das Admiral William D. Leahy im Namen des Generalstabskomitees – also des Oberkommandos – am 28. April 1943 an Staatssekretär Cordell Hull richtete. Er führte darin aus:

«Da die Schweiz ja vollständig im militärischen und wirtschaftlichen Bannkreis Deutschlands liegt, muss alles, was man ihr liefert, als eine direkte Unterstützung der Kriegsanstrengungen der Achsenmächte betrachtet werden.

Wir sind der Ansicht, was die Schweiz jetzt bezieht sollte genügen, um zu erlauben, dass wir dort die Tätigkeit unseres militärischen Nachrichtendienstes aufrechterhalten können und dass die Schweizer fortfahren, uns in feindlichen Ländern diplomatisch zu vertreten.»⁸

Zum Glück gelang es, im Dezember 1943 ein neues Wirtschaftsabkommen mit den Alliierten abzuschließen. Die Schweiz erklärte sich nun einverstanden, ihre Exporte nach Deutschland während des nächsten halben Jahres um 100 Millionen Schweizer Franken zu vermindern. Als Gegenleistung erhielten die Schweizer Navicerts für 350'000 Tonnen Weizen, Zucker und Speisefette. Bern konnte nun der Verstimmung der Deutschen über die Reduktion der Herstellung von Waffen und Waffenbestandteilen offener begegnen. Nachdem das Alpenréduit durch die Armee fertiggestellt worden war und nach den Niederlagen Deutschlands bei Stalingrad und in Nordafrika hatte sich die

Gefahr eines militärischen Angriffs von dieser Seite ziemlich verflüchtigt.

Im Mai 1944 verlangten die Alliierten die vollkommene Einstellung jeden Exportes von Werkzeugmaschinen, Kugellagern und anderem Kriegsmaterial nach Deutschland sowie eine wesentliche Verminderung der Ausfuhr anderer Waren wie zum Beispiel Molkereiprodukte.

Die Schweizer konnten einem totalen Embargo, wie es gewünscht worden war, nicht entsprechen, aber sie stimmten – und noch so gerne – einer ansehnlichen Herabsetzung zu. Am 1. Oktober 1944 erliess der Bundesrat ein Verbot für jegliche Ausfuhr von Kriegsmaterial – nach allen Seiten. Während das Prinzip der Gleichberechtigung gewahrt wurde – gleiche Behandlung aller Kriegführenden – berührte das Verbot eigentlich nur die Achsenmächte, da die Alliierten zu jener Zeit von Schweizer Produkten ziemlich unabhängig geworden waren. Am Ende des Monats Oktober wurde die Simplonlinie, aber noch nicht der Gotthard, für den deutschen Gütertransit geschlossen.⁹

Die Mission Currie

Langsam verschob sich das Interesse der Alliierten von der Lieferung von Kriegsmaterial durch die Schweiz an Deutschland und von der deutschen Gegenblockade gegen die Ausfuhr von Kriegsmaterial aus der Schweiz an die Alliierten zu Dingen, welche die Zukunft berührten: zu finanziellen Angelegenheiten wie die Kre-

dite an Deutschland, die von den Deutschen nach der Schweiz transferierten Vermögenswerte und das in den Tresors der Schweizerischen Nationalbank gehortete Gold. All dies wurde zum Thema von Verhandlungen mit den Alliierten, die im Februar 1945 begannen.

Die neue Runde von Verhandlungen mit den Alliierten war sehr verschieden vom Handel mit den Kriegsparteien, wie er im Laufe der fünf Kriegsjahre zur Routine geworden war. Auf dem europäischen Kriegsschauplatz näherten sich die Alliierten dem triumphalen Sieg. Sie hätten nun mit Leichtigkeit der Schweiz ihre Bedingungen diktieren können, doch treu ihren Kriegszielen zogen sie es vor, statt auf die Neutralen Zwang auszuüben, durch Überredung, allerdings verbunden mit den überwältigenden Argumenten wirtschaftlicher Tatsachen, zu ihren Zielen zu gelangen.

Die leitenden Staatsmänner der Alliierten, Winston Churchill und Franklin Delano Roosevelt, vermochten zwischen einem Neutralen und einer feindlichen Nation zu unterscheiden, während es dem sowjetischen Diktator Josef Stalin – und auch manchem Untergebenen dieser drei – oft schwerfiel. Der Krieg wurde im Zeichen von Ideologien geführt, und es war für viele schwierig, der vereinfachenden Ansicht zu widerstehen, dass alle, die nicht gegen den Nationalsozialismus kämpften, ihn billigten mit all seinen teuflischen und kriminellen Zielen; dies ganz besonders in jener Zeit, als der Sieg über das Böse schon so nahe gerückt war.

In früheren Verhandlungen hatte sich das neutrale Land immer mit den sich bekämpfenden Interessen der bei-

den Kriegführenden auseinanderzusetzen gehabt. Jede von einer Schweizer Delegation gemachte Konzession an den einen rief sofort eine Drohung mit Sanktionen des anderen hervor. Andererseits konnten die Schweizer das Argument geltend machen, die von der einen Seite verhängten Einschränkungen schwächten ihre Lage und damit auch ihre Widerstandskraft gegen die Forderungen der anderen. Jetzt aber war Deutschland sozusagen machtlos geworden und nicht mehr fähig, einen nennenswerten Druck auszuüben. Sowohl die negativen wie die positiven Wirkungen des Gegensatzes waren verschwunden.

Neu war nun das Erscheinen einer gemeinsamen Delegation aus den Vereinigten Staaten, aus Grossbritannien und aus Frankreich in Bern. Die Delegation setzte sich aus dem Leiter, Lauchlin Currie, Spezialassistent von Präsident Roosevelt, Dingle Foot, parlamentarischer Sekretär des Kriegswirtschaftsministeriums und Paul-Henri Charguéraud, Beamter in der neuen Administration von de Gaulle zusammen. Sie sprachen wie aus einem Mund, doch die dominierende Rolle jener Nation, die als der grosse Sieger aus diesem Krieg hervorgegangen war – die Vereinigten Staaten – war deutlich fühlbar. Dass die Mission von Anfang an «Currie-Mission» genannt wurde, sagt genug.

Es war aber auch bezeichnend, dass der amerikanische Leiter der Mission nur ein untergeordneter Funktionär des Weissen Hauses war. Dies zeigte klar, wie wenig Bedeutung die Administration Roosevelt den Verhandlungen mit Bern im Rahmen der weltweiten Ent-

scheidungen, die zu jenem Zeitpunkt zu fällen waren, beimass. Die Schweizer erkannten das damals nicht; für sie war nach all den Jahren des Abgeschlosseneins ein direkter und intensiver Kontakt mit den Vereinigten Staaten sehr wichtig und äusserst willkommen. Präsident Roosevelts Brief vom 15. Januar 1945 an den Bundespräsidenten der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Eduard von Steiger, den Currie überreichte, ermutigte Bern, der Eröffnung von Gesprächen grösste Wichtigkeit beizumessen.

Die schweizerische Delegation wurde von Walter Stucki, einem früheren Leiter der Handelsabteilung in Bern und ehemaligen Gesandten in Paris und Vichy, angeführt. Als die Deutschen 1944 aus Vichy verjagt wurden, hatte er dank seinem Mut und seinem geschickten Eingreifen die Stadt vor der Zerstörung durch die abziehenden deutschen Truppen bewahrt. Ob die Bewunderung und Freundschaft, die Marschall Pétain für ihn hegte und um die jedermann wusste, seine Rolle in den Verhandlungen mit den Alliierten und den französischen Gaullisten leichter gemacht hat, ist eine offene Frage.¹⁰

Am 12. Februar 1945 begannen die Verhandlungen in Bern. Am Tage zuvor war die Konferenz von Jalta zu Ende gegangen. Es war der denkwürdige Tag, an dem die Amerikaner Jalta im Zustand höchsten Triumphes verliessen, gewiss, zusammen mit ihrem zuverlässigen Freund Josef Stalin, die Weltprobleme gelöst, eine Neuordnung für Europa gefunden und den Weg für «peace in our time» geebnet zu haben.

Das Hauptanliegen der Alliierten bestand nun darin, den Krieg möglichst bald zu beenden und die Achsenmächte, die ihnen immer noch als eine bedrohliche Macht erschienen, daran zu hindern, von Neuem zu einer Gefahr für den Weltfrieden zu werden. Da ihnen die Kohlentransporte von Deutschland nach Italien mit den schweizerischen Bahnen als ein entscheidender Grund für den hartnäckigen Widerstand, den die Deutschen mit ihren Armeen im Süden immer noch leisteten, vorkamen, war die erste in Bern gestellte Forderung, die Transporte vollkommen einzustellen. Als zweites kam die Forderung, die Führer der Achsenmächte daran zu hindern, grosse Summen nach der Schweiz zu überweisen, damit sie nicht da, versteckt als Bankguthaben und in Banktresoren, zur Unterstützung späterer krimineller Vorhaben bereitlagen. Wenn solche Schätze angesammelt worden waren – und es gab Gründe, das zu glauben – und wenn Kriegsbeute bereits in der Schweiz versteckt lag, dann war das Ganze an die Siegermächte abzuliefern und/oder an die rechtmässigen Besitzer zurückzuerstatten.

Am 8. März 1945 wurde ein Abkommen in Form eines Briefwechsels getroffen. Die Schweiz hatte sozusagen allen Begehren der Alliierten zugestimmt. Da aber die meisten alliierten Forderungen frühere, zwischen der Schweiz und den Nationalsozialisten getroffene Abkommen betrafen, galt es, grösste Zurückhaltung zu wahren. Es durfte nicht so aussehen, als ob unter dem Druck der siegreichen Mächte die alten Abmachungen gebrochen würden. Die Schweizer wollten nicht, dass

der Eindruck entstünde, als nützten sie den Sieg der einen Seite, zu dem sie ja nichts hatten beitragen können, aus, um dem Besiegten gegenüber einen Vertrauensbruch zu begehen. Sie legten deshalb Wert darauf zu beweisen, dass Deutschland seit einiger Zeit seinen Verpflichtungen nicht mehr nachgekommen war und sich die Schweiz nun als ihrer Verpflichtungen enthoben betrachten durfte.

Als Gegenleistung für alle Konzessionen wurde von den Alliierten die Seeblockade gegen die Schweiz aufgehoben. Von diesem Augenblick an durften alle Waren frei eingeführt werden, mit Ausnahme solcher, die bei den Alliierten selber knapp waren. Die Schwierigkeiten für die Transporte über Land bestanden jedoch immer noch weiter.

Die Liste der schweizerischen Zugeständnisse war lang. Der Transit von Kohle und Stahl von Deutschland nach Italien war vollständig eingestellt. Der Transit von Italien nach Deutschland war drastisch eingeschränkt, da angenommen wurde, er umfasse hauptsächlich erbeutete Güter. Die Ausfuhr von elektrischem Strom nach Deutschland wurde ganz eingestellt. Er wurde dafür nach Frankreich umgeleitet, soweit das schwer beschädigte Netz dieses Landes ihn aufnehmen konnte. Die Ausfuhr nach Deutschland sank sozusagen auf den Nullpunkt. Bezahlungen in Gold, die Deutschland zum Tilgen seiner Schulden der Schweiz anbot, mussten auf Verlangen der Alliierten zurückgewiesen werden – eine bittere Pille für den Bundesrat und für viele schweizerische Gläubiger. Ein Kredit von 250 Millionen Schwei-

zer Franken wurde Frankreich zugesichert, aus dem in der Schweiz ausgeführte Reparaturen an französischem Rollmaterial und an Lastautos bezahlt wurden. Alle deutschen Guthaben in der Schweiz wurden eingefroren, und eine Inventarliste von allen fremden Werten musste aufgestellt werden. Das Embargo über solche Werte konnte nur mit Zustimmung der Alliierten aufgehoben werden. Das Inventar durften die Schweizer selber erstellen, und jede Mitarbeit von fremden Dienststellen war dabei ausgeschlossen. Das Resultat war den Alliierten mitzuteilen. Was mit den auf diese Weise erfassten Guthaben zu geschehen hatte, sollte später beschlossen werden.

Wichtiger vielleicht als die bessere Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern, welche die Schweiz damit ausgehandelt hatte, war das neue Vertrauensverhältnis zu den Alliierten, das jetzt erzielt worden war. Dieses spiegelte sich in den Worten des Communiqués, das am Tage der Unterzeichnung des Abkommens der britischen und der amerikanischen Presse übergeben wurde. Der erste Paragraph lautete folgendermassen: «Die alliierten Mächte haben volles Verständnis für die einzigartige Lage der Schweiz als neutraler Staat, eine Lage, die sie immer respektierten.» Doch das Problem der in der Schweiz deponierten deutschen Guthaben – Gold und andere Werte – blieb noch ungelöst.¹²

In Noten vom 3. und 4. August 1945 teilten die britische, die französische und die amerikanische Regierung dem Bundesrat einen Beschluss der Konferenz von Potsdam mit, der besagte, sie erklärten sich als Eigentü-

mer aller deutschen Werte in der Schweiz und verlangten das volle Verfügungsrecht darüber. Die Schweiz antwortete, ihrer Meinung nach mangle diesem Beschluss jede rechtliche Grundlage. Am 30. Oktober 1945 verkündete das alliierte Oberkommando in seiner Order No. 5, alle deutschen Guthaben in den neutralen Ländern seien beschlagnahmt und müssten dem alliierten Kontrollrat zu Eigentum übertragen werden. Bern wurde am 11. Februar 1946 über die Order No. 5 offiziell unterrichtet, und die Schweiz eingeladen, eine Delegation nach Washington zu entsenden, um die Liquidierung und die Übergabe der Guthaben zu regeln. Es müsse verhindert werden, dass sich die Deutschen mit diesen Werten für einen neuen Krieg rüsteten; alle diese Werte sollten vielmehr für den Wiederaufbau der kriegsgeschädigten Länder verwendet werden.

Bern entsandte eine starke Delegation, wiederum unter der Leitung von Walter Stucki. Die Besprechungen begannen am 18. März 1946 in Washington. Nach einer Reihe von Vorschlägen und Gegenvorschlägen und langem Feilschen, das eines orientalischen Bazars würdig gewesen wäre, wurde eine Einigung erzielt, die König Salomon Ehre gemacht hätte: die Schweizer übernahmen es, die deutschen Guthaben selber zu liquidieren und sie mit den Alliierten halb und halb zu teilen.

Gold war zum besonderen und interessanten Problem geworden. Die Alliierten hatten sich ausgerechnet, die Schweiz besitze Goldbarren und Goldmünzen aus deutscher Kriegsbeute im Werte von einer Milliarde

Schweizer Franken. Dazu wusste man, und es wurde auch von der schweizerischen Nationalbank zugegeben, dass ein Teil der Goldreserven der belgischen Nationalbank einst, 1940 von der belgischen Regierung im Augenblick der deutschen Invasion Frankreich anvertraut, von der Regierung in Vichy unter Laval Deutschland ausgeliefert worden war und dass die schweizerische Nationalbank einen Teil dieses Goldes gekauft hatte, nachdem es in Deutschland eingeschmolzen worden war. Die Schweiz anerbote sich, Gold im Werte von 100 Millionen Schweizer Franken an die Alliierten zurückzugeben. Die Alliierten aber verlangten Gold im Wert von 560 Millionen Schweizer Franken, was ihrer Meinung nach dem Wert des von Deutschland als Beute erlangten Goldes, das dann an die Schweiz verkauft worden war, entsprach.

Am 25. Mai 1946 wurde in Washington eine Einigung erzielt. Die Schweiz verpflichtete sich, 50 Prozent der deutschen Guthaben, die in der Schweiz beschlagnahmt und inventarisiert worden waren, den Alliierten auszuliefern. Sie verpflichtete sich ebenfalls, die verbleibende Hälfte an die legalen deutschen Eigentümer zurückzuerstatten, und zwar in deutscher Währung, in Reichsmark. Gold im Werte von 250 Millionen Schweizer Franken wurde in New York den Alliierten ausgehändigt. Jeder weitere Anspruch auf in der Schweiz liegendes Gold wurde auf Grund dieser Vereinbarung hinfällig. Die Vereinigten Staaten von Amerika versprachen, alle schweizerischen Guthaben, die in ihrem Lande gesperrt worden waren, freizugeben. Die Alliierten er-

klärten im gleichen Augenblick alle Schwarzen Listen, welche die Schweiz betrafen, als aufgehoben.¹³

Gegenseitiges Vertrauen und gegenseitige Achtung waren bis zu einem gewissen Grade wiederhergestellt, und Bern konnte mit der Lösung dieser schwierigen Probleme zufrieden sein – trotz heftiger Kritik in der Schweizer Presse. Viele Leute hatten bereits vergessen, dass die Alliierten durch Ausübung genügend starken Druckes – hätte es ihnen so gepasst – die Schweiz zu einer viel demütigenderen Vereinbarung hätten zwingen können.

Kapitel 7

Spione in der Festung

Internationales Spionagezentrum

Es war sowohl dem Eidgenössischen Justizdepartement und der Polizei als auch dem Generalstab sehr wohl bekannt, dass ausländische Regierungen ihre Spionageorgane in der Schweiz unterhielten. Viele von ihnen waren in der Zeit des spanischen Bürgerkriegs aufgebaut worden. Ihre Aufgabe bestand hauptsächlich darin, militärische, politische und technische Informationen über die Nachbarstaaten der Schweiz zusammenzutragen. Dieses Land war für solche Aktivitäten ideal gelegen, im Zentrum Europas, mit guten Eisenbahnen und Postverbindungen, dem ständigen Kommen und Gehen von ausländischen Besuchern, der dreisprachigen Bevölkerung und, im Grossen und Ganzen gesehen, wegen der freien und ungezwungenen Lebensweise und der entspannten Haltung seiner Regierung.

So paradox es scheinen mag, begünstigte am Anfang des Zweiten Weltkriegs eine der Schweiz durch Deutschland aufgezwungene Massnahme, die ganz andere Ziele verfolgte, das verborgene Wirken der in Bern hausenden Agenten: die am 6. November 1940 verordnete Verdunkelung. Es war nun ein Kinderspiel, sich insgeheim zu treffen, Besuche zu empfangen und ge-

heime Dokumente zu übermitteln, manchmal im Schutze der doppelt dunklen Arkaden, der Lauben, welche die Strassen der Berner Altstadt säumen.

Die Kommandoposten für die Spionage befanden sich hauptsächlich in den ausländischen Gesandtschaften in Bern und in einigen strategisch günstig und in Grenz-nähe gelegenen Konsulaten in Städten wie Basel, Genf, Lugano, St. Gallen und Zürich. Da die Zentren dieser Netze unter diplomatischem Schutz standen, waren sie vor einer Beobachtung und vor Eingreifen seitens der Schweiz ziemlich sicher, und die Behörden zeigten wenig Interesse für sie, da ihre Tätigkeit nicht gegen die Schweiz, sondern eher gegen fremde Nationen gerichtet war.

Die Lage änderte sich jedoch drastisch, als nach und nach die Schweiz selbst und ihre Abwehrvorbereitungen auf die Liste der Ziele der Geheimdienste kamen. Die Zentren der Netze wurden nun genauer überwacht. Besonders als Agenten, die vorher in anderen Ländern aktiv gewesen waren, in Bern auftauchten, war es ein leichtes, die Art ihrer Mission zu erraten.

Der von der Schweiz aus betriebene militärische Nachrichtendienst für fremde Mächte war und ist natürlich gesetzlich verboten. Er ist strafbar unter Art. 301 des Strafgesetzbuchs. Als die schweizerische Gegenspionage – die im Laufe des Zweiten Weltkriegs in ihren Bemühungen, das Land zu beschützen, sehr erfolgreich war – den Machenschaften des in der Schweiz gegen fremde Mächte arbeitenden Spionagedienstes auf die Spur kam, griff sie ein. Etwa 1'400 Leute wurden festge-

nommen, die unter dem Verdacht standen, in solche Tätigkeiten verwickelt zu sein. 245 von ihnen waren Schweizer, 100 waren Deutsche und der grosse Rest kam aus anderen Ländern. Etwa 40 wurden von Zivilgerichten abgeurteilt.¹

Zu jener Zeit war die deutsche Gesandtschaft in Bern für den Spionagedienst besonders gut ausgerüstet. Nicht weniger als drei parallel operierende Organisationen sammelten in Bern Nachrichten – die Wehrmacht, die Gestapo und die NSDAP. Sie rivalisierten miteinander in echt deutscher Weise und behinderten sich gegenseitig. Unter den in Bern arbeitenden und als diplomatische oder Konsularbeamte verkleideten Spionen befanden sich hohe Offiziere; manche gehörten zum Stab von Admiral Canaris. Besonders als Hitler nach dem Zusammenbruch Frankreichs seine kriegerischen Bemühungen gegen Grossbritannien und andere überseeische Länder richtete, erschienen in der Schweiz Spezialisten, die vorher in Skandinavien und in Frankreich gewirkt hatten. Mit dem Fortschreiten der Zeit konzentrierte sich jedoch die Arbeit dieser vielfältigen Organisationen immer mehr auf die Schweiz, die nun das eigentliche Objekt der Spionage wurde.

Die amerikanische Gesandtschaft in Bern war während der letzten Monate des Ersten Weltkriegs ein wichtiges Zentrum des Nachrichtendienstes gewesen. Allen W. Dulles, damals ein junger Diplomat, gehörte zu dieser Nachrichtenzentrale und erhielt zu jener Zeit die erste Ausbildung in seiner Spezialität. Als die Vereinigten Staaten Ende 1941 in den Zweiten Weltkrieg hineinge-

zogen wurden, erschien mit dem letzten Zug, den ein amerikanischer Diplomat durch das unbesetzte Frankreich noch benützen konnte, der gleiche Dulles in Bern. Seine besondere Aufgabe bestand darin – wie sich später herausstellte-, eventuelle Widerstandsbewegungen bei den Achsenmächten zu beobachten und, wenn möglich, zu ermutigen. Er stand in enger Beziehung zu den Männern des 20. Juli, half den Kontakt zwischen ihnen und der Aussenwelt zu ermöglichen und erhielt dafür von ihnen wichtige Informationen über die Lage Deutschlands und über militärische Pläne.²

Die Partisanen in Norditalien und die französische Résistance, die natürlich unendlich viel aktiver waren in ihrer Bekämpfung Hitlers und seiner Partei als die Deutschen selber, auch wenn sie sich zum «Widerstand» rechneten, erhielten entscheidende Ermutigung durch Agenten, die mit der amerikanischen Gesandtschaft in Verbindung standen. Das französische Maquis, welches in der Berggegend südlich des Genfer Sees kämpfte, konnte durch Vermittlung der Agenten der amerikanischen Gesandtschaft in Bern mit Stellen in Verbindung treten, die es mit Waffen und Lebensmitteln versorgten. Die Beziehungen zu den Partisanen in Norditalien waren besonders eng. Diese Verbindungen ermöglichten auch Kriegsgefangenen aus Italien und Deutschland die Flucht nach der Schweiz. Von hier aus wurde ihnen durch Frankreich und Spanien oder Portugal weitergeholfen. Der amerikanische Generalkonsul in Zürich, Sam Wood, war besonders erfolgreich, wenn es galt, internierten Militärpersonen die

Flucht aus der Schweiz und durch Frankreich nach Spanien zu ermöglichen.

Dank den in Bern zusammenlaufenden Verbindungen zu den Widerstandskämpfern erhielt auch die Schweiz oft wichtige Informationen. Eine dieser Meldungen, die in Berlin durch regimiefeindliche Offiziere weitergegeben wurde, bestätigte, dass der deutsche Agent «Cicero» Zugang zum Tresor der britischen Botschaft in Ankara hatte und regelmässig Fotoaufnahmen von darin befindlichen Dokumenten machte und dass er die Mikrofilme an die deutsche Botschaft verkaufte. Eine andere, unschätzbar wichtige Entdeckung verdankte man dem privaten Nachrichtendienst, dessen Leiter der Schweizer Sozialdemokrat Otto Pünter war, dass in Peenemünde an der Ostsee Hitlers geheime Waffen, die V 1 und V 2, erprobt und entwickelt wurden.³

Die Amerikaner konnten ihre Information durch Kanäle weiterleiten, die nur der Schweiz als nicht kriegsführendem Land offenstanden; darunter befand sich das transatlantische Telefon. Die Post in Bern baute zur grossen Genugtuung Allen Dulles' eine geheime Vorrichtung in die Linie ein, welche das Gesprochene so entstellte, dass niemand die Botschaften auf dem Weg zum Empfänger verstehen konnte.

Die japanische Gesandtschaft und ihr Nachrichtendienst waren besonders interessant. Man wusste, dass zwei sich konkurrierende Zweige des Nachrichtendienstes tätig waren, der eine von der Landarmee, der andere von der Flotte unterhalten. Während sich die Armeegruppe mit der japanischen Kriegspartei identi-

fizierte, in engem Kontakt mit den Deutschen stand und mit ihnen Nachrichten austauschte, strebten die Anhänger der Marine nach den ersten im Pazifischen Ozean erlittenen Niederlagen einen Sonderfrieden mit den Vereinigten Staaten an. Die Marineleute gaben der Schweiz, die sie auf ihrer Seite wussten, wichtige Informationen. Keine der beiden Gruppen interessierte sich indessen wirklich für die Schweiz, doch benützten beide die diplomatischen und andere Beziehungen, die sich in Bern mit Leichtigkeit herstellen liessen und die ihnen halfen, die Isolierung, in welche Japan gestürzt war, zu überwinden. Als am 14. August 1945 die Nachricht von der japanischen Kapitulation bekannt wurde, beging der Leiter des militärischen Nachrichtendienstes in der Gesandtschaft Selbstmord. Die der Marine nahestehenden Leute dagegen wurden von den Amerikanern zuvorkommend behandelt.

Ein besonders erfolgreicher Vermittler von Nachrichten, der für eine fremde Macht gegen andere fremde Mächte während fast des ganzen Zweiten Weltkriegs arbeitete, befand sich ausserhalb der diplomatischen Sphäre und auch ausserhalb von Bern. Unter dem Aushängeschild eines katholischen Verlags in Luzern sammelte Rudolf Roessler, ein unscheinbarer Intellektueller, auf breiter Basis Nachrichten. Roessler, aus Bayern stammend, der während des Ersten Weltkriegs als Offizier in der deutschen Armee gedient hatte und der 1934 als politischer Flüchtling in die Schweiz gekommen war, besass enge persönliche Beziehungen zu früheren Kriegskameraden. Einige von ihnen waren im

Dritten Reich zu hohen Stellungen in der militärischen Hierarchie aufgestiegen. Roessler benützte sie – anfänglich um Informationen zu sammeln, die er für seine journalistische Tätigkeit benötigte.

Nach und nach wurde Roessler eine Quelle der Nachrichtenbeschaffung, die hauptsächlich der Sowjetunion zugute kam. Als «Lucy» (Roesslers Code-Name) verfügte er stets über Informationen, die sich als genau erwiesen und oft von grosser Wichtigkeit waren. Sie wurden durch den ungarischen Radiooperateur Sandor Rado, der auch eine eigene Spionageorganisation betrieb, nach Moskau weitergeleitet und gelangten auch zu der Stelle NSi des schweizerischen militärischen Nachrichtendienstes. Rado betrieb drei Geheimsender, einen in Lausanne und zwei in Genf. Manche glauben, Rado sei ein Doppelagent gewesen. Gewiss arbeitete er aber für das von der deutschen Polizei mit dem Namen «Rote Kapelle» belegte Nachrichtennetz. Als die drei Sender im März 1943 entdeckt wurden, beschlagnahmte sie die Polizei und verhaftete die Operateure. Rado gelang es, sich im Hause eines Kommunisten in Genf zu verstecken. Am 19. Mai 1944 wurde «Lucy» ebenfalls festgenommen aber bald wieder freigelassen. Der schweizerische militärische Nachrichtendienst war gar nicht glücklich über diese von der Bundespolizei vorgenommenen Verhaftungen, da dadurch eine wichtige Quelle der Information versiegt.⁴

Nach dem Krieg fanden vor Militärgerichten Strafprozesse wegen unerlaubten Nachrichtendienstes gegen verschiedene Mitglieder dieser Spionagenetze statt.

Rudolf Roessler wurde freigesprochen, weil er der Schweiz wichtige gute Dienste geleistet hatte. Roessler ist aber noch heute eine mysteriöse Gestalt. Die Berichte über ihn sind voller Widersprüche. Vor allem ist umstritten, woher er sein ausserordentliches Wissen bezog.

In dem offiziellen Bericht, den der Chef des Schweizerischen Generalstabs am Ende des Krieges veröffentlichte, unterstrich er den Punkt, dass sich die vielen Spionagezentren, die für die Alliierten arbeiteten, fast ausschliesslich mit ihren eigenen Kriegsgegnern beschäftigten und nur am Rande mit schweizerischen Militärgheimnissen. Anders lagen die Dinge, wenn es um schweizerische kommerzielle und industrielle Geheimnisse ging, die zuoberst auf der Liste der in Bern wirkenden Geheimdienste standen, da diese Informationen direkt mit der Durchsetzung der von den Alliierten verhängten Blockade zusammenhingen.

Spione im Dienste der Schweiz

Während der Jahre 1918 bis 1936 war der militärische Nachrichtendienst vom Generalstab in Bern in einer Weise vernachlässigt worden, die schwer zu begreifen ist. Dies lässt sich nur mit der Kleinheit des Stabes erklären und mit der traditionellen Einstellung zu seiner Tätigkeit, die sich darauf beschränkte, die Armee zu verwalten und auszubilden. Ein einziger Generalstabsoffizier war mit dem Nachrichtendienst betraut, dem ein

ständiger Assistent zur Seite stand und zeitweise, für besondere Untersuchungen, ein weiterer Offizier. Als die militärische Spannung in Europa wuchs, wurde die Stelle nach und nach ausgebaut; am 1. September 1939 hatte sich die Zahl der darin arbeitenden Offiziere auf zehn erhöht, ohne die drei Militärattachés, die in Paris, Rom und Berlin stationiert waren, mit einzurechnen. Zu jener Zeit zeigte die Regierung in Bern kein Interesse für angelsächsische Länder – kaum einer der zivilen und militärischen Funktionäre war fähig, englisch zu lesen, geschweige zu sprechen.

Während des Krieges zählte der Nachrichtendienst 120 Mitglieder, plus eine auch heute noch unbekannte Zahl von Geheimagenten. Das Ganze wurde von Oberst (später Brigadier) Roger Masson geleitet. Seine Hauptaufgabe bestand selbstverständlich darin, das schweizerische Oberkommando über die fremden Armeen auf dem Laufenden zu halten, und zwar besonders über jene der Nachbarstaaten. Vor allem galt es, auf einem Streifen von 300 Kilometern Breite rings um das Land herum – die kritische Zone – alle militärischen Bewegungen zu überwachen. Wir wissen heute, dass dieses ganze Gebiet bis ins kleinste Detail und mit ausserordentlicher Sorgfalt beobachtet wurde.

Betrachten wir den Fall irgendeines neutralen Landes, das nicht ins Kriegsgeschehen hineingezogen und nicht überfallen worden war. Für ein solches Land überwiegt eine Frage alle anderen Fragen: Wird es einen Überfall geben – und wenn ja, von welcher Seite und wann? Um diese Frage beantworten zu können, musste der schwei-

zerische Sicherheitsdienst ganz aussergewöhnliche Wege finden, die ihn beinah befähigten, die Gedanken der fremden Machthaber zu lesen. Spione hatten in deren nächste Nähe und Umgebung einzudringen. In den Ländern der Achsenmächte war es dank dem Bestehen andersdenkender Gruppen leichter, Informationen zu erhalten, umso mehr als es sogar an hohen Stellen solche Gruppen gab, die Einblick in die engsten Kreise der Machthaber hatten. Eine Linie unter dem Code-Wort «Wiking» führte zum Beispiel direkt in die oberste Heeresleitung der Deutschen und übermittelte dem schweizerischen Oberkommando beinah sofortige zuverlässige Informationen. Eine Nachrichtenlinie führte zu einem Offizier im Übermittlungszentrum des Führerhauptquartiers; gegen Ende des Krieges wurde leider diese einzigartige Linie durch einen Fehler des Leiters des schweizerischen Nachrichtendienstes selbst, Brigadier Masson, unterbrochen.

Vor dem Krieg hatte Hans Hausamann, ein Schweizer Geschäftsmann und Patriot, ein privates Informationszentrum gegründet. Sein ursprüngliches Ziel bestand darin, den Machenschaften der Sozialdemokratischen Partei entgegenzutreten, die das schweizerische Wehrwesen zu untergraben suchte und die, wie es sich nachher herausstellte, einen grossen Teil der Schuld an den Unzulänglichkeiten in der Bereitschaft und Bewaffnung der Armee bei Ausbruch des Krieges trug. Anfang 1936 begannen die Sozialdemokraten ihre ablehnende Einstellung gegen jede Art von wirkungsvoller Landesverteidigung zu ändern und gaben ihren eigensinni-

gen Widerstand auf. Sie fingen an zu begreifen, wie sehr sie selber des bewaffneten Schutzes bedurften und dass ihn nur eine starke Armee gewähren konnte. Und sie entdeckten ihre patriotische Seele.

Das Büro Hausamann begann sich nun darauf zu konzentrieren, auf die Gefahren hinzuweisen, die das nationalsozialistische Deutschland für seine Nachbarn bedeutete. Hausamann entwickelte sogar eine fruchtbare Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei. Seine weitverzweigten Geschäftsverbindungen mit der deutschen und osteuropäischen Industrie halfen ihm, höchst wertvolle Informationen über die Absichten und militärischen Vorbereitungen Deutschlands zu sammeln. Nach und nach entwickelte sich seine Organisation zu einer Nachrichtenzentrale, die zur Zeit der Mobilmachung 1939 dem Netz des Nachrichtendienstes der Armee einverleibt wurde, als eine spezielle Arbeitsgruppe unter dem Namen «Büro Ha». Ihr Sitz kam von Teufen, einem Flecken im Nordosten des Landes, nach Luzern, das sich nun zum wichtigsten Zentrum des Nachrichtendienstes entwickelte.

Eine besondere Zweigstelle des militärischen Nachrichtendienstes befand sich in Luzern und war Hauptmann Max Waibel unterstellt, der später Divisionär werden sollte. Die Aufgabe dieser Einheit – als NS 1 bezeichnet – bestand darin, alle nur möglichen Informationen über die Achsenmächte zusammenzutragen. Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs war Waibel an die deutsche Kriegsakademie abkommandiert gewesen. Er verfügte darum über gute persönliche Beziehungen

zu deutschen Offizieren und war besonders gut informiert. Ihm gelang es, die mit dem Code-Wort «Wiking» bezeichnete Nachrichtenlinie zu schaffen und während langer Zeit auszubeuten. Noch wichtiger war hingegen, dass Waibel den Charakter der führenden deutschen Persönlichkeiten kannte und richtig interpretierte und darum auch das Wesen der deutschen Gefahr voll zu ermessen vermochte. Die enge Zusammenarbeit zwischen dem Büro Ha, dem NSi der Armee und «privaten» Nachrichtenorganisationen wie Roesslers «Lucy» und derjenigen des ausserordentlich wirkungsvoll arbeitenden Otto Pünter erwies sich als sehr ergiebig.

Man kann ruhig behaupten, den Schweizern seien sogar geheimste Vorgänge in Deutschland bekannt gewesen. Die Gegenmassnahmen der Armeeführung stellten jeweils ein klares Spiegelbild der wachsenden oder sich vermindernden Gefahren dar. Allerdings führte dieses genaue Wissen mindestens dreimal zu übertriebenen Befürchtungen. In diesen Fällen warnte der Nachrichtendienst vor einer drohenden Gefahr, die in jenem Zeitpunkt gar nicht existierte oder jedenfalls nicht in dem gemeldeten Ausmass.

Seit Kriegsbeginn hatten die Deutschen durch Truppenansammlungen am südlichen Ende ihrer Front, nahe der Schweizer Grenze, stets dafür gesorgt, dass das französische Oberkommando mit der Möglichkeit eines Angriffs, der von den Deutschen unter Verletzung der schweizerischen Neutralität geführt würde, rechnen mussten. Das erklärt auch das grosse Interesse fran-

zösischer Stellen für vorsorglich mit der Schweiz besprochene Abwehrmassnahmen.

Ein erster Alarm war ausgelöst worden, als nach dem gescheiterten Bombenattentat vom 8. November 1939 gegen Hitler im Bürgerbräukeller zu München Verbindungen des Attentäters Georg Elser mit der Schweiz genannt wurden. Die Alarmstimmung verflog aber bald.

In den Tagen, die dem 15. Mai 1940 vorangingen, wurden vermehrte deutsche Truppenbewegungen und auch Transporte von Brückenmaterial nördlich des Rheins gesichtet und rasch gemeldet. Verstärkter Funkverkehr der deutschen Truppen wies ebenfalls auf Angriffsvorbereitungen hin. Später stellte sich heraus, dass diese Bewegungen Teil des schon seit Langem im Gange befindlichen Täuschungsmanövers gewesen waren. Es erwies sich als wirksam, indem es sowohl den französischen wie den schweizerischen Nachrichtendienst irrezuleiten vermochte.

Die Schweizer sollten an einen unmittelbar bevorstehenden Überfall glauben; das französische Oberkommando aber sollte indirekt daran gehindert werden, seine nahe der Schweizer Grenze stehenden Divisionen nordwärts zu verschieben, wo sie nötig gewesen wären, um die Front, die schon unter dem Angriff zu wanken begann, zu verstärken. Bei einer etwas umsichtigeren Beurteilung der Lage hätte man vielleicht festgestellt, dass die bedrohlichen Vorbereitungen viel zu auffällig ausgeführt wurden. Die Deutschen, hätten sie wirklich einen Angriff geplant, wären gewiss heimlicher vorgegangen.⁵

Der falsche Alarm, der am 19. März 1943 von München ausgegangen war, wurde bereits im 4. Kapitel erwähnt.

Anfang 1945 erhielt der Nachrichtendienst durch seine Agenten Meldungen über gewaltige Anstrengungen der Deutschen, in den bayrischen und österreichischen Alpen nahe der Schweizer Grenze ein Alpenréduit zu errichten, in dem sich Hitler angeblich bis zum Ende verteidigen wollte. Diese Meldungen waren falsch. Sie waren von den Deutschen ausgestreut worden und erreichten auch die Schweizer Presse. Ob ein solcher Plan wirklich bestanden hatte und mangels Truppen und Waffen nicht zustande gekommen war oder ob es sich nur um eine letzte Kriegslist handelte, lässt sich nicht mehr mit Sicherheit feststellen.

Die Deutschen hegten immer den Verdacht, der schweizerische militärische Nachrichtendienst gebe Geheimnisse, die seine Agenten bei den Achsenmächten ausgekundschaftet hatten, an die Alliierten weiter. Sie wurden in diesem Verdacht durch die Tatsache bestärkt, dass Masson ihnen manchmal ganz inoffiziell und nebenbei Geheimnisse preisgab, die er von den Alliierten erhalten hatte. Waren sie im Austausch gegen Informationen über Deutschland erlangt worden? – das vermuteten die Deutschen. Sie machten alle Anstrengungen, um eine Bestätigung ihres Verdachtes zu erlangen. Dieser Verdacht stützte sich auch noch auf die Überzeugung Berlins, General Guisan sei ein Freund der Alliierten und ein Feind der Achsenmächte. Das war er allerdings, doch hinderte es ihn nicht daran, sich sei-

ner Pflichten als Oberkommandierender eines neutralen Landes voll bewusst zu sein.

Eine ähnlich formlose Art des Nachrichtenaustausches zwischen dem schweizerischen Nachrichtendienst und Vertretern der Spionage der Alliierten fand nicht statt. Es sei denn, man denke an Berichte, die das Büro Rudolf Roesslers in Luzern durch Vermittlung von Büro Ha und NSi erhalten haben dürfte, die dann durch Sándor Rado nach Moskau gesandt wurden.

Die Beziehung, welche die Deutschen durch Vermittlung von SS-Obergruppenführer Schellenberg zu Masson und über ihn zum schweizerischen militärischen Nachrichtendienst hergestellt hatten, sollte vor allem dazu dienen, das Geheimnis zu lüften, ob in Bern Nachrichten an die Alliierten weitergegeben wurden – ja oder nein. Diese Beziehung muss, wenigstens von deutscher Seite aus gesehen, eng gewesen sein, da Masson und seine nächsten Mitarbeiter bei den Deutschen – was immerhin auf häufige Fühlungen hinweist – unter den Code-Namen «Senner 1», «Senner 2» usw. figurierten.⁶ Massons besondere Haltung, die er auch nachhaltig zu rechtfertigen suchte, gehörte, so seltsam sie uns heute erscheinen mag, zu seiner Politik, Berlin zu besänftigen. Die Deutschen haben jedoch nie gefunden, wonach sie suchten. Wir wissen, dass zwischen fremden Agenten und den Schweizer Offizieren des Nachrichtendienstes, deren Pflicht es war, auch im trüben Wasser zu fischen, wenn es das nationale Interesse verlangte, persönliche Beziehungen bestanden. Das hiess, dass sie hin und wieder, im Austausch, kleine Münsterchen von

Informationen den Informanten zukommen liessen, die für diese von Interesse waren. Offizielle oder systematische Übermittlungen von Berichten an fremde Länder, wie sie während des Ersten Weltkriegs üblich waren – sogar offiziell und an hohen Stellen – und die an Verrat grenzten, kamen jedoch nicht vor.

Die bunten Geschichten, wie sie in der umfangreichen Literatur über die Schweiz und ihre Abenteuer im Zweiten Weltkrieg blühen, gehen sogar so weit zu behaupten, dass Nachrichten aus schweizerischer Quelle am Sieg der Alliierten mitbeteiligt gewesen seien. Solche Behauptungen sind Phantasiegebilde und zum Teil Fälschungen, mit denen sich die Erfinder interessant machen wollten.

Zu Tisch mit den Schnüfflern

Wir haben bereits erwähnt, dass der Leiter des militärischen Nachrichtendienstes, Brigadier Roger Masson, über die Grenze hinweg den persönlichen Kontakt mit SS-General Walter Schellenberg pflegte. Schellenberg leitete in Heinrich Himmlers Sicherheitsdienst (SD) die Spionagetätigkeiten in einem Sektor, zu dem auch die Schweiz gehörte. Masson war klug genug um zu wissen, dass ihm dieser Kontakt mit der höchsten Stelle keine Informationen über Deutschland vermitteln konnte. Militärischer Nachrichtendienst musste auf einem tieferen Niveau betrieben werden. Aber er schenkte Schellenbergs Behauptung Glauben, er habe

Zutritt zu den höchsten Stellen und werde oft in Hitlers Hauptquartier gerufen. Masson hoffte, Schellenbergs vermeintlichen Einfluss auf hoher Ebene für die Schweiz nutzbar zu machen, sollte die Schweiz einmal wieder in eine besonders gefährliche Lage kommen.

Er hoffte ferner, von Schellenberg einmal zu erfahren, wohin die Dokumente über die schweizerisch-französischen Besprechungen, die 1940 in La Charité-sur-Loire von den Deutschen erbeutet worden waren, wirklich gekommen seien. Sein Wunsch war es, sie auf irgendeine Weise unschädlich zu machen.

Am 8. September 1942 traf Masson mit Schellenberg in Waldshut, auf dem deutschen Ufer des Rheins, zusammen und kehrte mit erstaunlichen Ergebnissen zurück. Er hatte die Freilassung eines in Deutschland festgenommenen schweizerischen Nachrichtenoffiziers erreicht, ferner die Rücksendung einer Nichte von General de Gaulle über die Schweiz nach Frankreich und ebenso die der Familie des französischen Generals Henri Giraud. Masson hatte sozusagen nichts gegeben im Austausch für diese wichtigen Konzessionen – es wäre denn, man würde eine heftige Kritik an der Schweizer Presse, die er vortrug und die bestimmt Schellenberg willkommen war, eine Konzession nennen. Vom 16. bis 18. Oktober traf sich Masson wieder mit Schellenberg, dieses Mal auf einem Landgut in der Schweiz, das Hauptmann Paul Meyer-Schwertenbach, einem Offizier von Masson, gehörte. Bei diesem zweiten Treffen legte Masson das Schwergewicht auf den Versuch, das Misstrauen Deutschlands gegen die Neutralität der

Schweiz zu zerstreuen. Ob ihm das geglückt war, wissen wir nicht.

Was erhoffte der deutsche Superspion von diesen heimlichen Treffen? Bestimmt verfolgte er zwei verschiedene Ziele. Erstens wollte er herausfinden, ob der schweizerische militärische Nachrichtendienst mit den alliierten Spionagediensten zusammenarbeitete, wie es die SS vermutete. Zweitens hoffte er etwas über die disidenten Offiziere in den engsten Kreisen des deutschen Oberkommandos zu erfahren, die im Verdacht standen, Informationen nach der Schweiz durchsickern zu lassen. Schellenberg, ein angenehmer, gutaussehender Mann, von tadellosem Benehmen und witzig, war überzeugt, Massons Vertrauen gewinnen zu können.

Einmal soweit, hoffte er wohl von seinem Gegenspieler, er möchte ein Wort entschlüpfen lassen, das ihm die Information gab, die er so dringend wünschte. Diese Erwartungen kamen jedenfalls in seinen Aussagen im Kriegsverbrecherprozess in Nürnberg deutlich zum Ausdruck.

Es ist wahrscheinlich, wenn auch nicht bewiesen, dass Schellenberg viel ehrgeizigere Pläne hegte. Es wäre sonst schwierig, sich die Risiken und den Zeitverlust zu erklären, die er auf sich nahm, um die Kontakte mit den Schweizern zu pflegen. Wahrscheinlich war es sein Traum, eine Verbindung zu den Alliierten zu öffnen – via Allen Dulles in der Schweiz –, die es möglich gemacht hätte, die Alliierten im Krieg gegen die Sowjetunion auf die Seite Deutschlands zu bringen. Und schliesslich wollte er wohl erkunden, so wie es viele

Deutsche taten, als sie sahen, dass die Sache, der sie dienten, verloren war, an welchen sicheren Ort er sich nach Kriegsende absetzen könnte.

Ermutigt durch die Treffen mit Masson und sicher, den gewünschten Eindruck auf ihn gemacht zu haben, erdreistete sich der SS-Obergruppenführer zu einem kühnen Vorschlag, dem Masson voll zustimmte: er wollte General Guisan persönlich treffen. Der General willigte in diese eher aussergewöhnliche Bitte ein, ohne den Bundesrat oder auch nur seinen Generalstabschef davon zu unterrichten. In seinem offiziellen Bericht nach dem Krieg erklärte er seine Motive folgendermassen: «Ich wollte keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, die sich mir bot, um in unserem nördlichen Nachbarn die Gewissheit zu stärken, die offenbar zu wünschen übrigliess, dass unsere Armee ihre Aufgabe erfüllen und gegen jeden kämpfen werde, der unsere Neutralität verletzen sollte.»⁷

Guisan fühlte sich ermächtigt, diesen Schritt ohne vorangehende Konsultation zu tun, da er seinem deutschen Gast nur das sagen wollte, was er wiederholt öffentlich erklärt und vor Kurzem erst in einem Interview für die schwedische Presse bestätigt hatte. Das tönt überzeugend, doch besteht kein Zweifel, dass der General noch einen anderen Grund hatte, über den er sich ausschwie: seine ständige Sorge um die Dokumente von La Charité, die sich in der Hand der Deutschen befanden. Das Trauma der 1939 mit Frankreich getroffenen Vereinbarungen lebte weiter. Es war ein Grund für Guisans Bereitwilligkeit, mit dem deutschen Oberspion zusam-

menzutreffen, ein Treffen, das – um es milde auszudrücken – höchst ungewöhnlich war.

Wenn möglich noch ungewöhnlicher war der Ort, an dem sich das Treffen abspielte, und die dafür gewählte Form. Man traf sich in der Nähe des Hauptquartiers des Generals, in einem Landgasthof, dem «Bären» in Biglen, der auch in diesen Kriegszeiten für sein üppiges Essen berühmt war. Schellenberg und sein Begleiter, SS-Hauptmann Hans Eggen, wurden vom Inspektor (Chef) der Stadtpolizei Zürich und einem Schwarm Geheimpolizisten nach Biglen gebracht.

General Guisan – von Brigadier Masson, Hauptmann Meyer-Schwertenbach und dem Chef der Zürcher Polizei umgeben – sass mit Schellenberg und Hauptmann Eggen in einem Separatzimmer des Gasthofes um den Tisch. Die Serviertöchter gingen ein und aus, der Besitzer kam und bewillkommnete die Gäste freundlich, und die abendlichen Gäste der Wirtschaft, erregt über die Gegenwart «des Generals», versuchten durch die halb offene Tür einen Blick in das Zimmer zu werfen, wo die Herren tafelten. Das Gespräch während der ländlich kräftigen Mahlzeit war freundlich und höflich.

Nur einmal erhob General Guisan seine Stimme etwas lauter, als er Schellenberg erklärte, dass die Schweiz gegen jeden Angreifer kämpfen werde und dass die Bahnlinien durch die Alpen bei einem deutschen Überfall sofort zerstört würden.

Nach dem Essen setzte jeder seine Unterschrift in das goldene Buch des Gasthofes (die Seite wurde später vom Nachrichtendienst herausgeschnitten), und Schel-

lenberg und Eggen wurden nach Bern geführt. Dort wurden sie am auffallendsten Ort, den man sich überhaupt ausdenken konnte, untergebracht, im Hotel Bellevue Palace, dem Mekka aller Spione aus der ganzen Welt.

Es ist deshalb nicht überraschend, dass der Bundesrat, einige Parlamentsmitglieder und die amerikanische und die deutsche Gesandtschaft von dem Treffen sehr bald Wind bekamen. Der Aussenminister und der Verteidigungsminister, die Bundesräte Marcel Pilet-Golaz und Karl Kobelt, fühlten sich tief verletzt durch das Vorgehen des Generals, der sie nicht vorher über sein Vorhaben konsultiert und orientiert hatte. Einige Politiker versuchten, die Wichtigkeit des Treffens aufzubauschen und daraus eine «Affäre», die sich gegen den General und gegen die Armee auswirken würde, zu machen.

Guisan, in seiner ruhigen und unbekümmerten Art, wischte das alles beiseite mit der Erklärung, er habe nur seine Pflicht getan, indem er die längst bekannten Prinzipien der schweizerischen Politik und Neutralität wiederholt und bekräftigt habe.

Das Ungewohnte, so wie es in historischer Perspektive erscheint, war die Tatsache, dass der Oberkommandierende der Armee sich mit Spionen an ein und denselben Tisch gesetzt hatte und dass sich das Treffen ohne jede Bemühung um Geheimhaltung abgespielt hatte. Dieser Verzicht auf Verschleierungsmassnahmen erscheint dem heutigen Betrachter als ein wahrscheinlich von Guisan geplantes Manöver.⁸

Spione gegen die Schweiz

Die etwas lässige Haltung der Schweizer gegenüber dem Nachrichtendienst fremder Agenten auf Schweizer Boden überlebte die dreissiger Jahre nicht. Eine neue Lage entstand 1938, als unmissverständlich klar wurde, dass Deutschland bereits ein ganzes Netz von Spionage und Unterwühlung über die Schweiz geworfen hatte, ähnlich demjenigen, das plötzlich über dem unglücklichen Österreich zusammengezogen wurde und seine Unabhängigkeit vernichtete.

Die deutschen Agenten hatten den Auftrag, sich Nachrichten über alle Einzelheiten der militärischen Bereitschaft der Schweiz zu verschaffen. Auch die politische Szene wurde genauestens überwacht, mit dem Ziel, die schwachen Stellen auszukundschaften und Wege zu finden, den Widerstandswillen der Schweiz, die Entschlossenheit, sich gegen jeden fremden Angriff zur Wehr zu setzen, zu untergraben. Pläne für Sabotageakte waren vorbereitet.

Im Sommer 1938 alarmierte der Generalstab der Armee die Polizei (die nicht zentralisiert ist, sondern den Regierungen der einzelnen Kantone untersteht) und wies auf die grosse Gefahr hin, in der man schwebte. Gleichzeitig begann er mit der Organisation einer militärischen Spionageabwehr (SPAB). Bezeichnend für jene Zeit glaubte man naiverweise, es genüge, die Ausländer, die nahe der Grenzen oder der militärisch wichtigen Punkte wohnten, zu überwachen. Erst nach und nach fing es beim Spionagedienst zu dämmern an, dass

auch Schweizer Bürger für einen ausländischen Nachrichtendienst arbeiten könnten. Die Meinung, dass ein Mann, der die Landessprache spricht, nichts Böses im Schilde führen kann, sitzt tief im Herzen des Schweizer. Bis zum Kriegsende zum Beispiel glaubten höchste Bundesbeamte, der deutsche Gesandte in Bern, der als Leiter der Mission alle Fäden der Machenschaften gegen die Sicherheit der Schweiz in Händen hielt, sei ein treuer Freund – weil er den Basler Dialekt sprach.

Wie wir bereits gesehen haben, bildeten Schweizer, die Mitglieder der prodeutschen oder pronationalsozialistischen Parteien und Gruppen waren, welche nach 1933 zu spriessen begannen, das Hauptreservoir für Spione und Verräter.

Der Nachrichtendienst der deutschen Wehrmacht unterhielt ein Zentrum in Stuttgart, von dem aus die Spionageoperationen gegen die Schweiz geleitet wurden. In derselben Stadt befand sich das «Panoramaheim», eine Stelle, wo Schweizer Verräter empfangen, gefüttert und – in besonderen Instruktionkursen – für den Nachrichtendienst, für Sabotage und Terrorismus geschult wurden. Das unbemerkte Weitergeben von Dokumenten, das Schreiben mit unsichtbarer Tinte, die Kunst gefälschte Pässe und Identitätskarten zu verfertigen und zu gebrauchen, Höllenmaschinen herzustellen – all dies waren wichtige Punkte im Ausbildungsprogramm.

Die Stellen, die Weisungen an die Spione erteilten und ihre Nachrichten in Empfang nahmen, waren Konsulate und Agenturen in der Nähe der Grenzen. Eines der

gefährlichsten Zentren befand sich in einem der Bahnhöfe Basels, dem Badischen Bahnhof, der sich zwar auf Schweizer Boden befindet, in dem sich jedoch deutscher Eisenbahnverkehr abspielt und der unter deutscher Leitung steht und eine Art extraterritorialer Stellung genießt.

Der deutsche militärische Nachrichtendienst konzentrierte sich auf vier Punkte: Befestigung, Organisation der Armee (mit eingeschlossen die Namen und Zivilberufe der Kommandanten), neue Waffen und Munition und die Beziehungen der Schweiz zu den Alliierten. Um hinter die Geheimnisse der Befestigungen zu gelangen, wurden Agenten mit Minox-Fotoapparaten in die betreffenden Gegenden gesandt, Soldaten wurden bestochen, damit sie auf Landkarten die genaue Lage von Bunkern, Hindernissen, verminten Stellen eintrugen und womöglich Pläne der Befestigungen zeichneten mit Angaben über die Reichweite ihrer Geschütze.

Um über Organisation und Personal Genaueres zu erfahren, entwendeten die Verräter Befehle und Berichte und leiteten sie nach Stuttgart weiter. Beim Abhören von Gesprächen – die in der Schweiz oft mit leichtsinniger Offenheit geführt werden – in Eisenbahnwagen und Wirtschaften sammelten sie Informationen über die militärischen Kommandanten, ihre politische Einstellung und ihr Privatleben. Die Deutschen waren ebenfalls an Berichten über die Entwicklung neuer Waffen äusserst interessiert und boten bis zu 50'000 Schweizer Franken für ein neues Panzerabwehrgeschütz und dessen Munition. Solche Waffen wurden tatsächlich von

Agenten gestohlen, aber sie erreichten Deutschland nie, weil die Leute im richtigen Moment mitsamt ihrem gestohlenen Gut gefasst wurden.⁹

Entsprechend der Entwicklung der Kriegslage änderten sich die Schwerpunkte der deutschen Spionage. 1940 standen die Armeestellungen und die drei Festungsgebiete St-Maurice, Gotthard und Sargans im Mittelpunkt des Interesses. Nach 1941 richtete die Spionage ihren Blick auf das nationale Réduit, die Zugänge dazu und die Eisenbahntransversalen. Ende 1942 begann die gegen die Schweiz gerichtete deutsche Militärspionage einzuschlafen.

Die Gestapo – die Geheimpolizei der SS – interessierte sich mehr für politische Informationen. Ihre Agenten erhielten unter anderem folgende Weisung: «Sie dürfen nie vergessen, dass alles, was unsere Feinde in Europa tun, sagen, schreiben, für uns von Interesse ist. Sie erhalten den Befehl, über alles, was mit der militärischen und politischen Kriegführung des ‚Neuen Europas‘ gegen die jüdischen Demokratien und den Bolschewismus zu tun hat, Bericht zu erstatten. Wir sind äusserst interessiert, alles über die Zusammenarbeit der Schweizer Behörden mit unseren Feinden und über ihren Nachrichtendienst zu erfahren.» Auf Grund der Arbeit ihrer Spione bereitete die Gestapo eine Liste aller Schweizer vor – Politiker, Journalisten, Offiziere, Geschäftsleute und Intellektuelle –, gegen die im Augenblick der geglückten Invasion vorzugehen war. Es gab drei Kategorien: jene, die gleich erschossen werden mussten, jene, die in Konzentrationslager kamen und

jene, die einfach scharf überwacht werden sollten. Man weiss heute, wer einst auf diesen Listen stand.

Sabotage war gegen Waffenfabriken und Fliegerstützpunkte geplant. Ganz besonders aber sollte durch Sabotage die Sprengung der Brücken, die vorbereitet war, verhindert werden. Ein Fall ereignete sich, der im Juni 1940 entdeckt wurde: man fand unter einer Brücke, die über den Rhein führt, die Zündungskabel der eingebauten Sprengladungen von Saboteuren durchschnitten. Am 16. Juni 1940 machte sich eine Gruppe von neun Saboteuren, sieben Deutsche und zwei Schweizer, von Berlin aus auf den Weg, mit dem Befehl, die Munitionsfabrik in Altdorf und Einrichtungen der Fliegerbasen von Payerne und Dübendorf in die Luft zu sprengen.

Einige der Männer reisten im gleichen Zug, aber verteilt in verschiedenen Wagen. Dem Zugführer fiel auf, dass einige seiner Passagiere genau gleiche Rucksäcke bei sich trugen und dieselbe Art Schuhe anhatten. Beim nächsten Halt benachrichtigte er die Polizei, welche die bezeichneten Reisenden aus dem Zug holte und verhaftete. Alle trugen schwere Ladungen Sprengstoff in ihren Rucksäcken; das Gerichtsurteil lautete auf lebenslängliches Zuchthaus.¹⁰

Im Jahre 1942 wurde ein Plan zur Sabotage von Fabriken, die synthetisches Benzin herstellten, entdeckt. 1944 sichtete man, jedoch noch auf deutscher Seite nahe der Grenze, eine Gruppe von Froschmännern, die unter dem Befehl des bekannten deutschen Obersten Skorzeny standen. Sie hatten Befehl, Brücken und Kraftwerke am Rhein, dort wo er auf 100 Kilometer Länge

die Grenze zwischen Deutschland und der Schweiz bildet, in die Luft zu sprengen. Da diese Objekte schweizerischerseits scharf bewacht waren, konnten die Froschmänner ihre Arbeit nicht einmal beginnen.

Einige bei den Kraftwerken angestellte Deutsche hatten bereits zur Verhütung von Sabotageakten begonnen, mit dem schweizerischen Militär zusammenzuarbeiten. Dieselbe Einheit Skorzenys in Süddeutschland hatte auch den Befehl, die Generäle Eisenhower und de Lattre de Tassigny zu ermorden. Die Schweizer Armee erfuhr von den Attentatsplänen, konnte beide warnen, und der Anschlag wurde vereitelt.

Zur Unterstützung eines eventuellen militärischen Angriffs waren auf Schweizer Boden Terrorakte vorbereitet. Es war geplant, in öffentlichen Gebäuden und Zeitungsredaktionen Feuer zu legen, Zeitbomben in Eisenbahnzügen anzubringen, in Bahnhöfen und in den Wohnungen und Häusern von Offizieren und führenden Politikern Bomben zur Explosion zu bringen. Die Deutschen erhofften von solchen Terrorakten den Ausbruch einer Panik, die eine sozusagen kampflose Eroberung der Schweiz ermöglichen sollte.

Wenn man auf alle diese fieberhaft betriebenen Untergrundaktivitäten Deutschlands gegen das neutrale Nachbarland zurückblickt, kann man sich des Gedankens nicht erwehren, sie hätten auf seltsame und paradoxe Weise zum Teil wenigstens dazu beigetragen, dass die Schweiz letztlich nicht in den Wirbelsturm hineingezogen wurde. Die deutschen Führer verliessen sich so sehr auf ihre Fünfte Kolonne, in die sie so viel investiert

hatten, dass sie mit Sicherheit glaubten, die Schweiz einst ohne kostspieligen militärischen Aufwand «erobern» zu können. Auf alle Fälle verschoben sie diesen Angriff, bis es zu spät war.

Tod den Verrätern

Die Abwehr von Spionage und Verrat, die zu Anfang des Zweiten Weltkriegs ohne jeden Eifer betrieben worden war, wurde zuletzt doch noch sehr wirksam. Am Ende des Krieges sagte ein leitender Beamter des deutschen Nachrichtendienstes: «Nach anfänglicher Schwäche wuchs der schweizerische Gegenspionagedienst zu einem der weitaus stärksten heran. In der Schweiz waren die Verluste von Agenten am höchsten ...Es gab Zeiten, da fast alle meine Agenten verhaftet worden waren oder wenigstens untertauchen mussten.»¹¹

Eine Untersuchung über die Motive, welche Schweizer Bürger dazu veranlasst haben, verräterische Tätigkeiten auszuüben, stiess immer wieder auf das übliche Lied von Druck und Versprechungen von Seiten ihrer deutschen Arbeitgeber. Es wurden wichtige Stellen im «Neuen Europa» versprochen. Manche der Mitglieder der pronationalsozialistischen Bewegung in der Schweiz handelten aus politischer Überzeugung. Von allen, die gefasst worden waren, hatten aber ausser einem einzigen alle eine Belohnung in Geld gefordert und auch erhalten. Manche jedoch wurden von den Auftragge-

bern um ihren Judaslohn wegen der immensen Korruption geprellt, der viele deutsche Organisationen verfallen waren, insbesondere die Gestapo.

Nach dem Überfall auf Dänemark, Norwegen, Belgien und die Niederlande und dem Ansturm auf Frankreich erkannte man die volle Tragweite der Gefahr. Es wurden eingreifende Massnahmen getroffen. Die SPAB schaute bereits auf über ein Jahr Tätigkeit zurück und war jetzt eine gut funktionierende Organisation. Den Gerichten stellte der Gesetzgeber ein wirkungsvolleres Instrumentarium zur Verfügung.

Eine Verordnung vom 28. Mai 1940 ergänzte das Militärstrafgesetzbuch mit einer Bestimmung, die es möglich machte, Saboteure jeder Art von Militärgerichten aburteilen zu lassen. Im Militärstrafprozess war es vorgekommen, dass der Verteidiger eines Angeklagten auf Grund seiner Kenntnisse der Akten militärische Geheimnisse erfahren und den Deutschen ausgeliefert hatte. Neue Bestimmungen schlossen diese Gefahr nun aus. Ein Rechtsanwalt wurde eines solchen Verrates überführt und zu einer Strafe von zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Für die Preisgabe militärischer Geheimnisse und für Verrat konnte nun auf Grund des neuen Erlasses die Todesstrafe verhängt werden. Für gewisse Fälle wurde ein drastisch abgekürztes Verfahren vorgesehen. Wenn die Landessicherheit auf dem Spiele stand, konnten in Notfällen die Militärgerichte durch einstimmigen Beschluss aller fünf Richter die sofortige Vollstreckung eines Todesurteils anordnen. Jede Berufung an ein höhe-

res Gericht und jede Begnadigung wären in einem solchen Fall ausgeschlossen gewesen. Dieses summarische Verfahren wurde indessen nie angewendet.

Das erste Todesurteil wurde am 9. Oktober 1942 verhängt. Es betraf einen Artilleristen. Er war von einem Funktionär des deutschen Konsulats in St. Gallen verleitet worden, ihm ein Artilleriegeschoss zu verschaffen, dessen Material und Konstruktion die Deutschen zu kennen wünschten. Einer seiner Aufträge lautete ferner, neu entwickelte Waffen – und sogar eine ganze Infanteriekanone – zu stehlen und den Deutschen zu übergeben. Auch sollte er Skizzen gewisser wichtiger Abschnitte der Armeestellung anfertigen. Am 5. Januar 1942 wurde der Soldat, zusammen mit Helfershelfern, verhaftet, und zwar noch bevor er die gewünschten Gegenstände abgeliefert hatte. Für alles, was er geleistet oder zu leisten versprochen hatte, war ihm von den Deutschen der lächerlich kleine Betrag von 500 Franken ausbezahlt worden.¹²

Im Ganzen wurden 33 Todesurteile gefällt, darunter 15 *in absentia*. 17 Verräter wurden hingerichtet. 15 von ihnen waren Schweizer, einer Franzose, einer Bürger des Fürstentums Liechtenstein. Alle ausser zweien reichten Gesuche um Begnadigung ein, über die das Parlament, die Vereinigte Bundesversammlung, zu entscheiden hatte. Nur in einem Falle wurde die Begnadigung beschlossen. Sobald das Parlament entschieden und die Begnadigung abgelehnt hatte, erhielt die Truppe, welcher der Verurteilte angehört hatte, den Befehl zu seiner Erschiessung, der dann sofort ausge-

führt wurde. Unter den wegen Verrats Hingerichteten waren drei Offiziere, der höchste im Grad eines Majors, elf Unteroffiziere, Soldaten oder Hilfsdienstpflichtige und drei Zivilisten.

Die Hinrichtungen hatten eine deutlich abschreckende Wirkung. Zusammen mit der nun nach und nach sich abzeichnenden Niederlage der deutschen Armeen kühlten sie den Mut der Fünften Kolonne, die zu gewissen Zeiten eine ernste Gefahr bedeutet hatte.

Kapitel 8

Licht und Schatten über der Neutralität

Die Neutralitätserklärung

Nachdem das Parlament dem Bundesrat die volle Ermächtigung erteilt, über die Sicherheit, die Unabhängigkeit und die Neutralität der Schweiz zu wachen, und den Oberkommandierenden gewählt hatte, erliess die Regierung eine Neutralitätserklärung. Diese war vom 31. August 1939 datiert und richtete sich an vierzig fremde Staaten. Sie wiederholte im Wesentlichen den ersten Artikel des Bundesbeschlusses vom 30. August 1939 über die Massnahmen zum Schutze des Landes und zur Aufrechterhaltung der Neutralität, der lautete: «Die Schweizerische Eidgenossenschaft bestätigt ihren festen Willen, unter allen Umständen und gegenüber allen Mächten ihre Neutralität zu wahren.» In einer Einleitungsformel wurde noch betont, dass der Grundsatz der Neutralität die schweizerische Politik während Jahrhunderten inspiriert habe und dass das Schweizer Volk diesem Grundsatz tief verbunden sei, weil er seinen Wünschen, seinen inneren Einrichtungen und seiner Haltung gegenüber anderen Nationen entspreche.¹ Alle in Bern eintreffenden Antworten waren positiv. Alle Empfänger erklärten sich bereit, die schweizerische Neutralität voll zu respektieren. Die Briten fügten

die Einschränkung bei, sie seien gewillt, die Neutralität zu respektieren, solange die Schweiz von sich aus alles unternehme, eine absolute Neutralität zu wahren und sie selber zu verteidigen. Die Briten hatten anfänglich ihr Einverständnis nur unter der Bedingung geben wollen, dass ihre Gegner die Neutralität ebenfalls respektierten. Der Bundesrat teilte der Regierung Seiner Majestät mit, eine solche Bedingung würde einem Kriegführenden das Recht einräumen, mit seinen Streitkräften in die Schweiz einzudringen, ohne dazu aufgefordert worden zu sein, und zwar auf die einfache Vermutung oder Behauptung hin, sein Feind sei schon in das neutrale Land eingedrungen. Bern betonte, die Schweiz werde Land und Neutralität aus eigenen Kräften verteidigen und die Hilfe eines Kriegführenden nur dann annehmen, wenn sie ihn darum ersucht habe.

So stiessen bereits in den ersten Tagen des Krieges zwei entgegengesetzte Auffassungen von Neutralität aufeinander, wie sie einerseits von der Schweiz, andererseits von den Grossmächten verstanden wurden, Auffassungen, die im Laufe des Geschehens Bern noch oft in Atem halten sollten. Erstens war die Schweiz entschlossen, jedem Übergriff auf ihr Land und auf ihre Integrität aus eigenen Kräften Widerstand zu leisten und die Intervention einer fremden Macht nur anzunehmen, nachdem diese ausdrücklich darum ersucht worden wäre. Zweitens betrachtete die Schweiz die Neutralität als eine politische Haltung der Regierung, die jede militärische Hilfe an eine der kriegführenden Nationen ausschloss. Sie umfasste das Versprechen, alle Kriegführenden

den gleich zu behandeln. Irgendeine zusätzliche Verpflichtung konnte dagegen nicht anerkannt werden.

Eine neutrale Presse?

Zu den zusätzlichen Forderungen an die Neutralen, die im Laufe der kriegerischen Handlungen immer wieder erhoben wurden, gehörte der Wunsch nach Beschränkungen der Pressefreiheit. Die Schweiz jedoch vertrat stets die Auffassung, jeder Schweizer Bürger oder jede Schweizer Bürgerin besitze, solange er oder sie nicht für die eine oder andere Kriegspartei aktiv Stellung nähme, das moralische Recht auf freie Meinungsäußerung. Im Prinzip blieb die Presse während des ganzen Krieges frei, über Tatsachen und Geschehnisse zu berichten und ihre Meinung zu sagen – jedoch nur im Prinzip. Weil eine überwältigende Mehrheit von Leuten der Schweizer Presse und des Radios natürlich vom ersten Anbeginn des Krieges an auf der Seite der Alliierten stand, waren sie das Ziel ständiger Angriffe und ungezählter offizieller Vorstellungen der Achsenmächte. Um solcher Kritik und solchen Drohungen zu begegnen oder noch schlimmeres, nämlich einen militärischen Überfall, zu vermeiden – der immerhin bei den reizbaren und ruchlosen Charakteren der beiden Diktatoren der Achsenmächte ständig möglich war –, wurden Presse und Radio allerlei Einschränkungen durch die Amtsstellen unterworfen.² Man nannte diese Beschränkungen «Pressekontrolle».

Vor dem Krieg herrschte die Ansicht, in kommenden Krisenzeiten werde der Schutz der militärischen Geheimnisse das Hauptproblem bilden. Aus diesem Grunde bestand der Plan, die nötige Kontrolle der Medien einer militärischen Stelle anzuvertrauen. Der Bundesrat gab am 8. September 1939 der Armee die entsprechenden Weisungen. Das Armeekommando erliess darauf für Presse und Funkspruch gewisse Vorschriften. Es legte die Aufgabe, die Medien in Schranken zu halten, in die Hände von Offizieren, die im zivilen Leben Journalisten, Universitätsprofessoren oder Leute aus ähnlichen Berufen waren. Ihr Verständnis für das Problem erwies sich als hilfreich, und das System funktionierte erträglich. Eine Zensur vor dem Erscheinen von Presseerzeugnissen war ausdrücklich verboten; es wurden nur Kontrollen und etwaige Warnungen nach dem Erscheinen bewilligt. Als jedoch 1940 die Gefahr eines deutsch-italienischen Angriffs zu drohen schien, wurden der Presse unzählige Instruktionen gegeben, die übertriebener Angst entsprangen und alle dahin zielten, eine «Provokation» der Diktatoren der Achsenmächte zu vermeiden.

Ein schwerer Konflikt zwischen den Armeezensoren und den Medien wurde nun unvermeidlich. Da die militärischen Kontrolleure glaubten, es liege im Interesse des Landes, die Diktatoren und die sie umgebenden Spiessgesellen ja nicht durch unfreundliche Worte zu «provozieren», warnten sie die Presse und hielten sie zu grösster Zurückhaltung an. Die Zensoren so gut wie viele Militärpersonen, und zwar in allen Rängen der

Armee, wurden Opfer einer Propagandaparole, die von den Sympathisanten in der Schweiz und der Presse der Achsenmächte oft gebraucht wurde. Die Parole lautete: Sollte es zum Krieg kommen, trage die Presse wegen ihres Mangels an Zurückhaltung die Schuld.

Die Medien dagegen waren überzeugt, dass es ihre patriotische Pflicht sei, den Willen zum Widerstand aufrechtzuerhalten, indem sie das Volk unterrichteten und ihm den gefährlichen und ruchlosen Charakter des Faschismus und des Nationalsozialismus und der von ihnen beherrschten Nationen vor Augen führten. Die Spannung zwischen der Armee und den Medien wurde nach und nach unerträglich, und General Guisan bat den Bundesrat, die Armee von der unwillkommenen Last zu befreien. Er sagte, dass das Militär, sollte es mit dieser undankbaren Aufgabe weiter belastet werden, nicht umhin könne, eine strikte Vorzensur einzuführen.

Nach hartnäckigen Weigerungen und mit den üblichen Verspätungen verfügte der Bundesrat am 1. Januar 1942, die Pressekontrolle sei von der Armee an eine zivile Stelle, die dem Justiz- und Polizeidepartement unterstand, zu übertragen. Auch dort sassen wieder als Leiter ein Oberst und ein Universitätsprofessor.³ Der Kampf zwischen den Zensoren und den Medien dauerte bis zum Kriegsende fort, doch sah sich wenigstens das Oberkommando der Armee von dieser Verantwortung befreit.

Es war und blieb ein Problem für den neutralen Staat, seinen Bürgern das Recht zu sichern, gut informiert zu sein, und ihnen die Freiheit zu lassen, ihre Vorlieben

und Meinungen frei heraus zu sagen und offen zu verurteilen, was sie für unrecht hielten, ohne in unerträgliche Konfrontation mit den Achsenmächten zu geraten. Wollte man aber vom Bürger verlangen, er solle kämpfen und im Notfall alles opfern, dann musste ihm dies begründet werden. Begründen hiess in diesem Fall, jedem Schweizer klarzumachen, warum und wozu seine Opfer nötig seien ...

Die meisten schweizerischen Zeitungen und Zeitschriften waren in den von den Achsenmächten besetzten Gebieten verboten. Die wenigen Exemplare, die an privilegierte Amtsstellen und Personen geschickt werden durften, wurden in den von jeder objektiven Information abgeschnittenen Ländern gierig gelesen. Vor allem aber waren es die in der Schweiz und für die Schweizer Bevölkerung gesendeten Radionachrichten, die in den Nachbarländern für viele Menschen Trost und Hoffnung bedeuteten.

Besonders die unter dem Titel «Weltchronik» jede Woche ausgestrahlte Sendung hatte tiefe Wirkung. Im Februar 1940 ersuchte Bundespräsident Pilet-Golaz den in Zürich an der Eidgenössischen Technischen Hochschule lehrenden Geschichtspräsidenten J. R. von Salis, die «Weltchronik» in deutscher Sprache zu verfassen und allwöchentlich am Mikrophon vorzutragen. Für die entsprechende Sendung in französischer Sprache wurde der Chefredakteur des «Journal de Genève», René Payot, gewonnen. Beide Sprecher, die aus den vielen Informationsquellen, welche in der Schweiz flössen, und besonders aus der so gut unterrichteten

Presse schöpfen konnten, zeichneten sich dadurch aus, dass sie mit Objektivität und abgewogenen Worten, in vertrauenerweckendem, ruhigem Tonfall ein wöchentliches Bild der sich wandelnden Welt- und Kriegslage vermittelten. Diese Sendungen von neutralem Boden aus, die sich so vorteilhaft von den propagandistisch verfärbten Nachrichten und Kommentaren unterschieden, mit denen die Völker überschwemmt wurden, waren für viele Menschen in den kriegführenden Ländern geradezu lebenswichtig, indem sie sie vor Angst und Ungewissheit bewahrten.

Ein tragisches Dilemma – die Flüchtlinge

Wenn das humanitäre Werk der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs ausserhalb ihrer Grenzen grosse Anerkennung verdiente, so lässt die Art und Weise, wie sie das Problem der Flüchtlinge im Inneren des Landes und jener, die bei ihr um Einlass baten, angefasst hat, viel zu wünschen übrig.⁴

Als Adolf Hitler 1933 in Deutschland an die Macht kam, verliessen Zehntausende seiner politischen Feinde sowie Bürger jüdischer Abstammung ihr Land, da sie mit Verfolgung und Schlimmerem rechnen mussten. Viele kamen in die Schweiz, blieben aber nur so lange, bis sie einen sicheren Ort gefunden hatten, der ihnen Zuflucht bot, und bis sie sich die nötigen Visa beschafft hatten, um in eine neue Heimat weiterzuziehen. Manche jedoch wählten die Schweiz als Zufluchtsort und

liessen sich hier nieder. Als der Zweite Weltkrieg ausbrach, befanden sich 7'100 Flüchtlinge in der Schweiz, wovon 5'000 Juden waren, die nach überseeischen Ländern weiterreisen wollten.⁵

Zu jener Zeit beschäftigten sich sowohl der Bundesrat als auch die Bürokratie ausschliesslich mit der unmittelbaren Sicherheit des Landes. Die Anwesenheit so vieler Ausländer erschien ihnen als eine Quelle von Gefahren. Die enge und ängstliche Denkweise der Beamten liess für humanitäre Überlegungen keinen Platz. Vom 5. September 1939 an musste jeder, der in die Schweiz einreisen wollte, ein Visum haben. Am 17. Oktober wurde ein Gesetz erlassen, das der Polizei befahl, jede ohne das nötige Visum eingereiste Person aus dem Lande auszuweisen. Zwischen «Flüchtlingen» und «Auswanderern» wurde ein Unterschied gemacht – die letzteren mussten streng überwacht werden und hatten das Land so schnell wie möglich wieder zu verlassen. Es war ihnen verboten, eine Stelle anzunehmen, sei sie nun bezahlt oder unbezahlt, oder irgendeiner Beschäftigung nachzugehen. Flüchtlinge und Auswanderer konnten interniert werden, aber da nichts für ihre Unterkunft vorbereitet war, steckte man viele von ihnen einfach in Gefängnisse.

Das Verbot zu arbeiten führte zu lächerlichen Auswirkungen. Bezeichnend war der Fall des berühmten italienischen Bildhauers Marino Marini, der mit seiner schweizerischen Frau vor der Verfolgung durch die Faschisten in die Schweiz geflohen war. Es wurde ihm polizeilich verboten, irgendeines seiner Werke in

Bronze giessen zu lassen. Um leben zu können, musste er Gipsabgüsse heimlich verkaufen.

Die Bevölkerung war über den Erlass vom Oktober 1939 und über seine brutale Anwendung empört. Er wurde auch im Parlament scharf verurteilt. Trotzdem wurde er angewendet – von den lokalen Behörden womöglich mit noch mehr Eifer als von der Bundespolizei. Diese Brutalität stand in scharfem Kontrast zu der Haltung von manchen Privatleuten und ganz besonders zu der der jüdischen humanitären Organisationen, die alles taten, um den Flüchtlingen und Einwanderern zu einem einigermaßen erträglichen Überleben zu verhelfen. Nachdem immer deutlicher wurde, dass es den Auswanderern in der nächsten Zukunft kaum mehr gelingen werde, ihre Odyssee fortzusetzen, wurden besondere Lager eingerichtet, in denen kräftige Flüchtlinge, sowohl Männer wie Frauen, allerlei Arbeit zu verrichten hatten. Werkzeuge und Kleider, die sie dazu benötigten, wurden ihnen für 65 Schweizer Franken verkauft! Im Jahre 1941 gab es zehn Lager mit etwa achthundert Insassen. Diese improvisierten Lager wurden meistens durch Militärpersonal geführt. Die Armee delegierte natürlich nicht ihre besten Offiziere und Unteroffiziere zu dieser nicht gerade willkommenen Aufgabe, so dass oft völlig unfähige und ungeeignete Leute eine an sich schwierige Arbeit übernehmen mussten. Heikle Situationen entstanden dabei. Es stellten sich Probleme wegen zu schwerer Arbeit oder dann wieder auch wegen Mangels an Beschäftigung. Die Forderung nach koscherem Essen brachte besondere Probleme.

Und allgemein entsprangen Krisen einfach der Verzweiflung der quasi Gefangenen über ihre Lage, die bei oft dummen – in einigen Fällen sogar korrupten – Lagerkommandanten nicht auf das nötige Verstehen stiess.

Während der Feindseligkeiten in der Nähe der Schweizer Grenze fanden 1940 etwa 7'500 französische Zivilpersonen in der Schweiz Zuflucht, die später wieder in ihre Heimstätten zurückkehren konnten. Einige hundert belgische und holländische Offiziere und Soldaten, die ihre Überseekolonien erreichen wollten, um den Kampf von dort aus weiterzuführen, wurden in der Schweiz aufgenommen und interniert, bis sich eine Möglichkeit bot, sie durch das unbesetzte Frankreich nach Spanien entkommen zu lassen.

In der Anfangsphase des Krieges schienen die Probleme noch einigermaßen lösbar, da die Zahl der Flüchtlinge verhältnismässig klein war. Anfang 1942 aber wurden die Nachrichten über Massenermordungen von Juden in den deutschen Konzentrationslagern voll bestätigt. Gleichzeitig erfuhr man aus Frankreich, Belgien und Holland von Massenverhaftungen von Juden und ihrer Deportation nach Osteuropa. Die Regierung von Vichy erklärte 170'000 Juden in Frankreich als «unerwünscht».

Tausende von Männern, Frauen und Kindern begannen nun in die Schweiz hereinzuströmen und wurden auch aufgenommen. Nun waren es die Armee und die Regierungen der Grenzkantone, die sich gegen die unzähligen Flüchtlinge aufzulehnen begannen, da sie

überall Sicherheitsprobleme witterten. Dem Bundesrat war diese ablehnende Haltung im Grunde willkommen, denn er sah sich ständig dem Drucke Deutschlands ausgesetzt, das alles unternahm, um das Entkommen seiner Opfer in freie Länder zu verunmöglichen. Die Regierung wies auch darauf hin, dass nun für die Flüchtlinge praktisch kein Weg nach Übersee mehr offenstand. Der Fluchtweg war versperrt, und die fremden Staaten weigerten sich meistens, ihre Tore den Verfolgten zu öffnen. In der ersten Hälfte des Jahres 1942 stellten die Vereinigten Staaten von Amerika zum Beispiel 30 Visa aus, Brasilien 31 und Argentinien 5. Ein tragisches Hin und Her begann. Eines Tages bekamen die Schweizer Grenzwächter den Befehl, politische Flüchtlinge einzulassen. Aber waren Juden «politische» Flüchtlinge? Die Behörden sagten nein. Dabei wusste jedermann, dass die Juden viel eher in Todesgefahr schwebten als die politischen Feinde der Diktatoren. Der Chef der Polizeiabteilung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, Dr. Heinrich Rothmund, hatte immer das Bild der 170'000 Leute vor Augen, die in Frankreich angstvoll auf ihre Deportation warteten. Er sah eine erschreckende Lawine, die sich über die Grenze der Schweiz ergiessen konnte. Man unterrichtete ihn über eine Ansammlung von Verfolgten, die sich in den Wäldern nördlich der Grenze bei Pontarlier und Besançon aufhielten. Um sie vom Versuch, die Grenze zu überschreiten, abzuschrecken, gab er der Grenzpolizei den Befehl, sie zurückzuweisen oder, sollten sie bereits diesseits der Grenze sein, sie zu zwingen, nach Frank-

reich zurückzukehren. Es ereigneten sich unvorstellbare Szenen. Manche begingen unter den Augen der Grenzwächter Selbstmord. Schweizer Offiziere weigerten sich, dem Befehl, diese armen asylsuchenden Menschen zurückzuweisen, nachzukommen.

Am 7. August 1942 besuchte der Chef der Polizeiabteilung die Grenze und blieb während einiger Tage da. Was er erlebte, liess ihn den Bann aufheben, für den er selber verantwortlich gewesen war.

Am 22. September 1942 hielt der Nationalrat eine Debatte über das Flüchtlingsproblem ab. Die Hartherzigkeit der Amtsstellen wurde von den Sprechern aller Parteien angegriffen. Der Vertreter des Bundesrates versuchte ihre Haltung zu rechtfertigen. Er wies auf die Gefahr hin, dass sich unter den Flüchtlingen subversive Agenten in das Land einschleichen konnten. Er beharrte auf der Meinung, es sei unmöglich, für die Flüchtlinge Arbeit zu finden. Sollten sie aber solche erhalten, würde dies auf Kosten von Schweizern gehen, die dann ihren Arbeitsplatz verlieren würden. Ferner erinnerte er an die sattsam bekannte Tatsache, dass es den Flüchtlingen unmöglich sei, in andere Länder zu gelangen und dass die Sicherheit der Flüchtlinge ja auch von der Sicherheit der Schweiz als Ganzem abhängig sei usw. Er endete damit, dass er die humanitären Verpflichtungen, wie sie in der Neutralitätserklärung von 1939 anerkannt und verkündet worden waren, bestätigte. Gleichzeitig teilte er mit, gerade in der Nacht zuvor hätten 175 Flüchtlinge die Grenze heimlich überschritten, und es sei ihnen Asyl gewährt worden.

Nach der Kapitulation der italienischen Armee am 8. September 1943 brandete eine neue Welle vom Tode bedrohter Menschen gegen die Schweizer Grenze. Da man wusste, welches Schicksal die Juden, die in deutsche Hände fielen, erwartete, war es nun eine Selbstverständlichkeit, die Flüchtlinge einzulassen.

Im September überschritten gegen 4'000 Italiener, wovon viele Juden, die Grenze, und mit ihnen kamen 20'000 Kriegsgefangene, zur Hauptsache Briten, die den Lagern entflohen waren, als ihre Wachen die Waffen niederlegten und verschwanden. Die italienischen Zivilpersonen wurden in neu eingerichtete Lager gebracht. Viele von ihnen kamen aus gutsituierten Familien, waren schwierig zu befriedigen und standen dem schweizerischen Lagerpersonal übertrieben kritisch gegenüber.

Nun begannen die Henker in Deutschland und Italien selber für ihr Leben zu fürchten. Sie erschienen sozusagen auf den Spuren ihrer Opfer, um Zuflucht zu suchen und sich vor der sie erwartenden Strafe zu retten. Am 30. Juli 1943 erliess Präsident Roosevelt einen Appell an die Neutralen, den Führern der Achsenmächte und ihren kriminellen Helfern und Kriegsverbrechern kein Asyl zu gewähren. Die Schweizer Regierung antwortete, dass sie es sich selber vorbehalte zu entscheiden, wem Asyl gewährt werden solle und wem nicht. Sie fügte noch bei, sie habe noch nie vom Ausdruck «Kriegsverbrecher» als von einem juristischen Begriff gehört. Im September 1944 bestätigte der amerikanische Gesandte in Bern die Botschaft seines Präsidenten

in drohendem Ton und verlangte von der Schweiz, dass sie nicht etwa den Führern der Achsenmächte Zuflucht. Unterdessen hatten aber die Schweizer bereits alles für den Fall vorbereitet, dass etwa Himmler oder Mussolini bei einem Grenzposten auftauchen würde, um sich in die Schweiz zu retten. Im Juli 1944 war eine Verordnung der Polizei und ein militärischer Befehl des Generals an alle Grenzposten und Grenztruppen ergangen, in dem es hiess, dass «unwürdigen Personen kein Asyl gewährt werde». Der Befehl legte fest, dass «Personen, die eine feindselige Haltung gegen die Schweiz eingenommen hatten oder die Handlungen im Widerspruch zu den Kriegsgesetzen begangen oder in ihrem bisherigen Leben eine Haltung gezeigt hatten, die zu Recht und Humanität im Widerspruch stand», nicht in die Schweiz eingelassen würden. Donna Rachele, die Frau Mussolinis, fiel unter dieses Gesetz und wurde an der Grenze zurückgewiesen. Ausser ihr – sie blieb die einzige Ausnahme – versuchte niemand, der unter die oben erwähnte schweizerische Definition eines «Kriegsverbrechers» fiel, in die Schweiz zu gelangen.

Marschall Pétain wurde an der österreichischen Grenze mit allen Ehren in Empfang genommen, durfte unter Begleitung durch das Land fahren und wurde an der französischen Grenze verabschiedet, wo ihn die französische Polizei verhaftete. Mussolini wurde am 28. April 1945 am Ufer des Comersees von Partisanen erschossen, als er versuchte zu fliehen – vielleicht in die Schweiz.

Am Ende des dramatischen Jahres 1944 war die Zahl der Flüchtlinge im Lande auf 74'000 angestiegen, Militärpersonen und entwichene Kriegsgefangene mit eingerechnet. Die Zahl wuchs ständig. Es wurden nun Lager für 200'000 Menschen hergerichtet. Die offizielle Behauptung, die zu Beginn des Krieges aufgestellt worden war, dass die Schweiz fähig sei, 7'000 Flüchtlinge aufzunehmen, war längst vergessen. Im Mai 1945 befanden sich 115'000 Flüchtlinge in Lagern; andere, von humanitären Organisationen unterstützt, lebten in Hotels, Pensionen, Privatzimmern oder bei Verwandten und Freunden.

Im Laufe des Krieges hatten insgesamt 400'000 Flüchtlinge und Emigranten ihren Weg in oder durch die Schweiz gefunden. Eine Milliarde Schweizer Franken war für die Flüchtlinge aufgewendet worden. Die humanitäre Aufgabe, man muss es zugeben, wurde oft schlecht ausgeführt. Doch wurden viele Leben gerettet.

Wie schon erwähnt, lag auch die ständige Angst, ein Schweizer Arbeiter oder eine Schweizer Arbeiterin könnte wegen des Einsatzes von Fremdarbeitern ihren Arbeitsplatz verlieren, den Hindernissen zugrunde, die eine liberale und humanere Behandlung der Flüchtlingsfrage vereitelten. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei waren von dieser Angst besessen, und sie ist insofern erklärlich, als die Wirtschaftskrise der unmittelbaren Vorkriegszeit und die damit verbundene Arbeitslosigkeit bei allen noch in lebhafter Erinnerung war. Sogar Leute wie Schriftstel-

ler, Künstler und ihre Vereine und Verbände machten aus ihrer feindseligen Einstellung gegen die ausländischen Kollegen, in denen sie mögliche Konkurrenten sahen, kein Hehl.

Die Lage der 7'100, die vor dem Kriege eingewandert und bereits niedergelassen waren, gestaltete sich etwas besser. Einige Tausend hatten sich vollkommen in das Leben in der Schweiz eingefügt. Bei den Deutschen, die sich nach 1933 gezwungen sahen, wegen ihrer politischen Einstellung oder weil sie jüdische Vorfahren hatten auszuwandern, überwogen die Intellektuellen, Schriftsteller und Schauspieler. Viele waren genötigt, ihre Wanderung fortzusetzen, einige jedoch bauten sich in der Schweiz eine neue Existenz auf. Für diese spielte der Verleger Emil Oprecht, ein Sozialdemokrat und ein Mann von Mut, dem der Europa-Verlag in Zürich gehörte, eine wichtige Rolle als Freund und Retter. Unter seinen Autoren finden wir Namen wie Thomas und Heinrich Mann, Georg Kaiser, Arthur Koestler, Emil Ludwig und Hermann Rauschnig. Obschon er durch die Buchzensur und durch die Ängstlichkeit und das Unverständnis gewisser Beamter behindert wurde, ist die Liste der in der Schweiz in jenen Jahren erschienenen Bücher, die für Aufrechterhaltung von Freiheit und Anständigkeit so wichtig waren, erstaunlich.⁸

Viele deutsche und österreichische Schauspieler, darunter solche von Weltruf, fanden an schweizerischen Bühnen Engagements. Eine dieser Bühnen, das Zürcher Schauspielhaus, erreichte nach 1933 dank den aus Deutschland und Österreich eingewanderten Bühnen-

dichtern, Schauspielern und Theaterdirektoren ein hohes Niveau. Nachdem das Deutsche Reich 1938 Österreich besetzt und annektiert hatte und Wien als Kulturzentrum verblasste, wurde das Schauspielhaus Zürich das führende freie deutschsprachige Theater der Welt. Während die von Flüchtlingen gebildeten Theatertruppen in Paris, London oder New York vor einem nicht deutsch sprechenden Publikum spielen mussten, sahen sich die Schauspieler im Schauspielhaus Zürich einem grossen anspruchsvollen und deutschsprachigen Publikum gegenüber, das in der Tradition der deutschen Literatur erzogen und bewandert war. Unter den Zuschauern sass natürlich oft auch Intellektuelle, die von ihren Flüchtlingslagern für den Abend Urlaub bekommen hatten.⁹

Bei dieser Zusammensetzung der Zuschauer schwebte über den Abenden in dem kleinen Theater oft der eigentümliche Glanz einer Manifestation kultureller Freiheit, einer Kundgebung für Menschenrechte und Menschentum, und sie wurden als das auch tief empfunden. Das Theater wurde natürlich von den prodeutschen und nazifreundlichen Untergrundbewegungen heftig angegriffen, und manchmal musste unter Polizeischutz gespielt werden. Viele dieser Flüchtlinge blieben auch nach dem Kriege an dem Ort, der ihnen zur neuen Heimat geworden war. Sie hatten für den Schutz, der ihnen im freien Lande gewährt worden war, durch ihre Kunst, die in dunkelster Zeit mitgeholfen hatte, die Moral zu heben, hundertfach bezahlt.¹⁰

Kapitel 9

Zuflucht der Kriegsopfer

Das Rote Kreuz

Eine der vielen Organisationen, die beim Ausbruch des Krieges in Aktion zu treten hatten, war das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) in Genf. Das Komitee war und ist im Grunde noch immer eine Vereinigung von Privatleuten, ausschliesslich Schweizer Bürgern. Dem 1860 gegründeten Komitee wurden aber bald von Regierungen offizielle Missionen anvertraut. In der Zeit, über die wir berichten, stützten sich diese Missionen – Wahrung der Rechte der Kriegsgefangenen und des Wohls von verwundeten und kranken Soldaten – auf die zwei Genfer Konventionen, die am 27. Juli 1929 von Dutzenden von Regierungen unterzeichnet worden waren. Diese Konventionen waren vom IKRK unter Mitwirkung vieler Regierungen entworfen, an einer diplomatischen Konferenz unterzeichnet und später von einer grossen Zahl von Staaten ratifiziert worden.¹

Eine dritte Konvention zum Schutze der Zivilbevölkerungen im Kriegsfall war entworfen und während einer Rotkreuz-Konferenz 1934 in Tokio von den Delegierten angenommen worden. Da aber die notwendige diplomatische Konferenz, die den Text in internationales

Recht hätte verwandeln müssen, vor Kriegsausbruch nicht mehr zustande kam, blieb es vorläufig beim blossen Entwurf – dem «Tokio-Projekt».

Die Kriegführenden wurden in den ersten Tagen nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten in einem Brief benachrichtigt, die zentrale Agentur für Kriegsgefangene, wie in Art. 79 der Genfer Konvention für die Behandlung der Kriegsgefangenen vorgesehen, werde sofort errichtet. Am 14. September 1939 nahm die Agentur in behelfsmässigen Räumen mit fünfzig Freiwilligen ihre Tätigkeit auf. Im Jahre 1945 arbeiteten 2'500 Personen in der zentralen Agentur und in 27 Zweigbüros, die über die ganze Schweiz verteilt waren.

Die Arbeit der Agentur bestand darin, eine vollständige Liste aller Gefangenen herzustellen und ständig nachzuführen sowie den Briefwechsel zwischen ihnen und ihren Familien zu vermitteln. Als der Krieg vorbei war, umfasste ihr Register nicht weniger als 36 Millionen Karten. 123 Millionen Anfragen über Kriegsgefangene oder vermisste Soldaten und 23 Millionen, welche Zivilpersonen angingen, waren behandelt worden. Die Nachforschungen und die Korrespondenz gingen natürlich weit über den Kreis der in der Kartothek aufgeführten Soldaten hinaus. Informationen über verschollene Menschen mussten gesammelt werden und an die besorgten Familien weitergeleitet werden. Die Umstände, unter denen eine Person verschwunden oder gestorben war, mussten unter Heranziehung von Zeugen oder Dokumenten geklärt werden, was oft nur unter schwierigsten Bedingungen möglich war.

Es hätte nie mit der Schnelligkeit und der Genauigkeit, die zum Wahrzeichen des Komitees wurden, gearbeitet werden können ohne ein äusserst glückliches Zusammentreffen von Umständen: Eine multinationale Gesellschaft mit Sitz in Genf wurde beim Ausbruch des Krieges zur Einstellung ihrer Tätigkeit gezwungen. Zu ihren Arbeitsinstrumenten gehörten was man damals «Buchhaltungsmaschinen» nannte und die nun ungebraucht herumstanden. Die Maschinen funktionierten mit Lochkarten, von denen jede eine grosse Zahl von Informationen, die in der Buchhaltung der Firma gebraucht wurden, trug. Die Gesellschaft erkundigte sich, ob das Rote Kreuz etwa an der Benützung dieses Systems und der Maschinen für seine eigenen Zwecke interessiert wäre. Die Maschinen mussten nun aber von ihrer ursprünglichen Aufgabe des Aussortierens von Buchhaltungskarten und des Addierens von darauf verzeichneten Beträgen auf den neuen Auftrag umprogrammiert werden. Er bestand vor allem darin, die persönliche Karte jedes Gefangenen sofort zu finden und die darauf verzeichneten Daten je nach Bedarf zu verarbeiten. Die Firma ersuchte das Büro des Herstellers der Rechenautomaten, International Business Machines, um Rat. Dieses leitete die Anfrage nach New York weiter und erhielt am 19. Oktober 1939 ein Telegramm, das von Thomas J. Watson, Präsident der IBM, unterzeichnet war. Es lautete: «Maschinen zur Verfügung stellen. Empfehle Räume, Lochkarten und die kostenlose Mitarbeit unserer Büros in Genf zur Verfügung zu stellen.» Damit nahm eine fruchtbare Zusammenarbeit ihren

Anfang, zum Wohle von Millionen von Menschen, sowohl Kriegsgefangenen wie Zivilpersonen.²

Bald kamen zu der Arbeit, das Schicksal von Kriegsgefangenen ausfindig zu machen, neue Aufgaben hinzu. Es galt, Berichte über sie und über Vermisste zu beschaffen. Weitere Aufträge waren: Besuchen von Kriegsgefangenenlagern; Senden von Liebesgabenpaketen an die Gefangenen; Ermahnungen an die Regierungen, welche die Genfer Konvention verletzten oder sonst gegen die Forderungen der Humanität verstießen;

Eingreifen zugunsten der Kriegsgefangenen, die in den Händen von Staaten waren, welche die Genfer Konvention nicht unterzeichnet hatten; Vermittlung von Nachrichten zwischen Zivilpersonen und Familien, die auseinandergerissen worden waren; Vermittlung von Medikamenten; Schutz von Menschen, die von den Genfer Konventionen noch nicht erwähnt waren, wie Mitglieder von Partisanengruppen und «irreguläre» Truppen; Entsenden von Hilfskolonnen in die Gefangenenlager; Senden von Liebesgabenpaketen an Zivilgefangene.³

Viele dieser Missionen wurden spontan ausgeführt, ohne durch ein internationales Abkommen oder einen Vertrag vorbereitet zu sein. Sie entsprangen einfach der Notwendigkeit, Menschen in Not und Verzweiflung zu helfen. Einige dieser Versuche prallten an der Unmenschlichkeit mancher Regierungen ab, die meisten aber wurden ermöglicht dank dem moralischen Ansehen, welches das IKRK genoss, und dem Prestige, das es durch seine humanitären Einsätze gewonnen hatte,

die nur eine auf neutralem Boden beheimatete Organisation allen Kriegsteilnehmern in gleicher Weise zukommen lassen konnte. Wollte das IKRK seinen Willen auch bei widerstrebenden Regierungen durchsetzen, dann konnte es auf die Tatsache pochen, dass alle Kriegführenden unter demselben Problem litten, denn auch sie hatten beim Gegner Kriegsgefangene, deren Wohlergehen und Überleben einzig und allein vom guten Willen und von der Hilfe des Roten Kreuzes abhingen. Nur das Regime Stalins machte da eine Ausnahme – es betrachtete seine eigenen Kriegsgefangenen gewissermassen als Verräter und Verbrecher, die kein Recht auf besonderen Schutz verdienten.

Schutzmachtfunktionen

Gemäss den Genfer Konventionen von 1929 sollte einem Staat, der als «Schutzmacht» auftrat, die Aufgabe übertragen werden, die Beachtung der Vorschriften zum Wohle der Kriegsgefangenen zu überwachen. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz erfüllte eine ähnliche Mission, nicht weil es durch das Völkerrecht den Auftrag dazu erhalten hatte, sondern weil es einfach dem «Ruf der Pflicht» folgte. Aus seiner humanitären Mission und dem offiziellen Auftrag, die Zentralagentur für Kriegsgefangene zu führen und Briefe und Liebesgabenpakete an die Gefangenen weiterzubefördern, leitete das IKRK auch die Berechtigung ab, zugunsten von Kriegsgefangenen einzugreifen. In der Tat besuch-

ten sowohl Delegierte der Schutzmächte als auch solche des Roten Kreuzes die Kriegsgefangenenlager. Niemand, der über die menschliche Natur Bescheid weiss, wird sich wundern, dass sich zwischen den guten Samaritern eine Konkurrenz entwickelte, die sie oft zu bitteren Feinden werden liess – eine Situation, die ihrer Sache nicht gerade dienlich war.

Das von zwei verschiedenen Seiten gezeigte Interesse hatte jedoch auch seine Vorteile. Die Überwachung wurde verstärkt, und die Regierungen konnten zwischen den beiden Organisationen diejenige wählen, die ihnen besser zusagte. Deutschland zum Beispiel fand es für sein Prestige weniger abträglich, auf die vom Roten Kreuz, einer privaten Organisation, vorgebrachten Forderungen einzugehen als auf solche einer Schutzmacht, das heisst einer fremden Regierung.

Was ist im Grunde genommen eine «Schutzmacht»?

Wenn zwei Länder ihre diplomatischen Beziehungen abbrechen und gegenseitig Feindseligkeiten eröffnen, bleiben immer Probleme zurück, die durch diplomatische Kanäle gelöst werden müssen. Darum bittet jede der Regierungen eine mit dem Feinde nicht im Kriege stehende Nation, die Rolle der Schutzmacht zu übernehmen, und vertraut der diplomatischen Vertretung dieser Schutzmacht im Feindesland die Wahrung ihrer Interessen an.⁴

Es war nur natürlich, dass viele der in den Krieg verwickelten Staaten 1939 die Schweiz wählten, um ihre Interessen zu wahren, da es so aussah, als werde die Schweiz neutral bleiben und demnach fähig, bis zum Ende der

Feindseligkeiten die Aufgaben einer Schutzmacht zu erfüllen. Das Ergebnis war, dass die schweizerischen diplomatischen Vertretungen zu gewissen Zeiten in 35 Ländern ein Total von 219 Mandaten als Schutzmacht wahrzunehmen hatten, was einem Durchschnitt von sechs Mandaten für jede Gesandtschaft entsprach. Seltenerweise kam es oft vor, dass die Schweiz Schutzmacht für zwei sich im Kriege gegenüberstehende Staaten war. So war sie zum Beispiel in Deutschland Schutzmacht für die Vereinigten Staaten und in den Vereinigten Staaten für Deutschland.⁵

Es war keine leichte Aufgabe Schutzmacht zu sein, und jedenfalls keine, die Dankbarkeit eintrug, da es die Verteidigung einer verhassten Nation gegenüber ihrem Gegner bedeutete. Für einen oberflächlichen Beobachter und ein unwissendes Publikum war es ein leichtes, die Position der Schutzmacht in dem Sinne zu missverstehen, dass sie besondere Sympathie für den Feind hege. Für die gegen die Schweiz geführte amerikanische Pressekampagne war es typisch, sie einen «Agenten Deutschlands» zu nennen. Als Folge dieser Kampagne legte der Bundesrat, der nicht den Mut hatte, mit dieser Anfeindung zu leben, das Mandat der Schutzmacht für die Deutschen in den Vereinigten Staaten am Tag der deutschen Kapitulation, am 8. Mai 1945, nieder. Es war kein mutiger Entschluss und bestimmt nicht im Sinne der humanitären, zuvor mit so grossem Erfolg unternommenen und immer noch von Bern so gerne propagandistisch ausgewerteten Schutzmachtaufgabe.

Eine der erfolgreichsten und weithin sichtbaren Aufgaben der Schweiz als Schutzmacht bestand im Austausch von Zivilpersonen, einschliesslich diplomatischem Personal, sowie von kranken und verletzten Kriegsgefangenen. Anfang 1942 wurden nicht weniger als 900 in Deutschland und Italien internierte Amerikaner gegen ebenso viele in Amerika internierte Angehörige der Achsenmächte durch Vermittlung der Schweiz ausgetauscht. Zwischen den Vereinigten Staaten und Japan wurden 6'600 Menschen ausgetauscht, und 28'000 italienische Frauen, Kinder und alte Männer kehrten aus Äthiopien in ihre Heimat Italien zurück. Tausende von Juden, die aus den Konzentrationslagern befreit werden konnten, kamen in die Schweiz. In den Monaten August und September 1944 wurden 1870 Juden in Ungarn freigelassen und konnten sich in der Schweiz in Sicherheit bringen. Der Preis, der den deutschen Kerkermeistern pro Kopf bezahlt werden musste, betrug 1'000 Dollar. Die Schweiz förderte und ermöglichte auch den Austausch von kranken und verwundeten Kriegsgefangenen und von gefangenem Sanitätspersonal. Dies waren jedoch heikle Operationen, die lange diplomatische Vorbereitungen forderten. Die Auszutauschenden mussten durch neutrale Ärztekommisionen ausgewählt werden. Erfolg wechselte mit Misserfolg. Im Jahre 1941 musste ein ganzer schweizerischer Spitalzug voll britischer Soldaten, der bereits in Dieppe angekommen war, mit seiner ganzen unglücklichen Fracht wieder in die deutschen Gefangenenlager zurückgesandt werden, weil in letzter Minute Hass und

Misstrauen den schon bewilligten Austausch verunmöglichte. 1943 und 1944 konnten jedoch 10'000 verwundete Soldaten und 1'000 Sanitätssoldaten in ihre Heimat zurückgesandt werden; Anfang 1945 noch weitere 7'000. Das neutrale Schweden mit seinen Seeleuten und Schiffen machte durch seine selbstlose Mitwirkung viele dieser Operationen überhaupt erst möglich.

Die meisten dieser Transaktionen, in denen es um das Schicksal Tausender von Menschen ging, wurden in grösster Heimlichkeit abgewickelt, und Erfolge durften nicht veröffentlicht werden, da es sich mit dem Prestige kriegsführender Mächte nicht vereinbaren liess, wenn in Erfahrung gebracht worden wäre, dass sie Konzessionen an den Feind gemacht hatten, auch wenn diese durch ein neutrales Land erreicht und verwirklicht worden waren. Dies erklärt, warum viele solcher Vorgänge nie an die Öffentlichkeit gelangt sind und darum den Schutzmächten nie die verdiente Anerkennung einbrachten.

Eine weitere Aufgabe bestand darin, «feindliche Ausländer» und Verschleppte im Ausland ausfindig zu machen und sie mit Dokumenten zu versehen, die ihre Identität bezeugten, und ihnen die nötigen Visa zur Auswanderung zu verschaffen. Finanzielle Hilfe von Verwandten und Freunden für Verschleppte konnte oft nur durch die Schutzmacht und oft nur durch das Rote Kreuz an die fernen Opfer weitergeleitet werden. Die offiziell bekannte Summe, die im Laufe des Krieges für finanzielle Hilfe ausgegeben worden war, belief sich auf mehr als 250 Millionen Schweizer Franken.

Als ein Beispiel von Hilfeleistung rein diplomatischer Art, die eine Schutzmacht ausüben konnte, sei das im August 1945 vermittelte Kapitulationsangebot der Japaner an Washington erwähnt. Der Austausch der Depeschen zwischen Tokio und Washington wurde durch den schweizerischen diplomatischen Dienst besorgt, jedoch nur in technischer Hinsicht und nicht im Sinne einer diplomatischen Intervention.

Die ganze Schrecklichkeit des Zweiten Weltkrieges – und jedes Krieges – spiegelt sich in den Aufzeichnungen über die Aufgaben der Schutzmächte und in ihrem Kampf gegen Ungerechtigkeit und Grausamkeit. Die Zahl der Gefangenen – Kriegsgefangene, politische Gefangene, wegen ihrer Rasse und ihres Glaubens Verfolgte, Männer und Frauen in Arbeitslagern Deutschlands und anderer besetzter Länder – erreichte gegen Ende des Krieges 20 Millionen. Millionen, deren Leben gefährdet war, wurden beschützt, ernährt und gerettet. Man schätzt, dass humanitäres Eingreifen, wie es dank dem Bestehen einer neutralen Macht im Herzen des vom Krieg heimgesuchten Europas überhaupt möglich gemacht wurde, weit mehr Leben gerettet hat, als die damalige Einwohnerzahl der Schweiz betrug, nämlich 4,2 Millionen.

Krieg zwischen den Fronten

Die Delegationen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz waren als seine ausführenden Organe über die ganze Welt verteilt. Im Jahre 1939 waren es erst drei,

im Jahre 1945 war die Zahl auf 76 gestiegen. Die 180 Delegierten, alle schweizerischer Nationalität, waren meistens Ärzte, die bei den ständigen Delegationen arbeiteten. Jährlich verliessen 20 bis 30 Missionen mit besonderen Aufträgen Genf. Die Geschichte ihrer oft gefährlichen und abenteuerlichen Interventionen zwischen den Fronten ist ungeheuer spannend; sie würde Bände füllen.

Eine von Hunderten von Episoden sei hier als Beispiel herausgegriffen. Im Jahre 1945 befand sich ein Delegierter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in dem berüchtigten Konzentrationslager Mauthausen in Oberösterreich. Das Lager wurde von einem 500 Mann starken Bataillon der SS bewacht. Als die amerikanischen Truppen Linz erobert hatten und gegen Osten vorstiessen, gelang es dem Delegierten, den Lagerkommandanten zu überreden, sich den Amerikanern zu ergeben und so die Lagerinsassen und seine eigene Truppe zu retten. Der Kommandant willigte in die Kapitulation ein, unter der Bedingung, dass das Rote Kreuz für eine ordentliche Übergabe hafte und dass jedes Blutvergiessen vermieden werde. Die Deutschen öffneten die Tore des Lagers, entfernten die Barrikaden und der Delegierte, die weisse Fahne mit dem roten Kreuz in der Hand schwenkend, fuhr den auf ihn gerichteten Kanonen der amerikanischen Panzer entgegen. Der kommandierende amerikanische Offizier nahm die Kapitulation an – ebenfalls unter einer Bedingung: das Rote Kreuz müsse die Garantie übernehmen, dass kein Widerstand geleistet werde. Wie konnte der

Delegierte, machtlos wie er war, irgendetwas «garantieren»? Nur indem er sich selber in die Mitte stellte. Er kehrte also ins Lager zurück, gefolgt in einiger Entfernung von den amerikanischen Panzern. Wie er mit der SS vereinbart hatte, waren die Barrikaden entfernt worden. Als der Delegierte vor dem Tore zum Zeichen, die Kapitulation sei von den Amerikanern angenommen, seine weisse Fahne mit dem roten Kreuz schwenkte, wurde die deutsche Fahne am Mittelmast des Lagers heruntergeholt und eine weisse Fahne gehisst.

Die Amerikaner fuhren in das Lager ein; die SS hatten ihre Waffen niedergelegt, stellten sich in Reih und Glied auf und wurden nun von ihren Lagerinsassen bewacht, welche die Befreier mit Jubel begrüßten.⁶

Die Zahl der Liebesgabenpakete, die von Regierungen und privaten humanitären Institutionen dem Roten Kreuz zum Verteilen übergeben worden waren, erreichte am Ende des Krieges fast 100 Millionen. Die Schwierigkeit, aus den zur Verfügung gestellten Liebesgaben fertige Pakete zu machen und zu verschicken, war beträchtlich. Manchmal verhinderte die alliierte Seeblockade oder die deutsche Gegenblockade das Eintreffen der Waren in Genf oder in anderen Verpackungs- und Verteilungszentren. Oft waren die Strassen zu den Lagern blockiert. Manchmal waren auch die Regierungen, die Menschen gefangenhielten, überaus schwer zu befriedigen: Deutschland und Italien verboten zum Beispiel Kaffee als Bestandteil von Liebesgabenpaketen (war eine wertvolle Währung um die Wärter zu bestechen); die Italiener erlaubten nur die

Sendung von khakifarbenen Pullovern, während die Deutschen Khaki-Pullover und –Hemden streng verboten – manchmal verboten sie aber auch die grauen; in Italien keine Stiefel, in Deutschland keine Schuhe; kein Zigarettenpapier (das sich für geheime Mitteilungen eignete); keine Zigaretten, wenn der auf die Packungen gedruckte Text irgendwie verletzend erschien.

Die Pakete waren mit dem Namen des ursprünglichen Spenders versehen. Die Deutschen jedoch nahmen keine Gaben von Exilregierungen an, die sie nicht anerkannten, wie die Regierungen Belgiens, der Niederlande und die freie französische Regierung in London und Algier.

Laut der Genfer Konvention waren Besuche in Gefangenenlagern den Vertretern der Schutzmächte anvertraut. Jedoch ergaben sich nach und nach immer mehr Besuche von Rotkreuz-Delegierten, die im Laufe ihrer Arbeit Kriegsgefangene zu registrieren und Briefe und Liebesgabenpakete zu übermitteln hatten. Diese Besuche gingen Hand in Hand mit jenen der Schutzmächte und waren sehr willkommen. Im Jahre 1939 blieb es noch bei 25 Besuchen, während ihre Zahl 1945 auf 2'200 an wuchs.

Die Länder, welche die Genfer Konventionen von 1929 nicht unterzeichnet hatten, nämlich die Sowjetunion, Japan und Finnland, bildeten ein besonderes und schwieriges Problem. Der dringende Appell des IKRK, die Regeln der Konventionen wenigstens de facto anzuwenden, wurde nur teilweise befolgt, nämlich von Japan, während die Sowjetunion sich ihm widersetzte.

So blieben die deutschen Kriegsgefangenen in Russland gänzlich schutzlos und, als Vergeltung, natürlich auch die russischen, die sich in deutschen Händen befanden. Anfänglich gehörte das Überbringen von Familienbotschaften – und von denjenigen der Gefangenen selber – nicht in den Kompetenzbereich des IKRK. Es bestand jedoch ein dringendes Bedürfnis, Verbindungen über die Fronten hinweg herzustellen, und nur eine völlig neutrale Organisation konnte diesem entsprechen. Das Komitee erzielte in der Folge mit den Kriegführenden ein Abkommen, das Familienbotschaften bestehend aus höchstens fünfundzwanzig Wörtern zuließ. Man legte sich auf ein besonderes Formular (Formular 61) fest, das von 109 nationalen Rotkreuz-Organisationen übernommen wurde. Die Botschaft musste auf ein solches Formular geschrieben nach Genf geschickt werden, wo man überprüfte, ob sie wirklich nur persönliche und keine verbotenen Nachrichten enthielt, und sie dann an ihr Ziel weitersandte. Die Zahl solcher Botschaften wuchs von einer Million im Jahre 1940 auf 23 Millionen im einzigen Jahr 1945 an. Jedesmal wenn ein neues Land in den Krieg eintrat, kam eine Lawine von Botschaften nach Genf, begleitet von Hunderttausenden von Telegrammen und Briefen auf von den Kriegsparteien für diesen Zweck nicht genehmigtem Briefpapier.

Als sich die Deutschen aus Rechtsgründen weigerten, die Gaulles Streitkräfte des «Freien Frankreichs» und später die Partisanenorganisationen als reguläre Armeen zu betrachten und solche Gefangene nicht als

Kriegsgefangene zu behandeln drohten, wuchs die entsetzliche Gefahr einer Vergeltung von Seiten der «Freien Franzosen». Durch seine sofortige Intervention erreichte das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, dass diese Gefangenen denselben Bedingungen unterstellt wurden wie Kriegsgefangene, und verhütete dadurch auf beiden Seiten ein furchtbares Blutbad. Eine ähnliche Situation entwickelte sich 1943 nach der Kapitulation der italienischen Armee: die Deutschen entwaffneten sie und drohten, die italienischen Soldaten als «internierte Militärpersonen» zu behandeln. Ihr Plan war natürlich, die Soldaten als Zwangsarbeiter einzuspannen, wodurch sie des Schutzes, welcher den Kriegsgefangenen zugebilligt wurde, verlustig gegangen wären. Wieder gelang es dem Roten Kreuz, die Deutschen von der Verwirklichung ihrer Drohung abzubringen.

Während des griechischen Bürgerkrieges, der am 2. Dezember 1944 ausbrach, erreichte das IKRK von den sich bekämpfenden Parteien, dass sie ihre Gefangenen als Kriegsgefangene behandelten. Es vermochte sogar die ELAS, die kommunistischen Guerillas, dazu zu bringen, die von ihnen genommenen Geiseln, sofern sie noch nicht ermordet worden waren, freizugeben. Die ELAS erlaubte auch die Verteilung von Liebesgaben wie warme Kleidung, Wolldecken und etwas Nahrungsmittel an die hungernde Bevölkerung.

Die dramatischste Situation für das Internationale Komitee vom Roten Kreuz zeichnete sich jedoch beim Herannahen des deutschen Zusammenbruchs ab. Nun

fielen alle formellen und rechtlichen Hindernisse, die der humanitären Tätigkeit immer wieder im Wege gestanden hatten, in sich zusammen. Doch die Notwendigkeit zu helfen wuchs dafür ins Hundertfache.

Als nach Ausbruch der Feindseligkeiten, besonders aber mit Beginn des Jahres 1942 immer mehr von den in den deutschen Konzentrationslagern begangenen Greueln und über die Massendeportationen der Juden und ihre Ermordung durchsickerte, versuchte das IKRK für seine Delegierten Zutritt zu den Lagern zu erwirken, um wenigstens die Kinder, die Kranken und die Alten zu befreien und um die Erlaubnis zu erhalten, Liebesgabenpakete zu verteilen. Unnötig zu sagen, dass, solange Hitlers Armeen siegreich schienen, alle diese Begehren in den Wind geschlagen wurden. Im Jahre 1942 jedoch besuchte Carl J. Burckhardt, der spätere Präsident des IKRK, die deutschen Behörden in Berlin und erreichte die Erlaubnis, Lebensmittelpakete in gewisse Lager zu schicken, insbesondere nach Theresienstadt, wo 40'000 Juden aus vielen Ländern gefangengehalten wurden. Eine Schwierigkeit tauchte nun auf: die alliierten Blockadebehörden verboten, in die Schweiz importierte Nahrungsmittel für Liebesgabenpakete zu verwenden. Ein anderes Problem bestand darin, die Namen der in Konzentrationslagern Gefangenen ausfindig zu machen, die Pakete erhalten sollten. Es war die reinste Detektivarbeit, Listen solcher Namen aufzustellen. Eine Methode bestand darin, die Empfangsbestätigung für ein Paket hatte es das Lager und seinen Empfänger erreicht – von mehreren Gefangenen unterzeichnen zu

lassen. Es gab Empfangsbestätigungen, die bei ihrer Rückkehr bis zu fünfzehn Unterschriften trugen. Nun hatte man wenigstens Namen! Genf erreichte es sogar, die Namen von Gefangenen zu erfahren, die seit Jahren eingesperrt waren, ohne dass irgendjemand etwas über ihre Identität wissen durfte – die «NN-Gefangenen». Im Jahre 1944 wurde endlich die Erlaubnis erteilt, kollektive Liebesgabenpakete zu senden.⁷

Die im Januar 1944 für Kriegsflüchtlinge von Präsident Roosevelt gegründete Hilfskommission (War Refugee Relief Board) brachte die Öffnung der Seeblockade zustande. Sie schickte Liebesgabenpakete nach Genf, die dann von den Delegierten des Roten Kreuzes verteilt werden konnten. Im März 1945 war es IKRK-Präsident Burckhardt möglich, SS-Obergruppenführer (General) Kaltenbrunner ein zweites Mal in Berlin zu besuchen, wobei er wichtige Verbesserungen erhandelte.

Es wurde nun schweizerischen Delegierten erlaubt, die Konzentrationslager zu betreten, unter der Bedingung, dass sie dort bis zum Kriegsende ausharrten. Diese Delegierten verteilten Nahrungsmittelpakete, verhinderten noch in letzter Minute Massenhinrichtungen und organisierten die friedliche Übergabe an die alliierten Truppen, indem sie die deutschen Wächter überredeten, die Lager nicht zu verteidigen, wie es ihnen befohlen worden war und wie sie ursprünglich auch im Sinne hatten, es zu tun.

Die Kriegsgefangenen in Deutschland und in den besetzten Ländern bedurften nun nach dem Zusammenbruch des Hitlerreiches ganz besonders des Schutzes.

Sie waren gezwungen worden, ihre bis zu einem gewissen Grade sicheren Lager zu verlassen und gegen das Zentrum Deutschlands zu marschieren. Ganze Heerscharen von Lastwagen, weiss gestrichen, mit dem roten Kreuz gekennzeichnet, waren unterwegs, um den marschierenden Kolonnen entgegenzufahren und ihnen Lebensmittel zu bringen. Die Franzosen hatten die Lastwagen geliefert, die Schweizer hatten sie instand gestellt und gestrichen, die Deutschen hatten kanadische Gefangene als Fahrer abkommandiert, und die amerikanische Hilfskommission für Kriegsgefangene gab das Benzin und die Lebensmittel, während die Delegierten des Roten Kreuzes die ganzen Operationen leiteten und die gerechte Verteilung der Pakete überwachten. Auf dem Rückweg brachten die leeren Lastwagen aus den Lagern entlassene Juden in die Schweiz und somit in Sicherheit.

Eine nicht sehr humanitäre Mission

Als Deutschland am 22. Juni 1941 die Sowjetunion überfiel, überflutete eine Propagandalawine die neutralen Länder. Dieser Krieg, der ein gemeiner Eroberungskrieg und Völkermord war, wurde von Deutschland zum «Kreuzzug für Europa» erhoben. Es war natürlich vorauszusehen, dass sich die prodeutschen Kreise und leidenschaftlichen Antikommunisten in der Schweiz an die Parolen dieser Propagandakampagne klammern würden. Einige gingen sogar soweit, ein

Korps von Freiwilligen vorzuschlagen, die an der Seite Deutschlands gegen die Russen hätten kämpfen sollen. Dies war natürlich alles absurd, und nur wenige nahmen solche Vorschläge ernst.

Etwas ganz anderes war der Vorschlag, eine Ärztemission an die Ostfront zu entsenden. Unter den Initianten dieses Planes befanden sich der schweizerische Gesandte in Berlin und ein Divisionskommandant, Eugen Bircher, der in seinem Privatleben ein ausgezeichnete Chirurg war, was seine Unterstützung des Projektes zum Teil erklärte. Sie sagten, es gehöre zur Pflicht des Heimatlandes des Roten Kreuzes, dort Hilfe zu bringen, wo sie am nötigsten sei. Sie meinten auch, die Schweizer Militäarchirurgen, denen es natürlich an Kriegserfahrung fehlte, könnten dank einer solchen Mission an der Front in der Kriegschirurgie unschätzbare Erfahrungen und Informationen sammeln. Und sie fügten bei, die Deutschen würden sich – umso mehr als deutsche Propaganda für ihren «Kreuzzug» gegen den Bolschewismus in der Schweiz ins Lächerliche gezogen wurde – durch diese Geste geschmeichelt und beschwichtigt fühlen. Und folgerten weiter, dass die an der Mission beteiligten Offiziere Gelegenheit hätten, aus erster Hand zu Informationen über moderne Kriegführung zu gelangen.

Die Gegner dieses Planes beharrten darauf, es sei unneutral, eine Ärztegruppe nur auf die eine Seite zu entsenden, und werde so lange unneutral bleiben, bis auch eine Mission auf die andere Seite der Front geschickt werde. Sie misstrauten Bircher, der seine deutsch-

freundlichen Gefühle nie verheimlicht hatte. Sie warnen vor der negativen Wirkung, die eine solche Einseitigkeit in der Sowjetunion auslösen konnte, und dass sie auf Jahre hinaus, auch nach dem Krieg, jede Beziehung zu dieser Nation unmöglich mache – die Ereignisse bewiesen nachher, wie recht sie damit hatten. Als General Guisan über den Plan informiert wurde, erklärte er sofort, die Armee könne in keiner Weise etwas damit zu tun haben, und wenn Bircher an dieser Mission teilnehmen wolle, habe er zuerst von seinem Posten als Divisionskommandant zurückzutreten.

Am 28. August 1941 wurde ein Komitee von Privatleuten gegründet, das den Plan fördern sollte. Unter seinen Mitgliedern befanden sich einige bekannte Schweizer Persönlichkeiten. Das Komitee warb Freiwillige für die Mission. Wer sich zum Mitmachen entschloss, wurde für die Zeit seines Wirkens vom Militärdienst beurlaubt. Bircher, von einigen Mitgliedern des Bundesrates unterstützt, gelang es, seine militärische Stellung zu behalten und, anstatt zurückzutreten, für die Zeit seiner Abwesenheit einen Urlaub zu erwirken. Der General war darüber tief verstimmt und zwang Bircher Ende 1941, um seine Entlassung aus der Armee zu bitten.⁸

Da die Deutschen alles über den Plan wussten und BBC schon darüber berichtet hatte, gab es kein Zurück mehr. Die Ärztekommision, bestehend aus Freiwilligen in blauer Phantasieuniform, verreiste am 15. Oktober 1941 nach Berlin und kam am 24. Oktober in Smolensk an. Das Team bestand aus dreissig Chirurgen, dreissig spezialisierten Krankenschwestern und aus etwa der-

selben Anzahl Hilfspersonal. Die Schweizer Ärzte und Schwestern machten sich bei den verwundeten deutschen Soldaten bald unentbehrlich. Als die Schweizer jedoch ihrer humanitären Pflicht folgend sich auch der russischen Bevölkerung und manchmal auch eines russischen Gefangenen annahmen, kam es mit den höheren deutschen Militärs teilen zu Konflikten.⁹

Die erste Mission kehrte nach drei Monaten zurück. Es folgten drei weitere Einsätze, jeder von dreimonatiger Dauer. Gewiss wurde dadurch eine humanitäre Aufgabe erfüllt und viele Leben, darunter auch diejenigen russischer Bauern gerettet. Angesichts des unvorstellbaren Leidens jedoch, das die deutsche Kriegsmaschine hinterliess, war es ein Tropfen auf einen heissen Stein. Was dafür die Missionen an medizinischen Erkenntnissen und Erfahrungen heimbrachten, war unbezahlbar. Sie waren aber auch Zeugen der deutschen Grausamkeit, die an Zivilpersonen, Gefangenen und Juden begangen wurden, und brachten die volle Bestätigung all dessen, was schon über das Völkermorden, das sich in Russland abspielte, bekannt war, zurück.

Eine Mission des Schweizerischen Roten Kreuzes nach Finnland während des Winterkrieges 1939/40 war bedeutend weniger kritisch beurteilt worden. Finnland genoss als von einer Grossmacht überfallener Kleinstaat in der Schweiz grösste Sympathien.

Als später, im Sommer 1944, jugoslawische Partisanen als Flüchtlinge in die Schweiz gelangten, erkannten viele die Notwendigkeit, den Freiheitskämpfern in ihrer Heimat ärztliche Hilfe zu leisten. Vom Schweizeri-

schen Arbeiterhilfswerk und von der Centrale Sanitaire Suisse, die von linksstehenden Organisationen getragen waren, wurde eine Ärztemission für die Partisanen Titos zusammengestellt. Das aus Finnland zurückgebrachte Material des Roten Kreuzes konnte dort wieder gute Dienste leisten. Bei der Armee und in der Öffentlichkeit erhob sich laute Kritik an dieser Mission, und sie wurde als «prokommunistisch» verurteilt. Trotzdem wurde es ihr ermöglicht, nach Jugoslawien zu gehen.

Eine Gruppe von sechs Ärzten und sechs Krankenpflegerinnen unter der Leitung des Chirurgen Guido Piderman, eines Militärarztes, arbeitete während 13 Monaten, also bis nach Abschluss des Krieges, in Jugoslawien und konnte mehr als 10'000 verwundeten Partisanen Hilfe bringen.

Kapitel 10

Kapitulation der Deutschen in Italien

Italiener versuchen ihr Land zu retten

Am Anfang des Jahres 1945 wälzte sich der Krieg von neuem gegen die neutrale Insel, dieses Mal von Süden her. Die alliierten Armeen hatten die Gothenlinie, welche die Deutschen in den Apenninen gehalten hatten, endlich überwunden. Der Krieg verschob sich in das Tal des Po, das ja weniger ein Tal ist als eine von Flüssen und Kanälen durchzogene Ebene, in welcher viele der ältesten, schönsten und kostbarsten Städte Italiens liegen.

Das schweizerische Armeekommando, das den deutschen Rückzug beobachtete, dachte mit grosser Sorge an die Verwüstung, die dem benachbarten und seit Jahrhunderten durch Geschichte und gemeinsame Interessen eng verbundenen Lande drohte, sollte es in dieser Gegend zu Kämpfen kommen. Von Partisanen hatten die Schweizer erfahren, dass die Deutschen bei ihrem Rückzug aus Norditalien die Politik der «versengten Erde» anwenden wollten. Die Partisanen, welche die Grenze in den italienischsprachigen Teil der Schweiz, den Kanton Tessin, frei überschreiten konnten, brachten Nachrichten und erhielten materielle Unterstützung. Sie waren es auch, welche meldeten, die Deutschen hätten den Plan, die Partisanenbewegung mit den

gleichen Mitteln, die sie bereits in Osteuropa angewendet hatten, auszurotten.

Es schien auch möglich, dass die deutsche Armeegruppe C unter Feldmarschall Albert Kesselring, dem Oberbefehlshaber Südwest, die noch immer als Deutschlands beste Kampfkraft galt, sich einen Weg durch die Schweiz zu erkämpfen suchen könnte, um in das geplante Bergréduit in den österreichischen und bayrischen Alpen zu gelangen. Eine weitere Möglichkeit bestand darin, dass die 25 Divisionen Kesselrings verlangen könnten, in der Schweiz interniert zu werden. Auch das war eine höchst unwillkommene Aussicht. Das Oberkommando eines neutralen Staates konnte nicht viel beitragen, um solchen Entwicklungen entgegenzuwirken. Das einzig Mögliche war, jetzt die Grenzbefestigungen zu verstärken und zusätzliche Truppen in den gefährdeten Abschnitt zu verlegen. Genau zu diesem Zeitpunkt sandte am 21. Februar 1945 die Vorsehung einen italienischen Patrioten, Baron Luigi Parrilli, in einer Geheimmission nach Zürich. Parrilli und seine Freunde hatten mit der deutschen SS Verhandlungen aufgenommen, in der Hoffnung, die Zerstörung Norditaliens verhindern zu können. Sie hatten sich einen Wechsel der Allianz ausgedacht: eine Vereinigung der deutschen Truppen in Italien mit denjenigen der Alliierten, um sich dann gemeinsam dem Vordringen der Russen in Südeuropa entgegenzuwerfen. Mit dieser Vorstellung im Kopf und einer provisorischen Zustimmung der SS in der Tasche traf sich Parrilli in dieser äusserst kritischen Situation mit einem

Freund in Zürich, Dr. Max Husmann, der über viele einflussreiche Beziehungen verfügte.¹

Max Husmann besass eine Privatschule in Zürich, die er selber gegründet hatte, und dazu ein Internat auf einer Anhöhe in den Voralpen. Während vieler Jahre waren die Söhne reicher italienischer Familien in seiner eher luxuriösen Schule erzogen worden. Husmann war daher öfter in den grossen Häusern Italiens empfangen worden. Schon Anfang 1940, als er sah, dass Italien in den Krieg einzutreten gedachte, erkannte er die Gefahr, die der Schweiz von der Einkreisung durch die Achsenmächte drohte. Er erkannte auch die Gefahr, der ein schlecht gerüstetes Italien, über das er sich keine Illusionen machte, entgegenging. Als privater Bürger und auf eigene Initiative machte er den Versuch, in den Gang der Geschichte einzugreifen. Mit Hilfe seiner einflussreichen Beziehungen bat er um eine Audienz bei Benito Mussolini, die ihm auch gewährt wurde. Er erzählte mir von dieser Audienz in seiner eigenen malerischen Art.

Mussolini hörte aufmerksam zu, während Husmann, als ein von seinem Auftrag tief überzeugter Schweizer, ihm die Vorteile der Neutralität auseinandersetzte und die glänzende Zukunft eines dem Kriege fernbleibenden Italiens vor Augen führte. Als er seiner Überzeugung, Deutschland werde am Ende den Krieg verlieren und Italien in die Katastrophe mitreissen, Ausdruck gab, zeigte der Diktator sichtbare Zeichen der Ungeduld. Trotzdem stellte er Fragen und hörte sich die Antworten an. Am Ende der Audienz erhob sich Mussolini,

ging um seinen Schreibtisch herum und begleitete seinen Besucher durch den riesigen Salone des Palazzo Venezia bis zur Tür. Plötzlich blieb er stehen, wandte sich gegen seinen Besucher und, während er ihm ins Gesicht starrte, machte er mit ausgestreckten Armen, die Handflächen nach oben gewandt, die Bewegung einer Waage. Während er dies tat, sagte er mit ernster Stimme: «Guerra, pace – pace, guerra?» Dann wurde Dr. Husmann entlassen.

Ein Schweizer Vermittler

Als Husmann durch seinen Freund Parrilli vom Plan, die deutsche Armee in Italien auf die Seite der Alliierten zur Bekämpfung der Russen zu bringen, hörte, winkte er empört ab. Er erklärte Parrilli sofort, dass eine solche Idee völlig unrealistisch sei. Aber er witterte die Möglichkeit, eine separate Kapitulation der Armee in Italien herbeizuführen. Er rief Major Max Waibel, Chef des NS i des militärischen Nachrichtendienstes, den er kannte und dem er vertraute, in Luzern an. Der Offizier kam nach Zürich und traf mit Parrilli zusammen. Als er rasch begriff, dass sich vielleicht eine Gelegenheit bot, eine Katastrophe in Italien zu verhüten und die daraus sich ergebenden militärischen Komplikationen, welche für die Schweiz eine Gefahr bedeuteten, zu umgehen, fasste er kurzerhand einen Entschluss. Er wusste, dass er seine Vorgesetzten weder fragen noch orientieren durfte, da sie sich gezwungen gefühlt hätten, jede Inter-

vention als unneutral zu verurteilen. So handelte er auf eigene Verantwortung.²

Waibel benachrichtigte Allen Dulles von der amerikanischen Gesandtschaft in Bern. Auch für Dulles waren Verhandlungen über eine gesonderte Kapitulation der Deutschen ein heisses Eisen. Trotzdem ermutigte er den Schweizer, in seinem Unternehmen weiterzufahren, und versprach, Waibel einen amerikanischen Vertreter zu schicken, sollte er in der Schweiz ein geheimes Treffen mit Vertretern der SS zustandebringen. Der amerikanische Vertreter wollte jedoch vorerst nur die Ernsthaftigkeit etwaiger Vorschläge prüfen.

Parrilli konnte nun nach Fasano bei Gardone am Gardasee zurückkehren, wo sich die deutschen Hauptquartiere befanden. Nach einigen Tagen berichtete er Waibel, er werde zwei deutsche Emissäre über die Grenze nach Lugano schmuggeln.

Husmann, Waibel und ein Mann von Dulles' Stab trafen mit den zwei Deutschen am 3. März 1945 zusammen. Die Schweizer machten den Besuchern klar, dass, wie sie wussten, nur eine bedingungslose Kapitulation in Frage komme, dass ein Übertreten auf die andere Seite ausserhalb jeder Möglichkeit stehe und überdies vom alliierten Oberkommando nie zugelassen würde. Dulles' Mann jedoch erwähnte, man würde sich denjenigen, deren Mithilfe eine Beschleunigung der bedingungslosen Kapitulation erwirken könnte, gewiss persönlich erkenntlich zeigen. Es wurde ihnen nahegelegt, wenn möglich einen hohen Offizier in die Schweiz zu schicken, sollten sie das Vorgehen für eine Kapitulation

ernstlich besprechen wollen. Um die Aufrichtigkeit ihres Wunsches, die Waffen niederzulegen, zu bezeugen, sollten sie als Pfand zwei Führer der italienischen Partisanen mitbringen, die in die Hände der Deutschen gefallen waren. Am 5. März 1945 wurde eine Konferenz, an der unter anderen Feldmarschall Kesselring, SS-Obergruppenführer Karl Wolff und der deutsche Botschafter Rudolf Rahn teilnahmen, in der Nähe von Salo abgehalten, wo Mussolinis Regierung residierte. Die Konferenz beschloss, Obergruppenführer Wolff, der zugleich auch den Rang eines Generals der Wehrmacht einnahm, zu den Verhandlungen mit den Amerikanern zu delegieren.³

Am 8. März meldete sich General Wolff selber an der Schweizer Grenze, zusammen mit den zwei Partisanenführern, die nicht begriffen, wie ihnen geschah. Es waren Ferruccio Parri («Generale Maurizio») und ein Major Usmiani. Dr. Husmann holte die Gruppe ab und brachte sie mit der Bahn nach Zürich. Die beiden Partisanen wurden dort in einer Privatklinik als «Patienten» versteckt.

Während der Bahnfahrt redete Husmann vor allem mit Wolff, um ihn auf die Besprechung mit Allen Dulles realistisch vorzubereiten. Wolff traf in Zürich tatsächlich mit Dulles zusammen und versprach am Ende, Kesselring die bedingungslose Kapitulation nahezu legen, den Plan der versengten Erde aufzugeben und die Partisanen zu schonen, dies jedoch nur unter der Bedingung, dass sie die Feindseligkeiten gegen die Deutschen einstellten. In gesonderten Gesprächen erhielt Major

Waibel die Zusicherung, die Häfen von Genua und Savona, die für die Schweiz so wichtig waren, würden nicht, wie geplant, gesprengt. Auch die in Italien nach Norden zur Schweizer Grenze führenden Bahnlinien und der Simplontunnel sollten verschont bleiben. Alles schien in bester Ordnung, und Wolff kehrte nach Fasano zurück.

Dulles informierte Washington über seine Erkundungen. Er vermutete, Wolff sei offensichtlich ermächtigt, die Kapitulation abzuschliessen. Der schweizerische Vermittler hatte vorgeschlagen, ebenfalls einen Vertreter der sowjetischen Armee zur nächsten Zusammenkunft einzuladen, doch Washington war nicht geneigt, diesem Vorschlag zuzustimmen.

Feldmarschall Sir Harold Alexander, der alliierte Oberkommandierende in Italien, glaubte der Augenblick sei gekommen, mit den Deutschen offiziell Kontakt zur Entgegennahme einer rein militärischen Kapitulation aufzunehmen. Er war zwar noch immer sehr argwöhnisch, und am n. März schrieb er seiner Regierung: «Zwei der führenden Männer sind SS- und Himmler-Leute.» Am 12. März erfuhr die Sowjetregierung in Moskau durch eine offizielle Mitteilung der Briten von den Gesprächen mit General Wolff.⁴

Am 15. März reisten zwei sehr hohe Offiziere der Alliierten unter strengster Geheimhaltung in die Schweiz. Major Waibel und Dr. Husmann hatten in Ascona einen idealen Treffpunkt ausfindig gemacht. Es handelte sich um einen Bungalow, der dicht am Ufer des Lago Maggiore stand (ich kenne ihn von glücklicheren Sommern

her – er steht noch immer und beherbergt heute die Bar eines Grand Hotels). Die alliierten Offiziere waren der britische und der amerikanische Stabschef in Caserta, Generalleutnant Sir Terence Airey und General Lyman Lemnitzer. Sie trafen pünktlich mit SS-Obergruppenführer Wolff und seinen Beratern zusammen. In gemeinsamer Verhandlung konnten sie sich über die Art und Weise, wie die Übergabe erfolgen sollte, einigen, nicht aber über das Datum. Die Kapitulation sollte in Alexanders Hauptquartier in Caserta unterzeichnet werden.⁵ Die Gespräche gingen am 19. März zu Ende, und Wolff kehrte nach Fasano zurück. Am 21. März wurden die Russen eingeladen, einen Vertreter zur Unterzeichnung der Übergabe der deutschen Armeegruppe C nach Caserta zu senden.

Zorn auf höchster Ebene

Dem Chef SS-Obergruppenführer Wolffs, Reichsführer SS Heinrich Himmler, war inzwischen die Nachricht über die in Fasano getroffene Vereinbarung zugegangen worden. Er wollte Wolff auf der Stelle sehen; um sicher zu sein, dass dieser seinem Befehl folgen werde, liess er dessen Familie in Schutzhaft nehmen. Wolff wurde nach Berlin zurückbeordert und von Hitler und Himmler ausgefragt. Es gelang ihm, seine Massnahmen zu rechtfertigen, indem er sie als eine List darstellte, geplant, um die Alliierten zu spalten. Da Hitlers «letzte Waffe» darin bestand, die Westmächte von den Sowjets

wegzulocken, wurde Wolffs Erklärung genehmigt, und er durfte nach Italien zurückkehren. Ein dem Zwecke, zwischen den Alliierten Zwietracht zu säen, entsprechend verdrehter Bericht über die Gespräche gelangte jetzt wunderbarerweise in die Hände des sowjetischen Oberkommandos.

Generalfeldmarschall Kesselring war unterdessen an die Westfront abkommandiert und in Italien durch General Heinrich von Vietinghoff ersetzt worden, was eine Verzögerung unvermeidlich machte. Vietinghoff war sich nicht im Klaren, ob er Wolffs Pläne gutheissen sollte. Er zögerte. Deshalb erschienen keine deutschen Bevollmächtigten in der Schweiz, um sich nach Caserta zu begeben. Jetzt drohte alles schiefzugehen. Auf die britische Einladung vom 21. März an Moskau, einen Vertreter nach Caserta zu senden, antwortete der sowjetische Aussenminister Molotow mit beleidigenden Ausdrücken. Er schrieb unter anderem, dass «hinter dem Rücken der Sowjetunion, welche die Hauptlast des Krieges gegen Deutschland zu tragen hat, während zwei Wochen in Bern Verhandlungen zwischen Vertretern des deutschen Militärkommandos auf der einen Seite und Vertretern des britischen und des amerikanischen Kommandos auf der anderen Seite geführt worden sind.» Churchill entschloss sich, die Note Molotows, die er als eine Beleidigung der treuen Alliierten der Sowjets betrachtete, überhaupt nicht zu beantworten.⁶

In der Zwischenzeit hatten die Gespräche in Zürich, Luzern und Ascona eine ernste Krise ausgelöst – die er-

ste wirkliche Dissonanz in der grossen Kriegsallianz. Nun hatten sich die Russen ihre eigene Auslegung der Kontakte ausgedacht – oder handelte es sich vielleicht um eine ihnen von Himmlers Agenten zugespielte Version? In einem Telegramm an Präsident Roosevelt vom 5. April 1945 äusserte sich Marschall Stalin folgendermassen:

«Meine militärischen Mitarbeiter bezweifeln in keiner Weise auf Grund der in ihren Händen befindlichen Angaben, dass die Verhandlungen stattgefunden haben, und zwar in Bern oder an einem anderen Ort, und dass sie mit einem Abkommen mit den Deutschen abgeschlossen wurden, in welchem der deutsche Oberbefehlshaber an der Westfront, Feldmarschall Kesselring, sich verpflichtete, seine Front zu öffnen und den britischen und amerikanischen Truppen zu gestatten, nach Osten vorzustossen.»

Präsident Roosevelt war empört und fühlte sich durch diese unglaubliche Behauptung und die Haltung seines bewunderten Freundes «Uncle Joe» tief verletzt. Er sandte eine in schärfstem Ton gehaltene Botschaft nach Moskau und schloss mit den Worten: «Ich kann mich eines bitteren Gefühls des Zorns über Ihre Zuträger, wer immer sie auch seien, und über eine solche Entstellung meiner Handlungen und derjenigen meiner treuen Untergebenen nicht erwehren.»

Churchill, der über diesen Briefwechsel informiert wurde, sandte am 6. April ebenfalls eine Note an Stalin, in der er sich mit Roosevelts Schlussbemerkung vollständig einig erklärte.⁷

So hatte sich an einem tastenden Versuch von zwei Schweizer Bürgern, eine vorzeitige Kapitulation der deutschen Armeegruppe C in Italien herbeizuführen, ein Gigantenstreit zwischen den Alliierten entzündet. Vorwürfe wurden ausgetauscht, die nicht viel weniger sagten, als dass der Verbündete im Einverständnis mit dem Feind gehandelt habe. Unter diesen Umständen sandte Feldmarschall Alexander an Allen Dulles die Weisung, Major Waibel in Luzern von allen weiteren Schritten abzuhalten.

Der Krieg wird abgekürzt

Während der Dauer eines Monats kam man einer Lösung keinen Schritt näher, und der Krieg in Italien ging weiter. Plötzlich erschien am 23. April General Wolff an der Grenze bei Chiasso. Er war von hohen Offizieren begleitet und verlangte zu Major Waibel nach Luzern geführt zu werden. Er wurde sogleich in Waibels Privathaus in der Nähe Luzerns gebracht. Allen Dulles wurde davon unterrichtet und gebeten, sofort zu kommen. Dulles erschien; seinen Instruktionen folgend weigerte er sich jedoch die deutschen Abgesandten zu sehen, bevor er nicht ausdrücklich von Caserta dazu ermächtigt wurde. Er telegraphierte in das Hauptquartier Alexanders, um neue Instruktionen zu erhalten. General Wolff war wütend und enttäuscht und wollte sofort wieder fort, doch gelang es Waibel, ihn zurückzuhalten. Endlich kam aus Caserta die Antwort auf Dulles' Fra-

gen. Feldmarschall Alexander fand es unbedingt nötig, die Sache in Gegenwart sowjetischer Vertreter zu behandeln und nicht allein durch Dulles in der Schweiz. Er bat darum Waibel, die deutschen Bevollmächtigten zusammen mit den beiden «Geiseln», Ferruccio Parri und «Major Usmiani», sofort nach Neapel zu bringen. Waibel führte sie alle nach Genf, und sie starteten von einem französischen Flugplatz unweit der Grenze in einem Militärflugzeug, das Alexander für sie geschickt hatte.

Am 29. April 1945 wurde die Kapitulation der deutschen Armeegruppe C in Caserta unterzeichnet; sie trat am 2. Mai 1945 in Kraft. Ein Vertreter der sowjetischen Armee war jetzt zugegen. Als Feldmarschall Alexander nach der Unterzeichnung seine Feder hinlegte, wandte er sich zu den Kriegskorrespondenten, die zugegen waren, und sagte: «Dies bedeutet nicht weniger, als dass uns jetzt der Weg nach Berchtesgaden offensteht!» Churchill gab dem Unterhaus triumphierend das Ende der Feindseligkeiten in Italien bekannt. Er erkannte sofort, dass die Kapitulation der besten deutschen Armee, die immer noch in der Lage gewesen wäre weiterzukämpfen, diese erste bedingungslose Übergabe, die sich nun in der Endphase des Krieges ereignete, wirklich der Anfang des Endes bedeutete. Und so war es auch. Sechs Tage später kapitulierte der Rest der deutschen Armeen; der Kampf in Europa war zu Ende.

Norditalien wurde jetzt von britischen, amerikanischen, französischen und polnischen Truppen besetzt. Ein Blutbad unter der Bevölkerung und den Partisanen

war vermieden worden; Hunderte von Städten und Dörfern gingen unbeschädigt aus dem Krieg hervor. Unermessliche Werte an Kunstwerken waren gerettet. Italiens Industrie war intakt geblieben und konnte bald mithelfen, die vom Krieg heimgesuchten Gegenden wieder aufzubauen.

Man könnte sagen, die deutsche Kapitulation in Italien, die nur eine Woche vor der bedingungslosen Übergabe des ganzen nationalsozialistischen Reiches erfolgte, sei zu spät gekommen, um von wirklicher Bedeutung zu sein. Aber wenigstens war sie für Millionen von Italienern und für eines der kulturellen Zentren Europas lebenswichtig gewesen, da im Laufe einer Woche unendliche Greuel verübt worden wären und unzählige Kulturgüter hätten zerstört werden können.

Heute wissen wir, wie sehr die Kapitulation der Armeegruppe C unter Vietinghoff die Auflösung der noch vorhandenen deutschen Armeen beschleunigte. Ohne die Kapitulation in Italien hätte der Krieg einen oder mehrere Monate länger dauern können.⁸

Es ist bezeichnend, dass Bern wiederholt in den zwischen den Sowjets und den Westmächten ausgetauschten gehässigen Noten erwähnt wurde. Bern war immer als eine verdächtige Stelle betrachtet worden. Während des ganzen Krieges war davon die Rede gewesen, der schweizerische Aussenminister, Marcel Pilet-Golaz, befürworte einen Separatfrieden zwischen den westlichen Alliierten und Deutschland. Er sei so weit gegangen, Fühler in dieser Richtung auszustrecken. Diese Anschuldigungen sind gewiss nicht wahr. Pilet-Golaz

kannte die Grenzen genau, die der Aussenpolitik eines wirklich neutralen Landes gesetzt sind. Er wusste, dass jeder Vermittlungsversuch einer neutralen Regierung, welche die eine Seite begünstigte und zugleich ein Bündnis sprengte, unzulässig und unsinnig wäre. Darum ist es überflüssig, auf die unzähligen Behauptungen einzugehen, die während des Krieges über vermeintliche Versuche der Schweiz gemacht wurden, die Aussichten auf die Möglichkeiten eines solchen Friedens zu prüfen. Schweden, Spanien und andere Länder hatten sich viel mehr mit solchen Vorschlägen beschäftigt; was die Schweiz betrifft, sind keine entsprechenden Tatsachen nachweisbar. Wir wissen jedoch, dass Pilet-Golaz, der sehr gesprächig war, persönlich für einen «Frieden um jeden Preis» eintrat und Bemerkungen fallen liess, die von seinen Zuhörern so zurechtgebogen wurden, wie sie ihren Absichten am Besten dienten. Seine Haltung hatte in Wirklichkeit immer der striktesten Neutralitätspflicht entsprochen.

Dass die Kapitulation in Italien früher als die der anderen deutschen Armeen erfolgte, ist keineswegs das Verdienst der Schweizer Regierung. Weder der Bundesrat noch General Guisan, noch der militärische Nachrichtendienst (ausser Major Waibel) wussten von den Besprechungen. Die wiederholten Behauptungen Stalins und Molotows, dass «in Bern» Verhandlungen stattgefunden hätten, waren, wie wir gesehen haben, unbegründet. Hätten die Beamten in Bern etwas davon erfahren, dann hätten sie bestimmt alle weiteren Schritte in der Sache verhindert, denn sie wussten, dass es mit den

Pflichten eines neutralen Landes nicht vereinbar war, im Kriege die eine Seite zu begünstigen. Aber die neutrale Schweiz, die im unheimlich stillen Zentrum des Wirbelsturmes lag, war eine Plattform für gutinformierte, gutgesinnte und mutige Bürger – und Offiziere, die im Notfall auch als Bürger handelten –, auf eigene Verantwortung das zu tun, was sie für ihr Land und ihre Nachbarn als richtig erachteten.

Kapitel 11

Abschreckung gelungen

Kritische Tage

Von Mitte September bis Mitte November 1944 standen sich die französische Erste Armee und die deutsche 19. Armee zwischen den Vogesen und der Schweizer Grenze gegenüber. Die Grenze bildet in dieser Gegend eine Ausbuchtung, die weit in das Gebiet hineinreicht, auf dem sich einer der letzten Entscheidungskämpfe des Krieges abspielen sollte. Für das schweizerische Oberkommando stellte sich die schwierige Frage, wie ein Übergreifen der Kämpfe auf das neutrale Gebiet zu verhindern sei. Der General befand sich in einem Dilemma: auf der einen Seite stand die gebieterische strategische Forderung, im Zentralraum stark zu sein, durch den lebenswichtige Eisenbahnlinien führten; auf der anderen Seite galt es, den schmalen, aber sehr gefährdeten Landstreifen im Norden des Landes zu verteidigen. In seinem Bericht, der 1946 veröffentlicht wurde, schrieb der General:

«Gewiss mussten wir es vermeiden, uns durch diese Tasche ‚ansaugen‘ zu lassen und dort Kräfte einzusetzen, die im Rahmen unserer Gesamtverteidigungspläne notwenig waren. Aber wenn wir, auch nur in diesem Zipfel unseres Landes, angegriffen wurden, hatten wir

doch die Pflicht, mit unmittelbaren und sehr wirksamen Massnahmen zu antworten. Unserem Zurückschlagen an dieser Stelle kam ein symbolischer Wert von besonderer Bedeutung für unsere äussere und innere Lage zu. Der Bundesrat und ich waren in dieser Hinsicht vollständig gleicher Auffassung. Der kleinste Grenzzwischenfall konnte uns so zu einer Gegenmassnahme zwingen, die ihrerseits das Pulver entflammen und uns in Operationen grösseren Ausmasses hineinziehen konnte.»¹

Folglich wurde eine ganze Division in diesen schmalen Landstrich geworfen. Am 16. November 1944 griff das französische Armeekorps unter General Marie Emile Antoine Béthouart die deutsche Front zwischen der Schweizer Grenze und Belfort mit der Absicht an, bis zum Westufer des Rheins vorzudringen.

Schweizer Boden wurde dabei sorgfältig umgangen. Am 19. November 1944, einem Sonntagmorgen, erschienen amerikanische Panzerkampfwagen und Selbstfahrgeschütze mit französischer Besatzung und umfuhren den nördlichsten Punkt der Westschweiz bei Boncourt. An jenem Morgen war der General gerade an dieser Stelle; er wollte in einem höchst kritischen Augenblick bei seiner Truppe sein.

Ich war damals als Hauptmann im Stab eines Fliegerabwehrregiments im Begriff, einige Beobachtungsposten nahe der Grenze zu besuchen. Ich schaute zu, wie die letzten deutschen Lastwagen in östlicher Richtung verschwanden. Eine Gruppe deutscher Offiziere und Soldaten war zurückgeblieben, sie kamen über die Grenze,

weigerten sich zuerst, ihre Waffen niederzulegen, ergaben sich dann aber doch den Schweizer Soldaten. Ich sah, wie eine französische Flagge am Zollhaus jenseits der Grenze gehisst wurde, während noch immer Granaten über den Dächern explodierten. Dann trat ich zum Stab des Generals, der auf einem nahe gelegenen Hügel stand. Oberstleutnant Barbey, der in den Jahren 1939/40 beauftragt gewesen war, eine eventuelle Zusammenarbeit mit den Franzosen für den Fall eines deutschen Angriffs in ebendiesem Gelände zu organisieren, war auch dabei.² Während wir miteinander sprachen, wandte sich der General uns zu, und als er mich sah, dankte er mir für einen Artikel, den ich zu seinem siebenzigsten Geburtstag, am 21. Oktober, geschrieben hatte.

Im gleichen Augenblick schlug ein Artilleriegeschoss dicht neben uns ein, explodierte jedoch nicht. Langsam entfernte sich die Kampfhandlung gegen Norden und Osten, weit weg gingen Dörfer in Flammen auf, und weisser Rauch stieg über der Festung Belfort auf. An jenem Abend beschrieb ich für die Leser der «Neuen Zürcher Zeitung» die Schlacht, wie wir sie gesehen, gehört und gerochen hatten.

Der Kampf entlang der Grenze mit seinen Bewegungen und Gegenbewegungen dauerte bis Weihnachten. Um diese Zeit begann die Offensive Rundstedts weiter im Norden, in den Ardennen; während einer Woche bestimmte sie die Lage. Damit waren für die Schweiz die kritischen Tage wirklich vorbei. Oder lauerte in der nächsten Zukunft neue Gefahr?

Nachdem General Jean Joseph Marie de Lattre de Tassigny mit seiner Ersten Armee den Rhein überschritten hatte, liess er seine Panzerspitzen längs des Nordufers des Stromes vorstossen, dort, wo der Rhein die Grenze zwischen Deutschland und der Schweiz bildet. Damit wurden die Deutschen nach Norden abgedrängt statt gegen die Schweiz. De Lattre traf diese Entscheidung nach einer etwas seltsamen Intervention von Seiten der Schweiz. General Guisan, der in diesem Augenblick allen Stolz und alle Würde vergass, sandte seinen Sohn, der Oberst der Kavallerie war, ins Hauptquartier de Lattres, um den französischen Befehlshaber zu beschwören, so schnell wie möglich der Schweizer Grenze entlang nach Österreich vorzustossen und so die Deutschen von der Schweiz abzudrängen. Was sollte das bedeuten?

Es gibt nur zwei Erklärungen für diese Bitte, die so ganz dem in der Vorstellung des Volkes von Entschlossenheit geprägten Charakter des Generals widerspricht. In einem Augenblick, da die Schweiz tatsächlich von einem unerträglichen Drucke befreit worden war, befreit durch die Opfer und Waffen anderer Nationen, war dieser Schritt demütigend. Dazu war er völlig unnötig. Hatte der Sohn des Generals – bemüht sich eine Bedeutung zu geben, die er nicht besass – von sich aus gehandelt oder die erhaltenen Instruktionen überschritten? Oder war es vielmehr Marschall Stalin, der die Gedanken des Generals beschäftigte? Die Überlegung ist nicht von der Hand zu weisen, dass dieses Gesuch gestellt wurde, weil die Schweizer Regierung und der General

das Auftauchen einer Sowjetarmee an der Ostgrenze des Landes befürchteten. Und sie hatten gute Gründe, die Sowjets zu fürchten.³

Das Ende

Anfang Mai 1945 hatten die Franzosen Vorarlberg fest in der Hand und der Krieg war – militärisch gesprochen – für die Schweiz vorbei. Am 8. und 9. Mai fielen die letzten Granaten auf Schweizer Boden, einige Soldaten wurden noch durch Schüsse verletzt, die aus Versehen über die Grenze auf sie abgefeuert worden waren. Als die deutsche Armee in Italien am 29. April kapitulierte und am 8. Mai 1945 die bedingungslose Übergabe des Deutschen Reiches erfolgte, konnten die Schweizer sagen, dass sie die fünf gefährlichsten Jahre ihrer jüngsten Geschichte auf wunderbare Weise überlebt hatten. Die Strategie der Abschreckung war hier wirklich erfolgreich gewesen.

Der bezahlte Preis war hoch; verglichen jedoch mit den Leiden und Verlusten der vom Kriege heimgesuchten Länder war er erträglich. Wirtschaftlich hatte die Schweiz grosse Opfer gebracht, obschon ein schlecht informiertes Publikum von riesigen Kriegsgewinnen sprach. Der Preis der militärischen Abschreckung war gering verglichen mit den Kosten eines wirklichen Krieges, jedoch hoch im Vergleich zum Umfang der schweizerischen Wirtschaft. Ein Blick auf die Verschuldung der Eidgenossenschaft mag genügen: Vor

dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise der dreissiger Jahre betrug die Staatsschuld 1,5 Milliarden Schweizer Franken; 1940 hatte sie sich verdoppelt, und am Ende des Krieges, 1945, war sie auf 8,5 Milliarden gestiegen. Es brauchte dreissig Jahre, um diese Schuld auf ein normales Mass abzubauen; der glückliche Vorkriegsstand wurde jedoch nie mehr erreicht.

Gegen Ende Juli 1945 wurde die Schweizer Armee demobilisiert. Der 20. August 1945 galt als offizieller Tag der Entlassung aus dem aktiven Militärdienst. Er wurde in Bern mit Dankgottesdiensten im Münster und in der grössten katholischen Kirche gefeiert. Am Nachmittag des gleichen Tages flatterten sämtliche Feldzeichen der Armee auf dem Platz vor dem Bundeshaus. Nach kurzen Ansprachen des Generals und des Bundespräsidenten (damals Eduard von Steiger) wurden die Fahnen feierlich in das Parlamentsgebäude getragen.

Dann fuhr General Guisan weg. Zuerst suchte er die Vertreter der Presse auf und verabschiedete sich von ihnen. Einige Minuten später versammelte er zum letzten Mal die hohen Offiziere (vom Obersten an aufwärts) um sich und erläuterte in einer kurzen Ansprache seine Ideen für die Zukunft der Armee und die Nachkriegszeit.

Churchill und Stalin haben das letzte Wort

Während der Konferenz mit Churchill im Oktober 1944 in Moskau schlug Marschall Josef Stalin eine alli-

ierte Operation durch die Schweiz hindurch vor, in der Hoffnung, so die Siegfriedlinie südlich zu umfassen, die damals noch als ein fast unüberwindliches Hindernis betrachtet wurde. Stalin wollte damit auch die Schweizer Armee in den Kampf gegen die Deutschen hineinziehen. Churchill antwortete, eine solche Operation würde das Gegenteil bewirken, indem sich die intakte Schweizer Armee in einem solchen Fall mit ihrer ganzen Schlagkraft zwangsläufig den Deutschen anschliessen müsste. Ein derartiges Vorgehen sei auch völlig unnötig, meinte er, da es die westlichen Alliierten als sicher betrachteten, bald bis ins Herz Deutschlands zu gelangen. Diese Auseinandersetzung findet ihren Niederschlag in einer schriftlichen Weisung, die Churchill am 3. Dezember 1944 seinem Aussenminister Anthony Eden sandte. Darin erwähnte er Stalin als «U. J.» (Uncle Joe). Die Weisung lautete:

«Ich war erstaunt über den heftigen Ausfall von U. J. (gegen die Schweizer), und, sosehr ich diesen grossen und guten Mann achte, blieb ich von seiner Haltung völlig unbeeinflusst. Er nannte sie «Schweine», und er braucht derartige Wörter nur, wenn er es auch meint. Ich bin überzeugt, dass wir die Schweiz unterstützen müssen, und wir sollten U. J. erklären, warum wir es tun.»⁴

Stalin hasste begreiflicherweise die Schweiz, weil sie so fundamental demokratisch und «kapitalistisch» war und weil sich der Bundesrat einst dem Beitritt der Sowjetunion zum Völkerbund widersetzt hatte. Stalin hatte auch die Entsendung von Ärztemissionen zu den

deutschen Truppen, die gegen Russland kämpften, gewiss nicht vergessen. Zum Glück widersetzte sich ihm Churchill. Es wäre jedoch auch für einen Churchill schwierig gewesen, eine Operation durch die Schweiz hindurch zu verhindern, hätte er nicht auf die völlig intakte und starke Schweizer Armee hinweisen können. Wenn sogar in einem demokratischen Land wie den Vereinigten Staaten von Amerika die Meinung über die Neutralen vollkommen negativ war, dann können die Vorschläge Stalins in Moskau nicht verwundern. Dean Acheson, der damals als Unterstaatssekretär die Wirtschaftsmassnahmen gegen die Neutralen zu leiten hatte, sagt über die Einstellung Amerikas zu den Neutralen in seinen Erinnerungen: «Zu Hause betrachtete die Öffentlichkeit beinah bis zum letzten Mann die Massnahmen, welche den Neutralen die nötigen Zufuhren sicherten, als ein verräterisches Einverständnis mit dem Feind. Die Neutralen galten als Parteigänger des Feindes.»⁵

Dieser verbreiteten Meinung entgegentretend, die natürlich nicht in allen Ländern geteilt wurde und besonders nicht von Frankreich, erklärte Churchill am 3. Dezember 1944 in einer Note an Anthony Eden: «Ich wünsche das ein für allemal festzuhalten: Unter allen Neutralen hat die Schweiz den grössten Anspruch auf Anerkennung. Sie war die einzige zwischenstaatliche Kraft, welche die grässlich zerstrittenen Nationen noch mit uns verband. Was bedeutet es schon, ob es ihr möglich war, uns die wirtschaftlichen Leistungen zu erbringen, die wir wünschten, oder ob sie den Deutschen zu-

viel gegeben hat, um sich selber am Leben zu erhalten? Sie war ein demokratischer Staat, auf der Seite der Freiheit, inmitten seiner Berge zur Selbstverteidigung entschlossen, der in seiner Gesinnung, ohne Rücksicht auf Sprachzugehörigkeit, im Ganzen auf unserer Seite stand.»⁶

Anmerkungen

Vorwort

- 1 Michel de Montaigne, *Essais* (Paris 1823), Livre III, ch. VIII, 460.
- 2 Vergleiche das Literaturverzeichnis am Endes des Buches.
- 3 Für den nichtschweizerischen Leser sei hier in einer kurzen Notiz ein summarischer Überblick über die *politischen Einrichtungen der Schweiz* gegeben. Ohne deren Kenntnis wären gewisse in dem Buch geschilderte Vorgänge und auch einzelne häufig gebrauchte Ausdrücke (wie etwa Bundesrat, Bundespräsident, Bundesversammlung, Departement, Kanton) nicht ohne Weiteres verständlich. Sie werden im Text denn auch gelegentlich durch die international gebräuchlichen Bezeichnungen wie «Regierung», «Minister» etc. ersetzt.

Die aus dem Jahre 1848 stammende Verfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft ist stark durch das Vorbild der amerikanischen Verfassung von 1787 beeinflusst. Die Schweiz, ein Bundesstaat, bestand in der hier betrachteten Zeit aus 22 Kantonen (heute sind es 23) – etwa den deutschen und österreichischen Ländern, den amerikanischen Staaten,

den kanadischen Provinzen entsprechend –, von denen drei in je zwei Halbkantone aufgeteilt sind. Jeder Kanton hat seine eigene Regierung und seine eigene gesetzgebende Versammlung.

Das Parlament der Schweiz, «Bundesversammlung» genannt, besteht aus zwei Kammern: dem Nationalrat, dessen Mitglieder auf Grund der Bevölkerungszahl der Kantone, welche die Rolle von Wahlkreisen spielen, gewählt werden, und dem Ständerat, in dem jeder Kanton, ob gross oder klein, durch zwei gewählte Mitglieder vertreten wird. Gesetze kommen nur durch übereinstimmenden Beschluss der beiden Kammern zustande. Die beiden Kammern treten für gewisse Geschäfte, besonders Wahlen, zu gemeinsamen Sitzungen zusammen. Man spricht dann von der «Vereinigten Bundesversammlung». Gewählt werden von ihr die Bundesräte, die höchsten Richter, der höchste Verwaltungsbeamte und der General.

Alle vier Jahre wählt die Vereinigte Bundesversammlung die Regierung, den Bundesrat, der ein Komitee von sieben Mitgliedern ist. Jedem Mitglied ist ein Ministerium, in der Schweiz Departement genannt, zur Leitung anvertraut. Die sieben Departements sind folgende: Inneres (kulturelle Fragen, Unterricht, Strassenbau), auswärtige Angelegenheiten, Finanz und Zoll, Volkswirtschaft, Militär, Justiz und Polizei, Energie und Verkehr (früher Post und Eisenbahnen). Die sieben Bundesräte entscheiden nicht nur in Fragen ihres eigenen

Ministeriums, sondern fassen kollektiv alle wichtigen Beschlüsse.

Es gibt keinen Regierungschef. Der Bundesrat ist als Kollegium die höchste vollziehende Behörde. Er wird von einem seiner Mitglieder jeweils für die Dauer eines Jahres präsidiert. Das Mitglied trägt während dieser Zeit den Titel des Bundespräsidenten, bleibt jedoch zugleich Vorsteher seines Departements. Der Titel Bundespräsident verleiht ihm keine grösseren Befugnisse als die seiner Kollegen in der Regierung. Er ist nicht die Staatsoberhaupt, tritt aber in repräsentativem Sinn als solches auf.

Der Bundesrat, obwohl aus Vertretern verschiedener politischer Parteien zusammengesetzt, ist nicht eine Koalitionsregierung im eigentlichen Sinn. Denn von jedem Mitglied erwartet man, dass es sich im Augenblick, in dem es sein hohes Amt antritt, nicht mehr als Parteivertreter betrachtet, sondern als Vertreter des Ganzen.

Einmal von der Bundesversammlung für eine vierjährige Amtszeit gewählt, können die Bundesräte mit einer Wiederwahl rechnen, sofern sie diese wünschen. Es kommt indessen vor, dass ein Mitglied des Bundesrates überredet (oder gezwungen) wird, auf ein Wiedergewähltwerden zu verzichten. Demissionen einzelner Mitglieder der Regierung während einer Amtszeit kommen vor, sind aber selten, und sie lösen keine Regierungskrise aus. Es findet einfach eine Ersatzwahl statt.

Regierungskrisen und Misstrauensvoten sind unbe-

kannt. Weder eine Abstimmung im Parlament noch ein Referendum, in dem ein Antrag des Bundesrates abgelehnt wird, führt zu einem Rücktritt der Regierung.

- 4 *Übersetzungen*: Französische und englische Zitate sind von der Übersetzerin ins Deutsche übertragen worden.

Kapitel 1

Der General wird gewählt

- 1 Fritz Ernst, *Generäle* (Zürich, 1942), 117, 153.
- 2 *Eidgenössische Gesetzessammlung*, Nr. 35, vom 1. September 1939 (Bern 1939) 769.
- 3 *Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Bericht des Generals über den Aktiendienst 1939-1945*, vom 7. Januar 1947 (Bern, 1947).
- 4 Klaus Urner, *Der Schweizer Hitler-Attentäter: Drei Studien zum Widerstand und seinen Grenzbereichen* (Frauenfeld, 1980).
- 5 Edgar Bonjour, *Geschichte der schweizerischen Neutralität* (Basel, 1970) 4:393.
- 6 Oscar A. Germann, *Erinnerungen* (Bern, 1978).
- 7 *Bericht des Bundesrates*, 29.

Kapitel 2

Geheimabkommen zum Überleben

- 1 Edgar Bonjour, *Geschichte der schweizerischen Neutralität* (Basel, 1970), 5:33.
- 2 Maxime Weygand, *Mémoires: Idéal vécu* (Paris, 1953), 385.
- 3 René-Henri Wüst, *Alerte en pays neutre: La Suisse en 1940* (Lausanne, 1966), 72.
- 4 Bernard Barbey, *Aller et retour: Mon journal pendant et après la «drôle de guerre» 1939-1940* (Neuchâtel, 1967), 22.
- 5 Oscar A. Germann, *Erinnerungen* (Bern, 1978), 65.
- 6 Barbey, *Aller et retour*, 174.
- 7 Wüst, *Alerte en pays neutre*, 45.
- 8 Georg Kreis, *Auf den Spuren von «La Charité»: Die schweizerische Armeeführung im Spannungsfeld des deutsch-französischen Gegensatzes 1936-1941* (Basel, 1976).
- 9 Hans Rudolf Kurz, *Die Schweiz in der Planung der kriegführenden Mächte während des zweiten Weltkrieges* (Biel, 1957), 23.
- 10 Kreis, *Auf den Spuren von «La Charité»*.

Kapitel 3

Der Sturm bricht los

- 1 Hans Rudolf Kurz, *Die Schweiz in der Planung der kriegführenden Mächte während des zweiten Weltkrieges* (Biel, 1957), 17.
- 2 Vincent J. Esposito, *The West Point Atlas of American Wars 1900-1933* (New York, 1959), 2:13.
- 3 René-Henri Wüst, *Alerte en pays neutre: La Suisse en 1940* (Lausanne, 1966), 90.
- 4 Edgar Bonjour, *Geschichte der schweizerischen Neutralität* (Basel, 1970), 4:81.
- 5 General Henri Guisan, *Bericht an die Bundesversammlung über den Aktivdienst 1939-1943* (Bern, 1946), Annex II.
- 6 Bonjour, *Geschichte*, 4:97.
- 7 Ibid., 5:123, 124.
- 8 Ibid., 5:131.
- 9 Ibid., 5:132, Fussnote 55.
- 10 Ibid., 4:113.
- 11 Wüst, *Alerte en pays neutre*, 143ft.
- 12 Erwin Bucher, «Der grosse Schock des Sommers 1940», *Neue Zürcher Zeitung*, Mai 1979, Nr. 100, 113, 119 (Zürich, 1979).
- 13 Klaus Urner, «Neue Bewertungskriterien im Fall Pilet-Golaz», *Neue Zürcher Zeitung*, Januar 1978, Nr. 20 (Zürich, 1978).
- 14 Bonjour, *Geschichte*, 4:189.
- 15 Wüst, *Alerte en pays neutre*, 106.
- 16 Bonjour, *Geschichte*, 4:360.

- 17 Gerhart Waeger, *Die Sündenböcke der Schweiz: Die Zweihundert im Urteil der geschichtlichen Dokumente 1940-1946* (Olten, 1971), 148.

Kapitel 4

Festung Schweiz

- 1 Bernard Barbey, *Aller et retour: Mon journal pendant et après la «drôle de guerre» 1939-1940* (Neuchâtel, 1967), 132.
- 2 General Henri Guisan, *Bericht an die Bundesversammlung über den Aktivdienst 1939-1943* (Bern, 1946), 33-
- 3 Oscar A. Germann, *Erinnerungen* (Bern, 1978), 69.
- 4 Bernard Barbey, *P. C. du Général: Journal du chef de l'état major particulier du général Guisan 1940-1943* (Neuchâtel, 1948), 24.
- 5 Hans Rudolf Kurz, *Die Schweiz in der Planung der kriegführenden Mächte während des zweiten Weltkrieges* (Biel, 1957), 26.
- 6 Thukydides, *Geschichte des Peloponnesischen Krieges*, übertragen von G. P. Landmann (Zürich, 1960), Buch i, Kap. 143.
- 7 Guisan, *Bericht an die Bundesversammlung*, 27.
- 8 Peter Dürrenmatt, *Schweizer Geschichte* (Zürich, 1976), 2:911.
- 9 Barbey, *P. C. du Général*, 30.
- 10 *Neue Zürcher Zeitung*, 29. Juli 1940.

- 11 Oscar Gauye, *Le général Guisan et la diplomatie suisse 1940-1941*, Schweizerisches Bundesarchiv «Studien und Quellen», Heft 4 (Bern, 1978), 8.
- 12 Ibid., 33.
- 13 Jakob Huber, *Bericht des Chefs des Generalstabs an den Oberbefehlshaber der Armee über den Aktivdienst 1939-1945* (Bern, 1946), 41.
- 14 Barbey, *P. C. du Général*, 128.
- 15 Hans Rudolf Kurz, *Operationsplanung Schweiz: Die Rolle der Schweizer Armee in zwei Weltkriegen* (Thun, 1974), 37.
- 16 Ibid., 65.
- 17 Kurz, *Die Schweiz in der Planung der kriegführenden Mächte*, 39.
- 18 Alfred Ernst, *Die Konzeption der schweizerischen Landesverteidigung 1915 bis 1966* (Frauenfeld, 1971), 69, Fussnote 32.
- 19 Dean Acheson, *Present at the Creation: My Years in the State Department* (New York, 1969), 58.

Kapitel 5

Die Kriegswirtschaft

- 1 Jean Hotz, *Handelsabteilung und Handelspolitik in der Kriegszeit 1939-1948* (Bern, 1950).
- 2 Ernst Feisst, *Wie hat die Schweiz ihr Kriegsernährungsproblem gelöst?* (Bern, 1945).
- 3 Friedrich Traugott Wahlen, *Das schweizerische Anbauwerk* (Zürich, 1946).

- 4 Eidgenössisches Volkswirtschafts-Departement, *Die schweizerische Kriegswirtschaft* (Bern, 1950), 81.
- 5 Ibid., 603.
- 6 Ibid., 731.
- 7 Ibid., 133.
- 8 Ibid., 131.
- 9 Arnold Schär, *Die Fettwirtschaft der Schweiz in der Kriegszeit* (Bern, 1946), 23.
- 10 Eidgenössisches Volkswirtschafts-Departement, *Die schweizerische Kriegswirtschaft*, 132.

Kapitel 6

Die doppelte Blockade

- 1 Edgar Bonjour, *Geschichte der schweizerischen Neutralität* (Basel, 1970), 6:211.
- 2 Ibid., 6:84.
- 3 Ibid., 6:233.
- 4 Sir John Lomax, *The Diplomatic Smuggler* (London, 1965).
- 5 Bonjour, *Geschichte*, 6:273.
- 6 Ibid., 6:302.
- 7 Lomax, *Diplomatic Smuggler*.
- 8 Heinz K. Meier, *Friendship under Stress. U. S.-Swiss Relations 1900-1950* (Bern, 1970), 318.
- 9 Dean Acheson, *Present at the Creation: My Years in the State Department* (New York, 1969), 59.

- 10 Walter Stucki, *Von Pétain zur Vierten Republik* (Bern, 1947).
- 11 *Bericht des Bundesrates* (vom 14. Juni 1946), Bundesblatt 2:714 (Bern, 1946).
- 12 Bernard Barbey, *P. C. du Général: Journal du chef de l'état major particulier du général Guisan 1940-1945* (Neuchâtel, 1948), 261.
- 13 Meier, *Friendship under Stress*, 368.

Kapitel 7

Spione in der Festung

- 1 General Henri Guisan, *Bericht an die Bundesversammlung über den Aktivdienst 1939-1945* (Bern, 1946), Annex II.
- 2 Allen W. Dulles, *Germany's Underground* (New York, 1947), XI.
- 3 Jozef Garlinski, *The Swiss Corridor: Espionage Networks in Switzerland during World War II* (London, 1981), 32.
- 4 Hans Rudolf Kurz,^t *Nachrichtenzentrum Schweiz: Die Schweiz im Nachrichtendienst des Zweiten Weltkriegs* (Frauenfeld, 1972), 29 ft.
- 5 Hans Rudolf Kurz, *Die Schweiz in der Planung der kriegführenden Mächte während des Zweiten Weltkrieges* (Biel, 1957), 17.
- 6 Jon Kimche, *General Guisans Zweifrontenkrieg* (Frankfurt, 1967), 156.
- 7 Guisan, *Bericht an die Bundesversammlung*, 52.

- 8 Kurz, *Nachrichtenzentrum Schweiz*, 64ft.
- 9 Jakob Huber, *Bericht des Chefs des Generalstabs an den Oberbefehlshaber der Armee über den Aktivdienst 1939-1945* (Bern, 1946), 514.
- 10 Guisan, *Bericht an die Bundesversammlung*, Annex II.
- 11 Huber, *Bericht des Chefs des Generalstabs*, 513.
- 12 Guisan, *Bericht an die Bundesversammlung*, Ann. II.

Kapitel 8

Licht und Schatten über der Neutralität

- 1 *Eidgenössische Gesetzessammlung*, Nr. 35, 1. September 1939 (Bern, 1939), 769«
- 2 Fred Luchsinger, *Die Neue Zürcher Zeitung im Zeitalter des Zweiten Weltkrieges 1930-1955* (Zürich, 1955), 215H.
- 3 Bernard Barbey, *P. C. du Général: Journal du chef de l'état major particulier du général Guisan 1940-1945* (Neuchâtel, 1948), 74.
- 4 Carl Ludwig, *Die Flüchtlingspolitik in den Jahren 1933 bis 1955* (Bern, 1957).
- 5 Alois Ricklin, Hans Haug, Hans C. Binswanger (Herausgeber), *Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik* (Bern, 1975), 673.
- 6 *Neue Zürcher Zeitung*, 22. September 1942, Nr. 1503 (Zürich, 1942).
- 7 Edgar Bonjour, *Geschichte der schweizerischen Neutralität* (Basel, 1970), 6:34.

- 8 Peter Stahlberger, *Der Zürcher Verleger Emil Oprecht und die deutsche politische Emigration 1933-1945* (Zürich, 1970), 62.
- 9 Martin Hürlimann, *Zeitgenosse aus der Enge: Erinnerungen* (Frauenfeld, 1977), 370.
- 10 Elizabeth Wiskemann, *The Europe I Saw* (London, 1968).

Kapitel 9

Zuflucht der Kriegsoffer

- 1 Alois Ricklin, Hans Haug, Hans C. Binswanger (Herausgeber), *Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik* (Bern, 1975), 660.
- 2 *Rapport du Comité international de la Croix-Rouge sur son activité pendant la seconde guerre mondiale* (Genf, 1948), 2:119.
- 3 Frédéric Siordet, *Inter arma caritas* (Genf, 1947).
- 4 Paul Guggenheim, *Lehrbuch des Völkerrechts* (Basel, 1951), 2:801.
- 5 Edgar Bonjour, *Geschichte der schweizerischen Neutralität* (Basel, 1970), 6:139.
- 6 *Rapport du Comité international de la Croix-Rouge*, 1:650.
- 7 *Ibid.*, 3:562.
- 8 Bonjour, *Geschichte*, 4:448 ff.
- 9 Ernst Gerber, *Im Dienste des Roten Kreuzes: Schweizer in Lazaretten der Ostfront 1941/1942* (Luzern, 1969), 77.

Kapitel 10

Kapitulation der Deutschen in Italien

- 1 Edgar Bonjour, *Geschichte der schweizerischen Neutralität* (Basel, 1970), 6:125 ff.
- 2 Max Waibel, *1945 Kapitulation in Norditalien* (Basel, 1981).
- 3 Allen W. Dulles, *The Secret Surrender* (London, 1967), 18.
- 4 Jon Kimche, *General Guisans Zweifrontenkrieg* (Frankfurt, 1967), 184.
- 5 Winston S. Churchill, *The Second World War* (London, 1954), 6:387.
- 6 Ibid., 6:389.
- 7 Franklin D. Roosevelt, *The Public Papers and Addresses*, zusammengestellt von Samuel I. Rosenman (New York, 1950), 13:547.
- 8 Waibel, *1945 Kapitulation*, 156.

Kapitel 11

Abschreckung gelungen

- 1 General Henri Guisan, *Bericht an die Bundesversammlung über den Aktivdienst 1939-1945* (Bern, 1946), 67.
- 2 Bernard Barbey, *P. C. du Général: Journal du chef de l'état major particulier du général Guisan 1940-1945* (Neuchâtel, 1948), 245.

- 3 *Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Bericht des Generals über den Aktivdienst 1939-1945*, vom 7. Januar 1947 (Bern, 1947), 28.
- 4 Winston S. Churchill, *The Second World War* (London, 1954), 6:616.
- 5 Dean Acheson, *Present at the Creation: My Years in the State Department* (New York, 1969), 48.
- 6 Churchill, *Second World War*, 6:616.

Literaturverzeichnis

- Acheson, Dean, *Present at the Creation: My Years in the State Department* (New York, 1969).
- Barbey, Bernard, *P. C. du Général: Journal du chef de l'état major particulier du général Guisan 1940-1945* (Neuchâtel, 1948).
- *Aller et retour: Mon journal pendant et après la «drôle de guerre» 1939-1940* (Neuchâtel, 1967).
- Bonjour, Edgar, *Geschichte der schweizerischen Neutralität* (Basel, 1970).
- Böschenstein, Hermann, *Vor unseren Augen: Aufzeichnungen über das Jahrzehnt 1935-1945* (Bern, 1978).
- Bundesrat, *Bericht an die Bundesversammlung zum Bericht des Generals über den Aktivdienst 1939-1945, vom 7. Januar 1947* (Bern, 1947).
- Comité international de la Croix-Rouge, *Rapport sur son activité pendant la seconde guerre mondiale, 1^{er} septembre 1939-30 juin 1947* (Genf, 1948).
- Churchill, Winston S., *The Second World War* (London, 1954).
- Dreifuss, Eric, *Die Schweiz und das Dritte Reich* (Frauenfeld, 1971).
- Dulles, Allen W., *Germany's Underground* (New York, 1947).

- *The Secret Surrender* (London, 1967).
- Dürrenmatt, Peter, *Schweizer Geschichte* (Zürich, 1976).
- Eidgenössisches Volkswirtschafts-Departement, *Die schweizerische Kriegswirtschaft* (Bern, 1950).
- Ernst, Alfred, *Die Konzeption der schweizerischen Landesverteidigung 1815 bis 1966* (Frauenfeld, 1971).
- Feisst, Ernst, *Wie hat die Schweiz ihr Kriegsernährungsproblem gelöst?* (Bern, 1945).
- Garlinski, Jozef, *The Swiss Corridor: Espionage Networks in Switzerland during World War II* (London, 1981).
- Gauye, Oscar, *Le Général Guisan et la diplomatie suisse 1940-1941*, Schweizerisches Bundesarchiv «Studien und Quellen», Heft 4 (Bern, 1978).
- Gerber, Ernst, *Im Dienste des Roten Kreuzes: Schweizer in Lazaretten der Ostfront 1941/1942* (Luzern, 1969).
- Germann, Oscar A., *Erinnerungen* (Bern, 1978).
- Guggenheim, Paul, *Lehrbuch des Völkerrechts* (Basel, 1951).
- Guisan, General Henri, *Bericht an die Bundesversammlung über den Aktivdienst 1939-1945* (Bern, 1946).
- Hornberger, Heinrich, *Schweizerische Handelspolitik im zweiten Weltkrieg: Ein Überblick auf Grund persönlicher Erlebnisse* (Erlenbach-Zürich, 1970).
- Hotz, Jean, *Handelsabteilung und Handelspolitik in der Kriegszeit 1939-1948* (Bern, 1950).

- Huber Jakob, *Bericht des Chefs des Generalstabs an den Oberbefehlshaber der Armee über den Aktivdienst 1939-1945* (Bern, 1946).
- Hürlimann, Martin, *Zeitgenosse aus der Enge: Erinnerungen* (Frauenfeld, 1977).
- Jaggi, Arnold, *Unser Land in der Zeit Mussolinis, Hitlers und des Zweiten Weltkrieges* (Bern, 1978).
- Kimche, Jon, *General Guisans Zweifrontenkrieg* (Frankfurt, 1967).
- Kreis, Georg, *Auf den Spuren von «La Charité»: Die schweizerische Armeeführung im Spannungsfeld des deutsch-französischen Gegensatzes 1936-1941* (Basel, 1976).
- Kurz, Hans Rudolf, *Die Schweiz in der Planung der kriegführenden Mächte während des zweiten Weltkrieges* (Biel, 1957).
- *Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg* (Thun, 1959).
 - *Nachrichtenzentrum Schweiz: Die Schweiz im Nachrichtendienst des Zweiten Weltkrieges* (Frauenfeld, 1972).
 - *Operationsplanung Schweiz: Die Rolle der Schweizer Armee in zwei Weltkriegen* (Thun, 1974).
 - *100 Jahre Schweizer Armee* (Thun, 1978).
- Lomax, Sir John, *The Diplomatie Smuggler* (London, 1965).
- Luchsinger, Fred, *Die Neue Zürcher Zeitung im Zeitalter des Zweiten Weltkrieges 1930-1933* (Zürich, 1955).
- Luciri, Pierre, *Le prix de la neutralité*, Institut universi-

- taire de hautes études internationales (Genf, 1976).
- Ludwig, Carl, *Die Flüchtlingspolitik in den Jahren 1933 bis 1955* (Bern, 1957).
- Matt, Alphons, *Zwischen allen Fronten: Der Zweite Weltkrieg aus der Sicht des Büro Ha* (Frauenfeld, 1969).
- Meier, Heinz K., *Friendship under Stress: U.S.-Swiss Relations 1900-1930* (Bern, 1970).
- Meyer, Alice, *Anpassung oder Widerstand: Die Schweiz zur Zeit des Nationalsozialismus* (Frauenfeld, 1965).
- Pünter, Otto, *Der Anschluss fand nicht statt* (Bern, 1967).
- Piekalkiewicz, Janusz, *Schweiz 39-43: Krieg in einem neutralen Land* (Stuttgart, 1978).
- Ricklin, Alois; Haug, Hans; Binswanger, Hans C. (Herausgeber), *Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik* (Bern, 1975).
- Roosevelt, Franklin D., *The Public Papers and Addresses*, zusammengestellt von Samuel I. Rosenman (New York, 1950).
- Schär, Arnold, *Die Fettwirtschaft der Schweiz in der Kriegszeit* (Bern, 1946).
- Schramm, Wilhelm von, *Verrat im Zweiten Weltkrieg* (Düsseldorf, 1967).
- Schweizerisches Bundesarchiv, *Studien und Quellen*, Heft 4 (Bern, 1978).
- Schweizerische Offiziersgesellschaft (Herausgeber), *Bürger und Soldat* (Zürich, 1944).

- Siordet, Frédéric, *Inter arma caritas* (Genf, 1947).
- Stahlberger, Peter, *Der Zürcher Verleger Emil Oprecht und die deutsche politische Emigration 1933-1945* (Zürich, 1970).
- Stucki, Walter, *Von Pétain zur Vierten Republik* (Bern, 1947)-
- Urner, Klaus, *Der Schweizer Hitler-Attentäter: Drei Studien zum Widerstand und seinen Grenzbereichen* (Frauenfeld, 1980).
- Waeger, Gerhart, *Die Sündenböcke der Schweiz: Die Zweihundert im Urteil der geschichtlichen Dokumente 1940-1946* (Olten, 1971).
- Wahlen, Friedrich Traugott, *Das schweizerische Anbauwerk* (Zürich, 1946).
- Waibel, Max, *1945 Kapitulation in Italien* (Basel, 1981).
- Wiskemann, Elizabeth, *The Europe I Saw* (London, 1968).
- Wüst, René-Henri, *Alerte en pays neutre: La Suisse en 1940* (Lausanne, 1966).

Register

Acheson, Dean 116, Anm.
 19, 277
 Airey, Sir Terence 261
 Alexander, Sir Harold
 260, 264, 265
 Barbey, Bernard 40, 41,43,
 46, 102, 272
 Bavaud, Maurice 23
 Berli, Hans 43
 Béthouart, Marie Emile
 Antoine 271
 Bircher, Eugen 48, 82,
 248, 249
 Borel, Charles 44
 Burckhardt, Carl J. 100,
 245, 246
 Canaris, Wilhelm 48, 182
 Charguéraud, Henri 170
 Churchill, Winston S. 169,
 262, 263, 265, 277
 Currie, Lauchlin 170
 Dalton, Hugh 160
 Däniker, Gustav 48
 Dietl, Eduard 109
 Dulles, Allen W. 182, 184,
 197, 258, 259, 260, 264
 Eden, Anthony 67, 276,
 277
 Eggen, Hans 199
 Eisenhower, Dwight D.206
 Elser, Georg 192
 Foot, Dingle 160, 170
 Frankfurter, David 25
 Gamelin, Maurice
 Gustave 39, 40, 42, 43
 Garteiser, André 41, 42,
 46, 88
 Georges, Joseph 39,40,42,
 43
 Germann, Oscar A. 89
 Goebbels, Joseph 83
 Gonard, Samuel 39, 43, 44,
 89
 Göring, Hermann 64, 72
 Guderian, Heinz 56
 Guisan, Henri 14, 26, 38,
 41,46, 49,53,61,79,

82, 90, 92, 94, 97, 100,
 114, 193, 198, 249, 267,
 270, 273, 275
 Gustloff, Wilhelm 25
 Halder, Franz 109
 Hausamann, Hans 189,
 190
 Hedin, Sven 99
 Himmler, Heinrich 195,
 225, 261
 Hitler, Adolf 19, 23, 156,
 183, 192, 193, 218, 261
 Huber, Jakob 78, 79, 80,90
 Huber, Max 70
 Hügel, Klaus 83
 Hull, Cordell 167
 Husmann, Max 256, 257,
 260
 von Ilseemann, Iwan 78
 Kaltenbrunner, Ernst 246
 Kesselring, Albert 255,
 259, 262
 Kobelt, Karl 200
 Köcher, Otto Carl 47, 202
 Labhart, Jakob 28, 79
 de Lattre de Tassigny,
 Jean Marie Gabriel 39,
 206, 272
 Laval, Pierre 176
 Leahy, William D. 167
 Lemnitzer, Lyman 261
 Leopold III. König der
 Belgier 76
 Lomax, Sir John 164
 Ludendorff, Erich 36
 Marini, Marino 219
 Masson, Roger 41, 188,
 193, 194, 195, 199
 Meyer-Schwertenbach,
 Paul 196, 199
 Minger, Rudolf 38, 79,92,
 98, 100, 102
 Molotow, Viacheslav 267
 von Moltke, Hans Adolf 47
 von Moltke, Helmuth 36
 Montfort, Marcel 44
 Mussolini, Benito 225, 256
 Mussolini, Rachele 225
 Oprecht, Emil 227
 Parri, Ferruccio 259, 265
 Parrilli, Luigi 255, 257
 Payot, René 217
 Pétain, Philippe 76, 171,
 225
 Petitpierre, Edouard 40
 Piderman, Guido 251
 Pilet-Golaz, Marcel 74,
 75, 76, 99,102,200,217,
 266, 267

Pünter, Otto 184, 191
 Rado, Sandor 186, 194
 Rahn, Rudolf 259
 von Ribbentrop, Joachim
 47
 Roessler, Rudolf 185, 186,
 187, 191, 194
 Roosevelt, Franklin Dela-
 110, 169, 171, 224, 246,
 263
 Rothmund, Heinrich 222
 von Rundstedt, Gerd 272
 von Salis, Jean Rudolf 217
 Schellenberg, Walter 83,
 114, 194, 195, 196, 197,
 199
 Schulthess, Edmund 99
 Spaatz, Carl 70
 von Sprecher, Theophil 35,
 37
 Stalin, Josef 105, 169, 171,
 263, 267, 273, 276
 von Steiger, Eduard 171,
 275
 Strüby, Alfred 89
 Stucki, Walter 171, 175
 von Tschärner, Albert 39
 Usmiani, Maggiore 259,
 265
 von Vietinghoff, Heinrich
 262, 266
 Volpi di Misurata,
 Giuseppe 101
 Wahlen, Friedrich Trau-
 gott 127, 129
 Waibel, Max 190, 257,
 260, 264, 267
 Watson, Thomas J. 232
 Wetter, Ernst 74
 Weygand, Maxime 37, 44
 Wolff, Karl 259, 261
 Wood, Sam 183